politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

"Die politische Kultur
in Österreich"

37

März 1988 / 8. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:
Heft 30 ,,Mythos — cogito, ergo...''
Heft 31 ,,Menschenrechte''
Heft 32 ,,Wirtschaft und Unternehmer''
Heft 33 ,,Wohin sind wir beraten?''
Heft 34 ,,Recht und Politik''
Heft 35 ,,Gesundheit und Politik''
Heft 36 ,,Kirche und Politik

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:
Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer OHG., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:
Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER
Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
Univ.-Doz. Dr. Wolfgang ZACH

Inhalt:

Ludwig Kapfer
1988-2038 — Ein Traumbericht 1
Andreas Kirschhofer-Bozenhardt
Bericht zur Bewußtseinslage der Nation 3
Emil Breisach
Medienkultur — Trivialkultur 8
Joseph Marko
Bürger und Verwaltung 9
Gerfried Sperl
Kultur des Geistes — Zeitgeistkultur 13
Kurt Wimmer
Kultur der Seele — Kultur der Menschlichkeit 14
Joseph Hamberger
Die politische Kultur in Österreich 16
Breisach-Fluch-Zirngast
Medienkultur — Sprachkultur 19
Kurt Hörmann
Verwaltungskultur — Bürgerkultur 20
Max Aufischer
Zeitgeist — Zeit des Geistes 21
Helmut Moser
Kultur der Seele — Kultur der Menschlichkeit 22
Ernst Sittinger
Parteienkultur — Institutionenkultur 23
Karl Maitz
Gedanken als Nachlese zum Workshop 24
Grete Schurz
Alle reden über politische Kultur — warum sollte ich nicht? 25
Mert König
Über Umwelt und politische Kultur in Österreich 26
Werner Zirngast
Zur Pädagogik der Gesellschaftskrise 28
Türk-Kugler-Fröhlich
Verstehen und verurteilen 30
Trude Miksch
Schlagzeilen — Schlagwörter 31
Michael Pacher
Von David und Goliath 32
Willfried Gredler
Politische Kultur in Österreich 34
Rupert Gmoser
Politische Kultur — ein Fremdwort? 38
Gerhard Hirschmann
Politische Kultur — sind wir am Ende? 39
Peter Marboe
,,Das Gute ist nur, was man tut'' 41
Barbara Wicha
Erstarren im Ritual — Politische Kultur in Österreich 43
Elisabeth Welzig
Mehr Frauen in die Politik? 46
Peter Bermann
Das österreichische Beruhigungswörterbuch funktioniert nicht mehr 47
Ruth Pauli
Dame mit Januskopf 50
Peter A. Ulram
Zum Wandel der politischen Kultur in Österreich 52
Norbert Mayer
Und Kultur und 53
Leopold Neuhold
Unfrisierte Gedanken anläßlich einer Befragung zur ,,politischen Kultur'' 54
Friedrich Zopf
Politische Kultur am Beispiel von Institutionen 57
Maria Luise Stangl
Die Institutionen im Kreuzverhör 59
Rembert J. Schleicher
Kultur — die andere Art Politik 61
Andreas Zakostelsky
Politische Kultur in der Studentenbewegung 62
Franziska Schneeberger
Politische ,,Konfliktkultur'' der Zwischenkriegszeit am Beispiel der Heimwehr 64
culturpoliticum 67
Ex libris 70
satiricum 71
chronik 72

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:
,,politicum'' versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im ,,Modell Steiermark'' vorgegeben sind.

Editorial

Ludwig Kapfer

1988 — 2038
EIN TRAUMBERICHT

Auszüge aus einer Rede, gehalten am 3. März 2038 anläßlich eines Workshops zum Thema: „Die politische Kultur in Österreich seit 1988"

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einige von Ihnen werden sich noch an den Anfang des Jahres 1988 erinnern können. Skandale und Affären dominierten die Diskussion. Parteien und Politiker waren schwer in Mißkredit gekommen. Die höchsten Repräsentanten des Staates verloren ihre Autorität, weil sie mit der Wahrheit sehr sorglos umgegangen waren. Andere waren direkt in kriminelle Machenschaften verstrickt. Die Glaubwürdigkeit der Politiker sank rapid.

Die negativen Schlagzeilen der Zeitungen überwogen bei weitem die positiven. Die Krisenstimmung war überall bemerkbar.

Diese sichtbaren und spürbaren Entwicklungen waren aber noch nicht das Schlimmste. Das größte Problem wurde von vielen damals gar nicht erkannt. Die Wähler hatten sich weitgehend aus der Politik zurückgezogen, überließen die Politik den Politikern und beschränkten sich auf die Rolle des Zuschauers. Weitgehend hatte sie ob der ungeheuren Kompliziertheit ein Gefühl der Ohnmacht ergriffen, andererseits war der Hang zur Bequemlichkeit auch eine Hemmschwelle, sich in der Politik zu engagieren.

Den Politikern war dies ganz recht, war es doch viel bequemer, die politische Sache unter sich auszumachen und auf die Mühsal der Auseinandersetzung mit den Wählern verzichten zu können. So versprach man dem Wähler, alles für ihn zu erledigen, wenn er einen nur machen ließe.

Den meisten Menschen war dies auch ganz recht, glaubten sie doch, daß die Politiker ihre Probleme lösen würden und sie konnten sich inzwischen ihrem ganz privaten Zeitvertreib widmen.

So kam es zur Entwicklung eines folgenschweren Teufelskreises:

Die Politiker spielten immer mehr die allumfassende Kompetenz und versprachen, alle Probleme für die Wähler zu lösen. Die Wähler glaubten dies nur zu gerne und ihre Forderungen wurden immer größer.

Die Politiker fürchteten, Macht und Einfluß zu verlieren, und versprachen immer tollere Dinge. Da die Versprechen kaum gehalten werden konnten, mußten die Wähler mit subtilen Manipulationsstrategien „überzeugt" werden, daß ihre Forderungen ja ohnehin erfüllt seien. Scheinlösungen wurden immer aufwendiger bejubelt.

Die Forderungen wurden größer und unerfüllbarer.

Die Politiker legten noch ein Schäuferl nach und versprachen große Reformen und Wenden.

Die Versprechen konnten nicht eingehalten werden, die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wurde immer größer.

Die unverbesserlichen Politiker versuchten es noch immer mit Versprechen.

Es gab aber auch umsichtige Politiker, die erkannten die Entwicklung und besannen sich.

Während die einen immer noch verkündeten, alles für die Bürger machen zu können, traten die anderen hin vor die Wähler und erklärten diesen, daß sie längst nicht so stark wären, wie sie vorgegeben hatten und auf die Hilfe aller angewiesen wären, sollten die politischen Probleme wirklich gelöst werden.

Während die einen das Wissen um die politischen Vorgänge streng hüteten und nur für sich verwendeten, versuchten die anderen, die Menschen aufzuklären und ihnen politisches Wissen zu vermitteln.

Während die einen darauf schauten, daß alle Wähler abhängig von ihnen waren, versuchten die anderen, die Menschen zu emanzipieren, ihnen die notwendigen Fähigkeiten für die Politik zu vermitteln und sie die nötigen Fertigkeiten zu lehren. Und der Versuch gelang.

Den Menschen wurde bewußt, daß sie fähig waren, Aufgaben zu übernehmen, stiegen wieder ein, stellten Ideen und Energie zur Verfügung und machten Politik zu ihrer Sache.

Das war am Anfang eine höchst mühsame Angelegenheit. Es mußten neue Formen der Meinungsbildung gefunden werden und neue Formen des Zusammentreffens von Bürgern und Politikern. Es mußte ungeheuer viel mehr Informationsarbeit geleistet werden. Natürlich mußten liebgewordene Gewohnheiten auf beiden Seiten fallen. Mancher Fernsehapparat blieb abends ausgeschaltet, weil sich die Menschen um Politik kümmern mußten.

Viel mehr verschiedene Meinungen gab es zu einzelnen Fragen der Gemeinschaft, die Meinungsbildung dauerte länger und war mühsamer.

Aber die Erfolge konnte man schon am Anfang dieser Entwicklung klar sehen. Die Forderungen der Menschen an die gemeinsamen Einrichtungen wurden realistischer, weil für alle die Grenzen und Möglichkeiten sichtbar wurden.

Die Menschen erkannten, daß sie auch etwas für die Gemeinschaft leisten mußten, um von dieser etwas bekommen zu können. Bald erkannten alle, daß es mit dem Bezahlen der Steuern nicht getan war, daß es vor allem darauf ankam, wieweit sie auch bereit waren, mitzudenken und mitzutun. Die Politiker verloren zwar ihren ,,Sonnenkönig''-Status und wurden nicht mehr so verehrt wie früher. Mancherorts waren in öffentlichen Einrichtungen zwar noch Bilder von Politikern als Relikte der Politikerverehrung zu sehen, ansonsten waren Politiker Menschen wie alle anderen auch und wurden auch so behandelt.

Sie konnten Bälle wieder zum Spaß besuchen, sie gingen auf Tagungen, die sie interessierten, sie mußten nicht jeden Festakt verzieren und hatten so auch Zeit für sich und ihre persönliche Weiterentwicklung.

Die Politiker waren keine eigene Kaste mehr.

Jeder konnte (und wollte auch) politische Aufgaben übernehmen.

So waren alle Wähler und auch Politiker.

Es wurde selbstverständlich, daß sich alle über die Vorgänge in unserem Staat informierten.

Die Medien nahmen ihre Funktion zu informieren besser wahr. Hintergrundberichte waren ein wichtiger Bestandteil der politischen Berichterstattung.

Die Schulen wurden autonom von den Betroffenen verwaltet und waren somit der Boden für die Verselbständigung des Menschen.

Politische Bildung war in der Schule kein Anhängsel, sondern ein Hauptgegenstand wie Mathematik und die Sprachen. Parteien und andere Organisationen hatten starke Bildungseinrichtungen.

Auseinandersetzungen — und davon gab es natürlich mehr, weil ja mehr Meinungen da waren — wurden offen geführt. Tricks und hinterhältige Strategien hätten auch kaum eine Chance gehabt, weil sie sofort durchschaut worden wären. Vorschläge und Ideen waren viele vorhanden, sie wurden genauest untersucht, abgewogen und dann wurde entschieden.

Wenn nicht anders möglich, mußte abgestimmt werden. Da die Menschen den Prozeß bewußt miterlebt hatten, hatten sie auch kein Problem, zu den Entscheidungen zu stehen.

Es war in dieser Zeit gar nicht schwer, auch schwierige Probleme zu lösen. Da den Menschen dank ihrer politischen Bildung die Folgewirkungen hoher Arbeitslosigkeit bewußt wurden, war die gerechte Aufteilung der vorhandenen Arbeit keine schwere Sache.

Durch das neue Bewußtsein der Bürger wurde viel an Kreativität frei, die Menschen entdeckten auch in der Wirtschaft Freiräume, neue Produktionen wurden aufgezogen, neue Vertriebs- und Handelsformen gefunden.

Die Umweltsanierung war in kurzer Zeit getan, da die Menschen für ihr Handeln auch die Verantwortung übernahmen. Mülltrennung und Recycling wurden schnell selbstverständlich, umweltgefährdende Produkte verschwanden vom Markt, da sie weder jemand gekauft noch jemand produziert und vertrieben hätte.

Am deutlichsten wurde das neue Bewußtsein in der Gesundheitspolitik spürbar. Die Menschen übernahmen selbst die Verantwortung für ihre Lebensgewohnheiten. Sie erkannten, was sie Anfang der 80er Jahre krank gemacht hatte.

Sie spürten ganz deutlich, daß der Großteil der Krankheiten davon herrührte, wie sie mit sich selbst und ihren Mitmenschen umgegangen waren.

Allgemein wurde bemerkt, daß die Menschen sorgsamer im Umgang miteinander wurden. Sie erkannten ihre eigene Verletzlichkeit und wußten um die der anderen.

Das war der eigentliche Durchbruch.

Ein neues Zeitalter begann.

Heute, im Jahr 2038, ist für uns vieles selbstverständlich, was 1988 noch ganz anders gesehen wurde. Wir wissen, daß niemand von uns im Besitz der absoluten Wahrheit ist. Wenn wir das beste Ergebnis erzielen wollen, müssen alle möglichen Ideen auf und alle Beteiligten an den Tisch.

Niemand wird heute bezweifeln, daß auch die anderen Parteien und Politiker gute Ideen haben. Ein Politiker, der nur von der Kritik an den anderen lebt, wird höchstens verlacht. Dumme Aktionen können bei uns noch so gescheit begründet werden, sie werden schnell als dumm entlarvt.

Uns ist heute klar, daß es nicht auf die Lautstärke der Wortmeldung ankommt und daß es die Anstrengung lohnt, auch die Leisen zu hören.

Niemand wird bei uns auf die Idee kommen, sein politisches Selbstverständnis von der Schwäche der anderen abzuleiten.

Das allerwichtigste aber ist, wie wir heute — 100 Jahre nach 1938 und 50 Jahre nach 1988 — miteinander umgehen. Wir nehmen die anderen und uns selbst, wir nehmen unsere Sehnsüchte, unsere Ängste, unsere Wünsche ernst.

Wir versuchen, Politik zu machen ohne uns selbst und andere zu verletzen. Ich freue mich, daß sie auch in der Politik begonnen hat, die Zeit der Behutsamkeit.

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

BERICHT ZUR BEWUSSTSEINSLAGE DER NATION

Demoskopische Betrachtung auf der Basis der IMAS-Forschung

Es ist gar nicht so sehr lang her, da war die Welt für die Österreicher noch ziemlich heil. Zwar raunzte man seit eh und je über einen vermeintlich sinkenden Lebensstandard, obgleich die Reallöhne, objektiv betrachtet, gestiegen waren, aber im großen und ganzen fühlte man sich hierzulande doch einigermaßen geschützt und unberührt von den Gewittern und Stürmen, die an anderen Stellen der Welt tobten. Noch vor siebeneinhalb Jahren erklärten uns rund drei Fünftel aller Erwachsenen, daß wir alles in allem in einer glücklichen Zeit leben. Nur eine Minderheit war gegenteiliger Auffassung.

Ab 1980 — etwa mit dem Einsetzen der Diskussion um den sterbenden Wald und sterbende Betriebe, unter dem Eindruck steigender Arbeitslosenraten und umsichgreifender Skandale — begann sich die Stimmung rapide zu verschlechtern. Heute glaubt nicht einmal mehr jeder dritte an gute Zeiten; nahezu die Hälfte der Bevölkerung spricht dagegen von einer schwierigen Zeitphase, die wir durchschreiten müssen.

Das gedrückte Lebensgefühl hat verschiedenartige Wurzeln:

- Die Zuversicht in die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten ein, zwei Jahren hat einen Tiefstand erreicht;
- Die Arbeit der Großen Koalition hat bisher Enttäuschung ausgelöst;
- Die Bevölkerung steht darüber hinaus unter dem massiven Eindruck von Nepotismus, Ungerechtigkeit und einem Mangel an innerer Ordnung. Man beklagt, daß zuviel über nebensächliche Dinge diskutiert wird und man lebt mit dem Gefühl, daß bei uns niemand mehr die Dinge wirklich in der Hand hat.

Sehr verbreitet ist auch die Ansicht, daß es erst dann wieder aufwärts gehen könne, wenn die Bürokratie abgebaut ist. Kennzeichnend für das Denken der Österreicher ist ansonsten:

- eine auffallend starke Befürwortung engerer Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft;
- eine bemerkenswert verbreitete Meinung, man sollte sich nicht zu sehr nach den Wünschen der Amerikaner richten;
- eine vergleichsweise geringe Überzeugung, die derzeitigen Probleme Österreichs könnten nur durch eine große Koalition bewältigt werden;
- eine als wenig dringlich empfundene Notwendigkeit, es sollte mehr gegen den Antisemitismus unternommen werden.

Als absolut vorrangige politische Zielsetzungen betrachten die Österreicher derzeit:

- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
- Herstellung von Sauberkeit in der Politik;
- Sanierung der Verstaatlichten Industrie;
- Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Waldsterben;
- Langfristige Sicherung der Pensionen.

Zu den nebensächlichen Zielen zählt man die Verkürzung der Arbeitszeit.

Soviel zur gegenwärtigen Stimmungslage, die als politisch-psychologischer Reflex auf aktuelle, unmittelbar zurückliegende Ereignisse zu verstehen ist.

Wie ist es sonst mit den Österreichern bestellt? Wie denken sie, welche Haltung beziehen sie zu zentralen Fragen der Gegenwart, wieviel Antriebskraft steckt in unserer Gesellschaft.

Beginnen wir den Streifzug durch das öffentliche Bewußtsein am besten mit einem Blick auf das Selbstverständnis der Bevölkerung.

Als wir unlängst einen repräsentativen Querschnitt baten, sich anhand einer Listenvorlage bestimmten Personengruppen zuzuordnen, stilisierten sich die Österreicher in erster Linie als Umweltbewußte, als Angehörige des Mittelstandes, als einfache Menschen und als Arbeitnehmer.

Nur knapp jeder vierte fühlt sich den Fortschrittlichen zugehörig, nur rund jeder fünfte porträtiert sich als religiös, berufsorientiert oder bürgerlich.

Lediglich jeder siebente zählt sich zu den Erfolgsorientierten, nur etwa jeder neunte bis zehnte betrachtet sich als Individualisten oder als reformfreudig.

Innerhalb der Parteianhängerschaften ergeben sich interessante Unterschiede:

ÖVP-Wähler betrachten sich überdurchschnittlich oft als religiös und kirchentreu, außerdem als Selbständige und Konservative;

FPÖ-Wähler porträtieren sich auffallend gern als Fortschrittliche, Berufsorientierte, aber auch als Bürgerliche und Liberale;

DIE GRÜNEN sagen von sich besonders gern, daß sie umweltbewußt, außerdem individualistisch, schöngeistig, musisch, reformfreudig und intellektuell sind.

Einen zusätzlichen Aufschluß gewinnt man, wenn man sich nach dem Wertesystem erkundigt, danach nämlich, was man im Leben als wichtig und erstrebenswert finden kann.

Aufgrund der Ereignisse regieren gutbürgerliche Tugenden und bürgerliches Wohlverhalten das Empfinden der Bevölkerung. An der Spitze stehen Recht und Ordnung, Reinlichkeit, Sparsamkeit, Freiheit, Sicherheit, Geborgenheit, Pflichtbewußtsein, Toleranz und umweltbewußtes Verhalten.

Ungeachtet all der unliebsamen Ereignisse der letzten Jahre stößt man beim Gros der Österreicher also auf eine durchaus beeindruckende Rechtschaffenheit, hinter die einige andere wichtige Werte allerdings zurücktreten.

Wenig Bedeutung wird u. a. der Leistungsbereitschaft und allen aufwärtsgerichteten Zielen, wie materiellem Wohlstand, Erfolg, Ansehen und sozialem Aufstieg zugeschrieben.

Das geringste Gewicht geben die Österreicher jedoch dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt.

Nicht gerade mit Ruhm bedecken sich die Österreicher bei Problemen, die mit zwischenmenschlichem Engagement, Hilfsbereitschaft und Zivilcourage zusammenhängen. Wer beispielsweise nachts in seinen vier Wänden in Not oder Gefahr gerät, sollte hierzulande nicht allzu sehr auf die Hilfe seiner Nachbarn hoffen. Nur 38 Prozent aller Erwachsenen würden laut eigener Angabe auf alle Fälle das Bett verlassen, um Schreckensschreien in einer fremden Wohnung nachzuforschen. Ein besonders gleichgültiges Verhalten ist in solchen Fällen bei den Wienern anzunehmen.

Merkwürdig ambivalent ist das Verhalten der Erwachsenen, wenn sie Zeugen krimineller Delikte werden. Zwar besteht eine hohe Bereitschaft, bei Verbrechen oder etwa bei Fahrerflucht nach einem schweren Unfall die Polizei zu verständigen, aber ein zufällig beobachteter Kaufhausdiebstahl würde bestensfalls ein Drittel zu kompromißlosem Handeln bewegen.

Wie die IMAS-Befunde zeigen, besitzen die Österreicher ganz allgemein eine sehr geringe Neigung, sich aktiv in kritische Situationen einzumischen. Nur wenige würden beispielsweise vorbehaltlos für einen Menschen Partei ergreifen, der von einem Polizisten ungerecht behandelt wurde, noch weniger allerdings würden umgekehrt einem Polizisten beispringen, der aus irgendeinem Grund in Bedrängnis geraten ist. Am allergeringsten ist die Bereitschaft, sich als Schlichter in eine beginnende Rauferei einzuschalten.

Man könnte argumentieren, daß sich die übrigen Europäer in solchen Fällen vermutlich auch nicht viel anders verhalten. Mag sein. Dennoch möchte ich — ohne Vergleiche zu besitzen — darauf hinweisen, daß sich die Österreicher auch in Situationen ängstlich verhalten, die eigentlich nicht mehr erfordern als Tugenden, die man mit bürgerlichem Selbstvertrauen umschreiben könnte.

Und hier ergibt sich zugleich ein unmittelbarer Bezug zum Themenkreis der politischen Kultur.

Schon das Betreten eines bereits voll besetzten Saales als Zuspätkommender ist für die Masse der Bevölkerung eine offenkundig sehr unbehagliche Vorstellung. Noch viel geringer ist der Mut, in einer großen Versammlung aufzustehen und seinen Standpunkt zu vertreten, wenn man weiß, daß die Mehrheit anders denkt. Lediglich jeder fünfte würde so etwas ohne weiteres tun.

In diesem Zusammenhang erscheint bedeutsam, daß die Courage zu öffentlichem Auftreten und zur Behauptung des eigenen Standpunktes nicht nur mit der Schulbildung und dem Grad der Urbanisierung der Befragten, sondern auch mit der politischen Orientierung in einem engen Zusammenhang steht. Es fällt auf, daß die Anhänger der GRÜNEN eine ungleich höhere Bereitschaft zeigen, in einer größeren Versammlung das Wort zu ergreifen, als Personen, die der SPÖ, der Volkspartei oder auch der FPÖ nahestehen.

Die überdurchschnittlich große Artikulationsbereitschaft der GRÜNEN ist zum Teil dadurch erklärbar, daß in dieser Partei vergleichsweise besonders viele Angehörige der jüngeren Generation zu finden sind.

Die Exponierbereitschaft der GRÜNEN bewirkt offenkundig eine Lautstärke, die die statistische Größe der neuen Protestpartei übertönt und insofern zu einer politisch-optischen Täuschung führt. In jedem Fall verbindet sich damit aber auch eine nicht zu unterschätzende Durchsetzungskraft. Denn nur wer sich getraut, Meinungen zu äußern, kann auch Meinungen beeinflussen.

Freilich hat auch diese Medaille eine Kehrseite. Sie besteht darin, daß bei den GRÜNEN die Vielzahl geäußerter Meinungen schwerer miteinander vereinbar sind als in Parteien, deren Anhänger sich weniger äußerungsfreudig zeigen.

In diesem Bericht kam bereits das verbreitete Unbehagen der Bevölkerung an den inneren Zuständen zur Sprache. Eine von mehreren gravierenden Ursachen dafür liegt, in einem seit 1978 stark gewachsenen Zweifel an den politischen Parteien. Damals war noch eine absolute Mehrheit davon überzeugt, daß die in Österreich existierenden Parteien für jeden Staatsbürger ein passendes Programm bieten und daß es eigentlich nicht schwer ist, sich für eine Partei zu entscheiden, die einem am meisten zusagt. Heute wird eine solche Ansicht nur mehr von 26 Prozent geteilt. Fast zwei Drittel der Wähler sind mit keiner Partei wirklich ganz zufrieden und wünschen sich zumindest manchmal eine neue Partei, die besser zu den eigenen Vorstellungen paßt als die existierenden Parteien.

Die Lage ist aufgrund der neuesten Erhebung also von einem latenten Wunsch nach einem adaequateren politischen Angebot gekennzeichnet.

Drastisch verschlechtert hat sich in der jüngsten Vergangenheit auch das Gesamtbild der Politiker. Der Anteil von Personen, die einem Nationalratsabgeordneten große Fähigkeiten bescheinigen, ist innerhalb von elf Jahren von 55 auf 30 Prozent gesunken. Gleichzeitig nahm die Meinung, der Mandatar benötige keine Qualifikation, von 28 auf 48 Prozent zu.

Die Bereitschaft, den Politikern Fähigkeiten zuzugestehen, steht in korrelativen Zusammenhängen mit Bildung und Urbanität: Personen mit einfachstem Zuschnitt sowie Landbewohner haben ein relativ günstiges Bild von den Politikern, Maturanten und Akademiker sowie Großstädter sind besonders kritisch eingestellt.

Das Politikerbild ist somit ausgerechnet dort besonders schlecht, wo eigentlich der Nachwuchs für die Volksvertretung herkommen sollte. Kein Wunder auch, daß die geistige und soziale Elite eine deutlich erkennbare Unlust zeigt, sich parteipolitisch zu betätigen. Es ist, wie ich meine, ein beklagenswerter Zutand, daß sich die Angehörigen der für Führungsaufgaben potentiell am besten geeigneten Schicht zumeist mit einem Austausch ihres Unmuts über Mißstände in Staat und Gesellschaft in den Standesvertretungen begnügen, und zwar unter Gleichgesinnten. Es wäre aus bürgerlicher Sicht gewiß besser, die politische Energie für den Dialog mit den Andersdenkenden einzusetzen.

Die Erosion in der Wertschätzung der Politiker findet einen überaus deutlichen Niederschlag im Rollenbild der Abgeordneten.

Alles in allem wird die Vorstellung von einem Politiker geprägt von den Ansichten, er verdiene gut, habe keine finanziellen Sorgen, genieße viele Vorrechte, habe es überall ein wenig leichter, sei viel unterwegs und könne sich leicht ein zusätzliches Einkommen verschaffen. Sieht man von der vermuteten Mobilität ab, so haben sich alle diese Vorstellungen gegenüber früher ganz erheblich verstärkt. Stark vermindert hat sich gleichzeitig die Ansicht der Österreicher, ein Politiker trage große Verantwortung, müsse sehr viel lesen und sich weiterbilden, habe wenig Privatleben, müsse persönliche Opfer bringen und auf viele Annehmlichkeiten verzichten, habe großen Einfluß auf die Entwicklung Österreichs, könne eigene Ideen verwirklichen und werde von der übrigen Bevölkerung geachtet.

Das Bild von den Nationalratsabgeordneten formt sich augenscheinlich aus Informationen und Eindrücken, die man „aus zweiter Hand", beispielsweise durch die Publizistik oder durch andere Mitteilungen bekommt, nur höchst selten aus persönlichen Erfahrungen. Lediglich jeder elfte Österreicher gab zu Protokoll, sich während der letzten Jahre mit einem Anliegen an einen Nationalratsabgeordneten gewandt zu haben, nur drei Prozent taten dies mehrmals.

In jener neun Prozent umfassenden Minderheit, die von einem oder mehreren Kontakten mit NR-Abgeordneten berichten konnte, besteht eine sehr massive Überzeugung, daß sich der angesprochene Politiker um das Anliegen gekümmert habe.

Bei Personen, die noch keine persönliche Erfahrung mit Nationalratsabgeordneten besaßen, erkundigten wir uns, ob sie sich vorstellen könnten, einen Abgeordneten zu appellieren.

Lediglich ein gutes Viertel der Bezugsgruppe, die (mit 91 Prozent) zugleich die Masse der österreichischen Bevölkerung repräsentiert, antwortete vorbehaltslos mit ja. Weitere zwei Fünftel schlossen den Gang zu einem Abgeordneten wenigstens nicht aus; jeder dritte erklärte allerdings, für ihn käme die Appellation eines Nationalratsabgeordneten prinzipiell nicht in Betracht.

Mit anderen Worten: man steht den Abgeordneten mit äußerster Skepsis gegenüber, man kritisiert sie, aber man appelliert sie sehr selten. Demokratie wird insofern nur in einem relativ bescheidenen Maße praktiziert.

Auf die Frage, an wen man sich denn wenden würde, wenn man sich beispielsweise in einer wichtigen Sache schwer benachteiligt fühlt, richtet sich der hilfesuchende Blick der Österreicher in erster Linie auf den Bürgermeister bzw. Gemeinderat, oder aber auf den Volksanwalt, der ja eigentlich erst zum Zuge kommen sollte, wenn von sonst nirgends mehr Verständnis zu erwarten ist.

Fest steht, daß man den zitierten Instanzen ein grundsätzlich bedeutend größeres Vertrauen entgegenbringt als etwa der Partei, der man nahesteht, oder dem Nationalratsabgeordneten des eigenen Wahlkreises.

Ungeachtet dieser Sachverhalte sind die Österreicher mehrheitlich überzeugt, daß man heutzutage häufig oder zumindest hin und wieder auf die Hilfe irgendwelcher Organisationen angewiesen ist. Nur wenige glauben, man können sich allein im Leben behaupten.

In einer gewissen thematischen Verwandtschaft dazu steht der Umgang mit den Behörden. Als wir dieses Problem demoskopisch beleuchteten, stießen wir auf eine tiefsitzende Verärgerung über die „Amtskappelgesinnung", zugleich aber auch auf ein erschreckend verbreitetes Gefühl von Resignation. Entsteht nämlich bei einem Kontakt mit Behörden der Eindruck, ungerecht behandelt worden zu sein, so glaubt nicht einmal die

Hälfte der Österreicher, daß es Sinn hat, sich zu wehren.

In weiterer Folge wendet sich die Aufmerksamkeit dem vieldiskutierten Problem der politischen Partizipation zu, von dem sich die Parteien neuerdings so viel versprechen. Die Umfragebefunde vermitteln den Eindruck, daß die Haltung der Bevölkerung zu diesem Problem noch ziemlich unausgeformt und wenig konsistent ist. Einerseits deklamieren die Österreicher in großer Zahl die Notwendigkeit möglichst vieler Volksabstimmungen, andererseits wird der politischen Mitentscheidung des einzelnen im Vergleich zu anderen Problemen jedoch eine eher geringe Bedeutung beigemessen.

Daß die Mitwirkung an politischen Entscheidungen den Österreichern in Wirklichkeit nicht gerade unter den Nägeln brennt, bestätigt sich in einer gezielten Ermittlung zu diesem Thema: Rund jeder vierte ist von vornherein für eine Klärung aller Sachfragen durch das Parlament, mindestens ebenso viele meinen, es käme auf das jeweilige Problem an, knapp zwei von fünf sprechen sich für eine möglichst weitreichende Mitwirkung der Bürger mit Hilfe von Volksabstimmungen aus.

Für eine möglichst starke Partizipation der Bevölkerung an der Politik sprachen sich vor allem die 16- bis 24-jährigen aus, somit jene Gruppe, die erfahrungsgemäß Politik eher oberflächlich und mit beiläufigem Interesse wenngleich mit durchaus starken Emotionen verfolgt. Einer von mehreren empirischen Beweisen besteht darin, daß junge Menschen deutlich seltener als ältere Personen über Politik reden.

Die Demokratie muß jedenfalls mit der Tatsache leben, daß junge Menschen eine zuweilen recht unbequeme Fraktion der Bevölkerung bilden und gern eine bestimmte Ansicht vertreten, ohne sich zuvor eingehend mit dem betreffenden Thema beschäftigt zu haben.

Welche Art von Problemen sollte eigentlich nach allgemeiner Auffassung hauptsächlich von den Politikern im Parlament entschieden werden und bei welchen sollte man die ganze Bevölkerung mitentscheiden lassen?

Einer entsprechenden Ermittlung war zu entnehmen, daß man die Mehrheit der politischen Lösungen prinzipiell eher den Parlamentariern als dem Volk selbst zuweist. Ansonsten zeigten sich einige sehr charakteristische Kompetenzzuweisungen für Parlament und Bürgerschaft. Der Generaleindruck ist, daß den Politikern alle jene Themenbereiche zuerkannt werden, die ein spezielles Hintergrundwissen voraussetzen und einen sozusagen strategischen Bezug haben. Insbesondere handelt es sich dabei um Fragen der Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Verstaatlichte Industrie, Landesverteidigung und Kultur.

Bemerkenswert ist, daß man auch den Einsatz der Polizei in erster Linie dem Parlament zuspricht.

Eine Mitentscheidung der Bevölkerung wünscht man sich andererseits in Bereichen, die entweder mit dem Umweltschutz oder mit der eigenen Existenz in irgendeinem Zusammenhang stehen. Dazu zählen z. B. der Bau von Kraftwerken, Wohnbauprobleme, Sozialgesetze, Festsetzung des Strompreises, Probleme des Fernsehens und Rundfunks sowie Gesetze über Pensionen, Renten.

Ergänzend wurde gefragt, wie sehr man sich eine persönliche Mitentscheidung bei politischen Sachfragen erwarte.

Von allen Österreichern bezeichneten 17 Prozent eine solche Mitsprache als ,,sehr wichtig'', weitere 34 Prozent antworteten mit ,,wichtig''.

Insgesamt 46 Prozent legen augenscheinlich keinen besonderen Wert darauf, in die politische Verantwortung persönlich eingebunden zu werden.

Relativ am stärksten ausgeprägt ist der Wunsch nach persönlicher Mitbestimmung in der Politik bei Maturanten und Akademikern.

Es war im bisherigen Bericht notwendigerweise viel die Rede vom Unbehagen der Bevölkerung über Mißstände und Institutionen. Dies weckt die Neugierde nach der Art der Protestbereitschaft und ergo auch nach dem Maß an Radikalität.

Als wir diesem Problem nachgingen, versuchten wir vor allem festzustellen, in welchen Situationen bei der Bevölkerung die Grenzen der Duldsamkeit erreicht sind. Die Befragten hatten die Möglichkeit, unter zwölf vorgegebenen Mißständen diejenigen auszuwählen, die sie nicht mehr widerspruchslos hinnehmen würden.

Am unerträglichsten sind den Österreichern Verstöße gegen die Umwelt. 58 Prozent der Erwachsenen würden einer Verschmutzung der Umwelt durch Industrieabfälle erklärtermaßen nicht tatenlos zusehen. Darüber hinaus besteht eine starke Neigung, sich drastischen Preiserhöhungen sowie drastischen Steuererhöhungen zu widersetzen.

Aber auch gewisse Entwicklungen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung, wie etwa die Züchtung neuer Menschen durch Manipulation der Erbsubstanz (Gentechnologie), würden mehr als die Hälfte der Befragten zu Gegenmaßnahmen aktivieren.

Die Errichtung von Kernkraftwerken im Ausland steht gemeinsam mit der potentiellen Machtübernahme einer kommunistischen oder faschistischen Partei in unserem Staate im Mittelfeld der bekämpfenswerten Ereignisse. Am wenigsten protestwürdig betrachtet man — von lediglich 32 Prozent erwähnt — Massenentlassungen in der Verstaatlichten Industrie. Man hielt sie für ziemlich unvermeidlich.

Die vergleichsweise niedrige Widerstandsbereitschaft gegen kommunistische bzw. faschistische Machtergreifung mag auf den ersten Blick überraschen, ist aber sicherlich dadurch erklärbar, daß eine solche Situation als wenig realistisch empfunden wird.

Nachdem die Protestsituationen ermittelt waren, erkundigten wir uns danach, welche Art von Protestaktion man in der jeweiligen Situation als gerechtfertigt erachtet.

Aufgrund der Ergebnisse beschränken sich die Mißfallenskundgebungen in der Hauptsache auf Unterschriftenaktionen und Protestmärsche. Bereits erheblich seltener erfolgt die Empfehlung zur Arbeitsniederlegung. Ganz wenige befürworten darüber hinaus auch die Besetzung von Gebäuden oder die Blockierung von Straßen und anderen Verkehrswegen.

So gut wie gar nicht in Betracht gezogen wird von den Österreichern bewaffneter Widerstand — mit zwei Ausnahmen: der möglichen Machtübernahme entweder durch Kommunisten oder durch Faschisten, also in einer bürgerkriegsartigen Situation. In diesen Fällen hält rund jeder fünfte der Protestbereiten gewaltsamen Widerstand für angemessen.

Ergänzend zu den beiden Ermittlungen wurde das Datenmaterial zu einer Intensitätsskala verdichtet, wobei die Protestempfehlungen als Skalenbedingungen aufgefaßt wurden. Es wurde dann geprüft, wie viele Maßnahmen unabhängig von deren Inhalt und Qualität rein quantitativ befürwortet werden. Auf diese Weise ergeben sich — je nach der Zahl der empfohlenen Maßnahmen — unterschiedliche Ausprägungen der Protestbereitschaft.

Die Skalenanalyse führte zur Erkenntnis, daß **lediglich elf Prozent der Österreicher eine intensive Protestneigung aufweisen,** in dem Sinne, daß sie sich für mindestens fünf der zu Diskussion gestellten Protestformen entschieden.

30 Prozent empfehlen drei oder vier der möglichen Protestformen und besitzen somit eine mäßige Protestneigung.

Insgesamt 59 Prozent befürworten bestenfalls zwei Ausdrucksformen des Unmuts.

Betrachtet man diese Ergebnisse unter demographischen Gesichtspunkten, so stellt man fest, daß die Protestneigung vergleichsweise am stärksten bei Personen unter dem 30. Lebensjahr ausgeprägt ist. Der Unterschied zu den Angehörigen der mittleren und älteren Generation ist allerdings nicht besonders groß. Auch in den anderen Fraktionen weichen die Einstellungen zum Problem des Widerstands nur recht unerheblich voneinander ab.

Alles in allem kann kein Zweifel bestehen, daß die Protestneigung in Österreich gering ist und daß man im Kampf gegen jegliche Art von Mißständen eine friedliche und maßvolle Reaktion vorzieht. Der große Ärger hat zumeist sanfte Folgen und mündet in zornigen Unterschriften oder bestenfalls in Protestmärschen.

Ein solches Verhalten könnte natürlich auch als Mangel an Zivilcourage, jeden-

falls aber als Ausdruck einer allgemeinen Lethargie gewertet werden. Es stellt sich letztlich die Frage, wieviel Widerspenstigkeit eine Gesellschaft nötig hat, um sich gegen unerwünschte oder gar gefährliche Entwicklungen behaupten zu können.

Noch nicht behandelt wurde ein besonders wesentlicher Themenkreis ihrer heutigen Arbeitstagung, nämlich das Kapitel ,,Medienkultur, Trivialkultur''. In diesem geradezu uferlosen Bereich von verzwicktesten Einzelfragen, die allesamt mit den zum Teil noch schwankenden Erkenntnissen der Kommunikations- und Mediawirkungsforschung zusammenhängen, ist es ungemein schwierig, substantielle Aussagen zu machen, ohne selbst in den Verdacht des Trivialen zu geraten.

Da es ganz und gar unmöglich ist, diesen riesenhaften Problembereich auch nur einigermaßen erschöpfend zu behandeln, möchte ich mich von vornherein auf ganz wenige Fragen beschränken, die nach meiner Auffassung einen besonders engen Bezug zur politischen Kultur haben.

Frage 1: Wie steht es mit der Glaubwürdigkeit und dem subjektiv empfundenen Informationsnutzen der Printmedien für die politische Unterrichtung?

Wir haben uns erst unlängst wieder danach erkundigt, ob die österreichischen Zeitungen im allgemeinen vollständig und korrekt über die politischen Vorgänge berichten, oder ob man das Gefühl hat, daß vieles einseitig oder unvollständig dargestellt wird.

Das jüngste Ergebnis signalisiert ein gefährlich geringes Vertrauen in die Presse:

— jeder zweite Österreicher steht unter dem Eindruck eines einseitigen und verzerrten Informationsangebots;

— lediglich 16 Prozent glauben an eine weitgehend objektive Berichterstattung.

Das eigentlich Bedrückende ist, daß die Überzeugung einer unsachlichen Nachrichtenpolitik innerhalb von knapp zwei Jahren kontinuierlich und mit Riesenschritten (um neun Prozentpunkte) zugenommen hat. Der Vertrauensverlust in der Presse vollzog sich also in einer Zeitphase, in der u. a. die Bundespräsidentenwahl mit ihren dissonanten Begleitumständen, die Nationalratswahl, die Draken-Frage und die VÖEST-Sanierung zur Diskussion standen.

Die soeben skizzierten Vorgänge im öffentlichen Bewußtsein zwingen zur Aussage, daß die Bevölkerung den Kommunikationsmitteln mit ausgeprägter Skepsis gegenübersteht und daß die Medien aus der Sicht der Österreicher offenkundig nicht als ein notwendiges Korrektiv und als ein vertrauenswürdiger Anwalt der Öffentlichkeit empfunden werden.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß auch das Fernsehen nicht als objektiv betrachtet wird, obgleich es einer Mediengattung angehört, der man von vornherein gern das Kennzeichen des Offiziösen und quasi Überparteilichen zugesteht. Aufgrund unseres bisherigen Wissens wird das Fernsehen jedoch weit eher der SPÖ als der ÖVP zugeordnet.

Im übrigen stand es für ein gutes Fünftel der Österreicher fest, daß die Übernahme der Generalintendanz durch Th. Podgorski zu einer SPÖ-Freundlichkeit des ORF führen würde.

Was das Fernsehen ganz allgemein betrifft, so ist seine politische Wirkungschance — neben dem Vorteil des ,,Offiziösen'' — auch deshalb besonders hoch einzuschätzen, weil es mit seinen Nachrichtensendungen eine grundsätzlich extrem große Zahl von Menschen erreicht. Aufgrund unserer Untersuchungen ist anzunehmen, daß rund 60 Prozent der Erwachsenen täglich und weitere 20 Prozent zumindest mehrmals in der Woche die TV-Nachrichten verfolgen.

Andererseits wird der politische Teil der Tageszeitungen nur von einem Drittel der Österreicher regelmäßig, das heißt täglich, verfolgt. Weitere 18 Prozent lesen die Politik immerhin mehrmals die Woche.

Ein zusätzlicher Vorteil des Fernsehens ergibt sich auch aus der Tatsache, daß es die Mehrheit der Erwachsenen prinzipiell lieber hat, mündlich, also von den AV-Medien, über Wirtschaft, Politik und Weltgeschehen informiert zu werden und sich ungern der Mühe unterzieht, diese Art von Nachrichten selbst zu lesen.

2. Frage zum Thema ,,Medienkultur'': Wie lernfähig ist die Bevölkerung und wieviel an Wissen darf man bei der Kommunikation mit ihr voraussetzen?

Wie hier die Dinge liegen, erfuhren wir, als wir die Kenntnisse über einige alltägliche und scheinbar selbstverständliche Begriffe aus dem modernen Wirtschaftsleben überprüften. Die Zielpersonen sollten sagen, welche der Begriffe sie genau, welche sie ungefähr und welche sie nicht erklären könnten.

Als gut verständlich erwiesen sich nur sieben der zur Diskussion gestellten Vokabeln, nämlich ,,Gewinn'', ,,Export'', ,,Import'', ,,Steuersenkung'', ,,Arbeitslosenrate'', ,,Einzelhandel'' und ,,Inflation''.

Bereits sehr viel Unsicherheit war zu spüren bei ,,Europäische Gemeinschaft'', ,,Auslandsverschuldung'', ,,Budgetdefizit'', ,,Bilanz'', ,,Privatisierung'', ,,Steuerreform'', ,,Forschungsförderung'', aber auch ,,Marktwirtschaft'' und ,,Handelsbilanz''.

Äußerst gering ist die Fähigkeit der Bevölkerung, die Vokabeln ,,Bruttosozialprodukt'' und ,,Börsenkurs'', aber auch ,,Technologie'', ,, Software'' und ,,Innovation'' zu deuten. (Rund zwei Drittel der Erwachsenen gaben zu Protokoll, mit dem Wort ,,Innovation'' nichts anfangen zu können.)

Für die geringe Deutungsfähigkeit von wirtschaftlichen und politischen Begriffen und Sachverhalten ließen sich noch weitere empirische Nachweise anführen. Alle diese Befunde wiegen vor allem dann sehr schwer, wenn man ins Kalkül zieht, daß Unwissenheit sehr leicht zu einem Gefühl der Fremdheit oder sogar zu einer tief empfundenen Gegnerschaft führen kann. Unter diesem Aspekt waren wir auch nicht besonders überrascht, als wir kürzlich feststellten, daß besonders systemkritische und der Marktwirtschaft abweisend gegenüberstehende Personenkreise den objektiv geringsten Wissensstand über die Wirtschaft besaßen. Es ist nun einmal so, wie der Amerikaner William Hazlitt sagte, daß manche Leute über Politik nicht etwa reden, um eine Meinung zu sagen, sondern eine Meinung von sich geben, einfach um zu reden.

Der Holländer Peter van Westendorp folgerte, man könne nie ganz sicher sein, ob Leute, die eine bestimmte Ansicht über ein Problem zu erkennen geben, sich von diesem Problem auch nur im geringsten berührt fühlen.

Wie immer man es betrachtet: fest steht in jedem Fall, daß die Semantik in der politischen Kommunikation eine eminent große Rolle spielt und daß die Verständlichkeit, aber auch die Sympathie-Anmutung von politischen Begriffen oft viel zuwenig bedacht wird von denen, die politisch informieren oder sogar politisch beeinflussen wollen.

3. Frage: Werden in der gegenwärtigen politischen Situtation die ,,richtigen'', nämlich für das Schicksal Österreichs tatsächlich notwendigen Fragen diskutiert?

Die Tragweite einer solchen Frage ergibt sich aus der Erkenntnis Niklas Luhmanns, wonach ein System, eine Gesellschaft, nicht mit beliebig vielen Themen gleichzeitig fertig werden kann. Der Prozeß der öffentlichen Meinung bündelt die Aufmerksamkeit für dringliche Probleme nur eine knappe Zeit. In dieser zugemessenen Zeitphase müssen zumeist die Lösungen gefunden werden.

Liegen bei uns in Österreich also die richtigen Themen auf dem Tisch?

Nach Ansicht einer geradezu überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung ist dies **nicht** der Fall: 64 Prozent, somit fast zwei Drittel aller Erwachsenen erklärten uns im September, bei uns diskutiere man viel zu oft über nebensächliche Dinge und übersehe die wirklich wichtigen Probleme. Illustrativ ergänzt wird dieser Befund durch eine ebenfals sehr starke Gruppe von 43 Prozent, die meint, bei uns werde zuviel über die Zeit vor 1945 und zuwenig über den Fortschritt nachgedacht.

Angesichts der zitierten Ergebnisse steht die Bevölkerung ganz offenkundig unter einem sehr massiven Eindruck einer fehlgeleiteten politischen Energie und einer Überakzentuierung marginaler, für die staatliche Existenz nicht unmittelbar relevanter Fragen. Es dürfte außer Zweifel sein, daß derartige Eindrücke einen elementaren Einfluß auf das Stimmungsklima ausüben.

Meine Damen und Herren, dieser Bericht über die ,,Bewußtseinslage der Nation''

hat uns in sehr verschiedenartige Bezirke unseres politischen Denkens und Handelns geführt, obgleich es noch viele Probleme gäbe, die man unter dem Gesichtspunkt Ihres Workshops ebenfalls noch berücksichtigen müßte.

Um das vermutlich etwas diffus gewordene Bild wieder ein wenig zu ordnen, möchte ich zum Schluß das Gesagte in einer Art Gesamtschau nochmals ganz gerafft zusammenfassen und dabei auch einige Erkenntnisse einflechten, die aus Zeitgründen nicht behandelt werden konnten.

Folgende Merkmale kennzeichnen gegenwärtig das politische Befinden der Bevölkerung:

— Bürgerliche Redlichkeit, aber wenig vorwärtsdrängende Dynamik;

— Pessimistische Zukunftsbetrachtung mit passiven Zügen;

— Überwiegen von Sicherheitsüberlegungen gegenüber wirtschaftlichen Aufstiegserwartungen. In diesem Zusammenhang:

• einseitige Aufmerksamkeit für Sparsamkeitskonzepte als wirtschaftliche Heilsbotschaften;

• Idealisieren des Staatsdienstes als Existenzbasis (trotz latenten Ärgers über hypertrophe Bürokratie und Amtskappelgesinnung);

• Bereitschaft zu einem Einfrieren des Lebensstandards;

• geringe Mobilität;

— Akzentuierte Umweltängste;

— Tiefe Verdrossenheit über Mißstände in Staat und Gesellschaft. Im einzelnen:

• Zweifel an den Institutionen;

• Mißtrauen gegenüber Parteien, Politikern, aber auch Presse und Rechtsprechung.

Alles in allem jedoch:

— Geringe Neigung zu radikalen Haltungen, viel eher Tendenz zu kraftlosen Protesten;

— Geringe Bereitschaft auch, die Forderung nach Bürgermitbestimmung in die Tat umzusetzen und selbst an politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

In dieser unvermeidlicherweise unattraktiven Skizze vermißt man zunächst die positiven Züge und Wesensmerkmale. Sie sind in der Tat nur sehr schemenhaft und undeutlich zu erkennen. Immerhin sind sie aber ansatzweise da. Die schockartigen Erlebnisse der letzten Jahre haben in der Bevölkerung Reaktionen ausgelöst, die zur Hoffnung berechtigen, daß wir keineswegs zu einer inneren Lähmung verurteilt sind, während sich um uns herum womöglich alles lebhaft entwickelt.

Drei neue Elemente des öffentlichen Bewußtseins erscheinen mir besonders erwähnenswert:

1. Die diversen Skandale und Affären haben zu einem intensiven Wunsch nach moralischer Erneuerung geführt. Solche Zustände sind potentiell dynamisch und können zu positiven Entwicklungen genutzt werden.

2. Die Krise der VOEST-Alpine erschütterte den Irrglauben an die Unsinkbarkeit staatlicher Betriebe und an die Möglichkeit, die Sicherheit von Arbeitsplätzen unabhängig von wirtschaftlicher Vernunft mit politischer oder gewerkschaftlicher Verordnung herzustellen. Zugleich wurde der Bevölkerung die Notwendigkeit privat-wirtschaftlicher Strategien bewußt. Privatwirtschaft heißt Wettbewerb, Wettbewerb bedeutet Leistung.

3. Die zunehmende Durchdringung unseres Alltags mit den neuen Technologien reduziert allmählich die Ängste und Vorbehalte gegenüber den modernen Entwicklungen und führt zu einer vermutlich stärkeren Aktivierbarkeit der Bevölkerung für den Fortschritt.

Ohne Zweifel befindet sich die Bevölkerung aufgrund der vergangenen Ereignisse in einem Spannungszustand. Man ist sich bewußt, daß vieles von dem, was in der Vergangenheit bei uns getan oder gedacht wurde, in der gleichen Form nicht fortgesetzt werden kann oder darf.

Unsere Gesellschaft befindet sich derzeit, wie mir scheint, an einer Weggabelung mit der Möglichkeit, eine positive und eine negative Richtung einzuschlagen.

In dieser Situation dürfte eine wesentliche Gefahr darin bestehen, daß man den sozusagen richtigen und sinnvollen Weg nicht findet, weil — bildlich gesprochen — die Trümmer der Vergangenheit die Sicht verstellen.

Die politische und geistige Energie erschöpft sich in Österreich nach meiner Überzeugung viel zu sehr in Retrospektiven und viel zuwenig in der Auseinandersetzung mit der Zukunft. Die Frage, wie wir uns in der Welt von morgen wirtschaftlich und technologisch behaupten wollen, wird kaum diskutiert und hat einen erheblich geringeren Stellenwert als etwa eine geplatzte Tabori-Aufführung in einer Kirche oder die unmaßgeblichen Äußerungen eines unmaßgeblichen burgenländischen Landtagsabgeordneten in einer unmaßgeblichen Zeitschrift. (Auch das im Grunde höchst marginale Draken-Thema gehört zu diesem Problem.)

Sofern über Zukunft überhaupt gesprochen wird, stehen fast immer die potentiellen Gefahren, nicht aber die möglichen Vorzüge im Vordergrund.

Hier liegt vielleicht der Schlüssel zum Problem: was not tut, ist die Abkehr der reinen Schadensdiskussion, auch die Abkehr von historischen Schuldzuweisungen und die Hinwendung zu einer stärkeren Betrachtung des Nutzens neuer Entwicklungen. Wir benötigen eine Fortschrittsgesinnung auf allen sozialen Ebenen und in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen und staatlichen Lebens:

— in der Bürokratie, die rascher, unkomplizierter und effizienter funktionieren sollte;

— in der Arbeitnehmerschaft, die bereit sein muß, sich ständig weiterzubilden und, wenn nötig, auf andere Berufe umzusatteln oder sogar den Wohnort zu wechseln;

— in der Jugend, die ihr Ideal nicht vorwiegend darin erblickt, in einer Behörde unterzukriechen;

— in der Gewerkschaft, der hoffentlich mehr einfallen wird, als die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;

— in der Unternehmerschaft, die zur politischen Praxis mehr beiträgt, als in der „splendid isolation" der Standesvertretungen soziales Unbehagen auszutauschen;

— in der Kirche, die darauf verzichtet, beruflichen Erfolg und Fleiß zu verteufeln;

— in der Presse, die mehr zu berichten weiß, als über politische Quereleien und personelle Umbesetzungen in den Parteien.

Wir alle sind letzten Endes gefordert, intensiv darüber nachzudenken, was, wie und wo man als einzelner dazu beitragen könnte, damit eine Vorwärtsgesinnung entsteht und ein neues Selbstverständnis Österreichs, das über die eitle Selbstgefälligkeit des Opernballs hinausreicht.

Wir müssen den Fortschritt „thematisieren" und auf die Tagesordnung setzen. Die Bestimmung der Tagesordnung, dessen also, was diskutiert werden muß, — (das sogenannte „agenda setting") — ist nach einvernehmlicher Auffassung der Kommunikationsforscher der erste wichtige Schritt zur Formung einer politischen oder wirtschaftlichen Orientierung.

Und natürlich benötigen wir neben der Hinwendung zum Fortschritt eine Rückbesinnung auf die Anständigkeit und die ethischen Prinzipien im Umgang mit anderen Menschen und im Umgang mit staatlicher und politischer Macht.

Der Kampf gegen den Privilegienwucher darf sich nicht damit begnügen, die Mehrfacheinkünfte und Mehrfachpensionen von Mandataren aus ungesunden Ämterkumulierungen oder fadenscheinigen Leistungen auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren, dieser Kampf gegen die Freunderlwirtschaft muß weitgestecktere Ziele verfolgen:

Wir müssen der Korruption schon dort entgegentreten, wo sie sich erst in Ansätzen zeigt, beispielsweise bei der nachsichtigen Behandlung von Besitzern niedriger Autonummern im Falle von Parkvergehen, der Befreiung bekannter Sportler vom Wehrdienst oder der uneinheitlichen Behandlung von Ansuchen bei Ämtern, Behörden usw.

Wir sollten unseren Blick schärfen für jegliche Art von ungerechtfertigter Bevorzugung und hellhörig werden für alle Verstöße im Kleinen.

Vielleicht liegt deshalb so vieles bei uns im argen, weil uns das Sensorium für die Anständigkeit abhanden gekommen ist, weil wir im Dschungel der Verfechtungen die Grenzen zwischen Recht und Unrecht nicht mehr deutlich genug erkennen können.

Politische Kultur beginnt nach meiner Überzeugung im Alltag. Es lohnt sich, darüber nachzudenken, was man auch auf dieser Ebene dazu beitragen könnte.

Emil Breisach

MEDIENKULTUR — TRIVIALKULTUR

Ich hege die Vermutung, daß wir uns in Zukunft zunehmend mit Aldous Huxley werden beschäftigen müssen, mit seiner Vision von der ,,Schönen neuen Welt''. Sie scheint mir bereits partiell über uns hereingebrochen zu sein, ohne daß wir es richtig bemerkten, in Form von auditiven und visuellen Psychopharmaka, die den Menschen zu ihrem Glücksempfinden unentbehrlich geworden sind. Ein riesiger Markt hat sich aufgetan, der diese genußreichen Gaben, die der kulturellen und sekundär der politischen Verwüstung dienen, ständig vervielfältigt.

Neil Postman, der amerikanische Medien-Ökologe, hat in Kenntnis des Fernsehmarktes in den USA in seinem Buch ,,Wir amüsieren uns zu Tode — Urteilsbildung im Zeichen der Unterhaltungsindustrie'' warnend seine Stimme erhoben. Ein kurzes Zitat: ,,Huxley hat gezeigt, daß im technischen Zeitalter die kulturelle Verwüstung weit häufiger die Maske grinsender Betulichkeit trägt als die des Argwohns und des Hasses. Wenn ein Volk von Trivialitäten sich ablenken läßt, wenn das kulturelle Leben neu bestimmt wird als eine endlose Reihe von Unterhaltungsveranstaltungen, als gigantischer Amüsierbetrieb, wenn der öffentliche Diskurs zum unterschiedslosen Geplapper wird, kurz, wenn aus Bürgern Zuschauer werden und ihre öffentlichen Angelegenheiten zu Varieténummern herunterkommen, dann ist die Nation in Gefahr — das Absterben der Kultur wird zur realen Bedrohung''.

Postman's Buch ist in europäische Sprache übersetzt worden, er war auf einer Vortragsreise in mehreren Städten, auch in Wien, es hat einige Zeitungsberichte und Diskussionen gegeben. Als ob das alles nicht geschehen wäre, haben zur gleichen Zeit politische Gremien getagt und in fast allen westlichen europäischen Staaten — allerdings nicht in Österreich — die Rundfunkmonopole der öffentlich-rechtlichen Anstalten aufgehoben. Und dies mit dem demokratischen Mäntelchen, daß man wie beim Zeitungsmarkt die Meinungsvielfalt herstellen wolle.

In Wirklichkeit hat man dem Verlangen und dem Druck einiger Medien-Giganten und Großkonzerne nachgegeben, die sich von den Verlockungen neuer technischer Möglichkeiten — von Satellit und Kabel — angezogen fühlten, die also mit diesen neuen Möglichkeiten Geschäfte machen wollen. Nun gibt es in Europa bereits 14 private Satelliten-Programme und auch die terrestrische Verbreitung von Radio- und Fernsehprogramm auf privater Basis wurde — etwa in der BRD — freigegeben. Wie aber sehen diese Programme aus? Von vermehrter Meinungsvielfalt ist weit und breit nichts zu merken. Es wäre auch zu teuer, eigene Informations-Systeme mit neuen Quellen aufzubauen. Man will ja schließlich nur Geschäfte machen, indem man Werbekunden anzieht.

Man bestreitet also im Fernsehen mehr als vier Fünftel der Gesamtsendezeit mit billigen Serien, Videoclips, Unterhaltungsfilmen, Krimis und launischen Quizspielen. Der italienische Mogul des Privatfernsehens Berlusconi, der auch in Frankreich ein TV-Programm zugesprochen erhielt, hat mit dankenswerter Offenheit die Devise ausgegeben: ,,Fernsehen ist das Füllmaterial zwischen den Werbesendungen.'' Die Spekulation mit dem Massengeschmack und der bedingungslose Kommerz werden also zur Ethik des Fernsehens umstilisiert.

Im Radio hat sich die Devise breitgemacht, daß es ein ,,Begleitmedium'' sei, das den Menschen tagsüber am Arbeitsplatz, im Auto und während der häuslichen Verrichtungen einen komfortablen musikalischen Background bietet. Kein Textbeitrag darf länger als 3 Minuten sein, im Non-Stop-Rhythmus wird gefällige Pop-, Schlager- und Filmmusik als Stimmungskulisse und Bewußtseinsmassage angeboten.

Natürlich gibt es in unseren Medien eine Wechselbeziehung zwischen gesendetem Produkt und Produktion. Der neue Markt wird zum Stimulans für einen Produktionsbetrieb, der in erster Linie in den USA daheim ist. Bereits heute sind zwischen den USA und Europa auf dem audiovisuellen Sektor Einbahngeschäfte im Gang, wie sie in anderen Wirtschaftszweigen kaum vorstellbar sind: insgesamt importieren die Westeuropäer jährlich für weit über eine halbe Milliarde Dollar audiovisuelle Produkte, vornehmlich Spielfilme und TV-Serien, aus den Vereinigten Staaten, während die Amerikaner weniger als 1 Prozent ihres Fernsehbedarfes mit europäischen Produktionen bestreiten. Wir sorgen also gegenwärtig für eine Vermehrung der Arbeitsplätze in Hollywood, weil die neuen privaten Anbieter nicht daran denken, teure Eigenproduktionen herzustellen.

Nun sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten von diesem Prozeß nicht unberührt geblieben. Waren sie bisher im Radio Auftraggeber für Hörspiel und Feature, für Literatur, Wissenschaft und Bildungsprogramme, waren sie bislang der wichtigste Impulsgeber für das seriöse Musikleben, so scheinen mir diese Funktionen heute aufs äußerste gefährdet. Überall stellt man auf populärere Programme um, erhebliche Budgetsummen werden vom Hörspiel, von der Literatur, von der neuen Musik zur Unterhaltung transferiert. Im Fernsehen sucht man Programme mit höherem Popularitätswert, schwierigere Inhalte werden in die Nachtstunden verdrängt oder völlig eliminiert. In der BRD wurde vor kurzem ein ,,Nachruf'' auf das Fernsehspiel veröffentlicht, ein Genre, von dem prominente Autoren, Regisseure und Schauspieler gelebt haben. Gefragt sind jetzt sentimentale oder heitere Serien etwa im Stil der ,,Schwarzwaldklinik''.

Dieser Prozeß, bei dem die Elite unserer Kulturlandschaft ihre wichtigste Existenzgrundlage zu verlieren droht, ist kaum aufzuhalten. Die privaten Konkurrenten absorbieren mit ihren Trivialprogrammen einen Teil der Kunden. Der Prozentsatz wird durch die laufenden demoskopischen Untersuchungen gemessen. Die Werbewirtschaft reagiert sofort auf die neuen Ergebnisse. Da die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihre Programme nicht nur aus Gebühren, sondern auch mit den Werbeeinnahmen finanzieren, geraten sie in eine Zwangslage. Sie nehmen die Konkurrenz mit den populären Mitteln ihrer neuen Konkurrenten auf.

Es spricht auch vieles dafür, daß vernünftige Politiker einsichtig sind, daß wir also nicht den Weg der anderen europäischen Staaten gehen werden. Wir haben ja auch schließlich in der Frage der Atomkraftwerke eine erfreuliche Außenseiter-Rolle erkämpft, die vielleicht noch einmal beispielgebend sein wird.

Auch in unsere verkabelten Ballungsräume fallen ausländische Satelliten-Programme ein. 16% der österreichischen Fernsehhaushalte sind bereits verkabelt. Italienische Kommerz-Radiosender wirken über unsere Grenzen, desgleichen neue private Programme aus der BRD und Liechtenstein. Wir müssen auch daran denken, daß uns in kurzer Zeit die sogenannten Direkt-Satelliten mit ihren Programmen beglücken werden, deren Signale dann von jedem Haushalt mit Parabolantennen empfangen werden können. Darum wird uns alle diese Problematik in der Zukunft mehr und mehr beschäftigen.

Wir haben uns alle aufgerufen gefühlt, an der so notwendigen Umweltdebatte teilzunehmen. Nicht nur Boden, Luft und Wasser stehen heute zur Diskussion, nicht nur Müllentsorgung und die Vermeidung giftiger Emissionen, wir müssen den Kampf für eine erträgliche Umwelt auch mit der Zielrichtung führen, die Wellensignale, die wir aus dem Äther erhalten, zu reinigen; wir müssen trachten, die trivialen Abfallprodukte unserer Zivilisation in Grenzen zu halten. Wir dürfen uns nicht scheuen, denn Müll als Müll zu bezeichnen und die Emissionen aus der Garküche des üblen Radio- und Fernsehgeschmacks als Bewußtseinsgift, das auf die Dauer schädlicher sein kann als jenes, das in unsere Atemwege eindringt.

Was dagegen politisch und durch engagierte Meinungsäußerungen zu tun sei, wie die Politik selbst auf dieses veränderte Umfeld reagiert — und wie sie besser reagieren sollte, wird Inhalt der Gespräche in unserem Arbeitskreis sein.

Joseph Marko

BÜRGER UND VERWALTUNG

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr KIRSCHHOFER-BOZENHARDT hat uns mit seinem umfassenden Einleitungsreferat zur politischen Kultur Österreichs ja einen großen Kuchen für unsere Nachmittagsarbeit auf den Tisch gestellt, wobei ich versuchen werde, mir das Stück „Bürger und Verwaltung" herauszuschneiden und, mit ein paar bitteren Rosinen garniert, Ihnen zu servieren.

Wenngleich zwei Drittel der Österreicher der Meinung sind, ihr Leben habe nichts mit Politik zu tun, kommen wir spätestens beim Raunzen und Schimpfen über „die" Bürokratie, den wiehernden Amtsschimmel oder die Amtskappelmentalität darauf, daß wir nicht nur als Staatsbürger, sondern auch als mitfühlende Menschen täglich „Betroffene" sind. Sobald wir nur den Fuß vor die Haustür setzen, sind wir schon unter Einsatz unseres Lebens gezwungen, uns an die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung zu halten. Aber auch weniger lebensgefährliche Tätigkeiten, für die wir etwa Steuern zu bezahlen haben, bringen uns mit einem Zweig der staatlichen Hoheitsverwaltung in Kontakt, auch wenn dieser nur in einem Blick auf die diversen Abzüge am Lohn- und Gehaltszettel besteht, der uns keine anderen Handlungsmöglichkeiten als die Auswanderung nach Monaco offen läßt. Doch der Staat als unser „Über-Ich" tritt nicht nur in Gestalt der Ordnung oder Leistungen erzwingenden Hoheitsverwaltung auf, sondern auch als Sozialstaat, der uns mit der linken Hand zum Teil das wieder zurückgibt, was er mit der rechten genommen hat: Gratisschulbücher oder Heirats- und Geburtenbeihilfen.

Das weit verzweigte Spinnennetz des Verhältnisses von Bürger und Verwaltung möchte ich nun in drei Schritten überschaubarer machen. Erstens durch eine kurze Skizze der rechtlichen Grundlagen, zweitens durch eine Beschreibung der politischen Rahmenbedingungen und Einstellungen von Herrn und Frau Österreicher zu Staat und Verwaltung anhand von Daten aus der Meinungsforschung, und drittens durch Überlegungen zu möglichen Reformstrategien, die die Probleme dieses Verhältnisses wenn schon nicht lösen, so doch zumindest verbessern helfen könnten.

1. Der Bürger als Untertan?

Bereits der Begriff Hoheitsverwaltung weist darauf hin, daß der Bürger seiner Majestät, dem Staat, als Untertan gegenübertritt, wobei sich aufgrund jahrhundertelanger Erfahrung an der obrigkeitsstaatlichen Tradition unserer politischen Kultur bis heute nichts Entscheidendes geändert hat. Wesentliches Datum, mit dem allerdings der Rolle als Rechtsobjekt auch die Eigenschaft des Rechtssubjekts zumindest für alle Staatsbürger hinzugefügt wurde, war die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts 1907. Wurde damit also die Staatsfunktion Gesetzgebung demokratisiert, so blieb die Staatsfunktion Verwaltung auch nach Einführung des bis heute gültigen Bundesverfassungsgesetzes 1920 überwiegend autokratisch-hierarchisch unter der Leitung der obersten Organe durch Berufsbeamte organisiert. Besonderes Gewicht in der politischen und rechtswissenschaftlichen Diskussion erhielt dieses Organisationskonzept durch Hans KELSEN und Adolf MERKL. So argumentierten sie, daß sich im Gesetz der zentral zustandegekommene und daher das „Ganze" repräsentierende Volkswille manifestiere und durch die Oganisation der Staatswillensbildung in Organen aufgrund allgemeiner und freier Wahlen demokratisch zustande komme, sodaß es geradezu notwendig sei, die Vollziehung der Gesetze durch Verwaltungstätigkeit autokratisch-hierarchisch zu organisieren, um eine möglichst geringe Abweichung vom demokratisch erzeugten „Volkswillen" zuzulassen. Gerade eine so organisierte, von ernannten Berufsbeamten besorgte Verwaltung sei einer demokratischen, von gewählten Laien besorgten Verwaltung überlegen, da sie ein höheres Maß an Gesetzmäßigkeit, Sachlichkeit und Unparteilichkeit gegen die über die Gesetzgebung hinausgehende Einflußnahme der politischen Parteien biete. Einzig und allein die Demokratisierung der Bezirksverwaltung durch Volkswahl des Bezirkshauptmannes und/oder Wahl von Bezirksvertretungen analog zu den Gemeinderäten, Landtagen und Nationalrat als allgemeine Vertretungskörper wurde noch in den zwanziger Jahren aufgrund der Forderungen der Sozialdemokratie diskutiert. Instrumente der direkten Demokratie, wie Volksbegehren und Volkabstimmung, zur unmittelbaren Beteiligung der Staatsbürger an der inhaltlichen Staatswillensbildung blieben bis in die Mitte der sechziger Jahre „totes Recht". Erst die Weiterentwicklung des Landesverfassungsrechts ab den siebziger Jahren brachte dann einen „Innovationsschub" zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger auch im Bereich der Verwaltung, worauf ich aber im einzelnen noch im dritten Teil meiner Ausführungen am Beispiel des steirischen Volksrechtegesetzes zu sprechen kommen werde. Einen weiteren Meilenstein in der Entwicklung des Verhältnisses von Bürger und Verwaltung bildeten die Kodifikationen der Verwaltungsverfahrensgesetze im Jahre 1925. Insbesondere mit § 8 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes wurde eine Zentralnorm für die Beteiligung des Bürgers im Verwaltungsverfahren geschaffen, die diesem aufgrund eines Rechtsanspruches oder eines rechtlichen Interesses Parteistellung, sonst jedoch nur den Status eines Beteiligten einräumt. Verbunden mit der Parteistellung werden in der Folge eine Reihe von prozessualen Rechten, wie das Recht auf Parteiengehör, Akteneinsicht oder Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Behörde, zu ergreifen. Weiterentwickelt wurden auch die subjektiv-öffentlichen Nachbarrechte, sodaß nicht nur der Antragsteller im Verwaltungsverfahren Parteistellung genießt, sondern wie am Beispiel der gewerblichen Betriebsanlagengenehmigung alle, die von den Auswirkungen einer solchen Anlage gefährdet oder belästigt sein können. Daß der Gesetzgeber die rechtspolitische Intention nach mehr Mitsprache allerdings nicht immer ganz ernst meint, zeigte die Novelle des Bundesstraßengesetzes im Jahre 1983. So wurde zwar ein eigener § 7a zum Schutz der Nachbarn bei der Planung und beim Bau von Bundesstraßen eingefügt, jedoch gleichzeitig normiert, daß diese Bestimmung keine subjektiven Rechte schaffe, sodaß ihnen also keine Parteistellung zukommt.

2a) Vom Wandel der Staatsauf- und -ausgaben

Soweit also der rechtliche Befund. Nun zum tatsächlichen Verhältnis von Staat/Verwaltung/Bürger. Der liberale „Nachtwächterstaat" des 19. Jahrhunderts, wie er einmal polemisch charakterisiert wurde, hat sich heute zum planenden und vorsorgenden Wohlfahrtsstaat weiterentwickelt. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß mit der stetigen Zunahme der Staatsaufgaben auch die Regelungsdichte und der Verwaltungsapparat immer mehr zugenommen haben, sodaß auch im demokratischen Wohlfahrtsstaat die Gefahr neuer Freiheitsbedrohungen gegeben ist, die angesichts der technischen Entwicklungen die Vorstellungen eines „gläsernen" Menschen nicht mehr ins Reich der Utopie verweisen. Nur zu verständlich ist daher die Meinung von 77% der Österreicher, daß Behörden, die mit Computern arbeiten, immer stärker in die Freiheitsräume des einzelnen eingreifen. Einerseits werden also in Zusammenhang mit dieser Entwicklung immer mehr Normen produziert, immer mehr Lebensbereiche durch Gesetze geregelt, sodaß angesichts der „Gesetzesflut" bereits wieder die Forderung nach Deregulierung erhoben wird. Andererseits wird aber auch die im

B-VG zugrundegelegte Bindung der Verwaltung an die Gesetzgebung durch die Technik der finalen (Selbst-)Programmierung, v.a. im Raumplanungs- und Wirtschaftslenkungsrecht, gelockert, sodaß sich von dieser Seite her Machtzuwächse für die Verwaltung ergeben, die spiegelbildlich als Freiheitsbeschränkungen wirken können.

2b) Bürgerinitiativen und Grüne/Alternative

Neben diesem Wandel der Staatsaufgaben mit allen seinen Folgewirkungen, die sich nicht zuletzt auch in den Staatsausgaben niederschlagen, gibt es allerdings auch parallel dazu geänderte Anspruchserwartungen auf seiten der Bevölkerung, die von Fritz PLASSER und Peter A. ULRAM in ihrem Buch „Unbehagen im Parteienstaat" als sozialer „Garantismus" charakterisiert wurden. Oder polemisch-zynisch formuliert: „Raunzen und Handaufhalten" gehören zur politischen Kultur der Österreicher. Allerdings kam es ab Beginn der sechziger Jahre in der „Protestphase" der Zweiten Republik auch zu geänderten politischen Rahmenbedingungen. Hier nur einige Stichworte: die Bürgerinitiativbewegung war gerade in ihrer Anfangsphase Protest gegen Verwaltungsentscheidungen im kommunalen und regionalen Bereich, und erst später, ab Mitte der siebziger Jahre, erfolgte parallel zu ihr der Zusammenschluß von grünen und alternativen Listen und Parteien, dessen vorläufiger Höhepunkt ja erst 1986 mit dem Einzug der „GAL/Freda Meissner-Blau" in den Nationalrat erreicht wurde. Aber auch die Proteste gegen Zwentendorf und Hainburg zeigen deutlich, daß die politischen Rahmenbedingungen für die Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen in Umbruch begriffen sind. Auch dazu nur zwei mögliche Ursachen, die im Beitrag von Leopold NEUHOLD in diesem Heft breiter ausgeführt werden: der soziostrukturelle Wandel der Gesellschaft mit der Ausbreitung neuer, angestellter Mittelschichten sowie der soziokulturelle Wertwandel in Richtung „Postmaterialismus", die beide die traditionellen Lagerbindungen auflösen und die Bereitschaft zu unkonventionellen politischen Verhaltensweisen erhöhen, obgleich — und das hat Herr KIRSCHHOFER-BOZENHARDT ja deutlich gezeigt — die Aktivitätsbereitschaft der Österreicher im internationalen Vergleich trotzdem noch sehr gering ist.

2c) Das Unbehagen an der Verwaltung

Im Unbehagen am Parteienstaat gibt es natürlich auch ein spezifisches Unbehagen an der Verwaltung, das ich im folgenden an Hand einiger Daten aus der Meinungsforschung darstellen möchte.
Ausgangspunkt dafür ist der **Wandel des Staatsbildes:**

(% alle Österreicher)	1985	1982–1985	1976–1982
soziale Sicherheit	57	+ 6	– 13
Ordnung	28	– 5	
Gerechtigkeit	25	– 4	
Verfassung	30	– 9	+ 15
Wirtschaftslenkung	24	+ 1	
Steuerbelastung	35	+ 7	
Bürokratie	28	+ 6	+ 6
Bevormundung	9	+ 4	+ 3
Untertan	5	+ 2	
Gleichmacherei	4	+ 2	Tab. 1

Quelle: Dr. Fessl+GfK, Bedingungen oder Barrieren der Identifikation mit öffentlichen Institutionen in Österreich, 1985.

Die Auswahl der Begriffe, die mit dem Staat assoziiert werden, zeigt deutlich, daß soziale Sicherheit nach der Erdölkrise 1973 und der daraus resultierenden Bewußtmachung der inneren und äußeren Grenzen des Wachstums deutlich im Rückgang begriffen war. Ordnung und Gerechtigkeit als wichtige Legitimitätskriterien des Staates gehen ebenfalls signifikant zurück, während gerade Begriffe wie Steuerbelastung, Bevormundung und Bürokratie zunehmend mit dem Staat assoziiert werden.

Was wird nun mit dem Begriff **Bürokratie** assoziiert?

Bürkratie-Begriffsfeld (1984)	(% aller Österreicher)	
Umständlichkeit	51	
hohe Kosten	50	
Staat	32	
Bevormundung	32	
Unverständlichkeit	22	
Ordnung	18	
soziale Sicherheit	12	
Gerechtigkeit	12	
Anonymität	10	
Überschaubarkeit	10	Tab. 2

Quelle: Dr. Fessel+GfK, Wirtschaftsfragen, 1984/2

Negative Assoziationen wie Umständlichkeit, hohe Kosten, Bevormundung und Unverständlichkeit von Gesetzen ganz generell, aber auch von Formularen, überwiegen also ganz eindeutig gegenüber den positiven Assoziationen am Ende der Rangskala.

Ein empirischer Indikator für die Einstellung gegenüber der Verwaltung ist die **Häufigkeit der Behördenkontakte** (1985):

	(% aller Österreicher)	
Post	63	
Krankenkasse	42	
Finanzamt	36	
E-Werk	27	
Spital	25	
Polizei	22	
Bahn	21	
Bezirkshauptmannschaft / Magistrat	20	
Gewerkschaft	12	
Kammern	11	
Arbeitsamt	10	
Politische Parteien	9	Tab. 3

Quelle: Dr. Fessel+GfK, Anomie 1985

Diese Tabelle zeigt deutlich den Übergang zum Sozialstaat; Behörden und Institutionen mit Dienstleistungscharakter stehen an der Spitze der Rangskala, während Verbände und politische Parteien trotz ihrer Organisationsdichte kaum in Anspruch genommen werden.
Dies deckt sich durchaus mit der Meinung der Österreicher, welche **Institutionen** ihr **Leben am meisten beeinflußen** und über welche sie sich am meisten ärgern (Basis: Notenskala 1—5, Mittelwert):

	(% aller Österreicher)	Mittelwert
Finanzamt	48	2,68
Krankenkasse	31	2,29
Polizei	25	2,97
lokale Behörden	19	2,79
Parteien/Verbände	14	2,45

Quelle: Dr. Fessel+GfK, Bedingungen oder Barrieren der Identifikation, 1985

Wie sehr jedoch das Unbehagen an der Verwaltung ausgeprägt ist, zeigen die empirisch erhobenen Gefühle „bürokratischer Übermächtigung'', die umso stärker sind, je niedriger die Sozialschicht ist: Tab. 5
Wie versuchen sich nun die Österreicher dagegen zu behelfen? Dabei werden vor allem individuelle Ausweichstrategien eingeschlagen, wie die Meinung von 91% der Österreicher zeigt, daß man sich leichter tut, wenn man bei einer Behörde einen Bekannten hat.
Dieser Befund wird durch die Einschätzung der **Eignung** von Vorgangsweisen bei ablehnenden Bescheiden unterstrichen: Tab. 6
So herrscht offenbar die Meinung vor, daß man es sich mit genügend Überzeugungskraft schon noch richten wird können, wobei jedoch interessanterweise im Parteienstaat die Intervention bei einem Politiker als am wenigsten erfolgversprechend angesehen wird. Auch das, was der gelernte Jurist als selbstverständlich empfinden würde, nämlich den vorgesehenen Instanzen einzuschlagen, wird nicht einmal von einem Fünftel der Bevölkerung für effizient erachtet.
Ein letztes Beispiel, das noch schlaglichtartig die politische Kultur beleuchtet, ist der **Vergleich** zwischen **Politikern** und **Beamten** im Hinblick auf ihre **(Un-)Bestechlichkeit**: Tab. 7
Im Gegensatz zu der bei den rechtlichen Grundlagen referierten Auffassung von KELSEN und MERKL, daß gerade das Berufsbeamtentum Garant für die Unparteilichkeit sei, sind mehr als 84% der Österreicher der Auffassung, daß Beamte zumindest ausnahmsweise auf die eine oder andere Art zu beeinflussen sind. Allerdings darf diese subjektive Auffassung von 84% der Österreicher nicht zu dem Glauben verführen, daß tatsächlich so viele Beamte bestechlich sind. Dieses Meinungsbild läßt wohl eher den Rückschluß zu, daß bei diesen 84% selbst die latente Neigung besteht, Beamte im Falle des Falles zu bestechen!

Die Gründe für das „Unbehagen an der Verwaltung" können jedoch nicht ausschließlich mit negativen „Vorurteilen" der politischen Kultur erklärt werden, da trotz dieses „Korruptionsverdachtes" das Image der Beamten, wie eine jüngst durchgeführte Befragung ergab, nicht so schlecht ist: Tab. 8.

Die Beamten sind also besser als ihr Ruf. Die eigentlichen Gründe für das „Unbehagen an der Verwaltung" müssen also tiefer liegen. So tritt das „Amt" kaum als Dienstleistungsbetrieb oder gar als Vertreter von Bürgerinteressen auf, der einzelne ist eben nicht Kunde oder gar in der ihm von der Verfassung zugeschriebenen Rolle des „Souveräns", sondern Antrags- — um nicht zu sagen Bittsteller — und ein „Fall" mit Aktenzahl.

Dem Bürger steht somit ein Apparat gegenüber, dessen Organisationsweise er in der Regel nicht durchschaut. So kamen während meiner Rechtspraktikantenzeit am Bezirksgericht Leibnitz täglich Leute mit Strafverfügungen zu mir, die sich zwar nicht in der Zimmernummer, wohl aber im Gebäude geirrt hatten, da sich die Bezirkshauptmannschaft unmittelbar neben dem Bezirksgericht befindet. Meine — als frisch von der Universität entlassener Doktor juris — naive Vorstellung, mit der Gewaltenteilung erklären zu können, warum sie hier an der falschen Stelle waren, führten bestenfalls zu Unverständnis, in der Regel jedoch zu Ärger und nicht selten auch zu Beschimpfungen über meinen „Unwillen". Dazu kommen oft noch Begleiterscheinungen wie eine Unzahl von auszufüllenden Formularen, lange Wartezeiten und eben oft der Zwang, mehrere Dienststellen aufsuchen zu müssen, um eine Angelegenheit erledigen zu können.

3. Demokratie ohne Effizienz oder Effizienz ohne Demokratie? Eine falsche Alternative

Welche **Reformstrategien** gibt es nun? Idealtypisch lassen sich dabei zwei Varianten unterscheiden. So herrscht bei nicht wenigen Politikern, Beamten und auch (Verwaltungs-)Wissenschaftern die Meinung vor, daß Demokratie und Effizienz einander ausschließende Ziele sind, sodaß zur Verbesserung der Leistung der Verwaltung vor allem deren Effizienz gesteigert werden müßte, was durch die Übernahme betriebswirtschaftlicher Methoden für die öffentliche Verwaltung und durch den Ausbau der Servicefunktionen bewerkstelligt werden soll. In diesen Bereich gehören also Maßnahmen wie Broschüren gegen unverständliche Gesetze oder Behördenführer gegen Labyrinthe von Zimmern und Gängen, wobei sich natürlich nicht nur rhetorisch die Frage stellt, ob nicht verständlichere Gesetze und eine bessere Organisation von Dienststellen solche „Führer" überflüssig machen würden. Aber auch die Durchforstung von Formularen, die Schulung des Kontaktpersonals wie die Verbesserung der Kommunikation überhaupt durch Amtsstunden auch am Abend und die Einrichtung von eigenen Büros als Kontakt- und Vermittlungsstellen zwischen Bürger und der „eigentlichen" Verwaltung werden in diesem Zusammenhang nicht nur diskutiert, sondern sind zum Teil auch schon realisiert. Gerade Graz nahm ja diesbezüglich eine Vorreiterrolle ein, da bereits 1973 mit der Installierung des Büros für Bürgerinitiativen beim Magistrat nicht nur ein „Beschwerdebriefkasten", sondern eine echte Clearingstelle eingerichtet wurde. Diese Reformtradition wird aber auch weitergeführt. So wurden heuer im Jänner in Zusammenhang mit den Gemeinderatswahlen auch die Bezirksvorsteher zum erstenmal direkt vom Volk gewählt, wobei es noch eine offene Forderung an die die Statutenreform betreibenden Politiker ist, diese dann auch mit einem Budget und eigenen Kompetenzen auszustatten und dadurch zumindest etwas vom Bürgermeister zu emanzipieren. Ansonsten bliebe dieser Reformschritt ein demokratisches Feigenblatt für Vorwahlzeiten. Daneben gibt es auch eigene Verwaltungseinheiten, die in verschiedenen Sachbereichen die Bürger „anwaltlich" beraten und unterstützen sollen. So hat das Land Niederösterreich einen eigenen Umweltschutzanwalt geschaffen, Kärnten besitzt einen Bauanwalt und Vorarlberg analog zur Volksanwaltschaft des Bundes auch einen eigenen Landesvolksanwalt. Neben der Aufgabe, Bürger zu beraten und eventuelle Mißstände aufzudecken, haben diese Anwälte aber auch die Funktion, die Verwaltung zu kontrollieren und davon ausgehend Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltungsorganisation und Aufgabenerfüllung zu erarbeiten.

Damit komme ich aber bereits zur zweiten idealtypischen Alternative, die im Spannungsfeld von Demokratie und Effizienz die Notwendigkeit des Ausbaus der Rechtsstellung des einzelnen in und gegenüber der Verwaltung betont. In erster Linie geht es also um verstärkte Beteiligungsrechte des einzelnen in der Verwaltung.

Unter dem Stichwort „Partizipation in der Verwaltung" werden heute eine Reihe von abgestuften Mitwirkungsrechten des Bürgers, die zum Teil schon rechtlich positiviert sind, zum Teil aber auch erst in rechtspolitischer Diskussion stehen, verstanden.

Der Information des Bürgers dienend, wurde erst jüngst — neben den in einzelnen Landesverfassungen weiterhin geltenden Auskunftsrechten — durch eine Novellierung des Art. 20 B-VG ein Auskunftsrecht des einzelnen gegenüber allen Gebietskörperschaften geschaffen, während die Auskunftspflicht der beruflichen Interessenvertretungen, also der Kammern, nur gegenüber ihren Mitgliedern besteht. Gleichzeitig wurde auch die Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit auf ein Bündel von sechs Tatbeständen konkretisiert, wenn auch nicht unbedingt damit — wie es die rechtspolitische Intention vorsah — reduziert.

Neben den in den einzelnen Landesverfassungen verankerten Beschwerderechten ist als Form der Mitwirkung das bereits „klassische" Petitionsrecht des Staatsgrundgesetzes von 1867 zu nennen, das bis heute gilt. Zu den Formen der Mitwirkung und Entscheidung zählen weiters vor allem Instrumente der direkten Demokratie, die hier anhand des **steirischen Volksrechtegesetzes 1986** exemplarisch dargestellt werden sollen.

Dieses unterscheidet einmal grundsätzlich zwischen Volksrechten in Gesetzgebung und Vollziehung des Landes sowie Volksrechten in der Gemeinde, wenngleich im wesentlichen dieselben Typen als Instrumente vorgesehen sind, die jedoch entsprechend der Unterscheidung von Gesetzgebung und Verwaltung unterschiedlich etikettiert sind. Nur auf Landesebene sind **allgemeine Bürgerbegutachtungen** von Gesetzesvorschlägen sowie von Verordnungen der Landesregierung von grundsätzlicher Bedeutung vorgesehen. Nächstes Instrument ist das **Volksbegehren,** das auf den Erlaß, Änderung oder Aufhebung von Landes(verfassungs)gesetzen gerichtet ist. Ein von mindestens 17.000 Stimmberechtigten gestelltes Begehren muß dem Landtag zur Behandlung vorgelegt werden. Wurde das Begehren jedoch von mindestens 85.000 Stimmberechtigten unterstützt und faßt der Landtag nicht einen dem Begehren entsprechenden Beschluß, so kann die Durchführung einer Volksabstimmung verlangt werden, deren Ergebnis jedoch dem Landtag wiederum nur zur Behandlung vorgelegt werden muß. Ebenfalls einer **Volksabstimmung** ist jeder Gesetzesbeschluß des Landtages zu unterziehen, wenn dies von 85.000 Stimmberechtigten, vom Landtag selbst oder von mindestens 80 Gemeinden aufgrund gleichlautender Gemeinderatsbeschlüsse verlangt wird. Wird der Gesetzesbeschluß in der Volksabstimmung abgelehnt, so hat seine Kundmachung zu unterbleiben. Soweit die Instrumente für den Bereich der Gesetzgebung.

Sowohl für das Land wie die Gemeinde sind als Instrumente der direkten Demokratie in der Verwaltung das **Initiativrecht** mit dem Verlangen auf Erlaß, Abänderung oder Aufhebung von Maßnahmen im jeweiligen selbständigen Wirkungsbereich — allerdings gelten hier unterschiedliche Quoren — sowie **Volksbefragungen** vorgesehen, die auch von den Stimmbürgern selbst — 17.000 auf Landesebene, mindestens 10% oder 10.000 auf Gemeindeebene — verlangt werden können. Nur auf Gemeindeebene sind auch das Initiativrecht mit nachfolgender Volksabstimmung sowie die Volksabstimmung über Beschlüsse des Gemeinderates als Vetorecht verankert, wobei für beide Instrumente ein Quorum von 25% vorgesehen ist. Im Gegensatz zur Wirkung dieser Instrumente für den

Das Gefühl „bürokratischer Übermächtigung": Tab. 5

in Prozent	aller Österreicher	Angehöriger d. Sozialschicht A/B	C	D/E
● Beamte und Behörden kümmern sich nicht viel um das, was Leute wie ich denken (1982)	61	—	—	—
● Ich weiß gar nicht, was ich als Bürger gegen Entscheidungen von Ämtern und Behörden unternehmen kann	52	42	55	63
● Wenn man sich bei einem Amt beschweren will, wird man meist abgewimmelt oder schlecht behandelt	47	44	48	48
● Die meisten amtlichen Schreiben und Formulare, die ich so erhalte, sind mir weitgehend unverständlich	46	32	50	62
● Wenn ich Anträge oder Formulare ausfüllen muß, habe ich immer Angst, etwas falsch zu machen	43	32	46	60
● Wenn ich mit Ämtern oder Behörden zu tun habe, komme ich mir immer ganz dumm und minderwertig vor	26	17	27	41

Quelle: Dr. Fessel+GfK, Wirtschaftsfragen, 1980; Dr. Fessel+GfK/IFES, Parteienverdrossenheit, 1982

% aller Österreicher würden Tab. 6

- an die Einsicht des betreffenden Beamten appellieren 44
- sich an den Vorgesetzten wenden 36
- sich an die Öffentlichkeit (Zeitung) wenden 24
- die Angelegenheit einem Rechtsanwalt übergeben 19
- den vorgesehenen Beschwerdeweg einschlagen 18
- sich mit der Bitte um Unterstützung an einen Politiker wenden 17

Quelle: Dr. Fessel+GfK, Anomie 1985

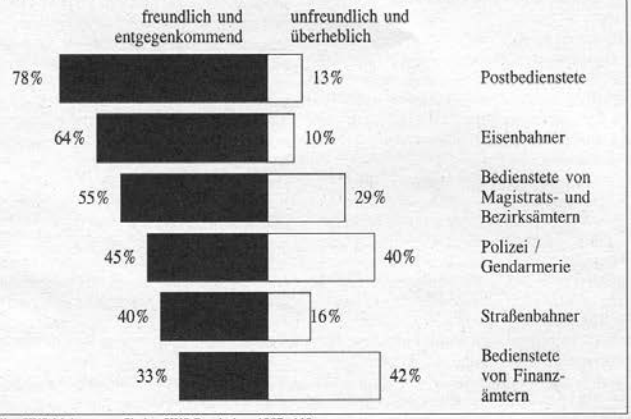
% aller Österreicher halten Tab. 7

	Politiker		Beamte	
bestechlich	28	77	37	84
ausnahmsweise bestechlich	49		47	
unbestechlich	14		8	

Quelle: SWS-Meinungsprofil, in: Journal f. angewandte Sozialforschung 1980, 82

Beamtenimage — wer ist am freundlichsten? Tab. 8

„Wenn Sie an Ihre eigene Erfahrung im täglichen Umgang mit Beamten denken, haben Sie da den Eindruck, daß diese in der Mehrheit freundlich und entgegenkommend sind oder unfreundlich und überheblich?"



Quelle: SWS-Meinungsprofil, in: SWS-Rundschau 1987, 119

Bereich der Gesetzgebung des Landes sind die Ergebnisse dieser Volksabstimmungen allerdings den Beschlüssen des zuständigen Gemeindeorgans gleichzuhalten. Ebenfalls nur für den Bereich der Gemeinde dienen **Gemeindeversammlungen** der Information und Kommunikation zwischen Gemeindeverwaltung und Bürgern, die auch dezentralisiert in Ortschaften bzw. Stadtbezirken abgehalten werden können. Last but not least sind auch das **Petitions-, Auskunfts-** und **Beschwerderecht** für beide territorialen Ebenen vorgesehen, wobei neu ist, daß der Landtag einen eigenen Petitionsausschuß einrichten soll. Wohl verfassungsrechtlich vorgesehen, aber noch nicht durch ein Ausführungsgesetz anwendbar gemacht, ist auch das Instrument der **Kontrollinitiative,** mit dem 2% der Stimmberechtigten die Prüfungstätigkeit des Landesrechnungshofes in Gang setzen könnten.

Neben der bereits erwähnten Zentralnorm des § 8 AVG ist im Gefolge der Ereignisse in und um Hainburg auch eine rechtspolitische Diskussion über den Einbau eines eigenen **Bürgerbeteiligungsverfahrens** in das Verwaltungsverfahren entstanden, der in der letzten Legislaturperiode des Nationalrats sogar schon eine ausgearbeitete Regierungsvorlage zugrunde lag. Als Formen der Mit- und Alleinentscheidung der Bürger in der Verwaltung wurden anhand des steirischen Volksrechtegesetzes bereits die Instrumente des Volksbegehrens bzw. Initiativrechts mit nachfolgender Volksabstimmung bzw. der Volksabstimmung als Vetoinstrument im Gemeindebereich behandelt, wobei diese Formen durch eine B-VG-Novelle 1984 auch bundesverfassungsrechtlich abgesichert sind.

Die Frage, die ich zum Schluß als Anregung für die weitere Arbeit im kleinen Kreis aufwerfen möchte, ist nun, ob sich die von mir skizzierten idealtypischen Reformstrategien im Verhältnis von Demokratie und Effizienz einander ausschließen? Bedeutet also die Verwirklichung von mehr Effizienz in der Verwaltung automatisch den Ausschluß des Bürgers bei der Herstellung ihrer Produkte, sodaß dieser zwar durch den Kauf der Ware ihre Kosten zu bezahlen hat und günstigenfalls auch noch freundlich bedient wird, im übrigen aber von der Produktion und ihren Problemen keine Ahnung mehr hat? Demokratie würde dadurch letztlich auf den Betrieb eines Supermarktes reduziert werden, in dem ich zwar eine große Auswahl, aber nichts mehr zu reden hätte. Als meine eigene politische Grundposition möchte ich daher für die Diskussion im Arbeitskreis die Überzeugung einbringen, daß Demokratie und Effizienz vor allem im Hinblick auf die sozialen und politischen Folgekosten, wie wir das ja am Beispiel Zwentendorf und Hainburg deutlich genug vor Augen geführt bekommen haben, keine Gegensätze sind, sondern sich ergänzen, da eine Demokratie nur mit Kunden, aber ohne Aktivbürger, wahrscheinlich nicht lange eine Demokratie bleiben würde.

Gerfried Sperl

KULTUR DES GEISTES - ZEITGEISTKULTUR

Auch in der österreichischen politischen Kultur hat die Atomdiskussion eine Zäsur bedeutet. In zweifacher Hinsicht: Erstens, weil die Zwentendorf-Abstimmung im Jahre 1979 dem gesamten grün-alternativen Lager ein Erfolgserlebnis beschert hat, das „Hainburg" erst möglich machte und den Einzug in den Nationalrat beeinflußte. Zweitens, weil „Tschernobyl" mehr verändert hat, als man glauben möchte. Der Glaube an die „Machbarkeit" einer neuen technischen Welt ohne Blick auf die riesigen Risken ist vorbei.

Österreich hat kein „Atomzeitalter" erlebt und damit diese Art der Moderne einfach übersprungen, ohne sich freilich die anderen Umwälzungen zu ersparen. Aber es gibt noch eine zweite österreichische Spezialität: die durch die Affäre Waldheim unversehens ausgebrochene Debatte über die Bewältigung der Geschichte, die eine zweite Einsicht gebracht hat. Niemand entrinnt seiner eigenen Geschichte.

Das heißt: Wir wurden dazu gezwungen, uns auf die inneren Grenzen des Menschen zu besinnen und zu überlegen, inwieweit wir nicht doch inmitten stürmischer Wogen Orientierung brauchen. Sogar der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow konnte zum Unglück in der Ukraine kein marxistisches Vokabel finden. Er sprach von einer „Heimsuchung".

Das Paradoxe an diesen Vorgängen: Die Technik sprengt im wahrsten Sinne des Wortes alle Grenzen — sie explodiert. Aber Politik und Kultur schwenken zurück auf Werte religiöser und heimatlicher Deutung. Die Zukunft dringt immer rascher in unsere Gegenwart ein; aber wie aus einem Vulkan bricht die Vergangenheit aus. Die Zeit vergeht immer schneller, gleichzeitig aber steigt die Sehnsucht nach Ruhe und nach einem Zeitgefühl, das sich am Beschaulichen, ja sogar am Biedermeierlichen orientiert.

Ganz im Sinne des österreichischen „halbwegs" (um nicht zu sagen der Halbheiten) versuchen wir es mit einer Post-Moderne. Wir garnieren eine angebliche Zukunft mit Zitaten der Vergangenheit. Von jedem etwas, auf daß es gefällig aussehe, möglicherweise sogar theatralisch wirke.

Einige Beispiele:

Wir bleiben bei unserem Sozialsystem, reformieren es aber nicht wirklich, lassen kleine Gruppen durch den Rost rutschen.

Wir perpetuieren unser Verfassungsmodell, hängen ihm aber ein bißchen direkte Demokratie an. Eine Wahlrechtsreform droht an den Versäulungen der Parteien zu scheitern.

Wir garantieren den liberalen Staat, nehmen aber ein bißchen Antisemitismus und Fremdenhaß in Kauf.

All das ist eingebettet in globale (zumindest europäische) Befunde:

Es wurde noch keine Strategie entwickelt, zwischen Mangel und Überfluß hindurchzusteuern. Beide Pole stürzen uns in unlösbar scheinende Kümmernisse, die gleichzeitig auch die wirkliche Teilung dieser Welt markieren. Der Kolonialismus hat in der Dritten Welt viel Müll hinterlassen — daran haben wir verdient. Am eigenen Müll aber ersticken wir fast.

Kriege als Resultat nationalistischer Verirrungen und wirtschaftlicher Expansion, oder Katastrophen als Verkennung der Natur oder bloße Schlamperei, internationaler Terror als Antwort auf Unterdrückung — da haben wir Teilerfolge erzielt. Und aus finanziellen (nicht aus moralischen) Gründen rüsten die Großmächte jetzt sogar ab.

Der Strahlenterror aber als ein völlig neues Phänomen — dagegen gibt es vorläufig keine Rezepte außer der Hoffnung, es möge wenig passieren, sogar beim illegalen Transport von Plutoniumfässern. Tatsächlich ist die Strahlengefahr eine unsichtbare, weil sie, wie der französische Philosoph Andre Glucksman gesagt hat, das hochheilige Recht der Völker auf Selbstbestimmung nicht respektiert. Daraus ergibt sich eine ganz neue Aufgabenstellung für die Außenpolitik selbst der kleinen und neutralen Länder.

Denn bilaterale Frühwarnsysteme ermöglichen lediglich ein schnelleres Reagieren, aber keinerlei Schutz.

Die „Wahrscheinlichkeit des Unwahrscheinlichen" ruft daher nach viel radikaleren Ansätzen — etwa nach der Stillegung der Atomkraftwerke überhaupt oder nach riesigen Investitionen zur schnellen Nutzbarmachung alternativer Energiearten. Und die moralische Dimension einer solchen Politik greift weit über unsere kleinen Wehwehchen hinaus, hinein nämlich in die strategische Rüstung und den „Krieg der Sterne".

Es geht daher nicht mehr um Abrüstung, sondern um Abschaffung. Denn Entspannung ist angesichts der Realität eine Beschwichtigungstaktik: Den Blick auf die mögliche KATASTROPHE erträglich zu machen. Und dazu dienen letztlich auch die im „kalten Fernsehen" (Marshall McLuhan) seriell gezeigten Dokumentationen. Damit wir uns an das Schreckliche zumindest filmisch gewöhnen. Aber, und ich zitiere Max Peintner aus seinem von den Strahlungen aus Tschernobyl inspirierten Biennale-Text 1986: „Die Welt hat erst begonnen, unberührbar zu werden und die Qualitäten einer bloßen Bildschirmwelt anzunehmen."

Gleichzeitig werden Ereignis-Gewichtungen nivelliert. Die sexuelle Entfremdung zwischen Charles und Diana ist genauso wichtig geworden wie das bessere Verstehen von Ronnie und Gorby. Das ist schon lange ein Merkmal des Boulevards. Aber daß solches über das Fernsehen das Bewußtsein zu prägen beginnt, ist gefährlich.

Zeitgeistkultur wird dadurch zur Behübschung des Horrors und überzeugt dadurch erst recht die Tristesse des Alltags.

Daher ein Plädoyer für die Kultur des Geistes, für gelebten und geschriebenen Mut, für witzige Kommunikation, für eine Renaissance der gespitzten Feder.

Kurt Wimmer

KULTUR DER SEELE — KULTUR DER MENSCHLICHKEIT

Im Vergleich zu den anderen Arbeitskreisen sind die Begriffe, mit denen sich unsere Gruppe beschäftigen soll, am verschwommensten: Seele wird als Inbegriff von Bewußtseinserregungen eines Lebewesens, besonders des Menschen, definiert — im Gegensatz zum Leib und zur Materie. In der Wissenschaft ordnet man die Seele zwischen den Gefühlen und Trieben ein — im Unterschied zum personalen Geist. Und als Trägerin des Unbewußten wird die Seele auch noch angesehen.

Andererseits hat die Sprache eine Fülle von Kennzeichnungen für Zustände, die mit diesem vagen Seelenbegriff verbunden sind: Seelenfrieden, Seelengröße, Seelenruhe, Seelenschmerz, Seelengrund, Seelenvermögen usw. Man spricht von einer vergifteten Seele und von Verkümmerung der Seele.

Das heißt: Spricht man wirklich noch davon?

Kultur möchte ich im Sinne des lateinischen „cultura" als Pflege verstanden wissen. Und was Körperkultur ist, das wissen wir ziemlich genau: Jogging, Fitneßkammern, Jazz-Gymnastik. Aber gibt es auch eine Seelenkultur, eine Hygiene der Seele? Beim Begriff Seele wird ja sofort der Eindruck erweckt, hier sei vor allem die Religion zuständig. Der Psychiater als Seeleningenieur, der Priester als seelenkundiger Verantwortlicher für Seelenreinigung.

Die Dichter hantieren mit dem Wort Seele oft und selbstverständlich. „Die Seele regt das All", behauptet da einer, und ein anderer hat die Erfahrung gemacht, daß Seelenstärke ohne Seelengröße die bösartigsten Charaktere bildet (Karl Julius Weber). „Ohne Seelenruhe wird nichts Großes. Wo kleine Leidenschaften an den Menschen zerren, kann er nur abgebroch'ne kleine Dinge tun." Diese Erfahrung hat Friedrich Heinrich Jacobi gemacht. Man weiß um den Zusammenhang zwischen Seele und Körper, daß die Seele dem Körper Kraft geben kann, daß angeblich in einem gesunden Körper eine gesunde Seele wohne — und dennoch:

Die Seele bleibt ein zu weites Land, um sie in einem Workshop unterbringen zu können, das sich mit politischer Kultur beschäftigt.

Man könnte Annäherungen versuchen, indem man Assoziationen beim Nennen verschiedener Begriffe zu wecken versucht, die vielleicht Seelenkontakt haben. Zum Beispiel: Demut, Lauterkeit, Scheu, Ehrfurcht, Gewissen, Wahrheit, Sühne, Würde, Güte. Nur um ein paar zu nennen.

Aber klingen uns diese Wörter und die mit ihnen verbundenen Haltungen nicht allzu fremd? Haben sie irgendetwas mit Politik oder Politikern zu tun?

So bin ich sehr froh gewesen, daß mir der Zufall knapp vor diesem Vortrag ein schmales Bändchen in die Hand gespielt hat, das den Titel trägt: „Vom Kopf zum Herzen". Im Untertitel heißt es, hier gehe es um ein Plädoyer für ein Umdenken im Management, und erschienen ist der Band als eine Edition der Schweizerischen Handels-Zeitung im Oesch-Verlag. Autorin ist eine Margarete Friebe, die in den USA und Europa tiefenpsychologische Trainingsmethoden studiert hat und ihre Erfahrungen u. a. in Kursen für Manager verarbeitet.

Und was behauptet Frau Friebe nun?

Zum Beispiel, daß das Management den Bezug zum Menschen verloren habe. Der Mensch sei vom Konsumrausch absorbiert worden. Und dann wörtlich: „Sein Bewußtsein wurde durch die moderne Wirtschaft trainiert, sich auf alle äußeren Güter zu konzentrieren. Alles Geistig-Seelische war ‚tabu'."

Jetzt aber sei eine Müdigkeit eingetreten. Viele hätten entdeckt, daß sie durch „Veräußerlichung" die „Verinnerlichung" verlernt hatten: Sie hätten ihre Seele verloren, denn nach ihr fragte das moderne Management nicht. Sie wurde vernachlässigt. Die Konzentration des Managements lag einseitig auf äußeren Werten. Nach inneren Werten wurde nicht gefragt. Jetzt wachse plötzlich, so konstatiert Frau Friebe, die Nachfrage nach dem Geistig-Seelischen. Materielle Ansprüche werden mehr und mehr befriedigt, und die Unzufriedenheit steigt. Eine **innere** Unzufriedenheit.

Und da sei jetzt auch ein Umdenken in der Wirtschaft notwendig, ist der Schluß. Man kann sich dabei auf dissidente Physiker wie Fritjof Capra, Max Pietschmann und andere berufen, die über das Äußere, Körperlich-Materielle hinaus in den Bereich des Immateriellen, Geistigen vordringen und wiederentdecken, was zum Geistesgut vergangener Kulturepochen gehörte: „In der Medizin führten diese Forschungsergebnisse einerseits und die unbefriedigenden Resultate der herkömmlichen Schulmedizin andererseits zum Entstehen der ‚Ganzheits-Medizin', welche **Körper, Seele** und **Geist** berücksichtigt." Die Autorin weist auf die Tatsache hin, daß sich „seelische Schwächen" beim Kind später in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Politik auswirken. Und sie kommt zu folgendem Schluß: „Wenn wir nicht überheblich die Erkenntnisse großer Denker und Geisteswissenschafter vergangener Kulturepochen über Bord werfen, sondern sie prüfend miteinbeziehen, könnten wir wieder eine Geistes- und Seelenkultur ins Leben rufen, die eine Bereicherung auf allen Ebenen bewirkt: auf persönlichen, beruflichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen. In diesen Bereichen ist eine schmerzhafte Lücke durch die Vernachlässigung innerer geistig-seelischer Werte entstanden. Ein Management, das diese Lücken erkennt, wird der gefragte und verlangte Vorreiter einer neuen Ära sein."

Ich habe das deshalb so ausführlich zitiert, weil hier ungewohnte Begriffe in einen Zusammenhang gebracht werden, der noch ungewohnter ist: Seelenkultur und Management.

Nun ist mir durchaus bewußt, daß hier das wirtschaftliche Effektivitätsdenken eine entscheidende Rolle spielt. Zufriedene Hühner legen Eier, die besser schmecken, und Kühe geben mehr Milch, wenn der Stall in einer entsprechenden Farbe ausgemalt ist und womöglich auch noch Haydn beim Melken gespielt wird — aber dennoch: Die Wiederentdeckung des Seelisch-Geistigen in einem Bereich, der vor allem Rationalität und Pragmatismus braucht, um Erfolge vorzeigen zu können. Ein Bereich, in dem Gefühlsarmut nicht als Makel gilt, sofern Kompensation durch Hochleistung im äußeren Erfolg rechnerisch nachweisbar gemacht wird.

Hier dürfte dann auch der Anschluß an die Politik geglückt sein, sofern der äußere Erfolg mit dem Gewinn von Wählerstimmen identifiziert wird.

Bemerkenswert ist, daß plötzlich auch von ethischen Werten geredet wird, wo früher nur der Intelligenzquotient eine Rolle spielte. Daß damit die Möglichkeit besteht, mehr Menschlichkeit zu gewährleisten, scheint mir offensichtlich. **Möglichkeit** — nicht **Sicherheit,** denn die Neuentdeckung und Propagierung ethischer Werte kann, mit Fanatismus betrieben, auch eine gegenteilige Wirkung haben.

Ich finde es auch interessant, daß die etwas vage Formel von den ethischen Werten auch durchaus ins Konkrete umgesetzt wird. Vor einigen Jahren erschien in der Wochenzeitung „Christ und Welt" — „Rheinischer Merkur" eine Serie unter dem Titel „Die Tugenden — jetzt". Und es war erstaunlich, welchen Aktualitätsgehalt man den göttlichen Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe abgewinnen kann. Auch die Kardinaltugenden wur-

den, vorrangig unter journalistischen Gesichtspunkten, an der heutigen Realität gemessen. Also: Klugheit, Maß, Tapferkeit und Gerechtigkeit.

Das war vor fast fünf Jahren — aber dieser Tage habe ich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in einem Artikel folgendes gelesen: „Woran fehlt es heutzutage in den Verfassungstaaten? Nicht an Gerechtigkeit. Das Wesentliche ist garantiert. Auch nicht an Mäßigung, das Klima ist temperiert. An Klugheit? Schon eher. Am meisten fehlt „fortitudo", die Tapferkeit, die gar nicht besonders (jedenfalls physisch) gefährliche Bereitschaft, für das als richtig Erkannte öffentlich einzutreten, das Richtige und Notwendige zu tun und den Protesten selbstsüchtiger Gruppen zu widerstehen. Die Notwendigkeit, gewählt werden zu müssen, verführt die meisten Politiker dazu, ständig über die Schulter zu schauen, statt voranzugehen, Widerstrebende zu überzeugen, für Unpopuläres einzutreten und die eigene Karriere notfalls verwunden zu lassen." „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser", heißt es. Das stimmt für viele Bereiche. Aber diese Haltung hat zu einer Dominanz des Mißtrauens geführt. Und Mißtrauen ist eine zersetzende Kraft. Wo gibt es in der Politik noch die Selbstkritik, hat erst gestern der Grazer Rektor Christian Brünner gefragt. Warum gilt im Kampf um die Macht nach wie vor die Steigerungsreihe Feind - Todfeind - Parteifreund?

Ist Gewissen ein Hemmnis in der Politik — oder gehörte es gepflegt, daß es nicht zu solchen Exzessen politischer Vernichtungswut gegenüber dem politischen Gegner kommt — wie jüngst in Schleswig-Holstein. In der Politik gelten keine anderen ethischen und moralischen Regeln als im „normalen" Leben. Wenn man aber glaubt, daß es andere Regeln, andere Werte und andere Kategorien gibt, dann sollte man sich nicht wundern, wenn aus Politikern auch andere Menschen werden, die sich in Wahrheit längst von denen entfernt haben, die sie zu vertreten vorgeben.

Ein Panzer von Mißtrauen und Skepsis habe Uwe Barschel umgeben, schrieb ein Journalist. Aber gilt das nur für Uwe Barschel? Und gilt es nur für **Politiker**? **Seelenvergiftung** durch Macht — das gibt es sicher. Seelen**verkümmerung** durch Hektik, die keine Besinnung mehr aufkommen läßt. Auch das gibt es. Gefühlsarmut, erzeugt durch Erfolgsstreben. „Der geht über Leichen", heißt es dann. Und er merkt nicht, daß er längst selbst eine Leiche ist: abgestorben; ein Zombie, der nur noch lächelt, wenn sich eine Kamera auf ihn richtet.

Wir leben im Zeitalter der „Dromokratie", dem Machtsystem der Beschleunigung, schreibt der französische Technikphilosoph und Geschwindigkeitsforscher Paul Virilio. Und vor mehr als 70 Jahren schon gab Luigi Pirandello in seinem Roman „Die Aufzeichnungen des Kameramannes Serafino Gubbio" eine seltsame Erfahrung wieder: „In manchen Augenblicken scheint es mir so unmöglich, an die Wirklichkeit all dessen zu glauben, was ich sehe und höre, daß ich mich fragen muß, ob dieser ganze lärmende und schwindelerregende Mechanismus des Lebens, der von Tag zu Tag komplizierter und schneller wird, die Menschheit nicht schon in eine solche Tollheit hineingesteigert hat, daß sie bald in einem Rausch alles umwerfen und zerstören wird."

Dabei hat es damals das Fernsehen noch nicht gegeben, das diese Tendenzen fördert. Man lese nur einmal nach, was Neil Postman („Wir amüsieren uns zu Tode") oder Jerry Mander („Schafft das Fernsehen ab!") über dieses Medium schreiben — aufgrund seiner Entwicklung in Amerika, muß man einschränkend hinzufügen. Da wird Wirklichkeit „fernsehgerecht" zurechtgebogen, es kommt zu einer Enteignung der Erfahrung von Kindheit an, zu einer Abrichtung des Bewußtseins durch Werbung, zu einer Verstümmelung der Wahrnehmung und zu einer Einmauerung des Bewußtseins — lauter Begriffe, die zum Beispiel Jerry Mander verwendet. Und niemand kann ernsthaft überzeugt sein, daß hier nicht eine progressive Verkümmerung der Seelen betrieben wird.

Ein gemeinsamer Prestigefaktor verbindet unsere Elite: Der übervolle Terminkalender. In früheren Zeiten dagegen war die Muße ein Privileg der Elite. Zu Recht hat der Soziologe Christian Graf von Krockow die Frage gestellt, wie eigentlich die Zukunft einer Gesellschaft ausschaue, „in der den Führenden und Verantwortlichen keine Reserve der Besinnung, keine Zeit zum Nach- und zum Vordenken bleibt".

Der in New York lebende österreichische Biochemiker Erwin Chargaff hat jüngst in einem Interview einmal gefragt, ob es nicht unsere Rettung wäre, wenn man einfach für 10 Jahre die Reklame verböte: Einfach einmal innehalten.

Chargaff sagte in diesem Gespräch u. a.: „Keine Reklame für Wissenschaft, Waren und Parteien. Die New Yorker Times wäre nur vier Seiten dick, das Radio müßte schweigen und die Menschen könnten nachdenken. Es liegt vieles an der Unfähigkeit, etwas Glaubenswertes zu glauben. Sie werden viel eher an die Qualität von Synyo-Mikrowellenherde glauben, wenn es ihnen oft genug gesagt wird, als daß es etwas gibt, das man Gewissen nennt oder Glauben oder Instinkt."

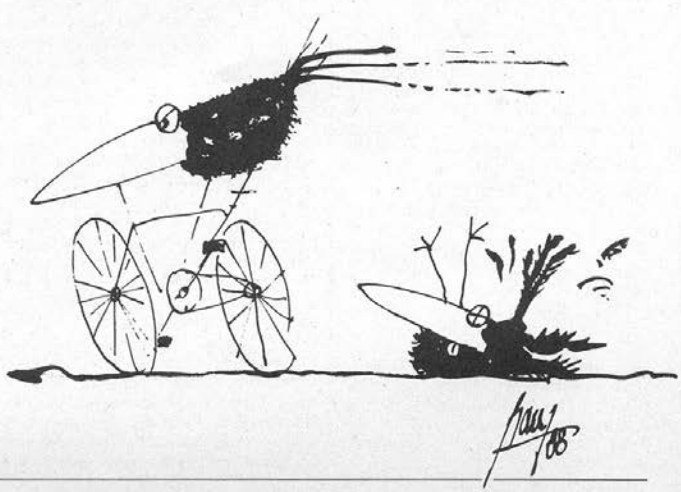
Chargaffs Vorschlag ist utopisch, aber manchmal innehalten — das müßte doch noch „drin" sein. Ein Buch lesen oder ein Gedicht. Längere Zeit ein Bild anschauen oder eine halbe Stunde in der Stille allein sein und nachdenken.

Ganz nüchtern wird Menschlichkeit als eine Form des sozialen Verhaltens definiert, die dem anderen Menschen einen optimalen Freiheitsraum zur Selbstverwirklichung läßt und zur Selbstverwirklichung des Mitmenschen beizutragen sucht.

Der Philosoph und Arzt Karl Jaspers hat einmal gesagt, man müsse nicht nur Schlacken abwerfen, sondern zum eigenen Leben gehöre es, andere sich bilden zu sehen: „Ich weiß gar nicht, was meine Seele ist, um die ich als mögliche Existenz mich kümmere, sondern werde zurückgeworfen auf mein konkretes Gewissen, das mich führt und in irgend einem Sinne in meinen innersten Gefühlen auch schuldig findet. Reinheit der Seele ist die Wahrheit der Existenz, die im **Dasein die Unreinheit wagen und verwirklichen** muß, **um stets schuldig** die **Verwirklichung** der Reinheit als unendliche **Aufgabe** in der Spannung des Zeitdaseins zu ergreifen."

Für Jaspers ist Humanitas, also Menschlichkeit, ein Aufgeschlossensein: sich auf den Standpunkt jedes anderen stellen, auf Gründe hören, sich erweitern, dem Druck des eigeninteressierten Wollens widerstehen und den zufälligen Empfindungen. Sie ist Offenheit, Verstehen, Zugänglichkeit und Höflichkeit. Das Anerkennen des Anderen, der Wille, nicht zu beschämen — und ganz banal vielleicht auch Liebenswürdigkeit im Umgang.

„Versuch, in der Wahrheit zu leben",



nennt der tschechische Dramatiker Vaclav Havel einen Essayband mit knapp 100 Seiten. Er darf nicht ausreisen, und wenn er ausreisen dürfte, würde er die Gelegenheit wahrscheinlich nicht nützen, weil er Angst hat, nicht mehr heimkehren zu dürfen. Er will aber in der CSSR bleiben.

Vielleicht kann man an einem Beispiel wie Havel am besten erläutern, was mit Kultur der Seele und Kultur der Menschlichkeit gemeint ist. Im Vorjahr wurde er 50, und seit 18 Jahren ist ein Publikationsverbot über ihn verhängt. 1977 wurde er als Sprecher der „Charta 77" zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt und dann auf Bewährung entlassen, 1979 wurde er erneut verhaftet und zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt; weil er immer bemüht war, sich nicht anzupassen, „und lieber zu schweigen, wenn ich nicht alles sagen konnte, was ich für die Wahrheit hielt, oder wenn ich mich in Halbheiten hätte ausdrücken müssen".

In dem Essay fragt Havel, ob nicht letzten Endes das graue und leere Leben in den posttotalitären Systemen nicht eine Karikatur, ein zugespitztes Bild des modernen Lebens überhaupt sei:

„Sind wir nicht eigentlich — auch wenn wir nach den äußerlichen Wertskalen der Zivilisation so tief im Rückstand sind — in Wirklichkeit eine Art Memento für den Westen, indem wir ihm seine latenten Richtungstendenzen enthüllen?"

Havel plädiert für eine Rehabilitierung von Werten wie Vertrauen, Offenheit, Verantwortung, Solidarität und Liebe; er glaubt an Strukturen, die sich nicht an der „technischen" Seite der Machtausübung orientieren, und er baut auf die Verantwortung des einzelnen. Er fordert dazu auf, „Spielregeln" zu verletzen und Rituale abzulehnen, kurzum: Aus dem „Leben in Lüge" auszutreten. Havel bekennt sich allerdings als Christ und betont, daß die vorbehaltlose Orientierung auf das Jetzt und Hier jedes erträgliche Jetzt und Hier in eine hoffnungslos leere Wüste verwandelt und sie zuletzt mit Blut färbt.

In seinen „Briefen an Olga" gibt der Dramatiker auch Einblick in das Ringen eines regen Gewissens. Einen Augenblick lang, so schreibt er, habe er einmal „die moralische Wachsamkeit" verloren. Das war nach seiner ersten Verhaftung, als er einen Entlassungsantrag schrieb, der dann propagandistisch mißbraucht wurde. Er habe „Jahre der Scham, der stillen Schande und der inneren Verzweiflung" verbracht, bekennt der Schriftsteller.

Sind das Kategorien, die im Alltag unserer Korruption noch irgend eine Gültigkeit haben?

Für alle, die glauben, daß solche Kategorien auch heute und bei uns notwendig wären, die aber manchmal Gefahr laufen, die Hoffnung zu verlieren, hat Vaclav Havel eine tröstliche persönliche Erfahrung so formuliert:

„Hoffnung ist eine Dimension des Geistes. Sie ist nicht **außerhalb** von uns, sondern **in** uns. Wenn du sie verlierst, mußt du sie neu in dir selbst und in den Menschen um dich herum suchen — nicht in Gegenständen und Geschehnissen."

Joseph Hamberger

DIE POLITISCHE KULTUR IN ÖSTERREICH

Der Titel der Veranstaltung lautet ja „Die politische Kultur in Österreich", und mit dem zentralen Begriff „die Kultur", mit dem möchte ich mich zunächst einmal beschäftigen. Denn wie unlängst erst der Architekt Rudofsky in einem Interview sinngemäß formulierte: „... wenn jemand sagt, daß etwas selbstverständlich ist, dann beweist er damit nur, daß er darüber noch nicht nachgedacht hat." Wollen wir uns also anschauen, welche Auswirkungen der Kulturbegriff für unsere Institutionen und Parteien hat.

Den Inhalt einer Kultur bilden kollektiv programmierte Denk- und Verhaltensmuster, allgemein und weitgehend anerkannte Werte und Normen, die historisch gewachsen sind und die wiederum beim Lösen aktueller Probleme benützt werden. Das bedeutet, daß wir ganz automatisch Werte und Normen übernehmen und sie zur aktuellen Problemlösung verwenden. Und somit setzen wir voraus, daß die Werte und Rahmenbedingungen, die heute unser Handeln leiten, noch die gleichen sind wie früher. Denn nur dann hat es einen Sinn, wenn ich die gleichen Problemlösungsmechanismen anwende.

Und so kommen wir, um einen weiteren berühmten Auslandsösterreicher, P. Watzlawick, zu zitieren, zum „Bösen des Guten": Verhaltensmuster, die sich früher bewährt haben, übertragen wir im Sinne der Kultur in unsere Zeit. Und wenn sie heute nicht mehr funktionieren, so fragen wir uns nicht, ob sie vielleicht nicht mehr eine Antwort auf die Problemstellungen von heute sind, sondern wir sagen, aha, es funktioniert nicht mehr so gut, wir müssen uns mehr anstrengen. Daher verstärken wir insbesondere auch in den Institutionen und Parteien die traditionellen, bisherigen Muster so lange, bis es tatsächlich in dem einen oder anderen Bereich sogar zur Katastrophe kommt.

Was bedeutet aber der ursprüngliche Begriff „Kultur", woher kommt er? Vom lateinischen „colere" → bebauen, bewohnen, pflegen, ehren. Er betont somit ursprünglich die aktive Gestaltung durch den Menschen, er beschreibt den Prozeß des Hervorbringens. Und definiert so das Menschsein an sich. Wenn wir uns demgegenüber ansehen, was derzeit die Institutionen und Parteien hervorbringen, so haben wir allen Grund, an einen mehr als problematischen Gestaltungsprozeß zu denken.

In unserem heutigen Sinn beinhalten aber Kulturen die festgelegten Muster des Denkens, Fühlens und Handelns, wie sie hauptsächlich durch Symbole erworben und weitergegeben werden. Sie konstituieren damit die besonderen und unterscheidenden Merkmale von Gruppen. Der Kern jeder Kultur beinhaltet so die tradierten Ideen und die dazugehörigen Werthaltungen.

Das heißt, die Kultur hilft uns in den Institutionen und Parteien, uns voneinander zu unterscheiden und die eigene Gemeinschaft zu finden. Es geht hier also um überlieferte Denkformen und Gefühlsstrukturen, die als Basis für die Wahrnehmung, für das Verhalten und die Erklärung der Umwelt dienen und damit das Handeln leiten. Und insbesondere auf das Wort „Wahrnehmung" möchte ich hier noch näher eingehen. Es bedeutet, daß wir nur jene Dinge und Argumente als „wahr" nehmen, die unser kulturelles, tradiertes Bild der Wirklichkeit bestätigen. Wie weit sich das noch mit den aktuellen Gegebenheiten deckt, ist eine andere Frage.

Kultur erleichtert und ermöglicht uns so die Entscheidungssituationen im Alltag. Sie ist ganz einfach Grundlage der Verhaltensmuster, die von einer Institution oder Partei angenommen werden. Sie stellt zugleich für ihre Mitglieder den gängigen Problemlösungsweg dar. Und weil es eben so einfach ist, sich in einem Muster zu bewegen, ist alles so selbstverständlich — siehe die Bemerkung am Anfang, wer denkt schon darüber nach? Kultur stellt ja auch die entsprechende Identität in den Parteien her. So wie eben auch die Kultur einer Nation aus der Summe aller Glaubenssätze der Künste, der Religion, der Wissenschaften, der Technik etc. besteht, welche sie hervorgebracht und/oder übernommen hat, so beinhaltet auch die Kultur einer Partei oder Institution ebenso ihre Geschichte und Tradition, die Erinnerung an glorreiche Zeiten und erfolgreich bekämpfte Gefahren, als auch die Anekdoten und Legenden, welche die Älteren gerne den Jüngeren weitererzählen.

Wenn also die Kultur ganz automatisch einen bestimmten Werterahmen für „richtige" Verhaltensmuster voraussetzt und als selbstverständlich nimmt, so wollen wir uns auch ansehen, ob, und wenn ja, welche Änderungen bei den Werten in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren eingetreten sind. Wie sieht nun der, wie er mit einem schönen Fremdwort so gerne bezeichnet wird, Paradigmenwechsel aus — während wir, siehe obigen Kulturbegriff, nach den alten Werten entscheiden und handeln? Ich beziehe mich hier im wesentlichen auf eine Untersuchung des Schweizer Meinungsforschungsinstitutes DemoSCOPE, welches sich auch besonders mit der Untersuchung vom Wandel der Einstellungen und Werte der Bevölkerung befaßt. Die Ergebnisse dieses Institutes liegen durchaus parallel mit jenen anderer Institute in West-

europa und den USA, die derartige Untersuchungen durchführen, sodaß entsprechende Rückschlüsse auch auf Österreich durchaus zulässig erscheinen.

Zunächst einmal fünf Leittrends, die einige Folgetrends nach sich ziehen. Diese Trends im Wertewandel der Bevölkerung beziehen sich im überwiegenden Ausmaß auf die jüngere Generation — und auch da ist nicht immer die Mehrheit schon betroffen. Zusätzlich zeigt sich, daß dieser Wertewandel auch quer durch die Altersschichten um sich greift.

An vorderster Stelle steht der Hedonismus, d.h., das Streben nach Lust, nach den Freuden des Lebens zu suchen, die Sinnesreize möglichst umfassend auszukosten. Schon allein die Tatsache, daß es derzeit dafür nur Dialektausdrücke gibt — von „irr" bis „super" und „der Bär ist los" — zeigt, daß dort ein neuer Wert entsteht, den die Hochsprache noch nicht übernommen hat. Im Vordergrund steht so die Freude am Autofahren, die Freude am Schifahren — also der Genuß dabei. Nicht mehr das Objekt Auto oder Schi an sich.

Ein weiterer Leittrend, der sich ablesen läßt, ist die Extraversion. Es geht hier um den Kontakt einer Person zu den Mitmenschen. Man spricht hier auch von einer Weiterentwicklung vom Zeitalter der Einweg- und Zweiwegkommunikation zum Zeitalter der Vielwegkommunikation. Dieser Trend wird nicht zuletzt von der technologischen Entwicklung ermöglicht und vorangetrieben. Das typische Beispiel ist ein Abend im In-Beisel im Gespräch mit seinen Freunden und mit Fremden, die dazukommen, Musik im Hintergrund...

Oder das Autotelefon, das mir immer erlaubt, mit allen und jederzeit in Kontakt zu kommen.

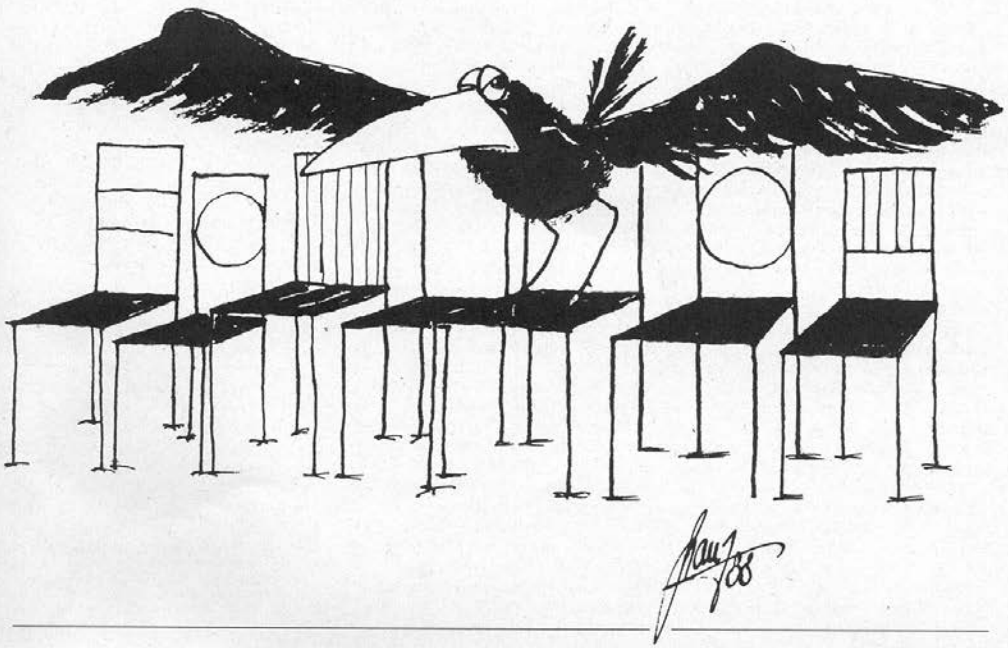
Der nächste Leittrend ist die Erotik. Hier definiert als die Intensität der gesamten Beziehungen zum anderen Geschlecht, teilweise sicherlich auch begleitet von der Erweiterung der sexuellen Toleranz. Diese ist allerdings in den letzten ein bis zwei Jahren mit aufkommender Aids-Problematik wieder im Absinken. Wenn wir uns die Werbung ansehen, so können wir feststellen, daß mit der Erotik bei beiden Geschlechtern operiert — und von diesen offensichtlich auch gerne akzeptiert wird. Und wenn wir uns über die Akzeptanz von Spitzenpolitikern in Österreich Gedanken machen, werden wir den Verdacht nicht los, daß dieser Trend auch hier mit im Spiel ist.

Der vierte Leittrend ist die Aktivität, d.h., für den Menschen unserer Zeit ist es wichtig, sein Leben selber in die Hand zu nehmen und sich nicht von anderen führen zu lassen. Man sieht nicht mehr ein, daß man zwar im privaten Bereich, in der Familie selbständig handeln kann und z.B. beim Hausbau Finanzentscheidungen über Millionenhöhe tätigt, im Unternehmen aber bei Entscheidungen über S 10.000,— eine Reihe von Kompetenz- und Bewilligungshürden nehmen muß. Und von der Politik und der Bürokratie wird man dann vollends entmündigt.

Und als letzter Leittrend wird ein zunehmender Zug zur Technik als Wert festgestellt. Es geht hier darum, sich das Leben angenehm zu machen. Versuchen Sie, heute noch ein Fernsehgerät oder einen Videorecorder ohne Fernbedienung zu verkaufen. Die Technik ist auch der Trend, der am meisten quer durch alle Altersschichten geht. Mit Technik und Convenience macht das Alter offenbar wett, was an Lebens- und Liebeslust im Laufe der Jahre abhanden gekommen ist. Die Folgetrends, die sich daraus ergeben, zeichnen sich klar ab und lassen sich auch bei uns überall nachvollziehen.

An erster Stelle ist der Neo-Materialismus zu nennen, bei dem es nicht mehr um den Besitz um des Besitzes willen geht, sondern im Sinne des Hedonismus wird Besitz angestrebt, um mit ihm als Mittel zum Zweck mehr Spaß, Freude, Lust zu haben.

Als nächstes ist „Achievement" — Erfolgsstreben, anzuführen. Nicht mehr in einem gesamtgesellschaftlichen Sinn wird Erfolg angestrebt, sondern in kleinen, wohl definierten und überschaubaren Gruppen, die dem einzelnen wichtig sind, wird der Erfolg angestrebt: Im Tennisklub, Arbeitsteam, Freundeskreis. Denn dort kann ich mein Erfolgsstreben tatsächlich verwirklichen.



Eigentum als weiterer Punkt wird nicht mehr verstanden als Existenzgrundlage für kommende Generationen, sondern als Verfügbarkeit für begehrenswerte Güter für ein abwechslungsreiches Leben, für die Freude, die ich mir damit verschaffen kann.

Mit dieser wiederholt angesprochenen Freude und Lust am Leben hängt auch der steigende Wert auf eine gepflegte Erscheinung zusammen. Der Narzismus feiert fröhliche Urständ, und zusammen mit der Erotik steht er für einen neuen Lebensstil: Es ist eine Lust, fesch zu sein.

Bildung als Folgetrend drückt den Wunsch aus, mit der Entwicklung der Gesellschaft Schritt zu halten, und zwar im beruflichen wie im privaten Bereich. Die Lerninhalte müssen allerdings — siehe das bisher Gesagte — in spielerischer und angenehmer Athmosphäre und möglichst in Gruppenform dargeboten werden.

Als logische Konsequenz des bisher Gesagten ergibt sich als nächstes die „Gourmandise". Nahrungsaufnahme muß ja im Sinne des Hedonismus und der Fitneß erfolgen, und wenn Sie sich die Wachstumskurve der neugegründeten Restaurants und „Freßtempel" sowie den Kult um die Anzahl der Hauben ansehen, dann finden wir auch hier die Bestätigung für die erhobenen Entwicklungen des Wertewandels.

Letzter Punkt in den Folgetrends ist die Fitneß. Sie wird nicht verstanden als Pflicht gegenüber dem Körper, sondern ist polysensuell und hedonistisch ausgerichtet — Fitneß als genußvolles Erlebnis. Und auch hier schießen die Fitneß-Clubs wie die Schwammerln aus dem Boden: Sehen und gesehen werden, schwitzen vor 27 Spiegeln und das Plauscherl an der Bar sind gefragt. Fit halten könnte man sich ja auch alleine im stillen Kämmerlein sowie durch Wandern und Joggen — nur da fehlen dann die oben angeführten Rahmenbedingungen.

Was bedeutet das bisher Gesagte nun für unser Thema? Das Hinterfragen des Kulturbegriffs hat uns bewußt gemacht, daß wir gerade auch in den Parteien und Institutionen die althergebrachten Wertvorstellungen und Handlungsmuster unreflektiert übernommen haben. Und jetzt wundern wir uns, daß unsere schönen — ideologischen — Rezepte für alle Lebenslagen keine ausreichende Antwort auf die heutigen Wertvorstellungen darstellen. Und diese alten Antworten werden, je weiter diese Entwicklung des Paradigmawechsels fortschreitet, immer weniger brauchbar sein. Damit haben wir einen der Kernpunkte für die Entfremdung zwischen den Parteien und den Bürgern. Wenn ich dann immer wieder Politiker vor allem der beiden Großparteien von „den Menschen draußen" sprechen höre und sie meinen uns, die Bürger, so bitte ich Sie zu verstehen, daß mich zunehmend Übelkeit befällt.

Woran liegt es aber noch, daß in den letzten Jahren so eine große Kluft zwischen den Parteien und ihren Repräsentanten auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite entstanden ist? Wir brauchen kein persönliches, politisches Hick-Hack, sondern Antworten auf unsere Probleme und Werte. Antworten im Sinne von Visionen und Vorstellungen, wie wir unsere Probleme lösen und unsere Werte sichern können.

Dazu möchte ich ein paar Gedanken in Form von Blitzlichtern einbringen:

Sehr viele Funktionäre in den Parteien und Institutionen verwechseln in ihrer Einstellung zu ihrer Funktion die beiden grundsätzlichen Herangehensweisen „Nullsummen-Spiel" und „Nicht-Nullsummen-Spiel". Nullsummen-Spiel muß ich im Wettbewerb zum politischen Gegner spielen — sein Verlust ist ja mein Gewinn. Das Nicht-Nullsummen-Spiel muß ich aber innerhalb des Teams und im Verhältnis zum Wähler spielen — denn nur so ist langfristige Kooperation möglich, und ich will ja möglichst viele Stammwähler. Das tatsächliche Verhalten geht aber nur zu oft den umgekehrten Weg. Innerhalb der Organisation, teilweise wahrscheinliich unbewußt auch zum Wähler hin, das Nullsummen-Spiel, man möchte ja erfolgreich und Sieger sein. Um zu überleben, muß man dann ja auch konsequenterweise mit dem politischen Gegner zusammenarbeiten (aus Sicht der Bürger: „packeln"). Und wir wundern uns abermals, wo denn die Politikverdrossenheit der Bevölkerung herkommt.

Ein weiterer klassischer Kommunikationsgrundsatz, der in diesem Zusammenhang zu erwähnen ist, wird ebenfalls völlig mißachtet oder ist überhaupt nicht bewußt: „Wahr ist nicht, was ich sage — wahr ist, was der andere versteht." Das bedeutet, der weitere Prozeß, die Reaktionen der Bürger gehen davon aus, wie sie die Äußerungen und Handlungen der Politiker verstanden (= interpretiert) haben. Mein Eindruck ist, daß zu vielen Funktionären und Spitzenpolitikern jede Sensibilität abhanden gekommen ist, wie die eigenen Aussagen und Beschlüsse von den betroffenen Bürgern verstanden, aufgefaßt werden (können). Wie könnte die Draken-Frage unter diesem Aspekt entstanden sein? Für die Wiener Bundesregierung war es doch „völlig klar", daß die Bundesheer-Düsenjäger schon immer in der Steiermark stationiert waren und daher selbstverständlich auch die neuen dort stationiert werden. Außerdem sichern sie ja auch Arbeitsplätze. Und wie haben es die Steirer verstanden, wie war ihre „Wahrheit"? Mit uns hat niemand geredet, wir wurden nicht gefragt, bei der Verstaatlichten wird über unsere Köpfe hinweg entschieden, und jetzt schon wieder. Aber da war der inzwischen ja wohlbekannte weitere Prozeß selbständig und nur mehr mit Mühe steuerbar — von beiden Seiten.

Und die wenigsten Politiker machen sich Gedanken, wie weit sind die beiden Wahrheiten deckungsgleich, d.h., wie weit deckt sich das, was die Bürger verstehen, mit dem, was die Politiker meinen.

Gegen Ende noch einige Gedanken zur Persönlichkeitsstruktur von Politikern. Wie ehrlich müssen sie sein, oder brauchen wir den perfekten Schauspieler? Genügt es nicht, daß sie sich ein bürgernahes Federl auf den Hut stecken, um glaubwürdig zu sein? Dazu möchte ich nur S. Freud zitieren, aus dem Jahre 1905: „Als ich mir die Aufgabe stellte, das, was die Menschen verstecken, nicht durch den Zwang der Hypnose, sondern aus dem, was sie sagen und zeigen, ans Licht zu bringen, hielt ich die Aufgabe für schwerer, als sie wirklich ist. Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, überzeugt sich, daß die Sterblichen kein Geheimnis verbergen können. Wessen Lippen schweigen, der schwätzt mit den Fingerspitzen; aus allen Poren dringt ihm der Verrat."

Damit haben wir auch die Erklärung, warum die Bevölkerung so eindeutig spürt, ob sie mit einer hohlen Fassade oder einer glaubwürdigen Persönlichkeit konfrontiert wird.

Welche Antworten muß nun diese Persönlichkeit den Bürgern auf Wert- und Problemstellungen geben? Genügt es nicht, die Meinungsforschung allein zu befragen? Wenn dem so wäre, hätten wir es ja sehr einfach: ein kleiner Auftrag, schon hätten wir das Programm, das brauchen wir nur noch zu plakatieren, und schon ist der Erfolg gesichtert.

Nur offensichtlich, das allein ist auch nicht die Lösung — zu oft schon wurde sie ohne ausreichenden Erfolg praktiziert. Was dann? Ohne eigene Ideen werden wir nicht auskommen. Dazu ein zweites Zitat, diesmal von U. Eco, aus seiner Nachschrift zu „Der Name der Rose": „Doch wenn der Autor Neues plant und einen anderen Leser im Sinn hat, will er kein Marktforscher sein, der bloß die geäußerte Nachfrage registriert, sondern ein Philosoph, der dem ‚Zeitgeist' auf die Schliche zu kommen sucht. Er will seinen Lesern aufdecken, was sie verlangen müßten, auch wenn sie es selbst noch nicht wissen. Er will seinen Lesern aufdecken, wer sie sind."

Und in diesem Sinne muß es gerade für die Parteien und Institutionen — ich meine damit sowohl die Mitglieder als auch die Funktionäre — eine vordringliche Aufgabe sein, jene Visionen zu formulieren, die eine Antwort auf die Probleme und Werte unserer Zeit sind. Denn nur, wenn man das Ziel und den Plan eines Weges kennt, kommt die Freude am Unterwegssein. Und beide brauchen den so motivierten Bürger: Die Demokratie und die Parteien.

Literatur:
H. Matis, D. Stiefel, Unternehmenskultur in Österreich, Service-Fachverlag an der WU Wien.
W. Wyss, „New Marketing", Konsequenzen aus dem Paradigmawechsel des Konsumenten, Verlag DemoSCOPE, Adligenswil.

MEDIENKULTUR — SPRACHKULTUR

Standpunkte, Kritik, Zielvorstellungen und Forderungen des Arbeitskreises

Die Aufhebung der Monopole hat in nahezu allen europäischen Ländern zu einer explosiven Vermehrung von Trivialprogrammen vor allem amerikanischer Provenienz geführt. Der ursprüngliche Gedanke, daß durch die Privatisierung von Radio und Fernsehen eine vermehrte Meinungsvielfalt verwirklicht würde, hat sich nicht erfüllt. Auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten versuchen, durch eine Forcierung von Unterhaltungsprogrammen der neuen Konkurrenz zu begegnen, da auch sie von Werbeeinnahmen abhängig sind und die Werbewirtschaft auf demoskopisch nachgewiesene Verluste unverzüglich reagiert. Lediglich in England werden den privaten Anbietern gesetzliche Vorschriften auferlegt, die auch die altehrwürdige BBC binden: Meinungsvielfalt, umfassende Information ohne parteipolitische Einflußnahme, Kulturauftrag, Jugendschutz etc. Nur unter diesen Voraussetzungen sollte man eine Aufhebung des Monopols in Österreich ins Auge fassen. Das jüngste Abkommen zwischen dem ORF und dem Herausgeberverband wird aus diesen Gründen begrüßt.

Es wird als äußerst bedauerlich gesehen, daß bereits unter Bacher II und durch das neue Programmschema im Fernsehen kritische Magazine abgeschafft wurden. Auch die offensichtliche Einflußnahme auf die Bewegungsfreiheit des Redaktionsteams des Club 2, die die Abdankung von dessen verdienstvollen Leiter, Dr. Huemer, zur Folge hatte, ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Man wird mit großer Wachsamkeit verfolgen müssen, inwieweit sich der neue Leiter des Club 2 gegenüber repressiven Forderungen durchsetzt.

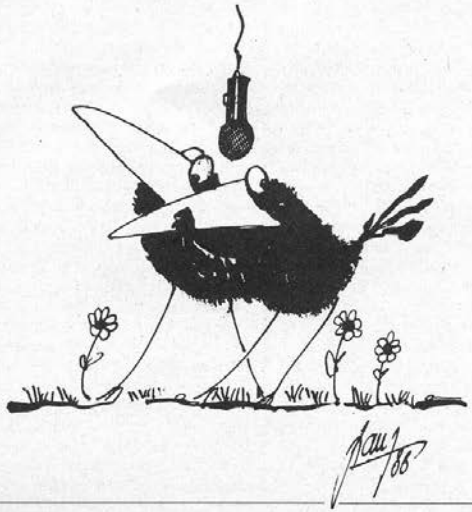
Der zunehmende Boulevardcharakter der österreichischen Presse in Verbindung mit der oberflächlichen Darstellung von äußeren Geschehnissen im Fernsehen hat zu einem beklagenswerten Verlust an fundierter Hintergrundberichterstattung geführt. An seine Stelle ist vielfach ein auf billige Sensationen ausgerichteter Enthüllungsjournalismus getreten, der oft mit wenig Redlichkeit und mangelnden Recherchen zur Desavouierung von Personen führt. Politisch engagierte Personen, die sich über internationale und bisweilen auch nationale Geschehnisse zu informieren suchen, können dies nur mit Hilfe ausländischer Medien tun. Insgesamt ist der Journalismus in Österreich von drohenden Verfallserscheinungen gekennzeichnet, denen vor allem durch den Berufsstand selbst gegenzusteuern wäre. Eine weniger auf praktische Fertigkeiten als auf ethische Grundsätze bezogene Journalistenausbildung wäre dringend zu überlegen und einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen.

In den Lokalprogrammen des Hörfunks ist es möglich geworden, durch zahlreiche Telefonkontaktsendungen sowie durch die Übertragung und Veranstaltung von Diskussionen auch ein breiteres Publikum in die Debatte über aktuelle, regionale Probleme miteinzubeziehen. Die mit 1. Mai 1988 beginnende Regionalisierung des Fernsehens sollte nicht bloß in eine viertelstündige Informationssendung mit Kurzberichten münden, sondern auch die großen Chancen nützen, Diskussionen mit Bürgern über regionale Probleme Raum und Sendezeit zu geben. Engagierte Einzelpersonen und Gruppen könnten in einem begrenzten Umfeld ihre Erfahrungen und Initiativen mit Hilfe von Fachkräften medial umsetzen lernen, wodurch eine Erweiterung des regionalen Aussagespektrums erreicht würde.

Da nicht nur die Bundeshauptstadt über ein starkes kulturelles Potential und ein großes Künstlerreservoir verfügt, wäre es zweckmäßig und erforderlich, daß auch in den Landesstudios künstlerische Kräfte Gelegenheit finden, in die Gestaltung von Fernsehspielen, Jugendsendungen, kulturellen Dokumentationen etc. einbezogen zu werden. Da ohnehin Klage über Identitätsverluste durch das Überhandnehmen amerikanischer Fernsehware geführt wird, müßte alles daran gesetzt werden, um auch in den Bundesländern Produktivkräfte für eine Verösterreicherung des Programmes zu aktivieren.

Die Kinder- und Jugendsendungen haben durch die Mini-ZiB eine erfreuliche Ergänzung erfahren. Allerdings entsprechen die fiktiven Stoffe, die den Kindern gezeigt werden, den Wunschbildern von Erwachsenen. Bisweilen wird eine Pseudo-Realität vorgespiegelt — etwa in Tiersendungen —, die keinerlei Bezug zur Realität hat. Es wäre dringend erforderlich, ein wirklichkeitsgetreues Milieu der Kinder darzustellen und eine Reflexion dieser Wirklichkeit durch eine mediale Selbstdarstellung der Kinder zu bewirken. Es ist auch unzulässig und wenig nutzbringend, wenn in Jugendsendungen vor allem die Pop-Kultur als bevorzugtes Interessensgebiet unserer Jugend zum Ausdruck kommt. Damit werden oberflächliche Modeerscheinungen, Starkult und hedonistische Tendenzen gefördert, die eine Scheinwelt als Ersatz für die realistische Bewältigung von Jugendproblemen bieten. Da Jugendliche im Club 2 oft hervorragende Figur machen, ergibt sich die Forderung, eine Art Jugendforum als ständige Diskussionsrunde im Fernsehen einzuführen.

Die in Graz erscheinenden Zeitungen haben in den letzten Jahren in erschreckendem Ausmaß den Boulevardcharakter forciert. Der Konkurrenzdruck hat eine Flüchtigkeit in der Berichterstattung bewirkt, die nur selten eine fundierte Auseinandersetzung mit den eigentlichen Problemen unserer Zeit gewährleistet. Bestürzend ist die Art und Weise, wie sich manche Artikel nach dem augenblicklichen Stimmungsklima der Leser orientieren oder vielfach auch gängige Klischees und Vorurteile spiegeln. Zudem scheinen Journalisten in das öffentliche Geschehen derart verflochten, daß



ihre persönlichen Vorlieben und Abneigungen sowie ihre Bindungen an Gruppierungen in ihren Artikeln zum Ausdruck kommen. In dieser Situation ergibt sich die Forderung nach einem neuen publizistischen Organ, das etwa als Wochenzeitung Kommentare und Essays profilierter Persönlichkeiten zu den eigentlichen Problemstellungen und akuten Fragen des öffentlichen Lebens umfaßt. Ein von allen Seiten gewünschtes und oft mit unzulässigen Mitteln und nur vor Wahlen aktiviertes Bürgerforum könnte auf diese Weise seinen Ausdruck finden. Hier wäre auch Gelegenheit, jenen Minderheiten Raum für publizistische Äußerungen zu bieten, die in den derzeitigen Medien nicht zu Wort kommen. Auch politischen Persönlichkeiten könnte diese Wochenzeitschrift die Möglichkeit bieten, ihre konkreten Pläne für Stadt und Land zur Debatte zu stellen.

Im Fernsehen enthüllt sich die Identität des Politikers in erbarmungsloser Weise. Es ist anzunehmen, daß die Politikverdrossenheit, die sich in der steigenden Anzahl der Nichtwähler manifestiert, zu einem wesentlichen Teil auf das unqualifizierte Auftreten der Politiker bei Stellungnahmen im Fernsehen zurückzuführen ist. Gerade die wirtschaftliche Krise fordert eine Vertrauensbildung zwischen Politikern und Bevölkerung, wobei das Medium Fernsehen für diesen Prozeß eine entscheidende Rolle spielt. Das Publikum hat ein feines Empfinden dafür, ob ein Politiker aufgrund seiner Überzeugung argumentiert oder nur populistische Klischees von sich gibt. Es ist vermutlich wesentlich zweckmäßiger, daß Politiker ihre Persönlichkeit ins Spiel bringen, als ihr Auftreten nach Richtlinien der Fernsehschulung auszurichten. Dazu bedarf es aber auch wirklicher Persönlichkeiten, aus deren Charakter und Kompetenz die Glaubwürdigkeit unmittelbar abzuleiten ist.

Es erweist sich zunehmend als verhängnisvoll, daß in allen Medien demoskopische Untersuchungsergebnisse als Richtschnur für die Gestaltung von Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehprogrammen dienen. Dieser populistische Trend bewirkt, daß dem Publikum jenes Mehr an Qualität vorenthalten wird, das es im Grunde von den Medien wünscht. Es folgt wohl dem allgemeinen Trend, daß Information als öffentliches Amüsement gehandelt wird und die öffentlichen Angelegenheiten zu billigen Sensationen verkommen, fühlt sich aber im Grunde um notwendige Substanz und Werte betrogen. Die zwangsläufige Folge ist, daß das Prestige der Medien beim Publikum sinkt. Man unterhält sich zwar, nimmt aber den Unterhaltenden nicht ernst. Wer es als seine ethische Pflicht erachtet, zur vermehrten Mündigkeit der Menschen beizutragen, sollte sich Mühe geben, mit seinen Informationen jeweils eine Stufe höher zu stehen, da er dadurch den legitimen Versuch macht, die Empfänger auf seine Stufe zu ziehen.

Kurt Hörmann

VERWALTUNGSKULTUR – BÜRGERKULTUR

Überlegungen zu einem geplanten Arbeitskreis

Den Teilnehmern am anschließenden Arbeitskreis war deutlich die Erschöpfung ob der Fülle der vorausgegangenen Referate anzumerken. Es gab deshalb auch keine richtige Diskussion, sondern eher ergänzende Gedanken, wie das Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung verbessert werden könnte.

Wenn das Unbehagen am Parteienstaat vor allem auch ein Unbehagen an der Verwaltung ausdrückt, so läßt sich das zum Teil sicher mit der obrigkeitsstaatlichen Tradition in Österreich erklären, dürfte aber auch eine sehr typische Einstellung dieses Österreichers widerspiegeln, wie sie Andreas Kirschhofer-Bozenhardt in seinem vorangegangenen Referat darzulegen versuchte. Diese Einstellung, die in erster Linie Verdrossenheit und Resignation ausdrückt, nach dem Motto: „Das hat ja ohnedies keinen Sinn", wie sie im Umgang mit Behörden gut gelernt wurde.

Eine Zahl in diesem Referat machte mich besonders betroffen und sollte allen Politikern unter die Haut gehen, nämlich, daß 59% der befragten Österreicher eine geringe oder keine Neigung verspüren, sich gegen obrigkeitsstaatliche Maßnahmen zu wehren, und daß die Art des Protestes sich in Unterschriftenaktionen oder Protestmärschen erschöpft; ein Phänomen, das wir auch aus unserer Arbeit im Büro für Bürgerinitiativen sehr gut kennen.

Bei dieser Einstellung muß man befürchten, daß auch die Politiker und die Verwaltung nicht lernfähig werden und als Reaktion auf Bürgerproteste ihr eigenes Verhalten einer Überprüfung unterziehen. In unserem Arbeitskreis wurde diese Resignation auch bei den Grazer Bürgerinitiativen geortet, weil z.B. bei der Frage des „Ostgürtels" keine Fortschritte erkennbar sind und sich daher die Frage aufdrängt, ob es denn sinnvoll sei, sich jahrelang mit viel Engagement einzusetzen, wenn berechtigte Anliegen nicht und nicht einer Lösung zugeführt würden. Den Einwurf, ob damit für die damit unmittelbar Betroffenen einer möglicherweise schon großzügig ausgebauten Gürteltrasse nicht auch etwa Positives passiert sei (weil nichts passiert ist), konnten oder wollten die Teilnehmer nicht beantworten. Es wurde allerdings konzediert, daß nicht getroffene Entscheidungen sich im Nachhinein manchmal als bessere Lösungen herausstellen können.

Wenn es um eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürger und Verwaltung gehen soll, muß von allen Seiten versucht werden, traditionelle Strukturen aufzubrechen und größere Freiräume für den einzelnen zu schaffen.

Folgende Schwerpunkte, über die wir uns einigen konnten, seien kurz genannt:

(1) Der Gesetzgeber muß noch mehr direkt demokratische Elemente ermöglichen (siehe Steir. Volksrechtegesetz) und die Bürgerbeteiligung insbesondere im Verwaltungsverfahren ausbauen (z.B. Parteienstellung und Nachbarrechte).

(2) Eine weitere Verbesserung des Bürger-Services sowie eine bessere Schulung von Beamten mit Parteienverkehr in Richtung Gesprächsführung und Konfliktbewältigung scheint unabdingbar. (So ist es bezeichnend, daß es in Bayern einen Leitfaden für Beamte für den „Umgang mit Bürgern" gibt, während in Österreich die WIR-Redaktion des ORF einen Ratgeber für den Bürger auflegt, in dem der Bürger über den richtigen „Umgang mit Behörden" aufgeklärt wird.)

(3) Jeder einzelne Bürger muß seine Einstellung ändern, indem er sich aus seiner bequemen „Lehnstuhlhaltung" erhebt und die Möglichkeiten und Rechte, die er heute schon hat, auch tatsächlich wahrnimmt (z.B. Beschreiten des Rechtsweges, Vorbringen von Einwendungen u.a.). Das bedarf aber auch einer staatsbürgerlichen Erziehung an den Schulen, die neben der Verfassung vor allem Grundkenntnisse der relevanten Gesetze, insbesondere des AVG, vermittelt.

Und das erfordert vor allem, daß Gesetze so verständlich formuliert werden müssen, daß auch ein „Nichtjurist" deren Inhalt erfassen kann. Es verlangt schließlich noch, daß sich der gelernte Österreicher in Zukunft nicht so sehr darauf verlassen darf, irgend jemanden zu kennen, der es einem richten kann. (Siehe Referat Kirschhofer-Bozenhardt: Beamte und Politiker sind insgesamt korrupt, und die beste Hilfe ist immer noch ein Bekannter in einem Amt oder in der Politik.)

Nur wenn alle drei Betroffenen (Bürger, Politiker und Beamte) versuchen, ihre Möglichkeiten wahrzunehmen und im Interesse eines besseren Verhältnisses mehr Verständnis füreinander zu zeigen, können wir erwarten, daß ein angstfreies Klima entsteht, in dem die „Untertanen" zu gleichberechtigten Partnern von Politik und Verwaltung werden.

Max Aufischer

ZEITGEIST — ZEIT DES GEISTES

Ein kurzes Statement zu einer endlosen Thematik.

Ich möchte das Begriffspaar „Zeitgeist" und „Zeit des Geistes" mit zwei Schachspielern vergleichen. Der eine überlegt beim Spielen immer nur den nächsten Zug und schaut, daß er über diesen den größtmöglichen Vorteil gewinnt. Am Ende des Spieles ist er dann überrascht, daß er nicht gesiegt hat. Der andere Schachspieler hat aufgrund einer weiterführenden Idee ganze Kombinationen von Zügen im Kopf und baut sein Spiel dahingehend auf. Schlußendlich ist dieser Schachspieler dem anderen immer überlegen, auch wenn er zeitweilig in Rückstand gerät.

Was ich damit sagen will, ist, daß sowohl „Zeitgeist" als auch „Zeit des Geistes" ihre Berechtigung haben, daß aber langfristige Überlegungen und weitblickendes Planen unumgänglich sind, denn dadurch können sich jeweilig zeitgebundene Lebensgefühle erst positiv entwickeln.

Zur Zeit scheinen die erwähnten Begriffspaare polar und miteinander kaum vereinbar — sicherlich in der Situation, in der wir heutzutage leben. Das rasante Lebensgefühl, die vielfältigen (Medien-) Eindrücke lassen uns hauptsächlich Momentanes erleben und bald wieder vergessen. Menschen, die sich innerhalb unseres gesellschaftlichen wie politischen Systems grundlegende Fragen und Zukunftsvisionen stellen, werden rasch an den Rand gedrängt und als Außenseiter behandelt. Dies kommt nicht von ungefähr, und es ist nicht verwunderlich, daß der „Zeitgeist" in fast allen Bereichen unserer Gesellschaft dominiert. Ich glaube, daß es diesbezüglich zwei Hauptursachen gibt, die diese Entwicklung vorantreiben.

Eine der Hauptursachen war die rasante technische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Durch die Situation „Schwierige Zeiten — Verlust des Wenigen — rascher Wiederaufbau" entstand eine Dynamik raschester Abfolge (Kühlschrank — Waschmaschine — Eigenheim — Auto — Unterhaltungssucht). Dadurch wurden kurzfristige Überlegungen, die hauptsächlich ökonomisch, materiell und zum eigenen Vorteil ausgerichtet waren, immer bedeutsamer. Gesamtüberlegungen, wie Auswirkungen auf die Umwelt, als auch auf die gesamte Gesellschaft, traten in den Hintergrund. Dies führte zum Ergebnis, daß heute hauptsächlich um „Erhaltung und Zementierung" von Erworbenem gekämpft wird. Auch die Politik reagiert diesbezüglich — kleine und kleinste Korrekturen stehen im Vordergrund. Grundsätzliche Überlegungen und zukunftsorientierte Visionen werden kaum oder gar nicht gewagt, was teilweise auch im politischen System selbst bedingt ist.

Die zweite Hauptursache ist der Verlust der Utopien. Die alten, großen Utopien sind Realität geworden, oder sie sind gescheitert. „Zu fliegen und die Welt zu verlassen" wurde spätestens mit der ersten Mondlandung realisiert. „Die Welt zu beherrschen" ist auch keine Utopie mehr, wenn man an den atomaren und chemischen Overkill denkt. Die Sozialutopien sind an der finanziellen Realisierbarkeit und am persönlichen Vorteilsdenken vieler gescheitert.

Diese Ursachen führten zu weitgehender Orientierungslosigkeit. Modebedingtes, kurzfristiges Denken und Handeln trat in den Vordergrund, was eine Überbewertung des „Zeitgeistes" zur Folge hatte.

Wie kann man diesem entkommen?

Einmal müßten Überlegungen nach einer neuen Utopie angestellt werden. Ökologische Überlegungen bezüglich einer lebenswerten, gesunden Umwelt fallen leider weg, da meines Erachtens die Umweltproblematik allein zu eng ist und man hauptsächlich reagieren statt agieren muß. Andererseits sind die Folgen der Umweltzerstörung zu weit fortgeschritten, sodaß nur mehr rasches Handeln Abhilfe schaffen kann, was jedoch eine Grundvoraussetzung für menschliches Überleben ist. Allerdings bietet sich eine gleichwertige Kombination von Menschlichkeit, Kreativität und Pluralismus, gepaart mit Standfestigkeit und optimistischer Zukunftsbewältigung, als Utopie für die nächsten Jahrzehnte an.

Außerdem müßte der Zeitbegriff neu überdacht werden. Ist es wirklich sinnvoll, kleinste (Detail-)Überlegungen in kürzester Zeit zu realisieren? Sind solche vielleicht kurzfristig gesehenen Errungenschaften nicht oft schon in gleich kurzer Zeit wieder hinfällig?

Auch sollte es an Mut nicht fehlen, überflüssig und schwerfällig gewordene Strukturen abzubauen und dafür neue, mobilere und zukunftsträchtigere aufzubauen.

Weiters sollte man die Wertediskussion intensivieren. Ich glaube nicht, daß es an Werten — egal ob alt oder neu — fehlt; jedoch wird sehr häufig der Weg falsch eingeschätzt, diese ins tägliche Handeln einzubeziehen. Oft zerstören oder verzerren gerade falsche Wege die Werte, und es ist dann sehr schwierig, die Ursachen des Mißlingens zu erkennen.

Zusätzlich müßten der Bildungsbegriff, aber auch die Bildungsmöglichkeiten neu überdacht werden. Spezialwissen oder einseitige Bildung müßten einer umfassenden Bildungskombination von geistigen, seelischen und handwerklichen Fähigkeiten weichen.

Abschließend möchte ich ein Beispiel bringen, das die oben besprochenen Mängel aufzeigt, bei dem der „Zeitgeist" dominierte und von der „Zeit des Geistes" wenig zu spüren war:

Die Autobahn über den Wechsel wurde eröffnet. Kurz (wenige Jahre) zuvor hatte man die Wechselbundesstraße mit hohem finanziellem Aufwand ausgebaut, wo man heute „rollschuhfahren kann", da die meisten Autofahrer auf der Autobahn fahren. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, die Autofahrer bis zur Fertigstellung der Autobahn zu vertrösten?

Mit dem so eingesparten Geld hätte man im Wiener Becken und im Grazer Feld intensiv Radwege abseits der großen Verkehrswege anlegen können. Dies hätte eine Reihe positiver Auswirkungen zur Folge gehabt: Dezentrale Arbeitsplätze beim Bau der Radwege; positive Auswirkungen auf den Breitensport und somit günstige Auswirkungen auf Gesundheit und körperliche Ertüchtigung der Menschen; Förderung der Naherholungszentren und somit der Gastronomie und des Fremdenverkehrs; vielleicht einen neuen Fahrradkaufboom, was günstige Auswirkungen wiederum für die Fahrradproduktion gehabt hätte (möglicherweise hätte die Fahrradproduktion der Puchwerke und somit die Arbeitsplätze gerettet werden können).

Dies ist sicherlich ein etwas banales Beispiel aus einem Reservoir von vielen. Aber gerade die Summe solcher Fälle macht die Situation so gravierend und sollte zu einem Umdenken führen.

Helmut Moser

KULTUR DER SEELE – KULTUR DER MENSCHLICHKEIT

oder: „Die Kunst" der Menschen, sich die Wirklichkeit so zurechtzulegen, daß sie nicht mehr schmerzt als unbedingt notwendig.

Bei einem komplexen Thema, wie es Kultur darstellt, bedient sich der Laie eines Lexikons. Im Katholischen Soziallexikon findet man unter Kultur die Definition verschiedener Disziplinen, in der Soziologie versteht man unter Kultur die Gesamtheit des Denk- und Verhaltensmusters einer Gesellschaft oder einer Gruppe, die ihren Bestand und ihre Weiterentwicklung gewährleistet, wobei die Bedingungen moderner komplexer Gesellschaften zugrunde gelegt werden. Kultur sollte den Bestand und die Weiterentwicklung einer Gesellschaft gewährleisten; vergleicht man dazu Theo Sommer in „Die Zeit", so sieht dieser „alle unsere Fundamente zerbrechen". Er sieht in Banalitäten wie den Namen von Rock- und Popgruppen die Signatur eines Zeitalters.

„Heavy Metal", „Einstürzende Neubauten", „Erste Allgemeine Verunsicherung" spiegeln ein gehöriges Stück heutigen Lebensgefühls wider. Der Glaube an unsere Kultur, an die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft erleidet tagtäglich einen Keulenschlag. Aids, unklare Bedrohung, und Politskandale haben unseren Zukunftsglauben ins Wanken gebracht.

Demoskopische Untersuchungen untermauern zahlenmäßig diese Vermutung. 80% der Österreicher halten Beamte für bestechlich; die Politiker schneiden mit 85% nicht besser ab (IMAS 1988), „Wahlbeteiligungen" von 60% werden von Politikern als Ergebnis einer „Angleichung" an moderne westliche Demokratien interpretiert. Ich würde es als politische Kultur bezeichnen, als Kultur, die gekennzeichnet ist vom Rückzug aus der „öffentlichen Sache", zurück zu einer Verinnerlichung in ein zweites Biedermeier.

Kultur als Denk- und Verhaltensmuster, die einer Gesellschaft ihren Bestand oder ihre Weiterentwicklung gewährleisten? Oder ist unsere Kultur ein Reagieren auf Zustände, „Kultur als komplexes Ganzes von erlernten und überlieferten Elementen, die Denken, Verhalten und die Ergebnisse des Verhaltens der Menschen in einer Gesellschaft bestimmen" (Kath. Soz.).

Politische Kultur als Reaktion einer Handlungsunfähigkeit, als fehlende Möglichkeit des Mitgestaltens. Scheiterte die Revolution der „Neuen Linken" am Mangel an Menschen, die eine Veränderung tragen. „Einer Fülle von Ideen stehen einzelne Taten gegenüber", mahnte G. Sperl anläßlich dieser Tagung dieses Dilemma. „Sachzwänge" ist die Rationalisierung, die uns erlaubt, Handlungen zu setzen, die mit unseren Ideen eigentlich nichts mehr zu tun haben und auch kaum vereinbar sind. Die politische Kultur hat uns in eine schizoide Situation gedrängt, oder besser, schizoide Handlungen sind unsere Kultur. Die „double binds" von Watzlawick (...) bestimmen heute unseren Alltag: Wir verlangen von Politikern, daß sie sich aus den verschiedensten Bereichen zurückziehen, gleichzeitig werden Interventionslisten immer länger. Wir verlangen von Politikern weniger „Präsentationsarbeit", sind aber enttäuscht, wenn sie nicht zu unserem „Eisstockschießen" oder zu unserem „Ball" kommen. Öffentliche Präsenz eines Politikers hat noch keine Wahl zum Negativen beeinflußt. Aber auch die neueren Druckunterschiede in unserem politischen Klima entstammen dem gleichen Kulturkreis.

Sie fordern „sparsame Bürokratie", mit einem finanziellen Aufwand, den man selbst bekannt wohlsituierten Berufsgruppen nicht zugetraut hätte. Wir fordern mehr Inhalte, gewählt werden aber dann letzten Endes Personen. Zeitungen und auch Wirtschaftsjournale berichten fast ausschließlich über persönliche Karrieren bzw. Skandale. Wir beklagen uns über die Presseeinfalt, die Verkaufszahlen bestärken aber die Zeitungsmacher. Wir alle reden vom Sparen, doch bei uns wollen wir nicht sparen. Wir reden von Freiräumen, wollen aber die bereits vorhandenen Freiräume nicht nützen.

Leben wir in zwei Wirklichkeiten? Der Welt unserer Fantasie, der Welt unserer Ideen und in der Welt unseres Alltags, einer Welt mit Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, zusammenleben. Hat jede dieser Welten eine eigene Kultur?

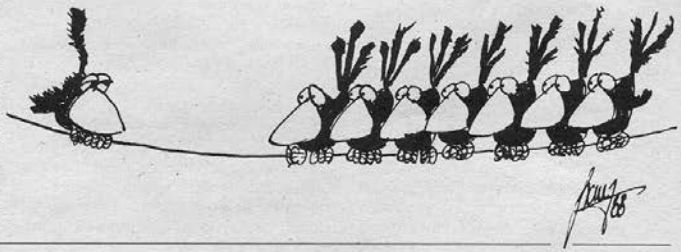
Sind Kultur unserer Seele und Kultur unserer Menschlichkeit zwei Begriffe, die sich immer weiter auseinanderentwickeln? Seele als das Metaphysische, die Vorstellung unserer Wünsche, unserer Ideale und Bedürfnisse und Menschlichkeit im Sinne von Mensch-sein. „Nur ein Mensch", der gelernt hat, Abstriche zu machen, Kompromisse einzugehen und auch gegen seine Vorstellungen zu leben.

„Da sie (die Menschen) sich der Veränderungen, die sie an ihrer Umwelt und ihren eigenen Lebensbedingungen vornehmen, nicht bewußt sind, wird der Zwiespalt zwischen Mensch und realer Welt immer größer. Diesen Zwiespalt bezeichnen wir als menschliches Dilemma, dessen Ausmaß, obwohl jetzt bereits weitläufig und gefährlich, sich nahezu unvermeidbar vergrößern wird", schreibt Aurelio Peccei in einem Vorwort zum Buch „Das Menschliche Dilemma — Zukunft und lernen".

„Einstürzende Neubauten", „Schwermetalle" und eine „Erste Allgemeine Verunsicherung" sind bereits Zeichen einer Veränderung, und ich glaube, wir sind auf der Suche nach unseren Werten, und zur Zeit findet gerade eine Einstellungsänderung statt. Aber wir wissen auch, daß Einstellungsänderungen einer langen Zeit bedürfen und jede Änderung eine Unsicherheit mit sich bringt. Erhard Busek nannte sein Buch „Mut zum aufrechten Gang", und gerade diesen Mut brauchen wir jetzt, den Weg, den einzelne bereits eingeschlagen haben, mitzugehen oder zumindest zu unterstützen.

„Taten dieser Freiheit haben uns zum gegenwärtigen Punkt gebracht. Taten derselben Freiheit — die sie bleibt — trotz der selbstgeschaffenen Zwänge zum Fortfahren in der eingeschlagenen Bahn — werden über die globale Zukunft entscheiden, die zum erstenmal in ihren Händen liegt." (Hans Jonas).

Kultur von der Seele heraus, dann sehen wir Mißstände.



Ernst Sittinger

PARTEIENKULTUR — INSTITUTIONENKULTUR

Die „Tyrannei der Mehrheit" ist nach Meinung von Alexis de Tocqueville (1805—1859) der größte Nachteil von demokratischen Institutionen. Gemeinsam mit ihr stellen wachsender Konformitätsdruck, die Einengung der individuellen Freiheit und die Zentralisierung der Macht jene negativen Faktoren dar, die den modernen demokratischen Massenstaat in seiner Existenz bedrohen. Aber Tocqueville weiß Auswege. Er fordert eine „Symbiose von Demokratie und Religion" sowie ein Streben nach Föderalismus und Selbstverwaltung als Rezept gegen die „Selbstzerstörung der Demokratie".

Bei Durchsicht der Ergebnisse unserer Arbeitskreis-Diskussion „Parteienkultur — Institutionenkultur" springt eine Parallelität zu Tocqueville ins Auge, die sich als Universalerklärung für die „Politikverdrossenheit" und die „Abkehr von den Institutionen" heranziehen läßt: Den etablierten Parteien und Institutionen fehlen heute nämlich genau jene beiden Impulse, die Tocqueville gegen den Verfall der Demokratie einsetzen will.

Da gibt es zunächst weit und breit keine „ethische Symbiose" zwischen Demokratie und Religion. Beklagt wurde im Arbeitskreis die Orientierungslosigkeit vieler Institutionen, die nichts hervorbringen als Papierkram und inhaltsleere Formalprogramme. „Es gibt keine Visionen und keine konkreten Ziele mehr", klagte Referent Josef Hamberger und zog eine Parallele zur Privatwirtschaft. Auch dort hätten jene Betriebe die größten Probleme, die „selbst nicht wissen, wo sie stehen".

Als Hauptursache dieser unerfreulichen Entwicklung nannte Hamberger das Abkoppeln der Politiker von der Basis. So habe man etwa die Budgetsanierung der Bevölkerung ohne jede Rücksprache einfach „aufgesetzt", was den massiven Widerstand erst richtig provozierte. Eine geradezu typische Entwicklung ist aber auch die kaum verhohlene Annäherung der beiden Großparteien im Gefolge der Großen Koalition. Ist der SPÖ-Bundeskanzler Vranitzky heute in seinen Aussagen nicht manchmal bürgerlicher als selbst die Basis der ÖVP?! Da liegt es auf der Hand, daß der „Chauffeur" zumindest im eigenen Lager „keine Passagiere mehr hat", wie Josef Hamberger meint.

Im Gefüge der verkrusteten Institutionen kommt es daher vereinzelt zu einer paradoxen Situation, die Alexis de Tocqueville nicht voraussehen konnte: Die Tyrannei der Mehrheit richtet sich plötzlich nicht mehr gegen die Minderheit bzw. gegen den einzelnen, sondern gegen den gewählten Mandatar, der die ihm zugedachten inhaltlichen Pfade verläßt und die Interessen der Vertretenen nicht mehr vertritt.

Es handelt sich dabei um die entscheidende Grundsatzfrage, ob der Politiker die Meinung der Basis befolgen oder beeinflussen soll. Darf etwa der Vorsitzende der Österreichischen Hochschülerschaft einen bundesweiten Streik eigenmächtig abblasen, wenn er es für richtig hält, oder muß er zuvor jeden einzelnen Studenten um Erlaubnis fragen?

Während dieses Problem im vorigen Jahrhundert, zur Zeit der Entwicklung unserer heutigen demokratischen Vertretungskörper, noch eindeutig zugunsten des freien Mandats entschieden wurde, fordert die vielzitierte „politisch mündige Wählerschaft" heute nichts anderes als das imperative Mandat. Die Wähler wollen den Abgeordneten fernsteuern, bevor es — wie bisher — seine Partei tut.

Als zweiter großer Problembereich wird sowohl von Tocqueville als auch von unserem Arbeitskreis die Notwendigkeit von Dezentralisation und Föderalismus betont. „Die Parteien als monolithische Machtblöcke gehören der Vergangenheit an", weiß Josef Hamberger. Die moderne Kommunikationstechnik werde in Zukunft viel mehr Föderalismus zulassen, und darauf seien Parteien und Institutionen nicht vorbereitet. Noch hielten sie dem Druck stand, obgleich es für eine Trendumkehr längst zu spät sei: „Auch der Staat löst sich auf, und zwar nach beiden Seiten hin — in Richtung Europäische Gemeinschaft und Steiermark."

Die einheimische Institutionenkultur hat also mehr denn je Veränderungen notwendig. Veränderungen hängen allerdings von den vorhandenen Alternativen ab, und die sind nicht gerade zahlreich. Deshalb bleibt nur die Möglichkeit, die Struktur unserer Institutionen in kleinen Schritten abzuändern. Diese Schritte könnten so aussehen: Öffnung nach allen Richtungen, keine Politik im stillen Kämmerchen mehr, Bekenntnis zu Kommunikation und Flexibilität.

Als ratsam erscheint es auch, „seitliche Einstiege in die Hierarchie der Parteien zu ermöglichen". Josef Hamberger nennt Josef Cap. Schließlich müsse in Zukunft auch wieder mehr Wert auf Individualität und Non-Konformismus gelegt werden.

Somit sind wir am Ende doch wieder bei Tocqueville angelangt. Der warnt nämlich vor einem konkurrenzierenden Individualismus, bei dem die Eigenständigkeit in falsch verstandener Freiheit und Egozentrismus mündet und letztlich den demokratischen Staat bedroht. Aber diese Sorgen repräsentieren eben die Ängste des 19. Jahrhunderts und sind heute gänzlich unberechtigt. Oder?

Projektgruppe „POLITISCHE KULTUR IN ÖSTERREICH"

Folgende Aktionen, die von der Projektgruppe durchgeführt wurden, sind im vorliegenden Heft dokumentiert:

- *Workshop zur politischen Kultur am 30. Oktober 1987 (siehe Seite 3 bis 33)*
- *Befragung der Seminarteilnehmer des Josef-Krainer-Hauses im Frühjahr '87 (siehe Artikel von Leopold Neuhold auf Seite 54)*
- *Beobachtung des Hochschülerschaftswahlkampfes (siehe Artikel von Andreas Zakostelsky auf Seite 62)*
- *Veranstaltungsreihe „Institutionen im Kreuzverhör" (siehe Artikel von Friedrich Zopf und Maria Luise Stangl, Seite 57 bis Seite 60)*

Wir danken an dieser Stelle allen, die mitgearbeitet haben:
Erich AMERER, Max AUFISCHER, Peter BERMANN, Emil BREISACH, Veronika CORTOLEZIS, Michael CSOKLICH, Leopold DORFER, Eva Maria FLUCH, Horst GANGL, Heinz GERSTNER, Rupert GMOSER, Gottfried GRANDL, Franz GOSCH, Joseph HAMBERGER, Annette HAUSER, Kurt HÖRMANN, Andreas KIRSCHENHOFER-BOZENHARDT, Rudolf KRAMMER, Nikolaus LALLITSCH, Erich LEMLER, Joseph MARKO, Thomas MAYER, Helmut MOSER, Norbert MURAUER, Leopold NEUHOLD, Helmut PIEBER, Erich PÖLTL, Karl RAINER, Klaus SCALA, Hermann SCHUCH, Ernst SITTINGER, Harald SIUKA, Ingo SONNEK, Gerfried SPERL, Maria Luise STANGL, Günther STEINER, Kurt WIMMER, Andreas ZAKOSTELSKY, Friedrich ZOPF.

Projektleitung:
Ludwig KAPFER und Michael PACHER

Karl Maitz
Gedanken als Nachlese zum Workshop

Was wir vermitteln müssen:

Anständigkeit, Mut, Fleiß und Ideenreichtum

Was wir anstreben müssen:

Ehrliche Partnerschaft
zwischen den Geschlechtern,
zwischen den sozialen Gruppen,
zwischen Menschen verschiedenen Alters,
zwischen Arbeitbesitzenden und Arbeitslosen,
zwischen Betroffenen und Verantwortlichen.

Was wir erreichen müssen:

Eine Haltungsänderung in uns als Staatsbürger.
Das heißt:

— *Dynamik* ***statt*** *Trägheit*
— *Zukunftsbewußtsein* ***statt*** *Pessimismus*
— *Risikobereitschaft* ***statt*** *Ängstlichkeit*
— *Beweglichkeit* ***statt*** *Starrheit*
— *VISIONEN* ***statt*** *ILLUSIONEN*

Dann können wir erwarten, daß sich Österreich ideell und materiell wieder weiterentwickelt — in ein drittes Jahrtausend einer realistischen Zuversicht.

Grete Schurz

ALLE REDEN ÜBER POLITISCHE KULTUR — WARUM SOLLTE ICH NICHT?

Wenn einem nur Stich(Schlag)-worte bei diesem herbbitteren Thema ‚zur Lage der Nation' in den Sinn kommen, fallen natürlich gewichtige Zusammenhänge durch den Rost — aber Lust statt Frust sei meine Devise zum vorliegenden Beitrag.

Alle namhaften österreichischen Parteien streben bekanntlich zur Mitte, die immer dichter besetzt ist, und dieser massive Kern hat nur für sogenannte Nestbeschmutzer, Luftikusse oder Besserwisser wenig Anziehungskraft. Sie assoziieren Mitte schnell mit Mittelmäßigkeit — und über diese haben sich schon vor ihnen weise Männer Gedanken gemacht:

‚Die Mittelmäßigkeit wiegt immer richtig, nur ist ihre Waage falsch', meinte etwa A. Feuerbach und Ch. Morgenstern kann seine Häme auch nicht zügeln: ‚Es ist merkwürdig, daß ein mittelmäßiger Mensch oft vollkommen recht haben kann und doch nichts damit durchsetzt'. Auch Rochefoucauld stellte ihr kein gutes Zeugnis aus: ‚Die Mittelmäßigkeit pflegt alles zu verurteilen, was ihren Horizont übersteigt' — und ein anderer Franzose geht noch härter mit ihr ins Gericht: ‚Es gibt Dinge, bei denen die Mittelmäßigkeit unerträglich ist: Dichtkunst, Tonkunst, Malerei und öffentliche Rede' (La Bruyère).

Genug davon — Österreich ist ein kleiner Staat, wie sollte er da wohl große Politik machen ohne größenwahnsinnig zu sein? Außerdem ist ‚small now beautiful' und ‚in'. Schon Schiller sagte es: ‚Nichts in der Welt ist unbedeutend!' — Na, bitte — und ein lettisches Sprichwort gibt ihm recht: ‚Von den großen Hammeln kommt der Talg, von den kleinen Bienen das Wachs.' Wieviel Würze sich trotz Kleinheit ausbreiten kann, zeigt Rückert in der Weisheit der Brahmanen:

‚Das kleine Pfefferkorn sieh für gering nicht an, versuch es nur und sieh, wie scharf es beißen kann!'

‚Außen hui, innen pfui', kann ich dazu nur anmerken und bei dieser ‚Gemeinheit' möchte ich etwas verweilen. Wenn der alte Herr Geheimrat Goethe belehrend seinen Zeigefinger hebt, neigen wir alle willig unser Ohr: ‚Das Wirkliche ohne sittlichen Bezug, nennen wir gemein'. — Meinte er damit Realpolitik, die alles Machbare eben macht — nach Macherart? Der ‚Schwarzdenker' der deutschen Nation, Schopenhauer, will mit der Gemeinheit überhaupt nichts gemein haben und faßt resignierend zusammen: ‚Man hat in der Welt nicht viel mehr, als die Wahl zwischen Einsamkeit und Gemeinheit' und an anderer Stelle: ‚Die Gemeinheit ist ein Leim, der die Menschen zusammenkleistert. Wem es daran gebricht, der fällt ab'.

Wahrscheinlich muß ich demnächst zum Psychoanalytiker; er soll mir deuten, warum mir ausgerechnet nach der ‚Gemeinheit' das Stichwort ‚Rang' einfällt. Wie könnte es auch anders sein, als daß bedeutende Philosophen ihren Senf dazu gäben: ‚Über den Rang entscheidet das Quantum Macht, das Du bist!', ruft uns Nietzsche zu. Dazu Gellert: ‚Wenn Farb' und Kleid ein Ansehen geben, der hat Verstand, so dumm er ist' — und J. J. Rousseau befindet: ‚Nirgends werden die Rangunterschiede mit größerer Ängstlichkeit beachtet als in dem Lande, in welchem die Ungleichheit nicht groß ist und jeder deshalb befürchtet, mit einem unter ihm Stehenden verwechselt zu werden.'

Diese Aussage möchte ich nicht gegen den ‚Gleichheitsanspruch' in unserer Demokratie gerichtet wissen, selbst, wenn es stimmen sollte, daß manche gleicher sind — aber Goethe macht mich immer wieder unsicher mit seinen elitären Aus- und Ansprüchen: ‚Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichsein und Freiheit versprechen, sind Phantasten oder Charlatane' — Ungeniert schrieb er auch das Verslein: ‚Der schlimmste Neidhart ist in der Welt, der jeden für seinesgleichen hält'.

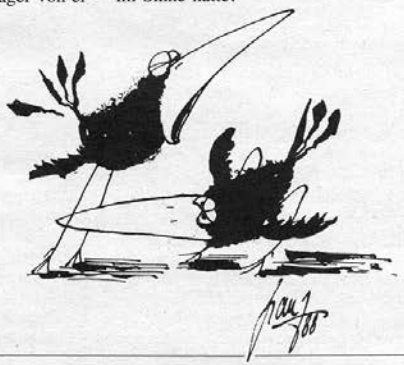
Sein Zeitgenosse, der revolutionäre Dichter Kotzebue, faßte seine Beobachtungen wie folgt zusammen: ‚Solange es noch Verstand und Dummheit, Güte und Bosheit, Stärke und Schwäche in der Welt gibt, solange werden die Menschen sich nicht gleich sein!'

Ist das der Weisheit letzter Schluß, wenn es um Politik und politische Kultur geht? Große Denker trauen uns kleinen Menschen wenig zu — auch im ‚Politischen'. ‚Die Menschen werfen sich im Politischen wie auf dem Krankenlager von einer Seite auf die andere, weil sie glauben, dann besser zu liegen'. Nein, nein — Herr Geheimrat, da muß ich Ihnen widersprechen; bei uns gibt es viele Stammwähler!

Politik ist bekanntlich die Kunst des Möglichen, wobei die Möglichkeit der Korruption nicht auszuschließen ist. Sie ist mir lieber als der Krieg, den der preußische General Clausewitz verharmlosend als ‚die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln' bezeichnet. Dieser Militarismus verhüllt sich in unserer politischen Sprache und wird nur bei Waffenlieferungen schamlos. So wäre auch nun hierzulande der Büchner'sche Aufruf: ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten!' völlig unzeitgemäß.

Jeder möchte vielmehr seinen eigenen Palast, in dem er sich und seine Freunde einschließen, die anderen aber ausschließen kann. Solidarität ist zwar der Titel einer Gewerkschaftszeitung, wird zwar ununterbrochen gefordert — aber Gottseidank nur von den anderen. Warum sollten wir keine ‚Zweidrittelgesellschaft' anstreben, wo es — schlag nach bei Staberl — von Sozialschmarotzern nur so wimmelt. Diese ‚Wahrheit' ist einfach nicht zu überhören.

Wie sagt schon ein russisches Sprichwort: ‚Die Stimme der Wahrheit ist so gellend wie Pfauenstimmen', aber Ironie beiseite. Wenn es heißt: ‚Nur wenige Menschen sind stark genug, um die Wahrheit zu sagen und die Wahrheit zu hören' — was sollen die vielen ‚Politischen' damit anfangen, die in den Parteien zur Mitte streben, die bekanntlich ‚golden' oder ‚vergoldet' ist. Mitten in Österreich, möchte ich mit einem großen Österreicher schließen. Grillparzer, wer sonst, er schrieb ein Lustspiel: ‚Weh dem, der lügt!' Ob er politische Kultur im Sinne hatte?



Mert König

ÜBER UMWELT UND POLITISCHE KULTUR IN ÖSTERREICH

Als Umweltwissenschafter bin ich eingeladen, einen Beitrag zum Thema ,,Die politische Kultur in Österreich'' zu leisten. Ich versuche also, eine Brücke von der Umwelt zur politischen Kultur zu schlagen. Dabei ist die Beziehung zwischen Politik und Umwelt evident; schwieriger wird es schon, die Kultur ins Spiel zu bringen. Ich sehe also im großen MEYER'S nach und finde unter ,,Kultur'' u. a. folgendes: ,,lat. cultura: Bearbeitung (des Ackers), (geistige) Pflege, Ausbildung'' und: ,,das vom Menschen... in Auseinandersetzung mit der Umwelt Hervorgebrachte...''. Dieser Zugang könnte Material liefern, um ganze Bücher zu füllen. Aber keine Angst: Ich werde mich bemühen, mich möglichst kurz zu fassen.

Abendländische Kultur und Einstellung zur Umwelt

Unsere abendländische Kultur ist u. a. gekennzeichnet von Aufklärung, Rationalismus und Industrialisierung. Natur- und ingenieurwissenschaftliche Leistungen haben uns Massenproduktion, Massenkonsum und damit — zumindest in den industrialisierten Staaten — einen nie dagewesenen materiellen Wohlstand beschert.

Definiert man Produktion und Konsum — etwas zynisch — als ,,Umwandlung von Rohstoffen in Abfälle'', so wird allerdings die Rückseite dieser Wohlstandsmedaille sichtbar: Nicht nachwachsende Ressourcen werden aus der Umwelt entnommen und Abfälle jeglicher Art in die Umwelt entlassen. Verstärkt durch anhaltendes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum wird die Umwelt in einem Maße ausgebeutet und belastet, daß Engpässe und Schädigungen bereits allenthalben sichtbar werden.

Zur Verdeutlichung der Ernsthaftigkeit dieser Situation seien einige Beispiele angeführt:

- In Österreich sind ca. 50% des Waldes ,,geschädigt'', in Wien bereits 68,5%. Die jährlichen Kosten hierfür belaufen sich auf etwa öS 20 Milliarden. Jüngsten Meldungen aus der Schweiz zufolge haben dort die Waldschäden 1987 um ca. 6% weiter zugenommen.
- Der Nitratgehalt einzelner steirischer Brunnen von kommunalen Wasserversorgungsanlagen liegt bereits um das Dreifache über der WHO-Empfehlung.
- Die Zunahme von Allergien ist beängstigend; jüngsten Meldungen zufolge leiden in den Industriestaaten bereits ca. 10% an der Unverträglichkeit mit Fremdstoffen.
- Überträgt man Berechnungen aus der BRD auf Österreich, so müssen die Umweltschäden bereits auf eine Höhe von 5—7% vom BIP veranschlagt werden; das sind ca. öS 100 Milliarden/à.
- Weltweit nehmen die Trinkwasser-, Boden- und Brennholzprobleme weiter zu, die CO_2-Anreicherung der Atmosphäre durch die Verbrennung fossiler Energieträger schreitet voran, und nach wie vor werden die Regenwälder abgeholzt.

Diese Beispiele, die beliebig fortgesetzt werden könnten, verdeutlichen, daß die Menschheit im besten Begriffe ist, ihre Lebensgrundlagen zu zerstören. Nach C. F. von Weizäcker befindet sie sich bezüglich ihres Umgangs mit der Natur in einer Krise, deren Höhepunkt wahrscheinlich noch vor uns liegt. Er fordert daher in ,,Die Zeit drängt'' entschlossenes Handeln und zur Bewahrung der Schöpfung die Einberufung einer ,,Weltversammlung der Christen''. Wir können annehmen, daß Herr von Weizäcker weiß, wovon er spricht.

Umweltpolitik in Österreich

Österreich kann zweifelsohne mit einzelnen, herausragenden Umweltschutz-Maßnahmen wie der Einführung des KFZ-Katalysators und der Rauchgasreinigung von Großkraftwerken aufwarten. Die Umweltpolitik der letzten Jahre ist jedoch — insbesondere auf Bundesebene — kein Ruhmesblatt.

Die gegenwärtige Regierung hat ihre Schwerpunkte auf die sicherlich notwendige Sanierung von Budget, verstaatlicher Industrie, Pensionsversicherung u. a. selbstverschuldeter Probleme gelegt. Die Umweltpolitik wurde mehr oder weniger zum Anhängsel einer Sanierungs-Koalition. Die Umweltministerin hat viel zu wenig Kompetenz im Umweltrecht.

Die Ursachen für diese ins Abseits gedrängte Umweltpolitik liegen wohl auch darin, daß Wirtschaftsgrößen meß- und bilanzierbar sind; die Umweltprobleme dagegen können vom einfachen Bürger häufig nicht so ohne weiteres wahrgenommen werden, wie Waldsterben, Tschernobyl und andere Defekte zeigen. Unsere Umweltpolitiker scheuen sich, klare Öko-Bilanzen erstellen zu lassen — die Umwelt hat keine Lobby!

Die Liste der umweltpolitischen Halbheiten ist leider von stattlicher Länge; einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- Das Bundesverfassungsgesetz vom 27. November 1984 ist lediglich ein unverbindliches Bekenntnis zum Umweltschutz; wirksame Regelungen zum Schutz der Umwelt wurden nicht eingebaut.
- Das Umweltrecht ist zwischen einer Vielzahl von Ressorts aufgeteilt; es ist also horizontal und vertikal zersplittert. Eine wirkliche Vereinheitlichung und eine Konzentration von Kompetenzen in Richtung Umweltministerium ist nicht in Sicht.
- Das verabschiedete Chemikalien-Gesetz bleibt vorerst unwirksam durch offengehaltene Verordnungsermächtigungen; es kann durch diese noch erheblich unterlaufen werden. Dabei ist evident, daß sich die Chemie mit ihren mehr als hunderttausend Substanzen noch zu einem der großen Umweltprobleme auswachsen wird. Dies vor allem deshalb, weil die Wirkungen auf Organismen und die Synergie-Effekte heute noch weitgehend unerforscht sind.
- Seit Jahren ist der Bund nicht in der Lage, befriedigende Rahmenbedingungen für eine Entsorgung der Sonderabfälle zu schaffen.
- Wir hatten mehrere Jahre einen recht gut funktionierenden Umweltfonds. Dieser wurde jedoch im Zuge der Regierungsumbildung mit dem Wasserwirtschaftsfonds zusammengelegt und damit in seiner Funktion empfindliche gestört — nicht zum Vorteil der Umwelt.
- Der Minister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr hat einen Gutteil der Luft-Emissionen politisch zu verantworten. Er ist — wie jüngst auf der ÖKOLOGIA — stolz darauf, die Gesamt-Emissionen in seinem Verantwortungsbereich bis zum Jahre 2005 auf ca. 50% drücken zu können. Dies ist sicherlich eine gewisse Leistung, jedoch angesichts eines Zeitraumes von 20 Jahren eine eher klägliche Perspektive. Alle ernst zu nehmenden Wissenschafter sind der Meinung, daß die Luftschadstoffe mittelfristig weit unter 50% zu reduzieren sind: auf einen Wert, der jenem von Ende der 50er Jahre vergleichbar ist, also einer Zeit, als z. B. der Wald noch gesund war — eine simple Formel. Den Herrn Minister aber fechten solche Argumente nicht an.

Angesichts dieser Beispiele muß man zwangsläufig zur Erkenntnis kommen, daß unser Staat und einige seiner Politiker die Verantwortung für die Umwelt nicht besonders ernst nehmen. Es erhebt sich somit die Frage, ob denn dieses Verhalten politische Kultur sei?

Fairerweise sei jedoch angemerkt, daß in einer Aktion des Umweltministeriums eine Umweltschutz-Anleihe mit einem No-

minale von öS 1 Milliarde aufgelegt wurde und daß ferner nach mehrjähriger Ankündigung nun endlich Mittel aus dem Technologietopf auch der Erforschung und Entwicklung von Umweltschutz-Techniken gewidmet werden sollen.

Im Gegensatz zur bundespolitischen Situation hat der steirische Umweltlandesrat mit der Verabschiedung des Müllwirtschaftsgesetzes eine geradezu progressive Tat gesetzt. Das Gesetz zielt mit seinem Regionalisierungsansatz nicht nur auf dezentrale Verantwortlichkeit, sondern folgt damit auch konsequent dem Verursacherprinzip: Wer Abfälle produziert, soll für deren Entsorgung selbst sorgen und die Kosten hiefür tragen. Nur so ist dem Abfallproblem wirklich beizukommen. Es ist ferner ein gutes Beispiel dafür, wie der Staat seiner umweltpolitischen Pflicht nachkommen kann. Hofrat Schaller und seinen Mannen sei Dank!

Umwelt-politische Kultur

Um nun einen Brückenschlag zwischen Umwelt und politischer Kultur zu schaffen, sollten wir kurz zurückgehen zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen: Aufklärung, Rationalismus und Wissenschaft haben über die Jahrhunderte hinweg einen technischen Fortschritt geschaffen, der uns einerseits einen enormen Wohlstand gesichert, der es aber auch erlaubt hat, uns die Erde untertan zu machen — in etwas falsch verstandener Weise allerdings. Gemeint war wohl so etwas wie ,,Harmonie mit der Natur'' und nicht Ausbeutung. Von Weizsäcker spricht in diesem Zusammenhang von der ,,Ambivalenz des Fortschritts''.

Vor diesem Hintergrund muß klar erkannt werden, daß die wissenschaftlich-technologische Entwicklung — getrieben durch den internationalen Wettbewerb — immer noch weiter beschleunigt wird und sich in gewissem Grade zu ,,verselbständigen'' (Hans Jonas) beginnt. Aus dieser Sicht haben sich Ende Oktober in Paris die Forschungsminister der OECD-Staaten über die Entkoppelung des rasanten wissenschaftlich-technischen Fortschritts von der Entwicklung des sozio-ökonomischen Systems — und damit auch der Umwelt — besorgt gezeigt. Es wurde dort daher gefordert, daß jene Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft, in denen der technische Wandel realisiert wird, entsprechend darauf vorbereitet und daß ferner Wissenschafts- und Technologiepolitik mit den anderen Politikbereichen enger verknüpft werden müssen.

Auf die Umwelt bezogen heißt dies, daß der technische Fortschritt verstärkt auf eine ökologische Erneuerung der gesamten Industriegesellschaft ausgerichtet werden muß. Um hier nicht mißverstanden zu werden: Es geht nicht um eine grundsätzliche Kritik am technischen Fortschritt; zur Bewältigung unserer Zukunftsaufgaben werden wir ihn dringend benötigen. Es geht hier viel mehr um die gezielte Lenkung des technischen Fortschritts in Richtung einer sozio- und ökogerechten Technik.

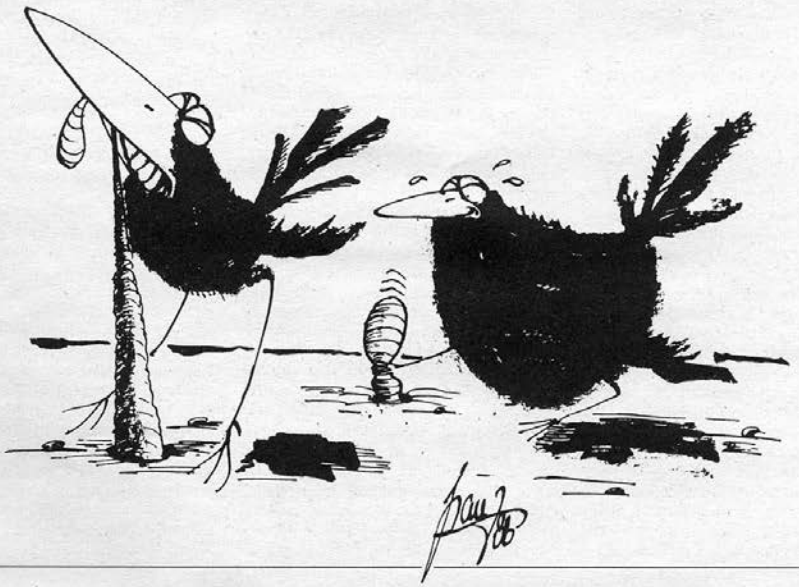
Zur Umsetzung dieser umweltpolitischen Ziele ist, da die Umwelt keine Lobby hat, eine überzeugende Führungskraft des Staates und der Politik erforderlich. Hier also liegt ein besonderer Verantwortungsbereich der Politik.

Eine Reihe namhafter Wissenschafter befassen sich seit längerem mit diesem Fragenkomplex; zwei seien zitiert:

• Christian Graf von Krockow schreibt in ,,Politik und menschliche Natur — Dämme gegen die Selbstzerstörung'' über Weltbemächtigung, Naturbeherrschung und künstliche Naturerhaltung. Er führt u. a. aus: ,,...Wenn die Natur den Handlungsmöglichkeiten und der Zerstörungsmacht des Menschen keine Grenzen mehr setzt, dann kann einzig der Mensch selbst dies noch tun — künstlich im Kunstwerk seiner politischen Kultur. ...Formelhaft ausgedrückt: Als Schutzwall gegen die Selbstzerstörung muß politische Kultur die Natur ersetzen.''

• Und Hans Jonas, der große deutsch-amerikanische Philosoph, schreibt im Vorwort zu ,,Das Prinzip Verantwortung — Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation'' u. a.: ...,,Der endgültig entfesselte Prometheus, dem die Wissenschaft nie gekannte Kräfte und die Wirtschaft den rastlosen Antrieb gibt, ruft nach einer Ethik, die durch freiwillige Zügel seine Macht davor zurückhält, dem Menschen zum Unheil zu werden. Das ,,Prinzip Verantwortung'' muß heute in erster Linie dafür eingesetzt werden, zu bremsen, zu schützen, zu bewahren und eine Entwicklung zu verhindern, die zum Untergang der Menschheit führen könnte. Der Mensch ist mit dieser Bestimmung zur Verantwortung herausgefordert wie noch nie in der Geschichte. Eine solche Aufgabe ist im Privatbereich nicht mehr zu bewältigen, sondern nur noch im politisch-gesellschaftlichen.''

Das alles zu begreifen, zu beherzigen und sich wirklich politisch verantwortlich zu fühlen für die Erhaltung der Umwelt als Lebensgrundlage der Menschheit, das könnte — so meine ich — Teil einer politischen Kultur sein. Dies gilt auch und gerade für Österreich, daß sich in seiner geistig-kulturellen Tradition Mitteleuropa verpflichtet fühlt und sich anschickt, ökonomisch in die Europäische Gemeinschaft aufzubrechen.



Werner Zirngast

ZUR PÄDAGOGIK DER GESELLSCHAFTSKRISE

Seit der Ölkrise in den frühen siebziger Jahren ist die Öffentlichkeit zu einem wachsamen Beobachter in Zeiten wirtschaftlicher Ungewißheiten geworden. Mittlerweile hat ein beschleunigter Strukturwandel in den westlichen Industriegesellschaften die überkommenen sozialen und politischen Bindungen brüchiger werden lassen und ihre regulierenden Wirkungen eingeschränkt. Von Zeit zu Zeit wird hinter den Errungenschaften des Wachstums auch die Fratze sichtbar.

Mit der Wahrnehmung dieser Entwicklungstendenzen gerät nicht nur das Dilemma heutiger Politik ins Schlaglicht, es wird auch der Bestand an Beziehungen der Menschen zu den Realitäten und Themen des fortlaufenden gesellschaftlichen Lebens einem geschärften Blick ausgesetzt. So erhebt sich die Frage nach den Voraussetzungen einer zukunftsorientierten und tragfähigen politischen Kultur. Eine Pädagogik mit humanistischen Zielsetzungen hat dazu in erster Linie das Ringen um einen Zugewinn an persönlicher Freiheit und sozialer Selbstbestimmung beizutragen.

Eine dramatische Renaissance?

Die Ausgangslage stellt sich allerdings als wenig ermutigend dar. Mit klarem Blick für die Unerbittlichkeit der Realität hat Horst-Eberhard RICHTER (1986) in einer Analyse der sogenannten Verdrossenheit vieler Menschen an der Politik den Kern einer dramatischen Konfliktlage anvisiert. Er schreibt:

Es gibt eine untergründige Stimmung der Verdrossenheit und des Unbehagens über das Verwertetwerden und Verwaltetwerden durch etablierte Mächte, die unfähig scheinen, die zunehmende Dehumanisierung in vielen Lebensbereichen abzustoppen. Es wächst der Eindruck, daß die großen Parteien sich immer mehr aneinander angleichen, nur noch Parolen, aber keine Ideen mehr hervorbringen. Und es scheint so, daß sie persönliche Affären, Skandale oder andere halbwegs interessante Reizthemen künstlich dramatisieren müssen, um sich überhaupt noch gegeneinander profilieren zu können... Die Bürger fühlen sich stetig mehr von einer Politik abgehängt und enttäuscht, von der die verantwortlichen Gruppen zum Teil in unverhüllter Schamlosigkeit zugestehen, daß sie vieles nur täten, um die Macht zu bekommen oder sie zu verteidigen. Dagegen regt sich ein dumpfer Unwille, der sich in der steigenden Zahl von Protestinitiativen, aber auch in einem neuartigen Wählerverhalten kundgibt...

Für die Unbestimmtheit des Unwillens ist charakteristisch, daß plötzlich solche Leute und Gruppen zunehmend Anklang finden, die ohne klares Programm nur dagegen sind und versprechen, die Bürgerwünsche unmittelbar vertreten zu wollen... Entscheidend ist, daß sie sich als Wortführer des Unwillens profilieren und dafür eintreten wollen, daß das, was ärgert oder angst macht, abgeschafft wird (S. 205 f.).

Die geschilderte „Unruhedisposition" tritt hervor aus einem Prozeß der Verkommerzialisierung und Durchstaatlichung des Lebens, der für den einzelnen eine Entmischung von Erfahrungen unmittelbarer persönlicher Betroffenheit und den Situationen in Politik und Ökonomie bedeutet. Insbesondere dann, wenn berechtigte Motive für eine deutliche Verdüsterung des privaten Lebensgefühls vorliegen, protegiert dieser Verlust an Selbststeuerung einen verängstigten Rückzug auf das bloße Recht und die bloße Ordnung als die vermeintliche Restfreiheit öffentlichen Handelns und droht auf diese Weise die Basis für einen vernünftigen und solidarischen Fortschritt aller zu untergraben.

Es ist im übrigen aus historischen Gründen wenig erstaunlich, daß der sensible „bürgerliche" Idealismus, wie ihn die Gymnasien seit je hervorgebracht haben, den nötigen gesellschaftspolitischen Nachdruck in dieser Sache auffallend vermissen läßt. Es ließe sich zurzeit sogar der Endruck gewinnen, als könnte der Wertehorizont eines aufgeklärten Humanismus kein aktuelles politisches Thema begründen. Sein auffordernder Charakter, den Hartmut von HENTIG (1985) in dem Motto „Die Menschen stärken, die Sachen klären" anklingen läßt, wird heute von dieser Seite jedenfalls selten als politisches Engagement eingebracht, obwohl die Erfolgschancen trotz allem nicht schlecht stünden.

Auf öffentliche Konflikte um die Gesellschaftsdefinition lassen sich vor allem die neuen sozialen Bewegungen ein. Ihre Träger wollen sich sichtlich nicht länger als Teile der abweisenden Maschine ,,Moderne'' verbrauchen lassen, und sie sind offenbar dabei, die Kritik an den Folgen der Massengesellschaft in eine politische Reform ihres Alltags umzumünzen.

Die Krise der industriellen Modernisierung aufgrund der Begrenztheit hochvolumiger Produktionsweisen läßt für eine nicht allzu ferne Zukunft tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen erwarten (REICH 1983). Daher erschiene die frühe Einmahnung einer sanften Lebenskultur mit Gewißheit unentbehrlich. Vieles spricht dafür, daß es von einer breiten, ausdrücklich auf Zukunftsplanung abstellenden „Repolitisierung" (PLASSER u. a. 1987) abhängen wird, ob die humanen Chancen von morgen gewahrt und ausgeschöpft werden können. Dies schließt die Überwindung angestammter politischer Unterscheidungen naturgemäß ein. Es geht also nicht bloß darum, die Themen der Zukunft zu finden und öffentlich zu verhandeln, es müssen auch die politischen Voraussetzungen geändert werden, damit die neuen Zielkonflikte überhaupt fruchtbar kommuniziert werden können.

Die Tatsache, daß die psychischen und emotionalen Erfahrungen vieler Menschen in den objektiven Zuständen immer seltener aufgehen, und daß andererseits tragende Einrichtungen unserer Gesellschaft zunehmend Prozessen einer Absonderung und Abschottung unterliegen, läßt nicht zuletzt die Verantwortungsträger selbst in ein Apparatschik-Dilemma schlittern. Raoul KNEUCKER (1987) hat dies jüngst an einem klassischen Beispiel aufgezeigt. Es bringt zur Sprache, wie aus den Spannungen zwischen privaten Spontaneitätsbedürfnissen und der kalten Infrastruktur des Massenstaates schockartige Einsichten erwachsen, die mit Hilfe einer Politik sachbezogensektoraler Selbstverwaltung und Selbstverantwortung „auf Zukunft gestellt" (BÜHL 1984) werden können. Auch wenn sich derartige Beispiele nicht beliebig vermehren lassen, sie bestätigen den zeitgemäßen Wert eines humanistischen Denkansatzes für eine perspektivenreiche Gesellschaftsreform.

Zum politischen Charakter zukünftiger Bildung

Wenn also die Anzeichen nicht trügen, so besteht und dynamisiert sich in der Tiefenschichte unserer Gesellschaft ein fortgesetzter Konflikt. Er wird genährt durch einen bedeutsamen Wandel in der Wertewelt, der ausgerichtet ist auf die Entfaltung der individuellen Person bei gleichzeitig empfundener Verhärtung und Abkühlung der modernistischen Lebensbedingungen. Einerseits scheint die anonyme Abhängigkeit von angeblichen Sachzwängen geradezu ins Universale ausgedehnt, auf der anderen Seite gewährt der als eigentliche Lebensmitte verstandene private Raum, der mit sogenannter Freizeit gefüllt wird, zumeist nur eine illusionäre Erfüllung der Bedürfnisse nach Sinn, Wert und sozialem Schutz. Mehr

und mehr liefert der drohende Verlust öffentlicher politischer Kultur den Grundwert der sozialen Gerechtigkeit einem massenmedialen Muskelspiel arkaner Interessensbünde aus, während die politische Entscheidungsfindung hinter den Polstertüren der repräsentativen Demokratie verborgen bleibt.

Entgegen diesen nahezu erdrückenden Tendenzen gilt es für einen aufgeklärten pädagogischen Humanismus daran festzuhalten, daß der soziale und politische Handlungsbedarf des einzelnen Staatsbürgers nicht weiter verringert werden darf, sondern erhöht werden muß. Angesichts der konfliktverschärfenden Probleme aufgrund des ökonomischen Umbruchs mit der Gefahr gesteigerter Arbeitslosigkeit sowie der gegenwärtigen Übergangskrise unseres Bildungssystems scheint die Einlösbarkeit dieses Anspruchs allerdings davon abhängig zu sein, wie „Arbeit" künftig organisiert und verteilt wird. Niemand sollte sich freilich darüber täuschen, daß Arbeit und Beruf heute wie morgen, unter industriellen wie unter „postindustriellen" Bedingungen selten genug mit positiven Werten individueller Selbstentfaltung in Einklang stehen werden. Ebenso dürfte gewiß sein, daß sich durch eine ansteigende Arbeitslosigkeit oder ungerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeit die Tendenzen zur Durchstaatlichung in einer verkommerzialisierten Welt zunächst unvermeidlich verstärken würden.

Gegen diese Anpassungszwänge gründlich anzugehen, bedarf eines weitblickenden Konzepts. In diesem Zusammenhang verdient die vor kurzem von KLAGES (1987) erneuerte Forderung nach einer tiefgreifenden Verzahnung des Bildungssystems und der Arbeitswelt Aufmerksamkeit, die nach Meinung des Autors möglichst durch eigenverantwortliche Beteiligungen in gut überschaubaren sozialen Netzwerken ergänzt werden sollte. Pädagogisch bedeutet der Vorschlag eine längerfristige Umorientierung in der gesamten Ökonomie, vor allem des höheren Bildungswesens auf einem breiten sozialwissenschaftlichen Hintergrund, mittelfristig werden dadurch vor allem der Erwachsenenbildung und Schulpädagogik produktive Anstöße geliefert. Zu letzterem ließen sich als konkrete Beispiele etwa „Bildungsinseln" für Erwachsene anführen — allenfalls abgesichert durch ein Mehr an berufsbezogenen Freiräumen — welche offene Lernprozesse zu Konzeptionen ihrer Berufswelt arrangieren. Auf schulischer Seite könnten analog kreative „Bildungswerkstätten Arbeitsplatz" zu Modellen innovativen gesellschaftlichen Lernens heranreifen. An die Bildungsadresse der Lehrer selbst wäre insbesondere die Idee übergreifender Netzwerke der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung auf der Ebene ihrer unterrichtspraktischen Fortbildungsbedürfnisse zu richten.

Der Szenenfluß lehrt auf jeden Fall dies: Zukünftige Bildung kann sich unmöglich in einer herausgehobenen Vorbereitung auf das Leben in einer fein säuberlich durchproblematisierten Welt erschöpfen, sie ist vielmehr substantiell angewiesen auf das dynamische Feedback der unvermittelten Erfahrungen, die wir mit den Lösungen der objektiven Probleme haben. Dem zuzustimmen bedeutet indes, den Menschen vor die Sache zu stellen und damit die gesellschaftskritisch-evolutionäre Dimension eines humanistischen Bildungsbegriffs anzuerkennen.

Weiterführende Literatur:

Walter L. BÜHL: Soziale Konflikte und gesellschaftlicher Wandel. In: Beiträge zur historischen Sozialkunde.

Martin GREIFFENHAGEN: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland. Frankfurt 1986.

Hartmut von HENTIG: Die Menschen stärken, die Sachen klären. Stuttgart (Reclam) 1985.

Helmut KLAGES / Peter KMIECIAK (Hg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt 1984.

Helmut KLAGES u. a.: Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt 1987.

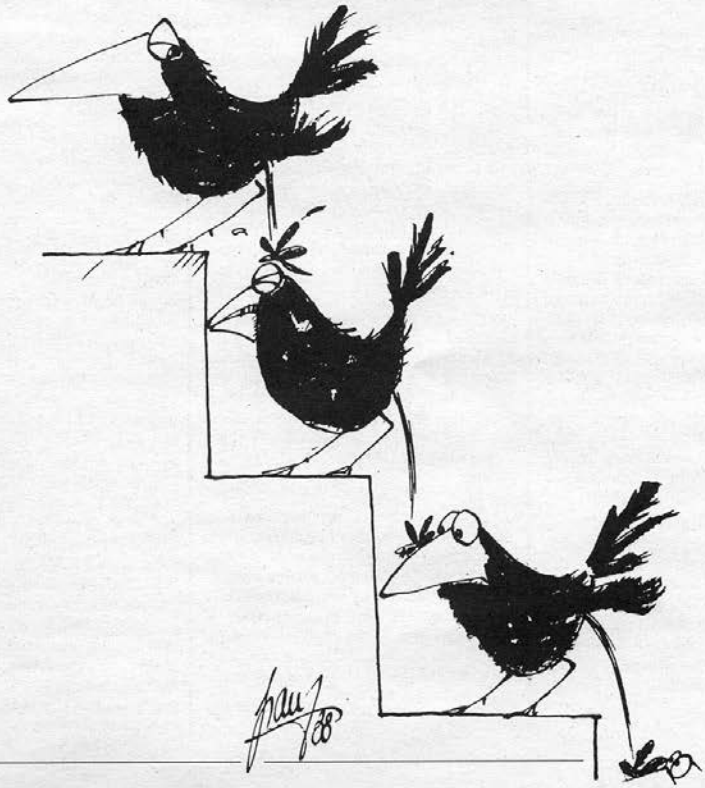
Raoul F. KNEUCKER: „Politisierung" der Beamtenschaft — „Verbeamtung" der Politik. In: politicum (34/1987), S. 18—22.

Fritz PLASSER u. a.: Vom Ende der Lagerparteien. In: Österr. Zeitschr. für Politikwissenschaft (3/1987), S. 241—258.

R. B. REICH: The next American frontier. In: The Atlantic Monthly (April 1983), S. 97—108.

Horst-Eberhard RICHTER: Der Gotteskomplex. Reinbek 1986.

Alain TOURAINE u. a.: Jenseits der Krise. Frankfurt 1976.



VERSTEHEN UND VERURTEILEN

Versteht man unter Kultur im gegenseitigen Umgang das Eingehen auf den Standpunkt des anderen; das Bemühen, seine Beweggründe zu verstehen; vor allem aber die grundsätzliche tolerante Bereitschaft, zunächst einmal sein Tun als der gemeinsamen Sache dienend sehen zu wollen, so müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß in der Politik diese Voraussetzungen geistigen Umgangs weitgehend geschwunden sind.

Politisches Denken und Handeln im Sinne geistiger Kultur setzt aber ebenso Kenntnis, Wissen, Erfahrung voraus, bzw. so momentan nicht vorhanden, gewissenhaften Erwerb. Diskussion ohne Kenntnis, ohne Wissen, ohne Erfahrung, entartet zu polemischem Geschwätz. Erfüllt nur einer der Gesprächspartner diese Voraussetzungen, ist die Folge ein hoffnungsloses Duell zwischen Degen und Knüppel (wobei der Ignorant ja kein Gesprächspartner mehr ist).

Leider hat sich gerade in den letzten beiden Jahren erwiesen, daß die Mehrzahl der in der Öffentlichkeit Auftretenden, diese Art der Auseinandersetzung bevorzugt. Die Macher des politischen Ungeistes sind am Werk. Die Posaunenbläser jeder Richtung suchen sich mißtönend zu übertreffen. Denken, nachdenken, ist ihnen fremd.

Nachdenken — das ist es, was not täte. Verharren, sich fragen, wo liegt das Beste für das Land, wo der Konsens, so er zu treffen ist. Kultur beruht auf der Entwicklung geistiger Konzepte. Ein Volk, in dem Ignoranten das große Wort führen, verliert nicht nur die Kultur, sondern sein Gesicht überhaupt.

Was dem staunenden, traurigen, schließlich angewiderten Bürger in zunehmendem Maße geboten wurde und wird, ist Unkultur der Ignoranz, die nichts ,,bewältigt'', weil sie Wissen für überflüssig hält und daher nichts begreift; trauriger Opportunismus, der weit von der Haltung jener Politikergeneration entfernt ist, die Österreich vor alles Trennende stellte und daher die Kraft fand, wirklich kritische Situationen zu meistern. Profilierungssucht, die nur sich meint, Gruppenegoismus entwickeln gefährliche Eigendynamik (Mißbrauch eines an sich positiven Begriffs). Und sie merken gar nicht mehr, was alles zerstört wird.

Stunden des Nachdenkens anstelle geschwätziger Pressekonferenzen; nachdenken statt ,,in den Raum stellen''; sich selbst, Motive, Ziele in Frage stellen, statt modisch zu ,,hinterfragen'' — vielleicht gäbe es dann Hoffnung auf Geisteskultur und damit politische Kultur. Aber leider — auch das Nachdenken kann verlernt werden, auch endgültig.

H. W. Türk

„Denn der Gedanke, daß die Mehrheit über das Schicksal der Nation entscheidet, ist nur solange sinnvoll vertretbar, als auch Gründe zur Annahme bestehen, die Gesellschaft würde in ihrer Mehrheit aus vernünftigen, verantwortungsvollen Menschen bestehen." (Nikolaus Lobkowicz)

Sich der Geschichte zu stellen bedeutet, für den Umgang miteinander zu lernen.

Die Vergangenheit kann man nicht bewältigen. (Die Zukunf schon eher.) Man kann sie verarbeiten, indem man einerseits Tatsachen erkennt und anerkennt bzw. Handlungen verurteilt, und andererseits verstehen lernt, warum so viele sich zumindest enttäuschend verhalten haben.

Das hat nichts mit Rechtfertigung zu tun.

Denn gemäß dem immer noch gültigen Augustinus-Satz soll man den Irrtum hassen, den Irrenden aber zugleich lieben. (Diese moralische Latte liegt hoch, aber mit ein bißchen Training...).

Wir wollen „politische Kultur" einmal nicht wertfrei definiert verwenden, wie das viele Politologen tun, sondern annehmen, daß Demokratie eine *Kultur des Menschen* („Zivilisation der Liebe") braucht, um nicht zu einer Übersetzung der Newtonschen Mechanik in die Politik zu degenerieren.

Und dafür ist u.a. eine Entkrampfung in unserem Verhältnis zu Werten und Begriffen wie Verantwortung, Gewissen, Pflichtbewußtsein, Patriotismus etc. fällig. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Mitläufer ist ja wohl damit vereinbar, auch manchmal etwas Positives über Österreich vor 1938 und nach 1945 zu sagen.

Ich plädiere gegen die *Einringelung* des österreichischen Menschen und dafür, auf Denker zu hören, die sich nicht an die Allgewaltigen in Medien und Politik verkauft haben. Auf Viktor E. Frankl etwa, der darauf vertraut, daß auch aus dem schlimmsten KZ-Capo noch ein Heiliger werden kann.

Und noch eine Anmerkung zu 1988.

Die Ehrlichkeit, mit der wir uns dem Verhalten unserer Eltern oder Großeltern kritisch widmen, wird daran zu messen sein, wie wir uns den Skandalen unserer Zeit entgegenstellen. Von den Abtreibungen bei uns bis zum Massensterben in Äthiopien. Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Auch 1988. Alles andere ist Augenauswischerei.

Martin Kugler

An ihrem Scheideweg scheinen heuer zweifellos die Grün/Alternativen angelangt. Begonnen hat dieser Konflikt mit dem Rückzug Günther Nennings aus der Liste Meissner/Blau anläßlich der Nationalratswahl 1986, der den Wandel der ,,Bewegung'' seit der Au-Besetzung von Hainburg 1984 nicht weiter mittragen wollte. Erst zuletzt wurde Josef Buchner, VGÖ-Obmann, aus dem grünen Parlamentsklub ausgeschlossen. Auch im Steiermärkischen Landtag ,,können'' der ,,grüne'' Josef Korber und die ,,alternative'' Gundi Kammlander ,,plötzlich nicht mehr miteinander''. Kandidaturen beider Gruppen für dieselben Wahlen können doch nur als vordergründiger ,,Casus belli'' gelten.

In den letzten Wochen waren nachdenklich stimmende Entwickulngen festzustellen. Rühmte sich Josef Korber kürzlich noch, Auseinandersetzungen in aller Offenheit sogar während Landtagssitzungen auszutragen, so hat sich dieser Stil (als Zeichen politischer Kultur in diesem Lande?) geändert — aber zum Guten? Da hatten die beiden sich während der heurigen Budgetdebatte nichts mehr zu sagen! Statt dessen wurden nur Stellungnahmen den Journalisten schriftlich mit der Hoffnung auf Weitergabe ausgehändigt....

Für mich haben diese Ereignisse eine Gemeinsamkeit: Nach der ersten Euphorie, in der jede Alternative zu etablierten politischen Parteien Zuspruch erhalten, kommt für alle die viel schwierigere Phase zwei.

Soll die ,,Bewegung der Gründertage'' zur politischen Partei werden und auf parlamentarischer Ebene mehr tun als Mißstände aufzeigen, oder mit eigenen Gesetzesanträgen etwas ,,weiterzubringen versuchen''? Sind Konzessionen mit dem Ziele von Mehrheiten vertretbar, um zumindest den Kern eigener Inhalte durchzusetzen?

Dazu kommt auf alle Alternativen die Phase zu, die Spielregeln parlamentarischer Arbeit zu erlernen. Das Rotationsprinzip zur Hälfte einer Gesetzgebungsperiode hat zwar gute Gründe für sich, dient aber der Sache gar nicht mehr, wenn erneut ,,Frischlinge'' erst lernen müssen, Parlamentarier zu sein.

Die Zukunft wird weisen, wohin die heimischen Alternativen steuern. Folgt sogar in absehbarer Zeit eine Phase drei wie unter deutschen Exponenten auf Länderebene, die sogar den Eintritt in die Regierung wagten?

Oder wird das Alternative ein ähnliches Schicksal wie die ,,68-er Bewegung'' in Europa, die doch nach der ersten Euphorie wieder verebbte, erleiden?

Wackelnde Ideologien sind bei großen Sorgen um den Arbeitsplatz unter den Menschen nicht gefragt. Findet deshalb gar Gewalt, wie schon in der Vergangenheit, noch mehr Zuspruch...?

Kurt Fröhlich

Trude Miksch

SCHLAGZEILEN — SCHLAGWÖRTER

„Unruhe unter Milchbauern'', ,,Tankschiff entgeht Katastrophe'', ,,Müssen uns mehr mit unserer Geschichte befassen.''

So oder ähnlich stechen sie uns in den Zeitungen täglich ins Auge: die großen fettgedruckten Schlagzeilen! Eher unauffällig und kleingedruckt steht darunter ein Text, meist vorsorglich eingerahmt; denn auf einer Seite wollen möglichst viele Schlagzeilen ins Blickfeld des Lesers rücken.

Unsere steirischen Tageszeitungen sind kleinformatig geworden — und kleinkariert! Für diese ,,Größenordnung'' sind Schlagzeilen ein bequemes Hilfsmittel. Sie ersparen dem Redakteur die Mühe eines richtigen Sprachgebrauchs: Wenn der Artikel verschwindet, entgeht man der lästigen Fallendung, der Infinitiv ersetzt bequem das konjugierte Verb, Singular- und Pluralformen verschwimmen in einem Andeutungsschema. Entspringt diese Feststellung einem pedantischen Sprachpurismus, wie manche einwenden könnten? Gewiß, in der Werbebranche kümmert sich der Texter wenig um grammatische Genauigkeit, und ein griffiger Slogan erzielt seinen Preis. Ob sich der Kunde dadurch verlocken läßt, bestimmte Waren zu kaufen, ist seine Sache, und der Werbefachmann trägt keine Verantwortung für die Differenz zwischen Anpreisung und Qualität.

Dürfen solche Werbemethoden ebenso unbedenklich in der Tagespresse angewandt werden? Die Hauptaufgabe der Zeitungen besteht doch darin, die Leser möglichst umfangreich und wahrheitsgetreu über das Tagesgeschehen zu informieren. Wer sich Zeit nimmt, den Text unterhalb der Schlagzeile genau zu lesen und nicht nur zu überfliegen, merkt zu seinem Erstaunen, daß die Überschrift mit dem Inhalt meist sehr lose zusammenhängt. Mit der Oberflächlichkeit beim Lesen spekuliert der ,,Schlagzeilenfabrikant''. Das auffallend Gedruckte erweckt die Neugier, bleibt im Gedächtnis haften und läßt sich gut weiterverbreiten.

Auf diese Weise wird die **Schlag**zeile zu einem beliebten Hilfsmittel in der politischen Agitation. Nicht nur die Printmedien, auch Radio und Fernsehen bedienen sich der sogenannten ,,Meldungsübersicht in Schlagzeilen''; im neuen Programmschema werden sie zur Gedächtnisstütze sogar mehrfach innerhalb einer Nachrichtensendung angeboten.

Zwar klagen Bildungsexperten über den gefährlichen ,,Alphabetismus'' in den westlichen Kulturstaaten, wonach die Menschen zwar Lesen und Schreiben erlernt haben, aber im Laufe ihres Lebens sich mit Texten geistig nicht mehr auseinandersetzen können. Menschen ohne Denkvermögen sind durch Massenmedien leicht zu manipulieren und für Schlagzeilen besonders empfänglich.

Im Satellitenzeitalter ist Nachrichtenvermittlung von Land zu Land, von Kontinent zu Kontinent kein technisches Problem, sondern eine Frage der Finanzkraft von Agenturen, Zeitungsimperien und TV-Stationen. Den Journalisten ist damit eine Macht in die Hand gegeben, die das politische und gesellschaftliche Geschehen beherrscht. Schlagzeilen werden dabei zur gefährlichen Waffe. Gut gezielt können sie das Opfer sofort vernichten, wohldosiert kann man auch in Form von Foltermethoden über einen längeren Zeitraum hindurch zuschlagen, bis Überdruß und Abgestumpftheit in der Öffentlichkeit das Vernichtungswerk vollenden.

Noch besser als Schlagzeilen eignen sich für dieses Verfahren die ,,Schlagwörter''. Ich gebrauche bewußt die selten verwendete Pluralform gegenüber der üblichen Duden-Diktion: die ,,Schlagworte''.

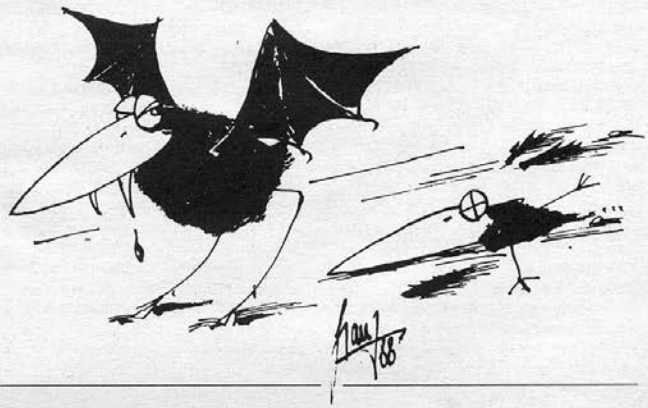
,,Am Anfang war das Wort'', es ist ein Schöpfungsakt und fügt sich gedankenvoll an einen Partner, damit Aussage und Verständigung möglich werden. Wörter hingegen haben eine grammatikalische Funktion, man kann sie, wie die Schlagzeilen beweisen, aus den Sprachgesetzen herausreißen und dabei ihre Schlagkraft erproben. Einer unserer gescheitesten Publizisten hat die ,,Leiden der jungen Wörter'' aufgezeigt und auf diese Weise auch die Leiden unseres Journalismus bloßgelegt. Aber in den überdüngten Böden des Medienzeitalters wuchert es üppig weiter. Wer in der Journalistenzunft Geltung erlangen will, muß in der Schlagwörter-Pflanzung tätig sein. Derzeit kommt es darauf an, die Schößlinge gut umzutopfen und zu überwintern, damit sie im Frühling des Gedenkjahres 1988 der politischen Produktion zur Verfügung stehen.

,,Vergangenheitsbewältigung'', ,,Verdrängung'', ,,Image-Bildung'' haben sich seit Monaten in ihrer Schlagkraft bewährt; sie sind als Waffe einsetzbar im Generationskonflikt und als Garnierung für alle Formen politischer Befragung und Aussage.

In einer recht locker gestalteten Talk-Show des deutschen Fernsehens hörte ich den einstigen Chef der österreichischen Journalistengewerkschaft sagen, daß die Vergangenheitsbewältigung bald vollzogen sein werde, denn die Kriegsgeneration sei schon im Aussterben begriffen. Warum also nicht mit gezielten An- und Vorwürfen nachhelfen? Ob die Attacken gegen die Generation der ,,Frühgeborenen'' das Bild Österreichs aufpolieren oder es letzten Endes zerstören werden, sei als eindringliche Frage an die Jugend von heute gerichtet. Die Jugend von einst, 1938 gerade der Schule entwachsen, habe die Zeit des Nationalsozialismus und die Kriegsjahre aus dem Gedächtnis gestrichen, wie ein Journalist aus einer Politikerrede zitiert. Im Gegenteil: diese jungen Leute haben auf den Schlachtfeldern, in den Luftschutzkellern und in der Stunde Null nach dem Ende der Zerstörung gemeinsam gelitten und schwer gebüßt.

Was wäre beispielsweise aus Mitteleuropa geworden, wenn die Millionen deutschsprachiger Heimatvertriebener ihr Schicksal nicht bewältigt hätten? Das Lagerelend im Nahen Osten, seit 1967 eine ständige Bedrohung des Weltfriedens, sollte unsere ,,Seelendoktoren'' und ,,Mediengurus'' nachdenklich stimmen, ob es tatsächlich Österreich ist, das ihrer Heilmethoden bedarf.

Denn nach 1945 ist in unserem Vaterland aus den geistigen und materiellen Trümmern eine politische Kultur entstanden, die uns einen bis heute andauernden Frieden beschert hat. Daran sollten wir denken. Nur so werden wir statt der Schlagzeilen und Schlagwörter wieder finden, was uns nottut: die guten, versöhnlichen Worte von Mensch zu Mensch.



Michael Pacher

VON DAVID UND GOLIATH

Über die politische Kultur Österreichs

Die Tektonik der 2. Republik ist in Bewegung geraten. Die Parteikirchen verlieren stetig an Kundschaft, die Sprache „hoher Herren" ist derber geworden. „Zuckersüße" ist der Maßstab trivialer Medien für politische Berichterstattung: ...wo Du hinsiehst, es regieren die Bäuche die Köpfe.

50 Jahre nach dem freudig-erlebten (?) Einmarsch — sind wir Österreicher die Demokraten, die man sich wünscht?

Über die Verhältnisse

Am Anfang dieser Republik stand die Sozialpartnerschaft. Sie funktionierte langezeit nahezu problemlos als politische Haftpflicht- und Erfolgsversicherung. Die politische Kultur war dominiert vom informellen Konsens der großen Kräfte. Politische Konfrontation war nicht sichtbar. Man konkurrierte sich hinter den berühmten dicken Türen, und im Parlament spielte das Koalitionsorchester Stellvertreterkriege. Mit der aufkommenden Wirtschaftsflaute, der Arbeitslosigkeit und den anstehenden Umweltproblemen verloren die politischen Institutionen auch an Kompetenz zur Erhaltung und Steigerung der individuellen Lebensqualität der Österreicher.

Das einstmals omnipotent geglaubte Versicherungssystem der 2. Republik verliert an Zahlungsfähigkeit. Auf allen politischen Ebenen (Bund — Länder — Gemeinden) treten Protest- und Reformbewegungen auf, die sich in Konkurrenz zur Sozialpartnerschaftlichkeit setzen und damit die österreichische politische Kultur zur Konkurrenzkultur verändern.

Politische Großorganisationen (Parteien, Verbände, Kammern) re-agieren auf die neuaufkeimenden Anti-Privilegien-, Demokratiereform- und Umweltwünsche: zaghaft, aber doch.

Heute, wo in Österreich noch immer Organisationen wie republikanische Erbhöfe über ein dichtgeflochtenes Einflußnetz verfügen, macht sich ein Wandel zur demokratischen Mitbestimmungsgesellschaft breit. Aber weder beim organisierten Bürger noch bei den noch immer mächtigen Institutionen unseres Landes geht diese Entwicklung ohne Irritationen ab.

Die Phase der Irritation

„Burgenländische Machthabereien" heißt die Szene der 2. Republik, in der die letzten republikanischen Feudalherren zu Grabe getragen werden. Daß wir uns noch immer antisemitisch blamieren, ist derzeit wohl die stärkste Irritation, weil wir damit Hitlers spätesten Sieg erkämpfen.

Unser gewählter Bundespräsident wird von Tag zu Tag mehr zur „republikanischen Mumie" degradiert; eine wirklich bedeutende Irritation, handelt es sich bei diesem Amt doch um einen der Erbhöfe unserer Republik. Und wenn dann ein bis dahin untadeliger Minister einen Oppositionsführer so richtig zum Erbrechen findet, sind endlich auch die Moralisten irritiert.

Was aber auch irritieren muß, ist:

daß jeder zehnte Österreicher (versteckte Arbeitslosigkeit eingeschlossen) ohne Arbeit ist;

daß es wieder Familien gibt, die unter der Armutsgrenze leben;

daß in Krisenregionen frühpensionierte Arbeiter ihre erwachsenen, arbeitslosen Kinder unterhalten;

daß sich mehr und mehr Jungakademiker beim Arbeitsamt anstellen.

Politische Kultur wird geprägt durch solchen Unmut.

Irritieren muß aber auch:

daß die Konsumlust bei denen wächst, die es sich noch leisten können;

daß eine Tele- und Videoinvasion in den österreichischen Wohnzimmern stattfindet, die das Leben vom Vormittagsfilm bis zum spätabendlichen Pornostreifen zu Tode amüsiert;

daß die Freizeit fetischiert wird und Arbeit verpönt wird.

Politische Kultur entsteht durch Apathie.

Das Solidarisierungsdefizit

Spannungen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen formen auch die politische Kultur: nämlich, wenn Konflikte entstehen, weil es Pragmatisierte und Abhängige, wenigverdienende Vielarbeiter und vielverdienende Wenigarbeiter, Abgesicherte und Fallengelassene, solche mit guten und solche ohne Beziehungen gibt.

Die Brücke, die zu bauen wäre, heißt Solidarität.

Solidarität bedeutet schlicht und einfach Verzicht des einen zugunsten des anderen.

Falsch verstanden ist Solidarität, wenn sich die mit Arbeit gegen die ohne Arbeit, die mit einer starken Gewerkschaft gegen die ohne eine solche solidarisieren, wenn sich die Gewerkschaften gegen die Konsumenten und umgekehrt verbünden.

Die Anatomen der Macht betrachten den organisierten Gruppenegoismus als ihr Lieblingsspiel. Die Vernunft bleibt auf der Strecke.

Politische Kultur ist praktizierte Vernunft.

Das Selektionsdefizit

Politik, Recht und Wirtschaft entstehen in Österreich aus einem sehr dichten Geflecht, bestehend aus öffentlichen wie halböffentlichen Institutionen.

Eine entfremdete Wirklichkeit, geht man vom hehren Ideal der Bundesverfassung aus: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus (Art. 1)."

Vordergründig ist daher politische Kultur in Österreich Institutionenkultur.

Parteien, Kammern und parteifärbige Vereine erhalten aus dem Steuertopf viel Geld, mit dem die Distanz zwischen den Bürgern und den Mitbestimmungsinstrumenten aufrechterhalten wird. Denn nur die so entstehende „Bürgerferne" hält die Nachfrage nach den Betreuungstempeln der Großinstitutionen in Gang. Daß sich daran nur langsam Reformen heranschleichen, hat mit einem anderen Phänomen zu tun: Der Institutionenreichtum der 2. Republik hat nämlich dazu geführt, daß sich ob so massiver „Bürokratesse" das initiative und ideenreiche personelle Segment abgewandt und einem mittelmäßigen politischen Funktionärsbeamtentum Platz gemacht hat. Vom Marsch durch die Institutionen sind mittlerweile schon viele zurückgeblasen worden.

Das Potential an Reformern ist beinahe erstickt. Die Folgen sind, an einigen Beispielen dargestellt, erbärmlich: Das Vergabewesen wird von politischen Instanzen gesteuert und unterscheidet sich so kaum noch vom Mechanismus in osteuropäischen Diktaturen. Selbst die Wissenschaft muß sich überblicklosen politischen Instanzen andienen, um die Forschungsförderung zu garantieren.

Wo politische Revolverhelden sich durch die Institutionen kämpfen, ist die Alternative leicht dargestellt: Österreich muß wieder eine Atmosphäre für Spitzenleute schaffen. Lobbies der Flexiblen und Reformfreudigen müssen in Kammern und Parteien „papabile" werden. So leicht wird es allerdings nicht gehen, außerdem kann sich eine politische Kultur der Flexibilität und Reform nicht auf Personelles beschränken. Ein reizvoller Versuch also für einen David, dem Goliath ein paar Kontrapunkte ins Ohr zu summen.

Kontrapunkt 1: Institutionenreform

In einer gezielten Reformphase sollten zunächst die bestehenden politischen Institutionen (Interessenvertretungen, Kammern, Parteien, Vereine etc.) durch eine Reduktion auf ihre eigentlichen

Aufgaben und durch eine effektivere Mitgliederpartizipation eine gesteigerte Organisationsdynamik und eine höhere Aktionsbeweglichkeit erhalten.

Der Tanker muß erst wendiger werden.

In einem zweiten Schritt müssen nun **neue politische Foren** gebildet werden. Durch die Errichtung von parteipolitisch nicht abgezirkelten Plattformen könnten Kulturschaffende, Wissenschafter, Manager, ökologisch und sozial engagierte Bürger unter Wahrung ihres persönlichen Freiraumes in den politischen Gestaltungsvorgang einbezogen werden. Eine mögliche Struktur dafür wäre der **politische Klub;** dieser Klub ist eine Vereinigung von Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer Herkunft zur Durchsetzung eines bestimmten politischen Anliegens (z. B. Steuersenkung, Gesundheitsvorsorge, Schulreform). Der politische Klub wäre als Kleingruppe äußerst medienwirksam und hätte auch den Vorteil, wirklich „lagerübergreifend" in der Sache selbst agieren zu können.

Ein weiterer Vorschlag ist die Installierung von **Krisenmanagern.**

Durch Übertragung von bestimmten punktuellen Krisenmanagementaufgaben an kompetente Persönlichkeiten durch das Parlament oder die Regierung könnten institutionelle Barrieren überwunden werden. So könnten beispielsweise Betriebsansiedlungskampagnen oder Initiativen zur Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten „gewichtigen" und „zivilcouragierten" Persönlichkeiten, denen dieses Problem ein Anliegen ist, aufgetragen werden. Dem Krisenmanager wird es, ausgerüstet mit einem parlamentarischen Auftrag und dem Freiraum des Ungebundenen, viel eher gelingen, die für eine Reform erforderliche Allianz zwischen Institutionen, Medien und Bürgern für „seine" Sache zustandezubringen.

In diese Palette der Personalisierungsstrategien gehört auch die Übertragung von **„Österreich-Botschaftermissionen",** das hieße, daß neuerlich das Parlament oder die Regierung auf Persönlichkeiten, die beruflichen oder kulturellen Kontakt in das Ausland haben, zurückgreift und so auch für das Land bereits geknüpfte Auslandsbeziehungen nützt.

Der renommierte Politologe Wolfgang MANTL hat mit seiner Idee, einen **„Rat der Kritik"** zu gründen, bereits einen ersten bedeutenden Vorstoß in der Öffentlichkeit zur Konterkarierung der österreichischen Institutionenkultur, mit großem Echo, unternommen.

Personalisierungsstrategien werden zunehmend zum Reformvehikel, wenn es darum geht, Politik und Wirtschaft von der Dominanz behebig gewordener Institutionen und ihrer „Masseverwalter" freizuspielen.

Kontrapunkt 2: Reform des nationalen Marketings

Der Kanzler hat mit seiner diesjährigen Neujahrsrede schon recht, wenn er sagt, daß sich ein kleines Land Rückschläge nur leisten kann, wenn es vorne mit dabei ist. Aber auf welchen Gebieten kann das kleine Rest-Habsburgerreich angesichts seiner wirtschaftlichen Situation, der politischen Mentalität seiner Bürger, seiner sozialen Lage und Bildungsentwicklung international oder zumindest europaweit „marktführend" sein? Schon jetzt gibt es dafür genug Ideen, und man sollte die bestehenden Denkfabriken in unserem Land sinnvoll für diese Überlegungen nützen:

Österreich wäre gut vorstellbar als Kulturverbindungszentrum, das sich als Schnittpunkt der europäischen Kulturkreise und als Plattform der Kunst von der Vergangenheit bis in die Avantgarde versteht.

Österreich als Wissenschaftsoase Europas (das „Silicon-Valley" der Geisteswissenschaften).

Wenn es Österreich gelingt, ein höheres Maß an Selbstbewußtsein aufzubringen, so ist der Weg zu einer geistig offeneren politischen Kultur möglich.

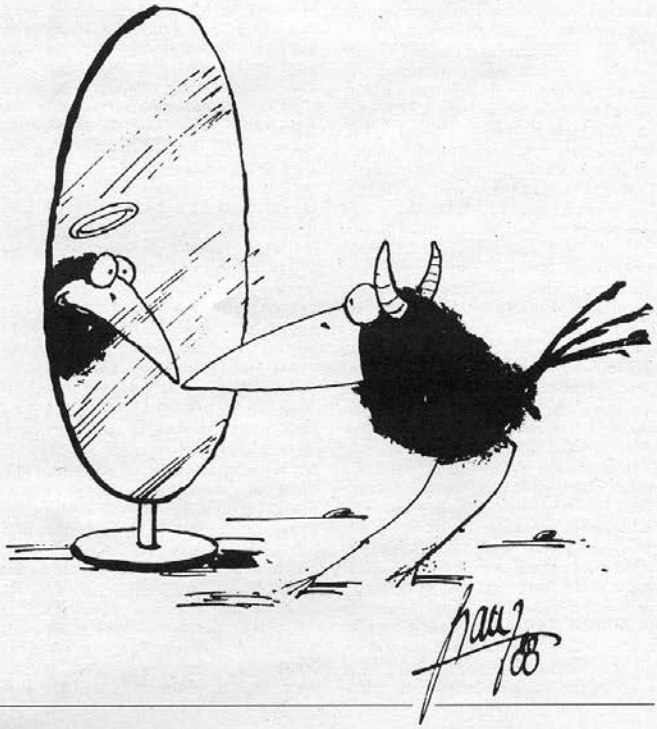
Kontrapunkt 3: Reform durch Motivation

Ein Blick in die Zukunft sagt uns, daß wir am Ende unserer österreichischen Gemütlichkeit angelangt sind. Der Betreuungsstaat muß samt seiner betreuten Bürger zur „Orientierungsarbeit" aufbrechen. Früher einmal war politische Kultur in Österreich ein Sturm im Wasserglas, dem man genüßlich zuschauen konnte: Nun ist politische Kultur die Entscheidung darüber, ob man den richtigen Weg geht, wenn man vor einer der Weggabelungen steht, die in Zukunft auf uns zukommen werden.

Es gehört der Vergangenheit an, daß die alleinige Lösungskapazität in den Händen und Hirnen der Institutionen liegt; jetzt bedarf es flexibler und institutionenungebundener, „patriotischer" Persönlichkeiten mit sensiblen Sensoren.

Politische Kultur in einer Aufbruchsphase braucht aber auch die Lust der Bürger, aufbruchsmutig zu sein.

Österreich hat alle Voraussetzungen, den Kampf des David anzugehen.



Willfried Gredler

POLITISCHE KULTUR IN ÖSTERREICH

Einige fragmentarische Gedanken

Diese Zeilen werden auf 1300 m Seehöhe, im Berghäuschen meiner Frau, im Lungau, geschrieben und stützen sich auf keine Quellen, werden unvollkommen sein, wohl auch einseitig und auf vielerlei Kritik stoßen.

Sei's drum, ich will sie dennoch niederlegen:

Daß Österreich durch Jahrhunderte zur europäischen Kultur und damit auch zur politischen mit beitrug, steht wohl außer Zweifel. Daß es sich gegenwärtig auf diesem Sektor nicht gerade Lorbeeren verdient, leider wohl auch.

Die erstaunliche Kulturformation, die wir Europa nennen, und die, wie ja auch Österreich selbst — unleugbar allerdings wesentlich durch das deutsche Kultur-, weil Sprachelement bestimmt — durch eine Mischung ethnischer, religiöser und manch anderer Werte geprägt wurde, hat sich in einer etwa zweitausendjährigen Entwicklung geformt. Nimmt man, und historisch ist dies richtig, den phönizischen Raum dazu, also Tyros wie Karthago etwa, aber wohl auch das ptolomäische Ägypten, muß man diesen Zeitraum um etwa weitere zweitausend Jahre ergänzen.

Dieses Europa, noch im Mittelalter kulturell wie auch technologisch durchaus nicht voran, nur China sei hier erwähnt, hat im kurzen Zeitraum einiger Jahrhunderte jene geistigen Entwicklungen geschaffen, die als Ergebnis die Wissenschaften von heute darstellen. Trotz schwindender Bedeutung unseres Kontinentes, trotz Aufkommens des pazifischen Raumes prägen sie ja auch diesen. Getragen von der schöpferischen Unruhe — um einen Historiker zu zitieren — von schöpferischer Neugier, hat unser Kontinent die Welt „europäisiert". Durchaus nicht nur mit erfreulichen Folgen, nebenbei. Aber geistig-kulturelle Ströme und damit auch politische Ideologien sind entstanden, die weltweit wirkten, der Humanismus und mit ihm im fruchtbaren Zusammenwirken erst der Franzosen und der Nordamerikaner, später sehr viel mehrerer, die Idee der Menschenrechte. Dann Reformation wie Gegenreformation, in deren Kampf wir jene politische Kultur missen müssen, die eigentlich durch die griechisch-römisch-christlichen Elemente hätte Grundlage des Geschehens sein sollen. Dennoch — die Sklaverei wurde, erst als Handelsbasis emsig von europäischen Staaten genützt, manu militari durch diese selbst beseitigt. Auf den Meeren oder auch innerhalb Nord- und Südamerikas durch historische Vorgänge in diesen selbst.

So wie Jahrhunderte vorher und länger jene Völker zugrundegingen, die Menschenopfer darbrachten, Karthago, die Kelten, die Boruzzen. Rom verdankt seinen Sieg nicht zuletzt der Sympathie jener Völker des mediterranen Raumes, die — unter Einfluß wohl sicher auch der großen griechischen Denker — Staaten ablehnten, die ihren Göttern Menschen opferten. Karthago etwa — erst Gefangene und Sklaven, dann sogar die erstgeborenen Söhne der Adelsfamilien, sich so der eigenen Elite beraubend. Politische Kultur — weit rückblickend beurteilt ... und auf diesem Humus gedieh ja, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, auch unsere geistigen Grundlagen. Ob diese europäische Kultur, wie dies Nietzsche meinte, in einer Katastrophe endet oder, wie solches Toynbees Ansicht war, einem neuen Aufstieg entgegengeht, werden erst kommende Jahrhunderte beurteilen. Und diese werden es auch sein, die über unser Österreich von heute objektiv befinden können.

Die furchtbaren Erlebnisse meiner Generation, eingeleitet von den Millionenmorden der Kommunisten, weitergeführt erst als Abwehr, dann als Böses an sich durch die Faschismen (ein unwissenschaftliches Schlagwort, aber ich verwende es, der Platznot eines solchen Beitrages wegen) haben uns gelehrt, die parlamentarische Demokratie und deren Hauptmerkmale, wie freie allgemeine Wahlen, unabhängige Gerichte und Versammlungs- wie Pressefreiheit, und vor allem die Wahrung der Menschenrechte zu schätzen. Ein kostbares Gut, Merkmal einer politischen Kultur, die allein unser würdig ist.

Und nun zum Mangel einer solchen: Man darf sich nie selbst loben, und ich bin mir eigener Fehler durchaus bewußt — aber in elf Jahren Tätigkeit als Abgeordneter und eher harter Kampfredner bekam ich keinen einzigen Ordnungsruf: Ich glaube, Respekt vor dem politischen Andersgesinnten, der ja in Wahrheit nicht Gegner ist, sondern auch — von ihm aus gesehen — das Beste will, ist der Ausgangspunkt jeder politischen Auseinandersetzung. Festigkeit der eigenen Anschauung, gepaart mit Hochachtung vor jener eben dieses „Anderen".

Si licet parvam componere magnum — ich habe mich über Ausdrücke meiner nicht nur politischen, sondern auch persönlichen Freunde Götz und Haider, wie „Papp im Hirn", „Flaschen" oder „Hohlköpfe" nicht erfrischt gezeigt. Nur — ich ging mit meiner Kritik nicht an die Presse, was immer zur Eskalierung führt, sondern ich sagte es beiden selbst. Aber diese Formulierungen waren, um wienerisch zu schreiben, doch „Lercherln" gegen das, was da — und schädigend auch für Österreichs Ruf im Ausland — dauernd gegen mein Lager von sich gegeben wird. Minister Graf, dessen Ressorttätigkeit man ja heute noch nicht werten kann, hat viel Ausgewogenes und Wohlüberlegtes gesagt. Wieso dann „Brechmittel" und „unverläßliche Bande"? Hier schlägt ein Fundamentalismus durch, vor dem ich erschrecke. Politische Kultur — vergessen von einem Mann, dem man Lebenskultur doch nicht absprechen kann. Oder der glänzende, wenn auch wohl von seinem beispiellosen und gekonnten Sarkasmus oft mitgerissene Journalist Tramontana, der, von Haider schreibend, ihn gerne „Haitler" nennt. Ein anderer Profiljournalist, der schreibt, Haider werde im Freundeskreis gerne „H. J." genannt. Sicher wissend, daß diese primitive Unterstellung lediglich Phantasieprodukt ist. Die Farbe „braun", die da manche ohne jede Begründung meiner Partei unterstellen (es gibt oberstgerichtliche Entscheidungen, was Neonazismus ist, und die FPÖ kommt keinem der d r e i Kriterien nahe, die zusammenfallen müssen, ist dieser Verdacht erhärtet!), findet sich im bedauerlichen Leserbrief eines Ministerialrates, also Akademikers, „Wer sich mit Haider ins braune Bett legt, verliert seine politische Potenz" — ich würde sagen, wer so schreibt, hat seine politische Kultur verloren. Denn schon im letzten November lag eine halbe Million Wähler im „braunen Bett". Und derzeit heißt es, es wären wesentlich mehr.

Im Dezemberheft des stets klug geschriebenen „Wiener Journal" findet sich folgender Satz: „Rund 10% Haiderwähler plus rund 37% Wahlverweigerer ergeben genau jene kritische Masse, die schon einmal — 1938 — die faschistische ‚Ordnungssehnsucht' zur Diktatur kippen ließ." Man muß diesen Satz mehrmals lesen: Er ist es wert. Wer Ordnung will oder wer ein kritischer Nichtwähler ist — also jeder, der nicht bereit ist, eine der beiden „Groß"parteien zu wählen — ist ein potentieller Wegbereiter des Faschismus. Wenn man den Satz anders sieht, hat ein Nichtfaschist, ergo Demokrat, unkritisch zu sein und vor allem, er darf nicht Haider wählen. Daß er übrigens auch Broesigke, Gugerbauer, Krünes, Bauer, letztlich auch mich und viele andere zu vertrauenswürdigen Demokraten zählt, ist wohl ebenfalls ein Beweis für „braunes" Denken. ... Politische Kultur in der Auseinandersetzung mit dem Andersgesinnten?

Das zündet im Ausland, bis Spanien. Zitat aus einer dortigen Zeitung: „Porque Haider es mucho menos liberal que tradicionalista, pangermanico y derechista." Auch „Le Monde", ein Weltblatt, drehte

den Sinn meiner Innsbrucker Bemerkung, die Medien würden Haider zum Adoptivsohn Hitlers zu machen versuchen (zum Schaden letztlich Österreichs, wie es sich herausstellte), einfach um, als ob ich ihn als solchen bezeichnet hätte... Und das trotz korrektem Bericht der Wiener Redaktion. André Heller in seiner Laudatio für Peter Huemer, dem früheren Leiter des Club II — „in dem der selbsternannte blaue Liberalismus als Zuhälter des neuaufflammenden Faschismus agiert". (In der Liberalen Internationalen blieb das Ansuchen der Niederländer, Opfer laufend falscher Berichte aus Österreich, in klarer Minderheit — wobei ja sogar eine Zweidrittelmehrheit für einen Ausschluß der FPÖ erforderlich gewesen wäre.)

Im Zusammenhang mit der Frage politischer Kultur möchte ich auch auf den bereits eingeschlafenen Fall Reder zurückkommen. Ich wurde unmittelbar nach Abholung und Handschlag seitens des damaligen Verteidigungsministers vom ORF befragt und nahm zweimal dahingehend Stellung, daß ich diesen für einen politischen Fehler hielte, und daß der Empfang der italienischen Militärmaschine auf dem Grazer Flugplatz besser durch einen unserer Sanitätsoffiziere hätte erfolgen sollen — zumal es sich bei Reder um einen alten und siechen Greis gehandelt hat. Der übrigens nach dem Urteil des italienischen Militärgerichtshofes von Bari als Kriegsgefangener galt, also nach Verbüßung einer viele Jahrzehnte dauernden Haft juristisch eindeutig nicht mehr Kriegsverbrecher war.

Hohe und höchste Politiker beider jetzigen Regierungsparteien, aber auch der Hochklerus, bis hin zum Vatikan, hatten für Reders Amnestie plädiert, ja sogar nicht selten persönliche Besuche in der Festung Gaeta abgestattet. Die ÖVP hatte schon vor längerem im Nationalrat einen Antrag zugunsten des „Kriegsgefangenen" eingebracht, der nicht nur von dem ehemaligen SS-Offizier und steirischen ÖVP-Abgeordneten Ing. Rudolf Fischer, vormals Bürgermeister von Gleisdorf, eingebracht worden war, sondern als dessen Mitunterzeichner auch Dr. Karasek, ein Mann der Kernschicht des christlichsozialen Lagers, aufscheint. Meiner Erinnerung nach an zweiter Stelle. Dennoch wurden im Straßburger Europarat Abgeordnete anderer Staaten in dieser ihnen vorerst nicht bedeutenden Causa zur Empörung angestachelt — zum Schaden Österreichs. Vergessen wurde auch, daß Jonas bei seinem Staatsbesuch in Rom für Reder eingetreten war. Und alle verdrängten bewußt, daß jene Generäle bzw. ein Feldmarschall, deren Befehle Reder — par distance, war er doch verwundet, leider an seine Einheit — weitergab, Jahrzehnte vorher aus der Gefangenschaft entlassen worden waren. So wurde der Fall Reder zum internationalen Skandal aufgeblasen, und das von Wien her. Daß eine solche Vorgangsweise nicht isoliert bleibt und wir uns gegenwärtig mit einer anders gelagerten, aber dennoch politisch gleichgerichteten Angelegenheit viel höherer Ebene auseinanderzusetzen haben, ist bekannt.

Mag sein, daß das damalige Völkerrecht, und, wohl eingeschränkter auch das gegenwärtige, Geiselerschießungen erlauben, ich empfand sie bereits im Krieg als rechtswidrig und unmenschlich. Daher benötige ich jetzt keine Belehrungen im Gegenstand. Auch nicht von Holzpferden, die eine geschickte Künstlerhand verfertigt, deren Inhaber Kommunist war und ist. Denn was in Europa in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sich bedauerlicherweise — als Abkehr von der Demokratie — vollzog, war nicht zuletzt Reaktion auf die Massenmorde in der Sowjetunion und überall sonst, wo sonst linke Fundamentalisten die Macht ergriffen hatten.

Was sich heute und gestern bei uns vollzog, zeigt immer wieder Verstöße gegen die politische Kultur, und das doch wohl meist auch zu Lasten unserer österreichischen Heimat. Selbst ein so gebildeter und ausgewogener Mann wie Busek hält sich nicht immer an das seinem Intellekt zukommende Maß. Etwa, wenn er nicht zu Unrecht meint, die Wiener Sozialisten würden eine Untertanenmentalität züchten und ein vernetztes System von Abhängigkeiten schaffen, dann aber etwas hart hinzufügt — am Wahlkongreß seiner Partei in der Hofburg — sie würden die Maxime durchsetzen: „Kusch, damit dir nichts genommen wird." Und schließlich von seinem sonst durchaus gewahrten Stil abweicht, indem er von einer „Hirnverschmutzung" spricht. Daß man auf der anderen Seite dann auch nicht faul war, nimmt nicht wunder.

Ähnliches gilt für den Bundeskanzler selbst, ebenfalls ein Politiker kluger und gemäßigter Ausdrucksweise, wenn er Haider als „Rattenfänger" bezeichnet. Steger und Peter hatten mich politisch längst ins Eck gestellt, war ihnen doch meine stets nur parteiinterne, im kleinen Kreis dargelegte Kritik zuwider geworden, da hat der „Rattenfänger" bereits am Innsbrucker Parteitag mich ins Präsidium der FPÖ kooptieren lassen, und Zeilinger erstmalig in diese hineingeholt. Also einen konservativen Liberalen wie mich und einen eher etwas linken Liberalen — waren wir beide, sind wir beide deswegen „Ratten"? Dies mag weit hergeholt erscheinen, verstimmender war schon die unmittelbare Bemerkung eines anderen Regierungsmitgliedes vom Brechmittel. Dabei handelt es sich auch in diesem Falle um einen Mann, der sonst nicht rabiat formuliert.

Schade ... ich frage mich, ob im geschichtsträchtigen Wien, das durch Jahrhunderte ein Mitzentrum, kurzfristig wohl das Zentrum Europas war, es nicht besser ist, suaiter in modo, fortiter in re, selbst bei bewußter Polemik sich an Stilgrundsätze zu halten, die unser würdig sind. Schließlich fällt der Schatten der Hofburg, des Ballhausplatzes, der Karlskirche, Schönbrunns auf solche Aussprüche — wie wenig paßt dies zusammen.

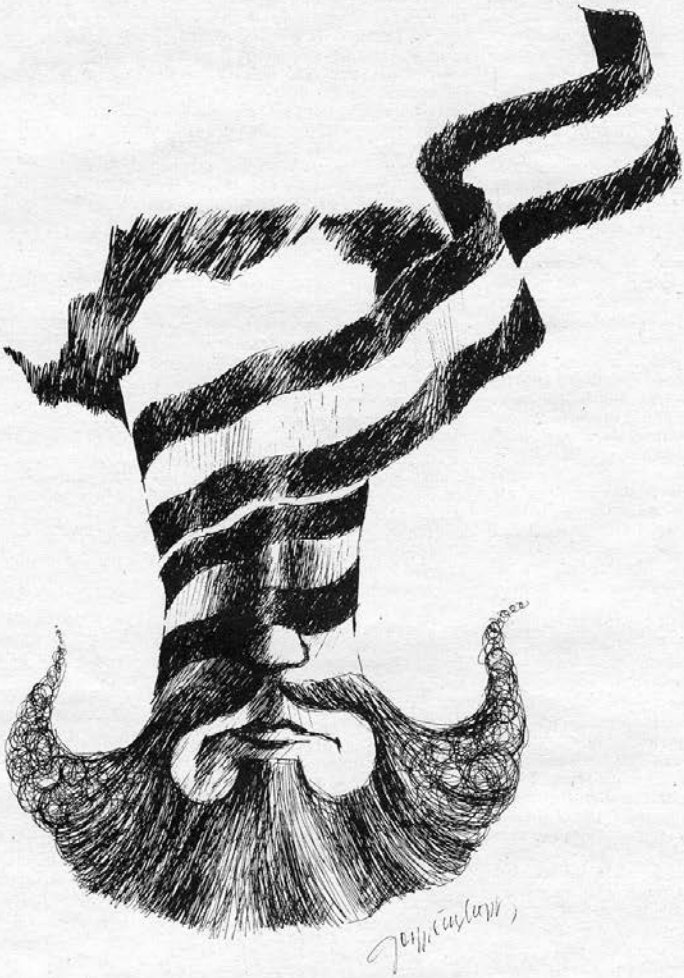
Darf ich zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen zurückkehren. Was haben die Katalaunischen Felder, das Lechfeld, Liegnitz, die Wiener Türkenbelagerungen, mit überzogenen Formulierungen von heute zu tun? — Doch, etwas! In Europa entstand ein Kulturbegriff, geschaffen von vielen Generationen, der zur Wiege der Missionierung der Welt durch das Christentum wurde, mag dies auch dem vorderen Orient entstammen (der immer — weil mediterran — dem europäischen Raum nahestand). Von hier aus formte sich die Idee der Freiheit der Person, das moderne Rechtswesen, das Bekenntnis zu den Menschenrechten, aber auch die neuzeitliche Zivilisation. Das verpflichtet, das verbindet uns. Wir haben den Andersgesinnten zu achten, zu verstehen, zu versuchen, ihn zu überzeugen, und nicht, ihn zu beschimpfen — was im übrigen schon die Erste Republik zugrunderichtete.

Vergleichen wir mit anderen Weltkulturen: etwa der chinesischen. Sie war introvertiert, auf das Reich der Mitte gerichtet. Das Übergreifen der chinesischen Schrift oder der Gartenkultur auf das alte Japan, das waren nur Randerscheinungen. Oder Indien: Dessen Kultur wurde zweimal zerbrochen, durch den Mongolensieg bei Panipat und die nachfolgende Herrschaft der Mogulen, und später durch die Kolonisation durch die Briten. An sich, man denke an den Buddhismus, hätte Indien auch Fernwirkungen hervorrufen können. Aber nur Europa hat mit seiner aus vielen Quellen gespeisten Kultur eindeutig weltweit gewirkt, was auch für den immer mehr aufkommenden pazifischen Raum gilt. Dies aber verpflichtet. Und es verpflichtet umso mehr das europäische Kernland Österreich.

Nach einem langen, vielfach erfolglos gebliebenen Leben voll Bemühung um integrative Ideen, um politische Kultur im Tun wie im Ausdruck, sei es mir gestattet zu bitten, man möge das Lager der Mitte, die Liberalen, nicht herabsetzen, verleumden, ins „braune Bett" legen und ähnliches. Man erweist sich damit nicht nur Österreichs Geschichte gegenüber unwürdig.

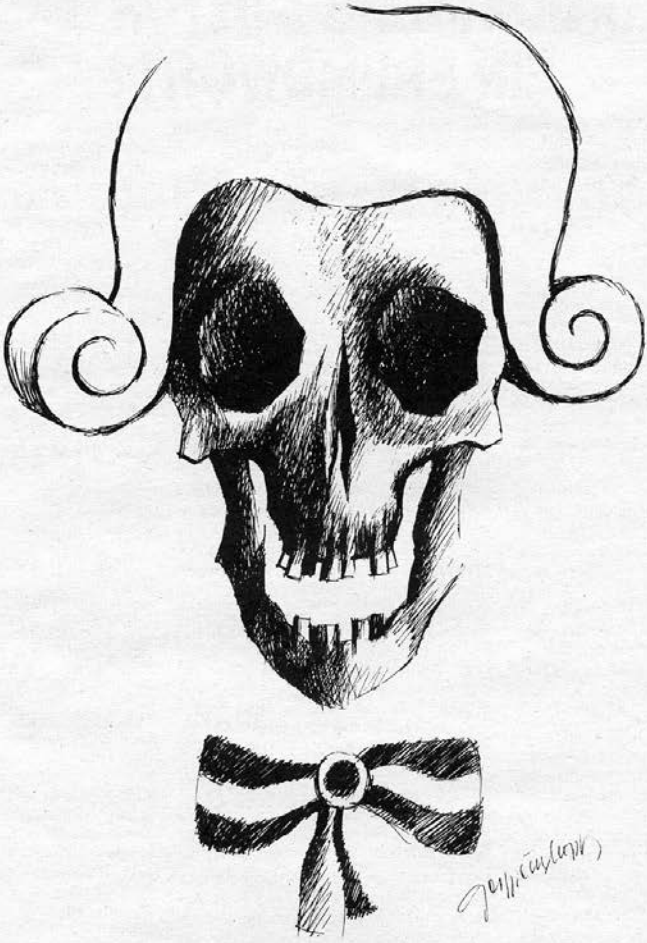
Wir Liberalen haben immer die Leistungen zum Beispiel der alten Sozialdemokratie bewundert und jene der christlichen Sozialpolitik. Vieles davon war für uns Lehrmaterial, um vom Manchesterliberalismus wegzukommen.

Uns verbindet alle, bis hin zum grünen Lager, nicht aber zu dessen anarchistischer Kernschicht, bis zu den weit Rechten, aber nicht bis hin zur retrospektiven Nostalgie der NDP nach endgültig Überwundenem, die Humanität der Ziele, die Solidarität einer historisch gewachsenen Staatsgemeinschaft, die Rationalität einer europäischen Zukunft, der Wunsch, Bewährtes mit neu auf uns Zukommendem zu bewältigen. Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden wir nur mit einer uns gemeinsam tragenden politischen Kultur, trotz Meinungsdifferenzen dieser und jener Art, erfolgreich als Österreicher und damit als Europäer bewältigen.



Staatskünstler:
Das Portemonnaie füllt sich daher
zu des Staates höherer Ehr.

Bilder von Prof. Gert Peinhopf



Heimat bist du großer Söhne,
Hochkultur bringt Spitzenlöhne.

Texte von Prof. Mag. Dr. Werner Poscharnigg

Rupert Gmoser

POLITISCHE KULTUR — EIN FREMDWORT?

Das Sachwörterbuch der Politik definiert politische Kultur als „Die Gesamtheit der zu einer bestimmten Zeit in der Gesellschaft oder einer größeren Gruppe der Gesellschaft eines Staates vorherrschenden politischen oder politisch wirksamen Anschauungen, Überzeugungen, Einstellungen und Verhaltensweisen und der diesen zu Grunde liegenden Werte". Nach dieser schönen Definition wäre wohl auch unsere gegenwärtige Unkultur — der Verbalradikalismus, die Korruptionsanfälligkeit, der Antisemitismus oder überhaupt der Griff in die untersten Schubladen — genauso politische Kultur wie der Idealismus der Pioniere der Arbeiterbewegung am Beginn des Industriezeitalters.

Da gibt es keinen Grund zur Aufregung — einmal der Gigel, einmal der Gogel — auf allzuviel Romantik und Schwärmerei muß eben der Gegenschlag der Alltagsbrutalität folgen. Es gibt schließlich auch Politiker, die meinen, eine Wahlbeteiligung von knapp über 60% könne doch wohl auch so interpretiert werden, daß die 40% Nichtwähler damit ihre Zufriedenheit mit dem Bestehenden ausdrücken wollen. Wer möchte da gleich Verdacht auf Politikverdrossenheit schöpfen?

Wären die Dinge wirklich so einfach, würde ich mir diesen Artikel schenken. Denn wozu sich mit etwas auseinandersetzen, wenn das einzig Sinnvolle ist, Gegebenheiten genauso zur Kenntnis zu nehmen wie ein Naturgesetz. Ein ehrliches, offenes, wenn naturgemäß auch sehr persönliches Wort zu solcher Ansicht: Die politische Entwicklung hat auch in Österreich einen Stand erreicht, der für die Lebensfähigkeit der Demokratie verderblich werden könnte. Daher ist abwarten, resignieren, aussteigen eine Medizin, die niemandem empfohlen werden soll.

Ich habe vor Jahren einmal scherzhaft die Realverfassung in unserem Land in drei Sätzen zusammengefaßt: Das war schon immer so, das haben wir noch nie so gemacht, da könnte ja jeder kommen. Vielleicht habe ich den tragischen Ernst hinter dieser Daseinshaltung damals selbst nicht voll begriffen. Nach Burgenlandwoche 1987 oder auch Präsidentschaftskampagne 1986 — jetzt erst recht — kann sich nur mehr ein politischer Selbstmörder mit den Gegebenheiten abfinden. Und zweitens glaube ich immer noch, daß es im geistig-ethischen Bereich, auch in der Welt der Politik, keine Naturgesetzlichkeiten gibt, denen der Mensch hilflos ausgeliefert ist. Wir werden immer die Zukunft haben, die wir uns selber erkämpfen. Die Ausrede, da kann man nichts machen, das ist schon so, gilt nicht.

Erinnern wir uns noch an die Warnung des damaligen Bundespräsidenten Dr. Kirchschläger vor den sauren Wiesen? Es ging damals ja nur um Weinpanscherei oder auch um Millionenschiebungen bei öffentlichen Großbauten. Das war schon immer so — Achselzucken. Aber der damalige Mahnruf wollte nicht beschwichtigen, er sollte wachrütteln. Politische Kultur ist nur dann glaubhaft, wenn sie sich nicht auf Sonntagsmoral beschränkt, sondern jeden Tag in allen Bereichen unseres sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens auf den Prüfstand gestellt wird. Die Frage heißt: Ist in unserer Alltagsdemokratie etwas merkbar, spürbar von jenen Grundwerten, ohne die freiheitlich-humanistische Demokratie nicht leben kann. Wer begreift heute überhaupt noch, daß Abstimmungen sinnvollerweise erst möglich werden auf der Grundlage der Einigkeit über das Unabstimmbare, sprich Einigkeit über die Grund- und Freiheitsrechte, über Menschenwürde, über Toleranz oder auch die Einigkeit über die Selbständigkeit unseres Staates und seine demokratisch-republikanische Verfassung.

Wenn diese Dinge nicht mehr außer Streit stehen, ist auch der schönste Koalitionspakt nur mehr Leerformel, die bestenfalls die grauenhafte Realität der Selbstzerfleischung verdeckt.

Der Schrei nach mehr politischer Kultur ist identisch mit unserem Ringen um Zukunft. Engstirnigkeit, Egoismus, Sumpertum können keine tragfähige Basis für die Krisenbewältigung der neunziger Jahre bieten. Wir brauchen Solidarität über alle politischen, sozialen oder auch regionalen Grenzsteine hinweg. Wo sollen diese aber herkommen, wenn der Kulturhumus, auf dem diese Solidarität gedeihen soll, verlorengegangen ist?

Wieso kam es aber überhaupt zu dieser dramatischen Entwicklung? Ist das nur etwas typisch Österreichisches? Nein, ganz sicher nicht. Ohne es als Entschuldigung verwenden zu wollen, weiß jeder politisch interessierte Zeitungsleser, was sich an Politikskandalen in Ost und West unter völlig verschiedenen Rahmenbedingungen in den verschiedensten Ländern der Erde abspielt. Wie lange ist es her, daß die Bundesrepublik Deutschland von unvorstellbaren Wahlkampfmethoden im Zusammenhang mit einem Norddeutschen Ministerpräsidenten erschüttert wurde? Es wäre noch törichter anzunehmen, wir seien hier mit einer Entwicklung der letzten Monate oder vielleicht auch Jahre — ausgelöst durch die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit seit Anfang der achtziger Jahre — konfrontiert. Wirksam werden wir der Herausforderung nur begegnen, wenn wir die Entwicklung bis an die Wurzeln, etwa unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges zurückverfolgen. Idealistische Träume waren bei Millionen Menschen zusammengebrochen. Mißbrauch der Ideologie in den Diktaturen unseres Jahrhunderts führte zur Sehnsucht nach Entideologisierung. Die wertfreie Gesellschaft war das Leitbild. Wertfrei führt nur zu schnell zu wertlos. Es begann das Zeitalter des Pragmatismus. Der Pragmatismus endet im Opportunismus, in der Gesinnung der Gesinnungslosigkeit.

Es zählt nur mehr Macht, Einfluß, Befriedigung der Eitelkeit. Womöglich war man dabei noch stolz auf die gewonnene Toleranz. Toleranz kann ein grauenvolles Mißverständnis sein, wenn nämlich nur Gleichgültigkeit damit gemeint ist.

Das zwanzigste Jahrhundert ist hoffentlich für immer geheilt von der Wahnvorstellung, daß politische Überzeugung gleichzusetzen sei mit Heilswahrheit. Wir in Österreich haben bitteres Lehrgeld dafür bezahlt, daß zur Zeit unserer Väter und Großväter allzu viele Politik mit Ersatzreligion verwechselten. Politische Kultur in der Demokratie ist das Gegenteil von totalitärer Weltanschauung. Ganz einfach ausgedrückt bedeutet sie Rückbesinnung auf Anständigkeit, Moral, Ethik. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen für möglichst viele ist Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Demokratie aber nicht ihr Endziel. Wenn heute so viel von Krise geredet und geschrieben wird, sollten wir ein wenig nachdenken über die ursprüngliche Bedeutung, die dieses Wort im Griechischen hat, Krise ist, wie bei einem Kranken, nicht Todesurteil, sondern Punkt der Entscheidung. Es ist nicht Untergang des Abendlandes in dieser Krise zur Diskussion gestellt, sondern die Herausforderungen und Chancen für die Zukunft. Vielleicht haben wir in all den Jahren des Wiederaufbaues und dann der Hochkonjunktur zu sehr auf den geistig-ethischen Unterbau für den materiellen Überbau vergessen. Der Fehler wird uns heute schmerzhaft bewußt. Aber gerade darum erhoffen mit Recht die geistig Wachen, in den Geburtswehen einer neuen Zeit die Rückbesinnung und Rückgewinnung des zeitlos Gültigen. Noch selten in den Jahren seit 1945 war die Chance für eine solche politische Kultur 2000 so groß wie heute.

Gerhard Hirschmann

POLITISCHE KULTUR — SIND WIR AM ENDE?

Dieses „politicum" wird sich verdienstvoll in profunden Analysen, kritischen Betrachtungen und gewiß auch vielen konstruktiven Vorschlägen mit dem Thema „Politische Kultur" auseinandersetzen. Dazu können meine Anmerkungen wenig beitragen, wohl aber will ich der Gewißheit und Absolutheit allzu selbstsicherer Aussagen einige bescheidene Fragen hinzufügen.

Insbesondere kann ich mich nicht auf einen Disput über die wissenschaftliche Positionierung des Begriffs einlassen. Und weil ich auch nur einige Teilaspekte beleuchten will, ist es in diesem Zusammenhang auch von drittrangiger Relevanz, ob die „politische Kultur" bei John Locke, Max Weber oder bei Theoretikern der 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts erstmals auftaucht.

In der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion über „politische Kultur" handelt es sich ohne Zweifel um ein Zeitgeistthema ersten Ranges. „Politische Kultur" hat Hochkonjunktur bei Leitartiklern, Rektoren, Dissertanten, gar manchen moralisierenden Gouvernanten — manchmal scheint der erhobene Zeigefinger gar „entartete politische Kultur" anprangern zu wollen. Natürlich gibt es unter den Vorgenannten und darüber hinaus viele echte Besorgte, die auch die Gabe der Unterscheidung besitzen. Wie formulierte der bekannte deutsche Politologe und Politikberater Wolfgang Bergsdorf in einem Kommentar doch treffend: „Politische Kultur gehört zu jenen Formeln der politischen Diskussion, deren anschwellende Konjunktur einhergeht, mit der Klage über den Verfall der politischen Sitten..., politische Kultur ist eine jener politischen Formeln, die die Abwesenheit dessen beklagen, was sie kennzeichnen wollen."

Also was hat es auf sich mit dem Gejammer vom Verfall, ja vom Untergang „politischer Kultur"? Eines vorweg: Bei manchen öffentlichen Belehrungen — mit oder ohne Echo — erfaßt einen das fatale Gefühl, daß aus prächtig gesicherten Positionen heraus leichtfertig Pauschalurteile und vornehme Selbstabsolutionen verabreicht werden, um sich ja nicht selbst „die Hände schmutzig machen zu müssen". Hiebei wird in oft bestechender Rhetorik letztlich wenig Förderndes für unser demokratisches Gemeinwesen erzielt.

Aber wenn wir die politische Tagesordnung der letzten Monate durchblättern, findet sich da nicht gar herrlicher Stoff für die buntfarbigsten Untergangsgemälde? Die fast unerträgliche und für unser Land so belastende Waldheim-Debatte, der Fall des smarten Hannes Androsch, die Bundesländer-Affäre, der VOEST-Waffen-Skandal, die heiße Lucona-Sache des quicken Udo Proksch, die famose Wahl eines burgenländischen Landeshauptmannes, das verbale Duell eines Ministers mit einem Parteiobmann (in welchem manche einen jungen Nazi-Buben sehen) bis hin zu jenem wiederum burgenländischen Fast-Abgeordneten, der unsere Heimat schlicht als „Schweine-Republik" betitelte...

Diese Auflistung ist bei Gott nicht vollständig und der guten Ordnung halber sei auch hinzugefügt, daß wir selbst im Sport schon als schlitzohrige Schlaucherln entlarvt werden.

Unterm Strich steht der bekannte Sammelbegriff Politikverdrossenheit, Parteienverdrossenheit, Funktionärsverdrossenheit, wie immer auch, also ein Bild des morschen Verfalls?

Es wäre absurd, sich mit dem Hinweis auf die Vorfälle in der Bundesrepublik (Atomskandal, Barschel-Affäre) oder Skandale in Frankreich oder vielen anderen Ländern in Relation setzen zu wollen und zu sagen: naja, alles halb so schlimm. Genauso durchsichtig ist aber das alleinige Beharren auf diesen Negativ-Bildern und das Ablegen der persönlichen Verantwortung wortreicher Kritiker, diese Mißstände nicht nur anzuprangern, sondern auch beseitigen und die positiven Kräfte stärken zu helfen.

Zwei Aspekte zum Thema „Politische Kultur" seien an dieser Stelle herausgegriffen. Der eine: Ist der politische Umgangston, die öffentliche Sprache und Auseinandersetzung tatsächlich so rauh, wie wir es manchmal vernehmen?

Der zweite: „Politische Kultur" kann für mich rein begrifflich nur mit einem demokratischen System in Zusammenhang gebracht werden. Wie steht es also mit der Qualität der Demokratie in unserem Lande, mit der Kontrolle der Macht, mit der Mitsprache und Anteilnahme des Bürgers an diesem System und mit der Funktionsfähigkeit politischer Parteien?

Zum ersten: Es fehlt mir der empirische Beweis, aber ich wage stark zu bezweifeln, daß der öffentliche Disput, konkret auch der Umgangston unter den Politikern heute rauher, unsachlicher oder gar verletzender ist, als in den vergangenen Jahrzehnten. Gewiß gibt es einzelne Ausritte, die dem Ansehen der öffentlichen Sache nicht nur nicht gerecht werden, sondern Schaden zufügen. Gewiß gibt es die Unsitte, daß auch die beste Idee des politischen Gegners prinzipiell einmal verbal heruntergemacht werden muß, etc..., etc....

Aber wenn wir gerade auch in die Ära der großen Koalition der 50er und 60er Jahre zurückblicken, müssen wir doch festhalten, daß es damals ungleich härtere Auseinandersetzungen der politischen Gegner gegeben hat. Ja, ich kann mich erinnern, daß sogar Gemeinderatswahlkämpfe in manch kleiner Gemeinde regelmäßig mit einer handfesten Schlägerei ihren Abschluß gefunden haben. Oder wie der angesehene innenpolitische Journalist Kurt Vorhofer unlängst in einem Artikel zum Thema „Politische Kultur" gemeint hat, daß es heute eine „Verklärung der Vergangenheit" gäbe, nämlich der Zeit der einstigen großen Koalition, in der es neben bedeutenden Leistungen für den Staat auch die Einwurzelung einer oft furchtbaren Korruption sowie — nicht nur in Wahlkampfzeiten — Ausbrüche der politischen Gehässigkeit in einer Stärke, wie sie jüngere Bürger allenfalls nur vom Hörensagen kennen, gegeben habe.

Besonders wichtig scheint mir gerade in diesem Zusammenhang ein wahrscheinlich auch für manche Medienleute selbstkritisch gemeinter Hinweis Vorhofer's zur Therapie unserer Empfindlichkeit, nämlich: „Es wäre an der Zeit, nicht ständig vom Verfall zu reden oder gar in Untergangsvisionen zu schwelgen, sondern lieber mehr für die Verbesserung der Zustände zu tun, wo immer der einzelne dazu die Möglichkeit hat. Das wäre ein praktischer Beitrag zur Hebung der politischen Kultur." Dem ist bestimmt nichts hinzuzufügen.

Zum zweiten Aspekt, der Qualität unseres demokratischen Systems: Auch hier ist vorweg zu sagen, es reicht nicht, immer nur aufzuzeigen, woran wir leiden, Demokraten müssen auch sagen, woraus und worauf sie hoffen.

Gewiß, nach der überzogenen Aufbruchstimmung der 70er Jahre, den vielen unendlich enttäuschten Hoffnungen und den plötzlich so sichtbaren Grenzen der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation leben wir in einer zwar oft beschriebenen, aber noch lange nicht akzeptierten Phase gewaltiger Umbrüche, die natürlich Ängste und Unsicherheiten in Masse produzieren.

Wolfgang Mantl, der bekannte Grazer Politologe, diagnostizierte vor kurzem in einer Tageszeitung: „Österreich fühlt sich nicht wohl." Zukunftsangst, Wachstumsminderung, Lastenmehrung sowie ein Schwinden gemeinsamer Werte und Orientierungen seien für Österreich keine Fremdwörter mehr. Soziale Unrast in Arbeit, Wirtschaft, Umwelt und Humanbeziehungen nähmen zu. Ohnmachtsgefühle, Privatismus und Opportunismus blieben nicht aus, der Zynismus wachse. In dieser Situation sind selbstverständlich Politiker, Parteien, Kammern und Verbände, also Machtzentren der Republik, wohl aber auch die Medien, die Wissenschaft und vor allem der Bürger, voran der sogenannte kritische, mündige Bür-

ger, gefordert. Gefordert, die politische Kultur eines Landes nicht nur zu beweinen, sondern zu gestalten.

Beginnen wir beim Bürger: Die Demokratie in Österreich ist bestimmt nicht so schlecht, wie manche Kritiker es ihr nachsagen, sie ist aber auch nicht so gut entwickelt, daß wir mit ihr zufrieden sein könnten. Insbesondere machten erst jüngst die enormen Wahlenthaltungen — vor allem von jungen Menschen — bei den Kommunalwahlen in Salzburg und Wien nicht nur Schlagzeilen, sondern auch nachdenklich und besorgt. Hier sind noch tiefgreifende Analysen erforderlich, wobei sogar der Aspekt, den der Wiener Bürgermeister Zilk eingebracht hat, Berücksichtigung finden muß, als er sinngemäß anzweifelte, daß alle Menschen, die einer Wahl fernblieben, vorweg als besonders kritisch und unzufrieden einzustufen sind. Wie kurzlebig Schnelldiagnosen aller Art sind, zeigt sich immer wieder, da schon wenige Wochen nach diesen Wahlgängen bei der Grazer Gemeinderatswahl eine im Vergleich geradezu enorme Wahlbeteiligung und darüber hinaus auch in anderen Facetten ein vollkommen anderes Wahlergebnis erzielt wurde.

Univ.-Prof. Dr. Gerhart Bruckmann, ein relativ Neuer in der Politik und sicherlich nicht als Parteiapparatschik zu apostrophierender hat unlängst in einem bemerkenswerten Artikel über „das Unrecht an der weit verbreiteten Politikerverdrossenheit" räsoniert. In diesem Artikel verteidigt Bruckmann vehement den Stil der Politik, die Sparmaßnahmen der derzeitigen Regierung, die Veränderungen, die derzeit in Österreich stattfinden, ja sogar das „gute Beispiel der Politiker" selbst. Freilich könnte man dem guten Professor Kritikempfindlichkeit und anderes vorwerfen, aber mehr Differenzierung in seinem Sinne könnte der öffentlichen Sache nur gut tun.

Analytiker unseres gesellschaftlichen und politischen Systems konstatieren seit Jahren eine zunehmend verringerte Bindung an politische Parteien. Nicht nur ein Mineralwasser belebt bekanntlich die Sinne, sondern diese Tendenz ohne Zweifel auch die politische Szene in Österreich. Aber mit dieser verringerten Bindung kommt es oft zum Rückzug aus der Öffentlichkeit schlechthin bzw., wie der bekannte Soziologe Rudolf Bretschneider formulierte: „Für diesen Fall ist nicht Toleranz charakteristisch, sondern politische Wurschtigkeit, nicht kritische Distanz, sondern Isolation, nicht differenzierte Meinung, sondern der Seelenfrieden der Meinungslosigkeit."

Und gerade deswegen ist auch eine Aufforderung an den Bürger zu richten, sich „in seine Angelegenheiten" einzumischen. Es liegt ganz gewiß zuerst an den Parteien, diesem Engagement der Bürger Freiräume zu verschaffen und nicht falsche Erwartungshaltungen bei den Bürgern zu provozieren. Parteien, Verbände, öffentliche Institutionen aller Art sind gefordert, sich zu öffnen, Verantwortung an den Bürger zurück zu delegieren, denn Demokratie muß mehr sein als der passive Konsum alternativer Regierungskonzepte. Politische Bewegungen werden ohnedies nur dann Erfolg haben bzw. mehrheitsfähig sein, wenn sie über enormes Innovationspotential verfügen (programmatisch und personell), starke Problemlösungskapazitäten besitzen und über den langen Atem glaubwürdiger und zielbewußter Politiker verfügen.

An die Medien ist nicht nur der Wunsch, sondern die Aufforderung zu richten, eine positive Grundeinstellung zum demokratischen System zumindest in dem Maß zu fördern, wie für sie das Aufzeigen von Fehlentwicklungen, Skandalen, Korruption zu einer begrüßenswerten Hauptaufgabe geworden ist.

Wenngleich hier — gerade unter dem Titel „Politische Kultur" — eine bemerkenswerte Aussage des Chefredakteurs der „Presse", Thomas Chorherr, eingefügt werden muß, die aber nicht nur für Medien zu gelten hat. Chorherr kommentierte dieser Tage: „Die Jagdgesellschaft hat Hochsaison, bisweilen nimmt sie sogar den Charakter der Zuschauermenge einer Tierhatz an... In der österreichischen Jagdgesellschaft sind die Sitten rauh. Wer den Blattschuß hat, wird nicht einmal mehr ausgeweidet, nur um den Bruch reißt man sich, wieder einer erledigt...! Waffenschein hat die Jagdgesellschaft nicht nötig, Vorurteile ersetzen das Wissen und präformierte Meinungen die Recherche. Man muß sich nicht durch Erfahrung ausweisen, um abdrücken zu dürfen...." Eine immer aktuelle Mahnung — nicht nur in einem Gedenkjahr.

Die „politische Kultur" unseres Landes muß in dieser Phase eine neue Prägung erfahren. Mantl meint: „Die Reformtendenzen gehen in Richtung auf Ausdehnung politik- und staatsfreier Zonen, aber auch auf mehr Bürgerbeteiligung in Politik und Staat... Es darf nichts unversucht bleiben, was zu einer gesamtgesellschaftlichen Belebung des Initiativpotentials in Österreich führt."

Zweifelsohne könnte hier das gesamtpolitische System in Österreich von den Ländern aus eine neue Stärkung erfahren. Das sprichwörtliche „Steirische Klima" ist bestimmt für die Bewältigung neuer großer Herausforderungen ein Modellfall auch für die höhere politische Ebene. Wir haben in den letzten Jahren in der Steiermark auch mit der Verabschiedung des Volksrechtegesetzes die in Österreich weitestgehende Bürgerbeteiligung in der Politik ermöglicht. Wir haben mit der Schaffung des Landesrechnungshofes und anderer neuer Kontrollinstrumente für die stärksten Kontrollmöglichkeiten österreichweit gesorgt. Und wir haben vor allem im Rahmen unserer „Modell Steiermark"-Arbeit — gerade bei der Erstellung politischer Langzeitprogramme — alle nachdenklichen und vorausschauenden Menschen eingeladen, sich breit und intensiv zu beteiligen.

Und abschließend sei noch auf ein Zitat des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker verwiesen, das im besonderen unsere Überlegungen zu einer Hebung der „politischen Kultur" bereichern kann:

„Natürlich ist in meinem Beruf, bei den Politikern, immer wieder Anlaß zur Klage über einzelne, kleinere oder größere und ganz schlimme Dinge. Deswegen sollten wir aber nicht die Betätigung in der Politik als solche verteufeln.

Die vielen Menschen, die sich engagieren, gerade in den kommunalen politischen Aufgaben, sind es doch, die sich nicht damit begnügen zu kritisieren, sondern die die Sachen verbessern wollen. Und sich selber auch dafür einsetzen wollen. Und die gilt es zu ermutigen und nicht zu entmutigen...

Die Demokratie also eröffnet uns die Möglichkeit, mit bösen Ereignissen und Skandalen fertigzuwerden. Sie bietet nicht die Garantie, aber sie bietet die Chance. Das, was für die Demokratie gefährlich sein kann, ist, daß sie vielleicht mit den Problemen nicht angemessen fertig wird oder daß sie zu sehr im Alltag lebt und zuwenig an die langfristige Zukunft denkt, an die Frage der wachsenden Weltbevölkerung mit ihrem Hunger, an die Gefährdung für die Natur, an die unbewältigte Frage, wie wir mit unserem technischen Fortschritt fertigwerden. Es ist bequemer, sich dem heutigen Alltag und Konsum zu widmen, als diese langfristigen Fragen rechtzeitig zu bedenken. Perspektiven heißt die Sendung. Um diese Perspektiven geht es, an denen sich die Demokratie bewähren muß. An den Skandalen geht die Demokratie nicht zugrunde. Wenn es eine Gesellschaftsordnung gibt, die mit den Schwächen des Menschen immer wieder fertigwerden kann, dann ist es die Demokratie. Da brauchen wir in keiner Weise den Kopf hängen zu lassen."

Auch wenn der Alltag manchmal die Perspektiven verstellt, wir sind nicht am Ende, dieses Land ist noch zu retten! Alles hat aber seinen Preis, für jeden.

Peter Marboe

„DAS GUTE IST NUR, WAS MAN TUT“

Als ich mich vor vielen Jahren einmal in Zusammenhang mit einem Vortrag an der Universität mit dem Thema „Österreichische Nation“ befaßte, wurde mir im Laufe der Vorbereitung klar, wie schwierig es ist, sich mit einem Thema auseinanderzusetzen, ohne vorher die inhaltlichen (rund zwanzig verschiedene) Definitionen voneinander abzugrenzen. Gar nicht unähnlich ist es mit dem Begriff „Politische Kultur“. Viel wird davon heute gesprochen. Die Zeitungen sind voll mit Aufrufen, Künstler und Intellektuelle kritisieren ihren Verfall, Bischöfe warnen öffentlich, „eine weitere Vergiftung des politischen Klimas nicht zuzulassen“, Politiker orten ein mangelndes Verständnis mit Vorliebe beim politischen Gegner, die Jugend ist des Haderns überdrüssig, stellt sich als personifizierter Ausdruck steigender Politikverdrossenheit in den Nichtwählerschmollwinkel und überläßt das politische Mensch-Ärgere-Dich-Nicht-Spiel den Profis.

Das einzige, was im Moment alle irgendwie zu verbinden scheint, ist der Umstand, oder sagen wir besser, das Gefühl, daß irgendwo irgendetwas nicht stimmt. Wenn etwa aus der letzten Wiener Gemeinderatswahl die Gruppe der Nichtwähler als stimmenstärkste „Partei“ hervorging und diese — bewußte — Stimm-Nichtabgabe dann auch noch in perfektem Zynismus von führenden Politikern der beiden großen Parteien als „Zustimmung“ bzw. als „Europareife“ interpretiert wird — so beweist dies nachdrücklich, daß es eine Unzufriedenheit gibt, die das bisher als „normal“ akzeptierte Ausmaß überschritten hat. Verblüffender als diese allgemeine Schlußfolgerung war aber das erste Ergebnis der sogenannten Exit-Polls, also der Umfragen nach erfolgter Wahl (bzw. Nichtwahl), aus dem eindeutig hervorging, daß das Hauptmotiv des Wegbleibens in der Ablehnung des derzeitigen politischen Stils sowohl innerparteilich als auch zwischen den Parteien zu finden war. Spätestens hier müßten bei jedem verantwortungsbewußten Politiker die Alarmglocken läuten. Schließlich sind es ja in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, die Politiker, die das politische Klima, die Form der politischen Kommunikation, die politische Kultur als wesentlichen und integralen Bestandteil der gesellschaftlichen Kultur beispielgebend mitbestimmen.

Es wäre allerdings gewiß ein Fehler, diese politische Kultur auf die politische Sprachkultur einzuschränken. So wichtig dies auch ist, ist sie doch in erster Linie nur Ausdruck einer viel weiterreichenden Werte- und Bewußtseinskultur einer Gesellschaft, die in der Sprache ihren nach außen spürbarsten und sicher auch symbolhaften Niederschlag findet. Wenn etwa ein führender SPÖ-Funktionär — damals noch als Minister — von der Regierungsbank mit bebender, an die ÖVP-Opposition gerichteter Stimme verkündet, daß diese „hier herauf nie mehr kommen“ werde, so ist das Bedauerliche an diesem Ausspruch weniger die Sprache, sondern vielmehr die dahinterliegende, im demokratischen Gefüge wechselnder Mehrheiten unzulässige Gesinnung der Machterhaltung um jeden Preis. Für Friedrich Heer, den wohl bedeutendsten geistesgeschichtlichen Verfechter einer neuen politischen Kultur in unserem Land, war dieser Ausspruch damals Grund, der SPÖ bis auf weiteres den Rücken zu kehren.

In weitestem Sinne muß man unter politischer Kultur die Summe aller Verhaltensweisen, Inhalte, gesellschaftspolitische Zielsetzungen sowie schließlich die Einhaltung allgemein anerkannter Spielregeln verstehen. Wenn man das einmal akzeptiert, dann wird man die politische Kultur nicht zur Gänze den Politikern überlassen, sondern verstehen, daß jeder, auch im kleinen Kreis, eine Verpflichtung zur Mitgestaltung hat. Das soll keineswegs die Politiker aus ihrer Primärverantwortung entlassen, es soll lediglich die Grenzen aufzeigen, die in einer funktionierenden Gesellschaft den politisch Agierenden im Positiven und im Negativen gesetzt sind.

Politische Kultur, wenn sie lebendig sein soll, muß eine Gesellschaft durchdringen von der Familie über die Gemeinde, den Bezirk, das Land, bis „hinauf“ in die politischen Führungsgremien, die gesetzgebenden Körperschaften, die Parteiprogramme, die Regierung und schließlich den allgemeinen politischen Stil. Um hier etwas zu verändern, bedarf es mutiger Politiker, Menschen mit Zivilcourage, die ererbte Tabus nicht einfach kritiklos annehmen. Denn wie so vieles in der menschlichen Gesellschaft wächst ja auch politische Kultur aus der Tradition, aus der eigenen Geschichte, und vor allem auch daraus, wie man mit dieser Geschichte zurechtgekommen ist. Zu glauben, daß man veränderte Problemstellungen, neue Sorgen, neue Herausforderungen und schließlich völlig neue gesellschaftliche Konstellationen mit tradierten parteipolitischen Verhaltensregeln bewältigen kann, ist naiv und töricht, ja mehr noch: es führt zur fahrlässigen und zum Teil sogar bewußten Mitschuld an einem Zustand, in dem sich die Problemlösungskapazitäten einer Gesellschaft durch steigendes Mißtrauen, mangelnde Qualifikation der Politiker bei gleichzeitig steigendem politischen Desinteresse laufend verringern. Wer heute noch immer nicht zur Kenntnis nehmen will, daß die Parteien den Bürgern gehören und nicht umgekehrt, daß das Parteibuch nur als Gesinnungsdokument relevant sein kann und nicht als Versicherungspolizze gegen berufliche Inkompetenz oder als Durchschwindelpapier, wer nicht in den Parteien, wie der Name schon sagt, immer nur einen Teil des gesellschaftlichen Ganzen und nicht das Ganze selbst sieht, wer sich heute noch seine Freunde nach parteipolitischen Präferenzen aussucht, wer, mit anderen Worten, nicht bereit ist, den überhöhten Stellenwert der parteipolitischen Doktrin in unserer Gesellschaft zu vermindern und durch eine vernünftige engagierte politische Auseinandersetzung zu ersetzen, der hat tatsächlich den Schnellzug in Richtung Zukunft versäumt und ist im provinziellen Pendler der Zwischenkriegsjahre sitzengeblieben.

Zwei Drittel der Erstwähler sind in Wien gar nicht erst wählen gegangen. Zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung sind nach dem Krieg groß geworden. Geschichte ist für uns kein Glaubens- oder Machtkampf mehr. Uns ist, mit Ingeborg Bachmann, die Wahrheit zuzumuten. Wir wollen wissen, wie es war, wir brauchen keine Schwarz- oder Weißfärberei, keine posthume Eigenglorifizierung oder Herabsetzung des politischen Gegners von „damals“, die ja vielfach doch nur dem mehr als dubiosen Zweck dient, den politischen „Gegner“ von heute auf Distanz und den eigenen Parteigänger bei der Stange zu halten.

Mut zum Verständnis der eigenen Geschichte — auch der gehört zur politischen Kultur. Die Bereitschaft, zu einem gemeinsamen Geschichtsverständnis zu kommen, das, nach Dahrendorf, die Grundlage für die Zukunftsbewältigung sein muß. Nicht als Cover-up, nicht — das wäre das andere Extrem — als großkoalitionäres Unter-den-Teppich-Kehren vergangener und gegenwärtiger Konflikte, sondern vielmehr in der Bereitschaft zur bewußten und fairen Auseinandersetzung mit dem, was getrennt hat, mit dem aber auch, was zu der geistesgeschichtlich furchtbarsten Tragödie der zivilisierten Menschheitsgeschichte, zur Gottesfinsternis, wie Martin Buber die Hitlerzeit und den Holocaust einmal genannt hat, führte. Weil diese Bewährungsprobe im heurigen Jahr vor uns liegt: in Stille und in Demut sollen wir nachdenken. Uns nicht im Zeremoniell politischer Alibiveranstaltungen erschöpfen und das Thema dann endgültig abschließen. Auch das gehört zur politischen Kultur, ist, auf dem Umweg über die Bewußtseinsbildung, der Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Selbstvertrauens, das uns ermöglichen wird, woran uns Israels Präsident Chaim Herzog bei seinem Versöh-

nungsbesuch in Deutschland so nachdrücklich erinnert hat, „die Zukunft nicht zu ignorieren", weil wir „die Vergangenheit nicht vergessen" haben.

„Das Gute ist nur, was man tut", hat Mark Twain einmal gesagt. Mit der politischen Kultur ist es nicht anders. Wenn wir beginnen, „die Mächtigen" beim Wort zu nehmen, wenn wir von ihnen jene Konsequenz verlangen, die sie uns immer wieder versprechen, wenn wir, die „kleine Frau und der kleine Mann" (denen übrigens Wilhelm Reich die Hauptschuld an den geschichtlichen Vorgängen gibt), wieder beginnen, die Verantwortung als demokratischer Souverän unserer Gesellschaft zu übernehmen, dann werden sich die Dinge tatsächlich ändern können. So gesehen stellt die größer werdende Zahl der Wechselwähler auch eine neue Hoffnung dar. Sie gilt es in zunehmendem Ausmaß von der Glaubwürdigkeit der programmierten und der gelebten Politik zu überzeugen. Sie müssen aber auch bereit sein, so gut das geht, diese Politik nach objektiven Kriterien zu prüfen und von der jeweiligen Beurteilung ihr eigenes Wahlverhalten abhängig zu machen. Und den Politikern muß man zunächst einmal sagen, daß die Kriminalisierung der Politik, statt der argumentativen Auseinandersetzung, daß die Flucht in Verbalinjurien oder die Verweisung künstlerischer Kreativität, bei gleichzeitiger Berechtigung jeder ernsthaften Kritik, in auch noch so schöne Bedürfnisanstalten nicht die geeigneten Mittel sind, um den Kursverfall der politischen Glaubwürdigkeit und damit der politischen Kultur im weiteren Sinn zu stoppen. Wer heute noch glaubt, sich bei der Eigenprofilierung auf die Herabsetzung des politischen Gegners, des politisch Andersdenkenden beschränken zu können, der hat in der Politik nichts verloren. Der Respekt, den man in jeder aufgeklärten Gesellschaft dem Andersgläubigen, dem Anderssprechenden, dem Andersdenkenden, dem Andersseienden entgegenbringen muß, wenn man als Gesellschaft bzw. als Einzelner in dieser Gesellschaft etwas von sich halten möchte, darf vor den Leistungen und dem ernsthaften Bemühen des politischen „Gegners" nicht haltmachen. Dazu gehört — als Detail — auch, mit den letztlich verfehmend gemeinten Zuordnungen „ein Roter", „ein Schwarzer" etc. Schluß zu machen, genauso wie man jemandem, der heute — ein halbes Jahrhundert nach den Konzentrations„lagern" — noch von politischen „Lagern" spricht, geschweige denn in solchen Kategorien denkt, klarmachen müßte, daß er sich damit, bewußt oder unbewußt, freiwillig in die „Liga der Ewig-Gestrigen" zurückgereiht hat.

Leben und Politik sind voneinander genausowenig zu trennen wie der Mensch vom Politiker. Politische Kultur ist im wesentlichen menschliche Kultur. Was im Leben unethisch, unerlaubt ist, ist auch in der Politik unethisch, unerlaubt. Wer glaubt, das trennen zu können, für den, für die wird politische Kultur immer nur ein griffbereites Schlagwort bleiben.

Kultur und Politik. Politik und Kultur. Kulturpolitik. Politische Kultur. Erst wenn die Dissonanz in diesen Begriffen wieder gewichen sein wird, wenn Politiker bei Kulturveranstaltungen als genauso selbstverständlich empfunden werden wie Künstler im politischen Geschehen, ohne aber daß dadurch die Grenzen verschwimmen sollen, wird man spüren, daß — als Voraussetzung eines gesellschaftlichen Wandels — mit der Erneuerung der politischen Kultur begonnen wurde. Wenn, als erster Schritt, in der Form der politischen Auseinandersetzung auch der Ausdruck einer neuen Gesinnungsbereitschaft, eines neuen politischen Selbstverständnisses unserer Gesellschaft gesehen werden kann, sich daraus glaubwürdig ableiten läßt, wird der einzelne wieder Vertrauen in diese Politik schöpfen, ja mehr noch, er wird wieder zu eigenem Engagement bereit sein. Auf Dauer — und hier fließen im Epizentrum der politischen Kultur im weitesten Sinn Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ineinander — wird das Funktionieren einer freien, gerechten und demokratischen Gesellschaft von gerade diesem Engagement abhängig sein.

Barbara Wicha

ERSTARREN IM RITUAL POLITISCHE KULTUR IN ÖSTERREICH

Wer sich im Österreich von 1988 zur politischen Kultur äußern soll, ist versucht, entweder die Alltagsskandale abzuhandeln oder in die Wissenschaft zu flüchten und möglichst abstrakt zu bleiben. Ich will versuchen, mich dem zu entziehen. So interessant sie sein mag: Die politikwissenschaftliche Diskussion der letzten Jahre und die neue Blüte der „Politischen Kultur-Forschung" auch im deutschsprachigen Raum[1] soll hier nicht referiert werden. Trotzdem möchte ich versuchen, in einigen Beispielen die Komplexität des Begriffes, der verschiedene Ebenen einschließt, anzusprechen und den Zustand der „Politischen Kultur" in Österreich 1988 zu illustrieren.

Dem Phänomen der Politischen Kultur kann man auf mehreren Wegen nachgehen, sie zeigt sich vielfältig[2]: über die

— *„Systemkultur"*, also in Fragen der nationalen Identifikation, der Legitimität des Regimes und seiner Machthaber;

— *„Prozeßkultur"*, die die persönlichkeitsbezogenen Aspekte einschließt, das Vertrauen zu den politischen Akteuren, Formen der Konfliktlösung oder zumindest -bewältigung;

— *„Politikfeldkultur"*, als Bandbreite der Einstellungen gegenüber der ausgehandelten Politik und als ihre Bewertung.

So unterschiedlich die Ansätze der Abgrenzung des Begriffspaares POLITISCHE KULTUR sind, in der allgemeinen Formel können sich nahezu alle finden: Es handle sich um die *„subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme"*[3]. Wichtig scheint mir dabei, daß „Subjektivität" hier nicht auf das Individuum, sondern vielfach bezogen ist. Dort, wo politische Einstellungen gemeint sind, werden sie aber nicht nur als von außen bestimmte, von außen abhängige Variablen angesehen, sondern als aktiver Ausdruck politischen Handelns. Nicht zu trennen von alldem ist die Komponente der *Symbole und Rituale*.

Daß derzeit anderes und kaum Erfreuliches mit dem Begriffspaar assoziiert wird, ist hinlänglich bekannt: Galt noch vor wenigen Jahren „Korruption und Kontrolle" schlicht als Buchtitel[4], so scheinen die beiden Begriffe nunmehr zum fixen Bestand der Titelmacher unserer Medien und Kern unserer politischen Kultur geworden zu sein. Die unterschwellig dämmernden Konflikte der letzten Jahre, die allesamt plötzlich im Wege von Tatbestandsfeststellungen, (faktischen und vermeintlichen) Zeitungsenthüllungen, Gerichtsverhandlungen und öffentlichen Diskussionen an die Oberfläche gekommen sind, haben das Wort von der „Skandalrepublik" aufkommen lassen. Dazwischen sorgen wirkliche oder hochgespielte Krachs im kulturellen Bereich (Tabori, Peymann, Karajan-Harnoncourt) zusätzlich dafür, daß Österreich von außen her zumindest mit Skepsis betrachtet wird. Damit bin ich bei einer jener Voraussetzungen, die die Entwicklung stabiler politischer Kultur erfordert: *der nationalen Identität*. Untersuchungen haben gezeigt, daß — trotz grundlegender Veränderungen im Parteiensystem — das Österreichbewußtsein in verschiedenen Formen von Bekenntnis und Symbol zugenommen hat. Differenziert nach Parteien hat sich diese Bindung entwickelt: Bei den Angehörigen der Großparteien gibt es eine um vieles stärkere Bindung. Verstärkend dürfte jetzt der Außendruck wirken, der seit der Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten auf Österreich lastet.

Im Rahmen der drei Bereiche, die oben genannt sind, fallen einige Indizien für eine Veränderung in der Politischen Kultur deutlich auf:

1. Rückgang der politischen Konkordanz mit einer Erosion in der Langfrist-Parteiloyalität;
2. damit verbunden ein allmähliches Auftreten von „single-issue-Parteien" (kurzfristige oder systemalternative?);
3. Verweigerungen traditioneller politischer Verhaltensweisen werden manifest;
4. Verstärkung von Konfliktbewußtsein, Abkehr vom elitären Konsens;
5. Frauenprotest formiert sich;
6. Flucht in Rituale statt in Lösungen, Bemühen um Allzuständigkeit;
7. Defensivstrategien zur Bestandssicherung.

Damit werden nur ein paar Beispiele dafür aufgezeigt, welche Veränderungen sich in der politischen Landschaft Österreichs abzuzeichnen beginnen und wie die Parteien darauf reagieren.

1. Ende der Konkordanz — Erosion der Bindungen

Das Wahlverhalten[5] wird üblicherweise angeführt als einer der Indikatoren für das Ausmaß an politischer Loyalität und Stabilität, die Wahlbeteiligung oft als Gradmesser für politische Partizipation und den Grad der Demokratie.

Mit dem veränderten Wählerbewußtsein Hand in Hand gehen die entsprechenden Veränderungen in den Institutionen des politischen Systems, insbesondere in den Parteien. Und hierbei haben die beiden Großparteien seit 1979 kaum mehr Anlaß zur Freude: Der Anteil derer, die den beiden ihre Gefolgschaft zusicherten, ist zwar nicht dramatisch, aber doch deutlich zurückgegangen. Aber der sozio-strukturelle Wandel, die neuen Familienstrukturen und Lebensformen werden wohl dazu führen, daß sich die noch bestehenden Parteibindungen weiter abschwächen. Die Wählerschaft wird noch mobiler werden, die Hemmschwelle zum Parteienwechsel wird noch niedriger — zunächst, solange er zwischen einer der (noch) Großparteien und einer der beiden kleineren stattfindet.

Siehe Grafik:
Konkordanz im Niedergang

2. Systemalternative dritte/vierte Partei?

Was sich in einem ersten Aufflackern erst auf Gemeinde-, dann auf Landesebene angekündigt hat, nämlich das Herausbilden dritter und vierter Parteien, hat nach 1986 nun auch eine Entsprechung auf Bundesebene, im Parlament. Es beginnt sich auch hierzulande eine Tendenz abzuzeichnen, die besagt, daß nicht nur der Wählertypus sich ändert (Wechselwähler mit potentieller Bereitschaft zum Parteiwechsel), sondern auch der Typ der Partei. Weg von der „Catch-all"-Partei hin zu einer single-issue-Partei beispielsweise. Aber auch innerparteiliche Strukturveränderungen (im Sinne eines gegenüber den Großparteien erweiterten Partizipationsangebots) zeichnen sich ab, die Wählerschaft der kleineren Parteien ist deutlich jünger als jene der Großparteien.

3. Manifeste Verweigerung

Die Politiker vor allem der beiden Großparteien interpretieren die Abwendung ihrer ehemaligen Wähler als Politikverdrossenheit und üben sich in Bürger-(will heißen: Wähler-)Beschimpfung. Der Wähler, immer häufiger in der Erscheinungsform als Nicht- oder Weißwähler, reagiert mit Verweigerung auf Verkrustungen in der Parteienlandschaft. Nichtwählen und Ungültigwählen sind heute nicht mehr als Apathie, mit Schlechtwetter oder anderen Außenfaktoren zu erklären, sondern zum Ausdruck politischen Verhaltens und Handelns geworden.

Siehe Grafik:
Trend Nicht- und Ungültigwählen.

4. Eine andere Konfliktkultur

Bundeskanzler Vranitzky hat einmal von einer *„Konfliktkultur"* gesprochen. Das unterstellt zwar die Fähigkeit und Bereitschaft, mit Konflikten umzugehen (was kaum zutrifft) — aber es signalisiert zumindest eine Veränderung. Konsens und

Ruhigverhalten gelten offenbar nicht mehr so sehr als Werte an sich, wenn die eigenen ökonomischen oder existentiellen Anliegen bedroht sind. Wo Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen oder gar nicht erst seriös geführt werden, verlagert sich der Konflikt seit neuem in die Aktion: Metaller, Ärzte, Schüler, Hochschulprofessoren, Umweltschützer, Anti-Wackersdorf- und Anti-Seibersdorf-Aktivisten gehen auf die Straße. Frauen mit Kleinkindern nehmen an Demonstrationszügen und -sitzungen teil und artikulieren ihren Protest direkt oder über Medien — kaum noch über die Parteien. Ein guter Teil der Genannten empfindet das Handlungsrepertoire der traditionellen Parteien als nicht ausreichend und sucht nach anderen Formen der politischen Willensäußerung: in jenen der direkten Demokratie, der Selbstorganisation oder von Streik und Demonstration.

Sehr zur Beunruhigung jener, die an der ganz anderen Art von Konfliktkultur in Österreich festhalten wollen: Die Macht der Verbände hat sich ja nicht zuletzt darin gezeigt, daß so mancher Konflikt dem „elitär ausgehandelten Konsens"[6] unter möglichst wenigen Beteiligten hinter verschlossenen Türen zu weichen hatte. Sozialpartnerschaft als Antithese zum Parlamentarismus, als Steuerungsinstrument für nahezu alle Bereiche des politischen Lebens! Freilich — unbeschädigt ist die Macht der Verbände in der jüngeren Vergangenheit auch nicht geblieben: Seit der Auseinandersetzung um Zwentendorf ist Zurückhaltung bei „Grünthemen" zu registrieren. Ihre Rechtfertigung holen sich die Sozialpartner durch zwei Umstände: Daß es keine wirklichen Alternativen zur Verhinderung von wirtschaftlichen Krisen gibt und der internationale Vergleich nicht sonderlich vorbildhaft wirkt (Italien, Frankreich, Großbritannien), und daß der Österreicher an eine Art „spätabsolutistischer Fremdbestimmung"[7] gewöhnt ist.

5. Frauenprotest

Auch bei den Frauen ist das Unbehagen deutlich fühlbar, wenngleich für Österreich kaum erhoben worden. Hier legt auch die Forschung weitgehend den „Mann-ist-das-Maß"-Maßstab an: Untersucht wird das Verhalten von Gruppen, also auch Frauen, nur dann, wenn es Anlaß zur Vermutung eines eklatant abweichenden Verhaltens bietet. Dabei ist die Frage nach dem Status von Frauen „ein für die Kennzeichnung politisch relevanter Einstellungen einer Gesellschaft wichtiger Punkt"[8].

Hierin ist es um unsere *„Systemkultur"* nicht sonderlich gut bestellt: Der Anteil der „erfolgreichen Frauen" an allen 1656 Nationalrats(Wahlkreis-)kandidaten des Jahres 1986 lag mit 19 Mandatarinnen bei 1,1 Prozent! Die restlichen beiden haben den Einzug ins Parlament über die Wahlkreisverbandslisten geschafft. Als Füll-Größe auf den hinteren Listenplätzen finden sich freilich insgesamt 22,58 Prozent Frauen in den Wahlkreisen. Die Verbandsvorschläge, aus denen dann — s. o. — zwei ihr Mandat erhielten, weisen gar 28,8 Prozent weiblicher Kandidaten auf.

Von den Institutionen her zeigt sich am Bundesrat, daß der Frauenanteil umgekehrt proportional zur politischen Relevanz eines Gremiums ist: Frauen waren weder in den Verhandlungsteams der beiden „Großen" zur Aushandlung des Koalitionspaktes (was an der Textierung feststellbar ist) noch in der Wahlrechtsreformkommission vertreten. Zwei potentiell wirklich frauenfeindliche Ankündigungen haben das letzte Halbjahr bestimmt: Pensionsregelung und Wahlrechtsreform.

An diesem Beispiel zeigt sich deutlich, wie sehr die Bereiche sich überschneiden: Die Ausselektierung von Frauen im parlamentarischen Bereich entspricht der Nichtvertretung in den Interessenvertretungen und dem Status in der Gesellschaft. Aber an den Institutionen des politischen Systems drängt sich der Blickwinkel besonders auf. Da sind 70 Jahre nach dem Frauenstimmrecht Landtage ohne eine einzige Abgeordnete, von den Landesregierungen ganz zu schweigen. Es gibt in der heimischen Bürokratie unzählige Frauen in den unteren Verwendungsgruppen, bürokratische Herrschaftspositionen sind fest in männlicher Hand (Sektionschefs u. dgl.). Die Interessenvertretungen, gleich welcher Couleur, sind weitgehend männlich bestimmt — so wie die Rituale, die in ihnen allen herrschen und von da her Frauen ausselektieren. Unwichtig? Bei weitem nicht — denn die Vor- und Zentralhöfe der Macht in Österreich sind immer noch im Bereich der Sozialpartner gelegen...

6. Flucht in Rituale

Bei der Perfektionierung von Ritualen sind wir nahezu unschlagbar, auch wenn sie sich damit häufig ad absurdum führen.

6.1. Wählen als bloßes Ritual. Der Staatsbürger hat's längst begriffen und entzieht sich diesem Vorgang (s. o.). Wahlen in politische Funktionen (Landeshauptleute und Bürgermeister) gerieten mehrfach zur Farce, stellten damit das Wahlsystem, aber auch andere Institutionen in Frage. Der burgenländische Landeshauptmann wurde in einer faktisch „offenen Wahl" gekürt. Wer sich als Abgeordneter der Veröffentlichung seines („geheimen, freien") Wahlverhaltens entziehen wollte oder das verfassungsmäßig garantierte freie Mandat ausschöpfte, wurde kriminalisiert und zum Verräter gestempelt.

Diese Art der „Prozeßkultur" reduziert sich aufs Ritual, auch die Wiener und die Salzburger haben nichts daraus gelernt. Sie haben ihre Bürgermeister — in Salzburg trotz des Wunsches nach geheimer Wahl durch einen Abgeordneten der Bürgerliste — gleich „offen" gewählt. Und die Salzburger Freiheitlichen verkünden selbstbewußt ein Jahr vor der Landtagswahl, wer mit ihrer Hilfe Landeshauptmann werden/bleiben solle.

6.2. Direkte Demokratie: In den frühen 80er Jahren von allen Parteien propagiert unter dem Motto umfassender Demokratiereform und als solche aufgenommen im Koalitionsübereinkommen, blieben die Probleme in der konkreten Handhabung. Noch einmal Burgenland: Da fand im Januar eine Volksabstimmung zur Frage der objektivierten Postenvergabe zu einer Zeit statt, als die Vorschriften längst außer Kraft gesetzt waren. Aber die Abstimmung konnte — so hieß es — nicht mehr gestoppt werden. Daß sich 19 Prozent der Bürger dennoch zur Abstimmung bewegen ließen, zeigt nur, wie stark die individuelle Bereitschaft zur Unterordnung unter Anordnungen ist.

Wenn Max Weber[9] in seiner Beschreibung der bürokratischen Herrschaft positiv anmerkte, daß nicht mehr Menschen über Menschen, sondern Normen über Menschen herrschen (was besser sein solle), dann wäre spätestens hier der Nachweis erbracht, daß sich ein Prinzip solcherart selbst ad absurdum führt. Wahrlich kein Weg, die Attraktivität der traditionellen Parteien anzuheben und ihre Glaubwürdigkeit zu untermauern...

6.3. „Persönlichkeitswahlrecht" war das zentrale Anliegen der Reformdiskussion der 70er Jahre, damals klar gekoppelt mit dem Wunsch nach einem Mehrheitswahlrecht. Und als Anliegen der Koalitionspartner wurde dieses Prinzip im Januar 1987 abermals auf den Schild gehoben. Als Ziel dahinter sollte es vor allem um mehr Bürgernähe und Verantwortlichkeit der Mandatare gehen.

Die Anfangseuphorie ist allenthalben längst gewichen. Nach unzähligen Rechenexempeln (wer unter welchen Bedingungen welche Mehrheiten erzielen könnte) ist ein Verhältniswahlsystem geblieben, vermengt mit Elementen des Mehrheitswahlsystems (Einerwahlkreise bzw. in Österreichs Lesart „Einerwahlbezirke"). Die bis Januar 1988 gehandelten Papiere sprechen von 60 Einerwahlbezirken (mit rund 120.000 Einwohnern) bis zu 110 Wahlkreisen (mit einer Bürgerzahl zwischen 40.000 und 70.000)[10] — die größere Nähe zum Bürger dürfte wohl weiterhin frommer Papierwunsch bleiben.

6.4. Wählereinfluß: Daß der Wähler/Bürger nicht allzuviel Einfluß auf die Kandidaten bekommen soll, zeigt ein Vergleich der verschiedenen Fassungen der Diskussionsentwürfe. Die Priorität vom Einzelkandidaten des Einerwahlbezirkes hat sich wieder auf die Partei zurückverlagert. Nicht genug damit: Im Wege der Vergabe von Wahlpunkten wurden den künftigen Anwendern des Wahlsystems suggeriert, sie könnten die Reihenfolge der im 2. Verrechnungsverfahren zu vergebenden Landeslistenplätze ändern. Theoretisch zwar richtig — aber die Zahl der Wahlpunkte (um eine Vorreihung zu effektuieren) muß so hoch

sein wie die Wahlzahl, und das kann allemal rund 25.000 Punkte bedeuten!

All das zusammengenommen — vor dem Hintergrund der Nichtvertretung von Frauen in den Interessenvertretungen und ihrer gegebenen Durchorganisiertheit à la CV — bedeutet, daß nach einem derartigen Mix-Verfahren Frauen überhaupt kaum noch ins Parlament kommen werden. Es sei denn, sie zögen die Konsequenzen und würden den Trend zur Single-Issue-Party für sich und das temporäre Anliegen nützen und eine gemeinsame „Frauenpartei" gründen...

7. Defensivstrategien zur Bestandssicherung?

Trotz der unter den gegebenen Voraussetzungen gravierenden Nachteile für die Vertretung von Frauen hätte ein explizites Mehrheitswahlsystem einen Vorzug: Es würde Regierungsformen in Form der Großen Koalition des Jahres 1986/87 verhindern helfen, die aus dem verzweifelten Bemühen beider Großparteien geschlossen wurde, die parlamentarisch schwindende Macht wenigstens über die Regierung zu erhalten. Ohne Zweifel haben die Parteien damit auch die Verteilung der Macht im politischen System Österreichs richtig eingeschätzt. Längst hat die Exekutive die Legislative an Einfluß überholt und die wichtigsten Initiativen an sich gezogen.

Die ersten Reaktionen der Koalitionspartner haben zu denken gegeben: Da war viel die Rede vom Wiedergewinnen der Kernwählerschichten (obwohl deren Rückgang evident geworden ist), da fielen Worte von notwendig werdender Reideologisierung und Besinnung auf Werte. Von Reform- und Risikobereitschaft ist nicht viel zu bemerken. Vielmehr werden Werte proklamiert und so getan, als könne man mit Hilfe von gesetzlichen Regeln Wertbewußtsein schaffen.

7.1. Voraussetzung: Obrigkeitsdenken. Allen Hoffnungen, der Österreicher habe sich durchgängig von einer gewissen Art der Untertanenmentalität befreit, zum Trotz, wird mit dieser Einstellung spekuliert. Ihre Hoffnung mögen die Großparteien wohl aus der Erfahrung der burgenländischen Volksabstimmung nähren und von daher die Hoffnung hegen, Gesetze würden Mentalitäten ändern, Verfassungsgesetze würden Wertbewußtsein schaffen.

7.2. Glaube an die Kraft der Verfassung: Da mögen Verfassungsjuristen und Politikwissenschafter noch soviel Kritik üben an der Versprengtheit von Verfassungsartikeln und der mangelnden Geschlossenheit und Durchschaubarkeit des Verfassungsrechts — es werden weitere Bestimmungen kreiert. Typisch für Österreichs Verfassungsentwicklung ist der spontane Antwortcharakter eines Teiles des jüngeren Verfassungsrechts, mit dem auf einen aufgetretenen Akutbedarf reagiert wurde. Das erklärt, weshalb teilweise Materien in den Verfassungsrang erhoben wurden, die dort wirklich nichts zu suchen haben, während wirklich wichtige Machtzentren jeglicher gesetzlicher Regelung und Kontrolle entbehren.

7.3. Allzuständigkeit statt Rückzug: Profilierungsversuche der Koalitionspartner haben schon in den sechziger Jahren zu überflüssigen (verfassungs)gesetzlichen Regelungen geführt. Daran wird man erinnert, wenn man die Diskussion um die Verankerung von Ehe und Familie verfolgt hat, die jetzt in der proklamierten Einigung über ein „Bundesverfassungsgesetz über Eltern, Kinder, Ehe und Privatsphäre des Menschen" in Erfüllung des Koalitionspaktes gipfelt. Daß sich die Wirklichkeit durch Gesetze nicht wirklich einfangen/„schützen" läßt, zeigen die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung von Frau und Mann — und die Realität als „Kontrastprogramm".

Mit der zunehmenden Verweigerung der „formellen politischen Teilnahme" und der abnehmenden Akzeptanz formeller Instrumente wird die Kluft zwischen dem vom Staat dekretierten Wertsystem wohl eher größer werden als reduzierbar sein. Der beschriebene Weg einer unterstellten Allzuständigkeit der Parteien ist dem Wunsch vieler entgegengesetzt: In Richtung eines Rückzugs der Parteien und ihrer Einflußwünsche aus einer Reihe von gesellschaftlichen Subsystemen (Wirtschaft, öffentlicher Dienst, Medien, Wohnungswesen). Erste Ansätze dazu haben gezeigt, daß die Parteien diesen Wunsch ihrer potentiellen Wähler wohl erkannt haben — die Glaubwürdigkeit hat aber durch allzuviel Taktieren wegen vermeintlicher Sachzwänge (Scheinrückzug aus dem Wohnungswesen, Postenvergabe etc.) deutlich gelitten.

8. Zukunftsperspektive

Die Wähler/Bürger — hier insbesondere jene, die als **neue Avantgarde** (besser ausgebildet, jünger, parteiungebunden, mobiler) anzusehen sind — sind ohne Zweifel in der Mobilität den traditionellen Institutionen voraus. Ob sich daraus eine endgültige Verlagerung der Zustimmung ergeben wird, wird von der Bereitschaft der Großparteien zur Reform und zum Verzicht auf leicht durchschaubare Rituale im Interesse des Machterhaltens abhängen. Daß massiver Protest selbst in Österreich zum Erfolg führen kann, zeigt ein Brief eines der Hauptakteure der kritisierten Wahlrechts„reform" auf ÖVP-Seite, Andreas Khol, den die Verfasserin dieses Beitrages vor wenigen Tagen erhielt: Die Wahlrechtsreform in der kritisierten Form ist „abgeblasen", die „Karten werden neu gemischt". Also: Protest hat sich sehr wohl gelohnt — eine positive Perspektive für neue POLITISCHE KULTUR vielleicht...

Literatur:

Almond, G. A. S. Verba: The Civic Culture. Princeton 1963.

Diss. (Hgg.): The Civic Culture Revisited. Boston 1980.

Almond, G. A., G. B. Powell: Comparative Politics Today. Boston 1979.

Berg-Schlosser, D.: Politische Kultur. Eine neue Dimension politikwissenschaftlicher Analyse. München 1972.

Ders.: „Politische Kultur". In: Nohlen, D., W. Schultze (Hg.) Pipers Wörterbuch zur Politik Bd. 1, 1985, 746—751.

Ders., J. Schissler (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. PVS SH 18/1987. Opladen 1987.

Brünner, Chr. (Hg.): Korruption und Kontrolle. Wien-Köln-Graz 1981.

Österr. Zeitschrift für Politikwissenschaft, Schwerpunktthema Politische Kultur 13 (1984) H. 1.

Pappi, F. U.: Wahlverhalten und politische Kultur. Meisenheim a. Glan 1970.

Pelinka, A.: „Politische Herrschaftsrituale: Sozialpartnerschaft und politische Kultur in Österreich". In: Plasser u. a. (Hgg.): Demokratierituale. Wien-Köln-Graz 1985, 171—182.

Weber, M.: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1922.

Wicha, B.: „Wahl„rechts"reform 1987/88. Systemänderung oder Systemkosmetik". Für ÖJPol 87 (in Druck).

Anmerkungen:

[1] In der Nachfolge von Almond/Verba 1963, neu systematisiert 1980, folgte eine Reihe von Untersuchungen in den siebziger Jahren im deutschsprachigen Raum, z. B. war Politische Kultur Themenschwerpunkt in der ÖZP 84/1 und ist es in der BRD im Sonderheft 18/1987 der PVS.

[2] vgl. Almond/Verba (Hg.) 1980.

[3] Berg-Schlosser 1985, 746.

[4] Brünner (Hg.) 1981.

[5] vgl. Pappi 1970.

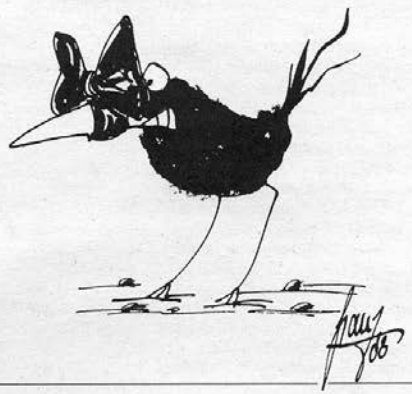
[6] Pelinka 1985, 173.

[7] ebda 180.

[8] Berg-Schlosser 1972, 107.

[9] Weber 1922.

[10] vgl. den Artikel der Verfasserin, vorgesehen für das Jahrbuch für Politik 1987, Wahl„rechts"reform 1987/88: Systemänderung oder Systemkosmetik? (nach Auskunft des Herausgebers A. Khol nicht in Druck).



Elisabeth Welzig

MEHR FRAUEN IN DIE POLITIK?

Allein in der Steiermark fielen dem Nationalsozialismus 51.100 Menschen zum Opfer. Ein sinnloser, schrecklicher Krieg, ein Völkermord ohnegleichen. Männer haben ihn angezettelt, Männer starben den „Heldentod". Man(n) hat nichts daraus gelernt: Es wird weiterhin gemetzelt und gemordet — irgendwelcher politischer „Ideale" wegen; Millionen Menschen hungern und verhungern, dafür können wir per Knopfdruck nicht nur einmal, sondern gleich mehrfach ausradiert werden. Nur ein dokumentarisches Superhirn kann die Katastrophen (Tschernobyl) und Skandale der letzten zwei Jahre noch lückenlos aufzählen. Kein „Auslandsreport", in dem nicht mindestens einmal geschossen wird, kein „Inlandsreport", in dem nicht von irgendwelchen miesen Machenschaften die Rede ist.

Frauennamen tauchen bei allen diesen Meldungen äußerst selten auf.

Wir leben im Patriarchat, und an der Spitze von Kirche, Politik und Wirtschaft stehen die Männer, sie haben gelernt, sich durchzuboxen. Die Frauen sind aber nicht nur Unterdrückte: Statt für ihre Zielvorstellungen wirklich zu kämpfen, schlagen sie nur allzuoft den bequemeren Privatweg ein.

Wäre unsere Welt aber wirklich friedlicher, gerechter, anständiger und freundlicher, wenn ihre Geschicke von Frauen geleitet würden? Das Beispiel Großbritannien zeigt, daß diese Frage keineswegs mit einem klaren „ja" zu beantworten ist: Wenn sich die Frauen mit den bisherigen Idealvorstellungen der Männer identifizieren, dient es höchstens der Optik und ihrem narzißtischen Karrierebedürfnis, wenn sie öffentliche, führende Positionen einnehmen.

Es geht nicht um die Zahl der Frauen in der Politik, es geht um eine Umwertung der Werte. Nicht alle traditionell männlichen Werte sind schlecht und nicht alle traditionell weiblichen Werte sind gut, aber viele männlichen Werte sind schlecht: Das Leben und Denken in Hierarchien, das Streben nach Macht, das Ausspielen von Stärke beispielsweise.

Könnten wir nicht ganz anders miteinander umgehen, ohne Oben und Unten, ohne Vorurteile und Feindbilder, in einem demokratischen Miteinander?

Angeblich haben die Frauen von Natur aus mehr Einfühlungsvermögen als die Männer. Ob es sich nun um eine geschlechtsspezifische Eigenschaft handelt oder nicht: Wäre das Einfühlungsvermögen nicht ein Wert, um den sich die Frauen und die Männer bemühen sollten? Die Frauen sollten nicht in die Institutionen gehen, um dort die Spielarten der Männer nachzumachen: Sie sollten mit ihren — hinterfragten und für positiv befundenen — Werten hineingehen. Ein schwerer Weg, denn noch sind die Regeln ganz anders. Der Chef schafft an, der Obere tritt den Unteren, wer anders denkt, wird abqualifiziert und schließlich bekämpft.

Nur für wenig kluge Frauen ist es interessant, den Posten eines Chefs in einer Institution einzunehmen: Sie wollen sich lieber mit Inhalten auseinandersetzen, als über Menschen herrschen und Verwaltungskram erledigen. Wäre es bei dieser Einsicht nicht an der Zeit, die hierarchischen Funktionen zu überdenken?

Dasselbe gilt für die Politik: Fast alle Parteien suchen Frauen, um scheinbar dem „Zeitgeist" zu entsprechen, kaum eine Frau aber reißt sich um eine politische Funktion. Die Frauen sind nicht zu träge für die Politik, nur: Sie mögen diese Form der politischen Kultur nicht. Daß sie eine andere, weiblichere Form bisher nicht durchsetzen konnten, ist ihnen nicht vorzuwerfen: Erstens ist es immer schwer, etwas Neues, noch nicht Erprobtes, durchzubringen, und zweitens sind die meisten Familien noch immer so strukturiert, daß die Energien der Frauen zuhause weit mehr gebunden sind als die der Männer.

Mehr Frauen in die Politik? Eine Frage, die von jeder vernünftigen Frau selbstverständlich mit ja beantwortet werden muß. Dafür zu kämpfen lohnt sich allerdings nur dann, wenn die Frauen einige ihrer traditionell weiblichen Werte in die Politik einbringen.

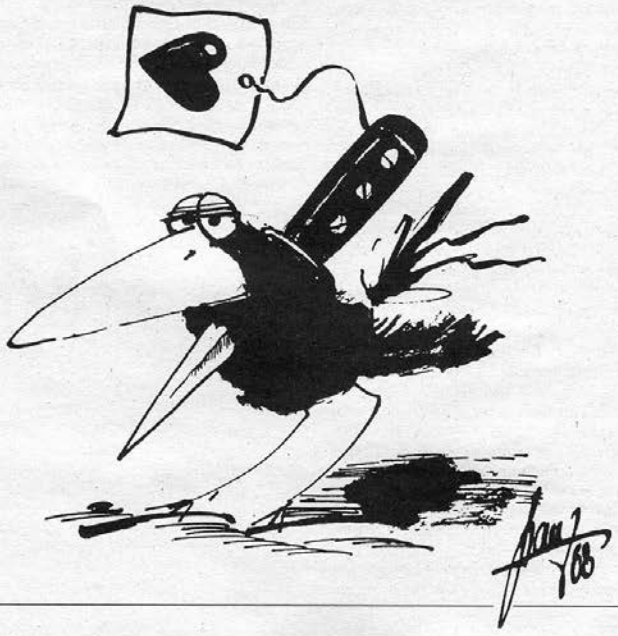
Um Mißverständnisse auszuschließen: Das ist kein Plädoyer für das augenzwinkernde Weibchen, das brave, unterwürfige Aushängeschild ihres Herrn und Gebieters, oder für die sich aufopfernde „Märtyrerin". Diese weiblichen „Werte" unterstützen nur die männlichen Spiele.

Es geht um die Frau in einer Institution, die den anderen nicht gleich runtermacht oder ihn einordnet, sondern sich in ihn einfühlt und ihn als gleichwertig empfindet.

Es geht um die Frau, die Unrecht als solches erkennt und dagegen ankämpft, die Unsinn nicht zudeckt, sondern ihn entlarvt, die spürt, wie wir unsere Umwelt sukzessive kaputtmachen und dagegen aufschreit, die für Gleichberechtigung in allen Bereichen eintritt und auch danach lebt, die nicht den Mund hält, auch wenn die sogenannten Sachzwänge (oder Parteiinteressen) ihr das Wort verbieten.

Es geht um die Frau, die für ihre Werte und inhaltlichen Ziele „wie ein Mann" kämpft.

Solche Menschen — ob weiblich oder männlich — könnten die Gesellschaft verändern. Bisher haben sich allerdings kaum Männer gefunden, die längerfristig nach diesen Werten gelebt und gearbeitet hätten. Entweder sie haben sich angepaßt und Karriere gemacht, oder sie wurden von den anderen Männern in eine hintere Reihe, wo sie keiner mehr hört, geschoben.



Peter Bermann

DAS ÖSTERREICHISCHE BERUHIGUNGS-WÖRTERBUCH FUNKTIONIERT NICHT MEHR

Soviel ist in Österreich noch nie über Österreich geredet, das heißt geschrien worden, zumindest nicht, seit ich mich erinnern kann. Da prallen noch immer Erinnerungslücken aufeinander und die Empfindlichkeit hat ihren Sitz in den Zehen, auf die sich jeder getreten fühlt.

Am letzten Sonntag im September 1987 hielt die Schriftstellerin Barbara Frischmuth ihre ,,andere Rede über Österreich''. Ihre Rede war auch eine zur ,,Lage der Nation'', nur der Schauplatz war nicht so pompös wie bei Alois Mock, der, just vor wenigen Tagen wieder, zwischen Marmorglanz und Goldrosetten im Belvedere seine Analyse vorlas.

Die Frischmuth hielt ihre Rede im ,,Treffpunkt Petersplatz'', der Heim- und Spielstätte des Ensembletheaters.

Jetzt wieder, in einer trüben Lage unserer Republik sorgen sich unterschiedlich Berufene um die Befindlichkeit der ,,res publica''.

1. Österreich-Reden in Vergangenheit und Gegenwart

Reden über Österreich hat es schon in der Vergangenheit viele gegeben — nicht erst jetzt, wo gerade die Fassade eines niedlichen Österreich-Bildes hörbar und sehbar abbröckelt:

• Anton Wildgans' Rede über Österreich ist zweifelsfrei das Schönste, was bisher über Österreich gesagt wurde. Frage: Stimmt sie auch? Wildgans' Rede anläßlich des 11. Jahrestages der Errichtung der Republik am 12. 11. 1929 war für das Ausland konzipiert, sie war als Visitenkarte unseres Landes gedacht — Grund genug dafür, daß Kritik in ihr kaum zu Wort kommen konnte und sollte.

• Eine Bestandsaufnahme der österreichischen politischen wie kulturellen Szene hat sich — was die Literatur betrifft — wieder nach 1945 herauskristallisiert. Es war die Zeit des Aufbruchs und des Neubeginns.

• Ungefähr Mitte der sechziger Jahre wurde die Wieder-Erstarkung eines neuen ,,Traditionalismus'' kritisch begleitet. ,,Mißtrauen'' hieß das neue Leitvokabel, das nicht zufällig in den Jahren 1967/68, für eine neue Generation zur programmatischen Leitfahne wurde. Von radikaler Sprachkritik gefördert, wurde ein neues literarisches Oeuvre produziert wie provoziert. Einer der wichtigsten Mittler neuerer Literatur, der besonders um eine ,,Aufforderung zum Mißtrauen'' besorgt war, ist Gerhard Fritsch (1924—1969) gewesen, der sich intensiv um die Restauration eines ,,Österreich-Bewußtseins'' bemüht hat. Beispielgebend hiefür ist ein Österreich-Text von ihm, der drei Jahre nach seinem Tod, 1972, erschienen ist.

• Im März des Jahres 1968 ist erstmals Thomas Bernhard einer breiten Öffentlichkeit durch seine Rede zur Verleihung des österreichischen Staatspreises bekannt geworden. Seine unkonventionelle Rede begann er damals:

,,Verehrtester Minister, verehrte Anwesende, es ist nichts zu loben, nichts zu verdammen, nichts anzuklagen, aber es ist vieles lächerlich; es ist alles lächerlich, wenn man an den Tod denkt.''

Detail am Rande! Ein empörter Unterrichtsminister Piffl-Percevic nach dieser Rede zum Autor: ,,Wir haben Sie ja nicht gerufen'' und zum Publikum: ,,Meine Damen und Herren — wir sind trotzdem stolz, Österreicher zu sein!''

• Im Jahre 1971 reagierte der Germanistik-Professor und Schriftsteller Alois Brandstetter auf Klischeevorstellungen, die schon bei Wildgans und anderen Autoren zu finden sind und die in Österreich bereits vor und dann nach dem 2. Weltkrieg weit verbreitet waren. So, wenn er beispielsweise schreibt:

,,Hier sitzen die Hohepriester der Trauer unserer Geschichte. Die Tragik des Reiches, der Monarchie wie der Republik und ihres Verfalls findet da ihren Kult. Das ist Eskorial. Sinnbild unseres unerhörten Schicksals. Die Depression erreicht ihren heiligen Ernst. Deprimiert zu sein ist mir und vielen in Ihrer Anstalt ewige Profeß, Matutin, Vesper, Nokturn. Niedergeschlagenheit ist Chorgebet.''

• Und wenn schon vom typischen ,,Österreichbild'', der ,,österreichischen Seele'', die Rede ist, darf Erwin Ringel, schreibender Psychotherapeut der Nation nicht fehlen. 1984, als in Österreich den tragischen Ereignissen von 1934 großes öffentliches Augenmerk geschenkt wurde — und diese Veranstaltungen und Feiern nach dem Bürgerkriegsjahr bezeichnenderweise als **,,Jubiläem''** firmierten — hat er, ebenfalls auf Wildgans replizierend — ,,Eine neue Rede über Österreich konzipiert.'' Grundtenor: ,,Glücklich ist, wer vergißt, was doch nicht zu ändern ist!'' Dieses Lied aus der ,,Fledermaus'' könnte man, so Ringel, als die heimliche Hymne des Österreichers bezeichnen.

2. Von den ,,2 Zimmern'' des Österreichers

Reden über Österreich — das beweist diese kurze literarische Zitatencollage — hat es tatsächlich sehr viele gegeben. Aber sie beweisen nur eines: diesem Österreich wurde seine Selbstfindung in diesem Jahrhundert bei Gott nicht leicht gemacht: Der Verlust einstiger Größe, der Selbstzweifel an der Lebensfähigkeit des Landes, Bürgerkrieg, der Verlust der eigenen Existenz, doch allmähliche Selbstfindung durch diese Katastrophe stehen Pate für dieses Land und in diesem Land.

Aber dann: Auffallend, und für uns alle nachvollziehbar, gab es eine rasante Wachstumswelle: die Fahrt in die extreme Privatheit begann.

In den sechziger und siebziger Jahren erstrahlte im Hochglanz des Lebensstandards und einer relativen sozialen Sicherheit das ,,erste Zimmer'' des Österreichers. Der Holländer Bernard von Beuren hat zur Eröffnung des ,,steirischen herbstes'' 1979 eine Symphonie für den Grazer Hauptplatz komponiert.

Damals hat er vom Österreicher als ,,Zweizimmerwohnung'' gesprochen und gemeint:

Im ersten Zimmer sehe ich ihn mit Eigenschaften, für die er berühmt geworden ist. In seinem zweiten Zimmer ist er schwer erreichbar und bleibt verborgen, als hänge ein Vorhang davor. Er ist dann nicht mehr so lustig und in solchen Momenten erkenne ich sehr gut, daß Österreich in einer etwas dunklen Ecke in Europa liegt und daß die Österreicher in unzählbaren, abgeschlossenen Tälern wohnen.

Aber damals, 1979, hat die eingangs erwähnte Barbara Frischmuth über das Faktum, — nicht Faktotum — ,,Österreicher'' zu sein, noch positiv geschrieben: *Österreicher zu sein ist hierzulande der Normalzustand, im Ausland wird man gelegentlich darauf aufmerksam gemacht; der Zustand wird somit zu einem besonderen. Es gibt kaum Gefährlicheres als sich auf Äußerungen zur Mentalität, zu Nationaleigenschaft und Volkscharakter einzulassen, wozu es unweigerlich kommt, wann immer man anfängt, sich über das So- oder Anderssein zu unterhalten. Aber unabhängig von allem Dafür- und Dawiderhalten, von all dem Vagen, das sich zu nationalen und regionalen Unterschieden sagen läßt, hat Österreich den entscheidenden Vorteil, ein Land zu sein, in dem keine fremden Truppen stationiert sind, in dem es kein Atomkraftwerk, keinen Numerus Clausus und kein Berufsverbot gibt. Das ist einmalig in Mitteleuropa. Ich weiß, daß diese, wie ich meine, Vorteile, nicht von allen dafür gehalten werden, und auch mir ist klar, daß damit noch bei weitem nicht alles getan ist. Aber gerade da setzt die-*

ses Wenige an Hoffnung ein, das ich mir zu dieser Zeit auf diesem Kontinent gestatten möchte. Nämlich aus dieser Situation einer relativen geistigen und politischen Freiheit und einer relativen wirtschaftlichen und ressourcenmäßigen Begrenztheit könnte etwas entstehen, das anderswo von vornherein keine Chance hat.

„Aus dieser Begrenztheit könnte etwas entstehen" — **das** war der Stoff, aus dem viele — vor allem Intellektuelle, Künstler, Meinungsbildner, wer und wie auch immer — die Träume der Kreisky-Ära bezogen haben.

Und in jenem „ersten Zimmer" des Österreichers herrschte vor allem in den siebziger Jahren eitle Wonne. Oder wie es das „Wiener Journal" einmal so salopp formulierte: „Für die UNO hatten wir den Waldheim, für die Araber den Kreisky, fürs Lockere den Hannes und für die Moral den Kirchschläger."

Wir waren wieder wer! Dank Kreisky.

Typisch hatte ein Apologete der Kreisky-Ära, der damalige Herausgeber und Chefredakteur des „profil", Peter M. Lingens, in einem Sonderheft anläßlich des Abganges des Journalistenkanzlers und „Sonnenkönigs" dessen „Ära" so beschrieben.

Man könnte ihn lächelnd den letzten Kakanier nennen — aber indem er dieses Land wie der Kaiser einer Parallelaktion regierte, verwandelte er es ein ganz klein wenig in Kakanien zurück: das beste Österreich, das es jemals gegeben hat.

Man kann auch dies wieder ungleich politischer formulieren: Österreich war bis Kreisky ein Land, das seine Identität nur aus der Negation bezog: Man wollte kein Deutscher sein, aber man hatte doch beständig das Gefühl, man wäre ungleich mehr, wäre man einer. Charakteristisch war die Überzeugung von der eigenen Inferiorität: Österreichische Produkte wurden selbstverständlich für schlechter gehalten als ausländische. Die österreichische Industrie wurde als unproduktiv und veraltet verachtet. Österreichische Wirtschaftspolitik galt als ineffizient. Ein tüchtiger Österreicher, der etwas werden wollte, so war die allgemeine Überzeugung, müsse nach Deutschland gehen.

Kreiskys historisches Verdienst besteht darin, der neu entstandenen österreichischen Nation (die eigentlich erst dadurch endgültig gesichert wurde) ihren Minderwertigkeitskomplex zu nehmen: Die Österreicher wurden stolz auf den „österreichischen Weg".

Und dieser österreichische Weg implizierte durchaus auch einen „ideellen Wert".

Im Rahmen der bereits „legendären" universitären Konversatorien des Grazer Politikwissenschaftlers Wolfgang Mantl hat der renommierte Journalist Gerfried Sperl einmal gemeint: „Kreisky, ganz Gesellschaftsveränderer und Wegbereiter dieses österreichischen Weges, reservierte 64% seiner Ausführungen für die Diskussion über mehr ideelle und materielle Werte; wobei das **Ideelle** klar dominierte".

Sperl zitierte damals, 1983 — am Ende der Ära Kreisky — eine Untersuchung des Wiener Institutes für Publizistik und replizierte: „Auch die materiellen Werte der siebziger Jahre kamen nicht zu kurz. Das ließ sich deutlich aus den Regierungserklärungen zwischen Kreisky 1970 und Sinowatz 1983 herauslesen". Die politische Semantik der damaligen Zeit war eindeutig von positiven Begriffen geprägt.

- Kreisky traute sich noch vom Wirtschaftswachstum zu reden. 18% seines Programmes standen in diesem Zeichen. Sinowatz redete nicht mehr vom Aufschwung. Nur 2% seiner Druckseiten wurden darauf verwendet.
- Beschäftigungspolitik war vor 17 Jahren noch kein Thema. Im Zeichen der anhaltenden Wirtschaftsflaute mußte Sinowatz 22% allein diesem Schwerpunkt widmen — sieben mal mehr als sein Vorgänger.

3. Das Ende der „Versuchsstation" einer rosaroten Weltidylle

Während andere Länder ab den Mittsiebzigern kürzertreten mußten, hatte Österreich die Weltwirtschaftskrise auf rein „gymnastische Weise" bewältigt: durch Wegschauen.

Unbekümmert vom Ölschock und weiter Arbeitslosigkeit spielten wir weiter die „Insel der Seligen" — die Fabrikswelt war noch heil, die Seen waren noch sauber, die Kriminalität war noch ein angenehmes Plauderthema...

Doch spätestens im Herbst 1981 hatte das „Modell Österreich" — wie der Kreisky-freundliche „Spiegel" feststellte — das von der sozialistischen Propaganda als „Versuchsstation einer rosaroten Weltidylle" ein Jahrzehnt lang werbewirksam verkauft worden war, abgewirtschaftet: ökonomisch wie geistig. Der jüngst verstorbene Nationalökonom Stephan Koren damals, 1981, als Skandale und Imageprobleme sich einigermaßen noch in Grenzen hielten: „Selbst unser ungeheuer entwickeltes Verdrängungspotential muß heute zwangsläufig versagen!" Auch im moralisch-geistigen Bereich begannen die Medien, Österreich mit einem „düsteren Hochmoor" zu vergleichen, wo sozusagen in Sümpfen und „sauren Wiesen" die Korruptionsgewächse wucherten, und darüber Aas- und Pleitegeier hausten.

4. 1985: „Trubel statt Jubel" — Das Etikett der „Skandalrepublik"

War das Jahr 1984 ein Gedenkjahr, so hätte das Jahr 1985 ein Jubeljahr werden sollen: Vierzig Jahre „Zweite Republik" — bedeutet gleich Demokratie; dreißig Jahre Staatsvertrag — bedeutet gleich Souveränität und vollständige Freiheit! Ist bzw. wäre das kein Grund zu feiern gewesen?...

Tatsächlich ist unsere staatliche Lebensfähigkeit und Selbständigkeit unbestritten, und das ist fürwahr nicht wenig.

Doch Karl Kraus brachte es seinerzeit schon auf den Punkt: „Im österreichischen Beruhigungswörterbuch stehen Wendungen, die sich zur Rehabilitierung jeder Institution, deren Ansehen durch gravierende Tatsachen erschüttert wurde, nach Belieben verwenden lassen." Und es beliebte!

Zu verdrängen und verharmlosen gab es seit dem AKH-Skandal, der den Affärenregen der neueren Zeitrechnung eröffnete, mehr als genug.

Kaum waren die AKH-Filzokraten abgeurteilt, stand die ehrenwerte WBO-Gesellschaft vor dem Kadi.

Die Skandalqualität der Ereignisse hat sich mit einem gekauften Staatsanwalt durch Bela Rabelbauer und dem Gewerkschafts-Kassengriff des zurückgetretenen Bautenministers weiter fortgesetzt.

Ab dann wurden Quantität und Qualität der Skandale „grenzüberschreitend". So warf beispielsweise die Frischenschlager-Affäre Österreich im Nu in den internationalen Medien zurück in die nationale Steinzeit. „Neu daran ist, daß Österreich von außen gesehen skurill geworden ist. Das ist gewiß das schlimmste, was dem Land passieren konnte", stellte Ende 1985 die französische Zeitung „Le Monde" fest und umriß damit ein Problem, das bei uns damals — und auch heute — nur teilweise, aber überhaupt nicht verkraftet wurde:

Es ist kein Geheimnis, daß wir Österreicher im allgemeinen nicht besonders viel von „der Außenpolitik" halten. Diese wird — wir wissen es aus zahlreichen Umfragen — als nicht besonders wichtig und wissenswert erachtet und findet auch den dementsprechenden Raum in unseren Medien. Andreas Khol, immerhin Exekutivsekretär der IDU, hat in einem Forschungsbericht zum Thema „Vielgerühmtes Österreich? Unser Österreichbild im Ausland festgestellt:

„Großen Wert jedoch legen wir Österreicher auf die Anerkennung aus dem Ausland. Wir lieben stetiges Schulterklopfen, wie groß wir bzw. unsere Leute sind und wenn das nicht in der gewünschten Dichte und Qualität erfolgt, sind wir verunsichert."

Es sei nicht verhehlt, was die angesehene „Frankfurter Allgemeine Zeitung" dazu, 1985, geschrieben hat:

„Aber so sind sie, die Österreicher — sie ertragen Korruption und Filz, richten sich im Morast gemütlich ein, haben obendrein ein so notorisch gutes Gewissen, daß sie nicht einmal erwiesene Schuld aus dem Gleichgewicht zu bringen vermag. In einem Punkt verstehen sie allerdings keinen Spaß: wenn man über ihre Tragödie Witze macht, noch dazu solche, die treffen."

Als einigermaßen noch jüngeren Zeitgenossen ist es manchmal schon nachdenkenswert, warum ein Land sich immer wieder fragt, ob es geliebt, geachtet,

verstanden und vor allem auch kräftig bedauert wird oder werden muß. Ein Symposion in der ,,Politischen Akademie'' in Wien hat es auf den Punkt gebracht: ,,Wir wollen, daß uns alle erst bemitleiden, daß wir ‚arm' sind — gehandicapt durch Geschichte, Geographie, Erbschaften ‚und überhaupt' — um's ihnen dann zu zeigen, daß wir trotzdem etwas zustandebringen.''

Doch, wie gesagt, diese Melodie der internationalen Medienorgel(n) ist mittlerweile verstummt.

Das ,,Image'' Österreichs in der internationalen Welt hat durch eine Abfolge von Skandalen, Peinlichkeiten und Krisen schwer gelitten. Um nochmals mit Karl Kraus zu sprechen: ,,Das österreichische Beruhigungswörterbuch funktioniert nicht mehr.'' So hat das zweitgrößte Blatt der Deutschschweiz, der ,,Zürcher Tagesanzeiger'' damals ,,Faschistisches und Faschistoides im Alltag'' beschrieben und die Schlußtendenz einer Reportage über die Jubelrepublik 1985 war auch nicht ganz ohne:

Ab 40, so sagt ein französisches Sprichwort, ist man für sein Gesicht verantwortlich. Leider auch für Schmisse, wie sie die Frischenschlager-Rederei als Ausdruck des Verdrängten in der österreichischen Seele dem Image des Landes ausgerechnet im 40. Jubeljahr seiner Wiedergeburt zugefügt hat.

5. Der Abschied von der ,,Insel der Seligen''

Doch wer Bundespräsident Kurt Waldheim allein für die ,,Imageprobleme'' Österreichs verantwortlich machen möchte, der sollte doch vorher noch die gemeinsame amerikanisch-österreichische Analyse zur Hand nehmen, die bereits vor drei Jahren in einem von ,,Aspen Institute for Humanistic Studies'' gemeinsam mit der österreichischen ,,Zentralsparkasse'' veranstalteten Seminar erarbeitet wurde.

Der Zufall wollte es, daß der Bericht ,,Österreich in den achtziger Jahren, Erbe der Vergangenheit — Konturen der Zukunft'' erst im Frühjahr des vergangenen Jahres in seiner deutschen Übersetzung vorlag. Und da hieß es bereits:

Klein und neutral zu sein, ist keine Entschuldigung dafür, der Gegenwart mit Selbstzufriedenheit und der Geschichte mit Ignoranz gegenüberzustehen... Man könnte zu dem scheinbar widersprüchlichen Schluß gelangen, daß der moderne österreichische Staat das Produkt eines heilsamen Schweigens ist, das nicht nur alte Wunden schloß, sondern auch alte Schuld verdrängte.

Die Risse im Geschichtsbild des modernen Österreichs wurden von diesem internationalen Gesprächskreis zu einem Zeitpunkt konstatiert, als der ,,Fall Waldheim'' noch kein ,,Fall'' war. Schon viel früher wurde das Operettenland an der schönen blauen Donau — in weiten Teilen der Welt ohnehin nur als mysteriöser Punkt auf der Landkarte bekannt — mit allzu grotesken ,,News'' in Verbindung gebracht.

Das ,,Österreichbild'', das bei Frischenschlager-Reder begann, hatte sich mit dem ,,Fall Waldheim'' besonders beim westeuropäischen Politikkonsumenten etabliert bzw. massiv bestätigt.

Seit damals holt uns die Vergangenheit immer wieder ein. Und nicht gerade zufällig in diesen sensiblen März-Tagen des ,,Bedenkjahres'' 1988!

Seit damals — und besonders wieder in diesen Tagen — stellt sich wieder die Frage nach Schuld und Sühne, nach ethischen Prinzipien und nach der eigenen Identität.

Und vor allem: Seit damals — und besonders wieder in diesen Tagen — ist die Vergangenheit wieder zum Streitthema geworden.

Ein ,,Lagerdenken'' — nicht unbedingt ident mit den Parteikirchen — mühsam gekittet in der Zweiten Republik und besonders in den Jahren 1984 und 1985, brach und bricht nun wieder verstärkt hervor.

Nun, wie herauskommen aus diesem Lagerdenken? Wie herauskommen aus diesem Teufelskreis? Was tun? Überspitzt ausgedrückt: Es bleibt uns natürlich immer noch das ,,albanische Modell''. Einige Medien haben es genüßlich wie erschreckend zugleich vorgestellt. Albanien kümmert sich ganz einfach nicht um sein ,,Image'' im Ausland, schottet sich nahezu hermetisch ab und genügt sich selbst. Zerstritten mit allen lebt das Land in einer Art von bewußtem Autismus.

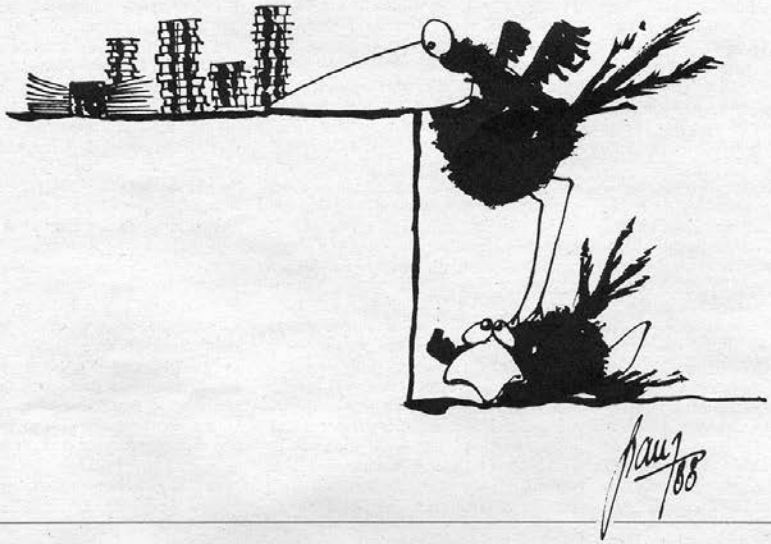
Wer, vor allem im Jahr 1986, aber auch 1987 in den Wochen nach der Watchlist-Entscheidung der amerikanischen Regierung und, es sei wiederholt, besonders wieder in diesen Tagen, manche österreichische Kommentare gehört und gelesen hat, hätte — zu dem Schluß kommen können, dies wäre eine durchaus überlegenswerte Strategie für Österreich.

Eine Welle von Selbstmitleid — nicht immer ganz unverständlich, wenn der Wechsel von der ,,Insel der Seligen'' verspitzt ausgedrückt zu einer Art ,,Paria-Staat'' in so kurzer Zeit unsere Republik erschüttert — aber doch auch von Realitätsverweigerung war die Reaktion auf die schlechte Nachrede, die wir in fast allen Medien hatten.

Also, was wirklich tun?

Zum Abschluß sei wiederum das ,,Wiener Journal'' zitiert, dessen ,,Anleitung'' einfach wie schwierig zugleich ist:

,,Wirklich schaden oder helfen können **wir uns** in Zukunft **nur selbst:** durch weitere Selbstlähmung oder nüchternes Aufraffen zu dem, was halt getan werden muß — ohne Ausrede, ohne Selbstmitleid aber auch ohne Minderwertigkeitskomplexe!''



Ruth Pauli

DAME MIT JANUSKOPF

Wir alle reden über sie, keiner von uns kennt sie, deshalb spricht jeder über etwas ganz anderes, wenn wir beginnen, über politische Kultur zu reden. Und doch ist diese unbekannte Dame in aller Munde, wenn es um die politischen Zustände geht — oder wahrscheinlich weil von diesen unseren österreichischen politischen Zuständen die Rede ist.

Je mehr das Unbehagen mit der heimischen Politik wächst, desto mehr wird die politische Kultur beschworen. Wir alle wissen und fühlen schmerzlich, daß sie fehlt. Und wissen nicht genau, was uns da abgeht.

Es ist auch nicht so leicht: Gesuchte Dame hat zwei Gesichter.

Das eine entdeckt die Politikwissenschaft in dem Ganzen der politikbezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen, die in der Bevölkerung existieren. Dieses Gesicht wird oft demoskopiert, aber nie erreicht. Die offizielle Statistik will es hierzulande gar nicht kennen: Denn während in Ländern mit striktem Datenschutz eine genaue Wahlstatistik existiert, werden die Stimmen der Bürger in Österreich in Urnen endgelagert. Und dort — was sonst — ohne weitere Auswertung in Ruhe gelassen.

Zu dieser Art politischer Kultur zählte bis vor kurzem die hohe Wahlbeteiligung. Es gehörte einfach zum guten Ton, die Stimme abzuliefern. Wahlpflicht hielt den braven Untertan auf dem rechten Weg in die Wahlzelle.

Im kleingemeindeten Österreich funktionierte zudem auch die soziale Kontrolle gut: Vielfach war und ist es weit mühsamer, nicht zur Wahl zu gehen — und das auch noch vor der Umgebung zu begründen — als der noch so ungeliebten Verpflichtung zu entsprechen.

Jetzt ist das etwas anderes geworden: Wie es in den siebziger Jahren gesellschaftsfähig wurde, Wechselwähler zu sein, so ist mittlerweile auch der Nichtwähler dem Bereich des Tabuisierten entkommen.

Noch mehr: Es ist in manchen Kreisen — jenen, die sich besonders gerne als die politisch Interessierten und Informierten sehen, die sich als grün, fortschrittlich und kritisch empfinden — nahezu chic, nicht zu wählen, denn alle, alle Parteien sind nicht wählbar. (Unter diesem Modetrend leiden sicherlich in erster Linie die Grünen, die bei Wahlen bisher noch nie ihr Sympathisantenpotential ausschöpfen konnten.)

Darin spiegelt sich überspitzt eine generelle Strömung: Im Österreich am Ende der achtziger Jahre verfügen — Gott sei Dank — mehr Menschen über mehr Bildung, über eine höhere Qualifikation. Dagegen haben weniger Bürger die Parteigefolgschaft in den Familien erlernt, ein Prozeß, der sichtbar rund um 1968 einsetzte und immer stärker zum Tragen kommt. Seltener werden die Jungen heute von Haus aus in ein politisches Lager getrieben, häufiger wächst der österreichische Jugendliche ideologielos auf.

Dagegen ist der Wunsch gewachsen, gehört zu werden, und das Gefühl, übergangen zu sein, ist wacher. Daß dieser Wunsch nach Mitbestimmung nicht unbedingt mit den praktischen Notwendigkeiten wie Initiative, Geduld und Verfahrenskenntnis Hand in Hand geht, ist ebenso bekannt, wie das immer noch unterentwickelte Angebot zum Mitsprechen — man denke, daß eine Volksabstimmung vom Parlament ausgehen muß, daß die Volksbefragungen wie etwa jene in Wien dem Souverän Volk von der Mehrheit der Mächtigen zugestanden werden, daß ein Volksbegehren die Volksvertreter nicht einmal zum Noch-einmal-Denken veranlassen muß.

Die Institutsveteranen schwinden, die politischen Weltbilder verblassen, die verläßlichen Heerscharen der Parteivölker haben ihre Gefolgschaft — und vor allem ihre Folgsamkeit — aufgekündigt. So wie einst König Johann ohne Land blieb, finden sich die Parteiführer ohne Truppen, ja sogar ohne feste Lobpreiser. Noch viel schlimmer: Bei immer mehr Themen sehen sie sich neuen, bedrohlichen Volksallianzen gegenüber — sobald ein Issue als überparteilich wahrgenommen wird, geht die Initiative rasch über die Lager hinaus. Zwentendorf, Konferenzzentrum, Hainburg oder die Draken sind der Stoff, aus dem die Alpträume alpenländischer Parteichefs sind.

Fast rätselhaft, aber auch aufmunternd ist das Phänomen, daß wichtige Themen wie der Umweltschutz, die Staatsverschuldung oder staatliche Verschwendung von den „Menschen draußen" oft früher erfühlt wurden, als es die Experten mit dem Verstand erjagten.

Überall manifestiert sich so die „unruhige Gesellschaft" — und sie wird nicht nur unruhig bleiben, sondern immer größer werden, auch wenn sie das Land später erreicht als die Vororte der Städte.

Und diese Gesellschaft ist nicht nur unruhig an sich, sondern wird auch immer unruhiger, wenn sie ihre Politiker sieht. Womit wir bei der Kehrseite der Medaille, pardon, beim anderen Gesicht der Dame „Politische Kultur" wären.

Denn meist sprechen wir vom Verhalten der politischen Akteure, wenn es um diese Kultur geht. Auch wenn wir dann meistens das Gegenteil meinen: die Un-Kultur. Es wäre aber ungerecht, diesen Mangel den Politikern allein unterjubeln zu wollen. Dieses zweite Gesicht wird mitgeprägt von den Vertretern des Bildungssektors, von der Hochbürokratie, den Richtern, aber auch und besonders von den Journalisten, jenen Veranstaltern und Zuträgern des Gesumses, das mit einem öffentlichen Dialog verwechselt wird. (Zu unserer Ehrenrettung soll aber heftig bezweifelt werden, daß der rationale Diskurs jemals mehr als die Ausnahme von der politischen Regel gewesen ist.)

Die Politik aber ist überall. Sie lastet auf der Schule, dem Wohnbau, auf Kunst und Kultur, dem Sport, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Da haben die politischen Akteure alle Hände voll zu tun — mit der Macht, die sie allüberall ausüben können.

Doch im Sinne der politischen Kultur handeln sie so alibi.

Denn bei dieser Allgegenwart der Politik in unserem Land bleibt kein Raum mehr für einen starken oder stärkeren ideologischen Impetus. Die Kräfte erschöpfen sich im Verwalten der Machtbastionen — was sollte da für die Tragkraft einer parteipolitischen, geschweige denn staatspolitischen Idee übrigbleiben.

Die Politik ist hierzulande sehr real. Sie durchflutet alle Lebensbereiche und gängelt zuviele Menschen. Und weil die Verwaltung der Macht im Vordergrund steht, sind ideologische Fragen und Liniendiskussionen (sogar in stark verdünntem Zustand) kaum mehr ernst zu nehmen. Sie wurden zur Beschäftigungstherapie für ein paar Parteiintellektuelle, die wahrscheinlich die vielzitierten Randschichten ansprechen sollen. Man hält sich diese Zukunftssucher und Vordenker aus Imagegründen.

Der Ideologe denkt, der Macher lenkt — woanders hin.

Freilich stehen wir heute staunend vor der alpenrepublikanischen Spielart (Abart?) der Macher: Vor dem Schlagzeilen-Macher. Hierzulande nimmt man nämlich (fast nur) ernst, was in die Medien bringt.

Größe wird gemessen im Titelschrift-Maß des Wort-Niederschlags und mit der ZiB-Eieruhr der Kamera-Präsenz. Medien sind längst für viele das Ziel der Politik geworden — ein Lebensmittel, das zum Lebenszweck wurde. „Vorkommen" verspricht der weit sicherere Weg zum Wahlerfolg zu sein, als weiterzukommen mit politischen Vorhaben.

Symptom unserer politischen Un-Kultur ist dabei, daß der TV-Auftritt jenseits der politischen Berichterstattung überhaupt als Nonplusultra gilt. Nach dem Motto: Besser einmal im Seniorenclub aufgetreten als die Pensionsreform angetreten; besser ein Hoppala beklatschen lassen, als dem Bürger einen Stolperstein aus dem Weg geräumt.

Wer Can-Can kann, signalisiert Mut zum Neuen. Und auch auf den zweiten Blick

entdeckt man oft mehr Drang zum Seitenblick als Einblick in die Handlungsnotwendigkeiten.

Mittäter sind natürlich die Medien. Die Personalisierung der Berichterstattung ist seit Bruno Kreisky — dem „Journalistenkanzler" — längst bei der Rangordnung angelangt, die das Wie einer Aussage weit über das Was stellt. Form triumphiert über Inhalt: Über der Bewunderung der täglichen Kapriole bei der Meinungsänderung ging der Blick der Journalistencorona für den so beschleunigten Verfall politischer Entscheidungs-Kultur verloren.

Und gegen einmal erkorene Idole anzuschreiben, ist auch nicht branchenüblich. Daß freilich die schreiberische Ehrfurcht sehr vergänglich ist, erleben wir jetzt. Seit sich der frühere Sonnenkönig das gegenwärtige Zentrum der Medienliebe, Franz Vranitzky, zur Zielscheibe seiner Blitze aussucht, ist die Wetterwendigkeit der Verehrung sichtbar.

Ja, such mir den Schnee vom vergangenen Jahr.

Der Beitrag der Medien zur politischen Kultur geht aber noch weiter: Oft verschafft sich ein Interviewer ein gutes Entree bei einem Gesprächspartner, indem er ihn mit ein paar netten Vorschuß-Lobworten gewogen stimmt. Allzu oft. Da darf sich dann auch niemand wundern, daß die ministerialen Pressesekretäre längst Zuckerbrot und Peitsche in der Hand haben: Wer nicht freundlich schreibt, erhält erst gar keinen Termin beim betreuten Politiker.

Dabei haben wir Interviewer uns ohnehin längst mit dem Reportieren von Gummisätzen zu begnügen gelernt. Der ungeschlagene Meister dieser Sprachspezies, Karl Sekanina, mußte zwar längst abtreten, doch scheint sich jetzt mit Franz Vranitzky ein würdiger Nachfolger zu finden.

Doch es ist kein Wunder, daß man sich gern hinter wortreichem Nichtssagen versteckt: Bedient sich einer der Wort-Diretissima, stürzt er ab. Das führte Michael Graff schon lange vor dem Zeitpunkt zur Perfektion, als er mit seinen mit dem Antisemitismus kokettierenden Geschmacklosigkeiten zu Fall kam.

Doch während die Politik der Worte schon solche Blüten treibt, daß für so manchen Akteur nur wirklich ist, was in der Zeitung steht, und daß die medientrommelnde Ankündigung längst die notwendige Tat ersetzt („So rettet Zilk den Wienerwald"), interessiert die Menschen anderes — konkrete politische Taten.

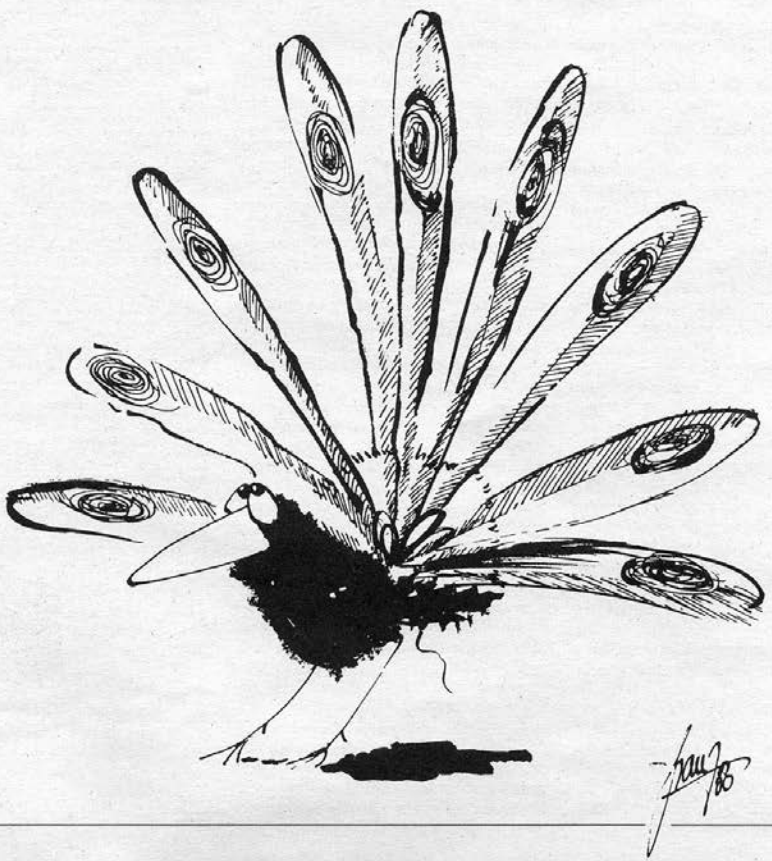
Der Preis des Stroms, die (Un-)Sicherheit der Pensionen, das Dahinsterben des Waldes, das Tempo 80/100, die unzulänglichen Schulbücher.

Natürlich ist auch die Person des Politikers von Bürgerinteresse, aber sie sollte nicht für die Politik stehen.

Wenn es auch noch viele andere auf der politischen Bühne gibt, auf die Gesagtes nicht zutrifft, dann prägen sie das Bild leider zuwenig. Wahrscheinlich müßte die gegenseitige Verweigerung um sich greifen: Weder dürfte sich der Politiker dem Zeitgeist ausliefern („Warum ich so erfolgreich bin"), noch dürften wir Journalisten anderes berichten als das, was (nicht dem Medienspektakel zuliebe) passiert, veranstaltet und diskutiert wird.

Schließlich haben doch auch echte Nachrichten — siehe Bruno Kreisky — Unterhaltungswert.

So aber müssen wir mit dem Januskopf der politischen Kultur weiterleben. Denn wer so ein zweites Gesicht hat, der darf sich nicht wundern, daß sich das andere Gesicht abwendet.



Peter A. Ulram

ZUM WANDEL DER POLITISCHEN KULTUR IN ÖSTERREICH

Ein Überblick

In der medialen und politischen Umgangssprache wird politische Kultur meist mit ,,kultiviertem politischen Stil'' und ,,öffentlicher Moral'' gleichgesetzt — um dann den Mangel, den Niedergang oder überhaupt die Abwesenheit derselben (allgemein oder beim jeweiligen Gegner) zu beklagen. Demgegenüber liegt diesem Beitrag das politikwissenschaftliche Konzept der politischen Kultur zugrunde[1]: politische Kultur sind jene Einstellungen und Werthaltungen, die — in Form systematischer Orientierungsmuster — für das Verhalten der Menschen zum und im politischen System von Bedeutung sind. In diesem Sinn besitzt jedes Land eine politische Kultur; sie ist in ihrer Konstanz wie in ihrem Wandel beschreibbar und analysierbar — ungeachtet dessen, ob sie im jeweils konkreten Fall für lobens- oder für tadelnswert hält.

Für das Österreich der Zweiten Republik lassen sich bisher zwei große Phasen einer relativ stabilen politische Kultur unterscheiden[2].

1. Die politische Kultur der **,,versäulten Konkordanzdemokratie'':**[3] Nach den Turbulenzen der ersten Nachkriegsjahre erfolgt die Festigung des österreichischen Nationalstaates und seiner demokratischen Einrichtungen; mit der Sozialpartnerschaft entsteht eine neuartige Institution, die gleichfalls wachsende Zustimmung findet, und der auf Regierungsseite die Konkordanzdemokratie der großen Koalition entspricht. Dieser Konsenskultur auf Elitenebene steht jedoch eine — wenngleich im Vergleich zur ersten Republik stark abgeschwächte — Konflikt- bzw. Abschottungskultur der großen Lager(parteien) gegenüber: diese — im wesentlichen Sozialdemokratie und Christlichsoziale/Konservative — stellen eigenständige Subkulturen dar, die nach innen durch Identifikation, Zusammenhalt und (auch emotionale) Geborgenheit; nach außen durch Mißtrauen, Konfrontation und Abgrenzung gekennzeichnet sind.

Politische Partizipation[3a] erfolgt in begrenztem Umfang, vorwiegend in konventionellen Formen (Wahlen, Mitarbeit in Parteien bzw. deren Vorfeldorganisationen, persönliche Kontakte mit Politikern) und primär innerhalb der Lager.

2. Die politische Kultur des **,,sozialliberalen Konsenses'':** Die zentralen politischen Institutionen sind nunmehr fest etabliert. Es besteht eine breite Basis politischen und sozialen Konsenses — radikale Strömungen und gewaltsame Aktionsformen bleiben Randerscheinungen; doch nimmt das Elitenverhalten teilweise stärker kompetitive Züge an[4]. Vor dem Hintergrund einer modernen, prosperierenden Industriegesellschaft, Verschiebungen in der Sozialstruktur und dem Wertesystem sowie des zunehmenden Einflusses der Massenmedien beginnen sich die Lagerkulturen zu öffnen bzw. zeigen erste Auflösungserscheinungen; unkonventionelle Partizipationsformen (etwa Bürgerinitiativen) gewinnen an Bedeutung. Zentrale politische Themen sind der ,,soziale Garantismus'' (die Sicherung und Ausweitung von materiellem Wohlstand, persönlicher, sozialer und Arbeitsplatzsicherheit); ergänzt um die Ausweitung individueller Freiheitsrechte, der Bildungschancen und einer ansatzweisen Demokratisierung der öffentlichen Institutionen.

Spätestens seit Beginn der achtziger Jahre zeichnen sich nun verstärkte Tendenzen eines neuerlichen Wandels der politischen Kultur ab. Seine Kennzeichen sind

— ein beschleunigter Prozeß ,,politischer Säkularisierung'', also abnehmende Lager- und Parteibindungen[5], ein Verblassen der traditionellen ideologischen und weltanschaulichen Deutungsmuster sowie zunehmende politische Mobilitätsbereitschaft und faktische Mobilität;

— eine Ausdifferenzierung und Erweiterung der relevanten substanziellen politischen Themen — zum sozialen Garantismus treten Umweltschutz und die Kritik öffentlicher Verschwendung (teilweise eines umfassenden Staatsinterventionismus überhaupt) hinzu[6];

— schwindendes Vertrauen in die (materielle) Leistungsfähigkeit der Großinstitutionen (Staat, Parteien, Verbände);

— eine zunehmende Parteien- und Politikerverdrossenheit, die zunächst ihren Ausdruck im Auftreten der grünalternativen Bewegung(en) und in der Stärkung der traditionellen parlamentarischen Opposition findet; seit 1986 aber eine weite Palette an Einstellungen und Verhaltensformen umfaßt: vom Rückzug aus der Politik (Wahlenthaltung und Privatismus) über das Weiterwirken der Grünalternativen bis zum ,,reinen Anti-Parteienprotest'' mit teilweise autoritären Untertönen[7].

Derzeit ist es noch zu früh, um ein endgültiges Urteil darüber abgeben zu können, ob es sich dabei nur um eine Übergangserscheinung oder um eine neue Phase der politischen Kultur — vielleicht die politische Kultur des ,,Unbehagens'' (?) — handelt. In jedem Fall haben sich die Rahmenbedingungen für die politischen Akteure, insbesondere die politischen Parteien, stark verändert. Nicht zuletzt an ihrer Innovationsfähigkeit oder aber ihrem starren Beharren an vergangenen Positionen und ,,Erfolgsrezepten'' wird es liegen, ob wir die politische Kultur der neunziger Jahre als eine offene, demokratische und — bei allen Differenzen — auf Vertrauen aufgebaute schätzen, oder sie als (nach neuen Konfliktfronten strukturierte) introvertierte, durch gegenseitiges Mißtrauen und weitverbreitete politische Anomie geprägte, erleiden werden.

Anmerkungen:

1) Vgl. dazu zusammenfassend **D. Berg-Schlosser,** Politische Kultur, in: **D. Nohlen/R.-O. Schultze (Hrsg.),** Pipers Wörterbuch zur Politik (Bd. 1/Teil 2), München/Zürich 1985; **G. A. Almond/S. Verba (eds.),** The Civic Culture, Princeton (N.J.) 1963, **G. A. Almond/S. Verba (eds.),** The Civic Culture Revisited, Boston 1980. Im Regelfall wird dabei zwischen Systemkultur (Legitimität zentraler Strukturen und Institutionen, Sicht der politischen Regeln), Prozeßkultur (politisches Interesse, Partizipation, Kompetenz etc.) und Politikfeldkultur (Entwicklung politischer Themen, Beurteilung von Input- und Outputleistungen) unterschieden.

2) Die folgenden Ausführungen basieren auf meiner Habilitationsarbeit (**P. A. Ulram,** Hegemonie und Erosion: Politischer Wandel in Österreich, Wien 1988 — in Vorbereitung), wo sich auch die entsprechenden empirischen Forschungsergebnisse wie theoretischen Erörterungen finden.

3) Vgl. dazu **G. Lehmbruch,** Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich, Tübingen 1967; **A. Pelinka,** Das politische System, in: **P. Dusek/A. Pelinka/E. Weinzierl,** Zeitgeschichte im Aufriß: Österreich von 1918 bis in die achtziger Jahre, Wien 1981; zusammenfassend: **P. A. Ulram,** Politische Kultur(forschung) im Wandel, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1982/I.

3a) Politisches Verhalten zählt allerdings nicht zur politischen Kultur im engeren Sinne. Es wird hier dennoch behandelt, um zu zeigen, daß die geänderten Orientierungsmuster auch Resonanz in der Praxis gefunden haben.

4) Vgl. dazu **P. Gerlich,** Consociationalism to Competition: The Austrian Party System Since 1945, in: **H. Daalder** (ed.), Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, the Netherlands and Belgium, London 1987; **F. Plasser/P. A. Ulram/A. Grausgruber,** Vom Ende der Lagerparteien: Perspektivenwechsel in der österreichischen Parteien- und Wahlforschung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1987/3.

5) **F. Plasser,** Parteien unter Streß: Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, Wien/Köln/Graz 1987; **Ch. Haerpfer,** Gesellschaft, Wählerverhalten und Parteiensystem: Wahlverhalten in Österreich, der BRD, Belgien und Großbritannien 1947—1987, in: Journal für Sozialforschung 1987/2.

6) **P. A. Ulram,** Thematischer Wandel im österreichischen Parteiensystem, in: **A. Pelinka/F. Plasser (Hrsg.),** Das österreichische Parteiensystem, Wien/Köln/Graz 1987; **K. Traar/F. Birk,** Der durchleuchtete Wähler in den achtziger Jahren, in: Journal für Sozialforschung 1987/1.

7) **P. A. Ulram,** Die Einstellung österreichischer Jugendlicher zur Politik (Forschungsbericht des Dr. Fessel & Co-Instituts) Wien 1987; **F. Plasser/P. A. Ulram,** Großparteien in der Defensive: Die österreichische Parteien- und Wählerlandschaft nach den Nationalratswahlen 1986, in: **Pelinka/Plasser (Hrsg),** Das österreichische Parteiensystem **(op. cit.,** Anm. 6).

Norbert Mayer

UND KULTUR UND

Der Name verpflichtet: Wer, wenn nicht Markus Tullius Cicero, sollte auf die sinnliche Idee gekommen sein, den bäuerlichen Ausdruck „Kultur" in die Gedankenwelt zu verpflanzen und fortan optimistisch-optimatenhaft auch als Begriff der Geisteskultur zu verwenden? Einleuchtend: Kultura ist etwas Gewachsenes, das man pflegen und düngen muß auf dem fruchtbringenden Acker der Öffentlichkeit.

Verwinkelter muß man den Begriff „Politik" erklären, der aus der Sprache der gerissenen Griechen kommt und in meinem Wörterbuch zwischen den Eintragungen Politesse und Politur steht. Die Technik der Politik sei die Kunst der Stadtstaatenverwaltung, meinten die Hellenen, kurzsichtig klug den Wirkungsraum dieser Tätigkeit auf innerhalb der Ortsmauern beschränkend, damit die Feindbilder weiterhin stimmten.

Wie überträgt man nun zwei solch edle Leitworte wie Politik und Kultur auf den sogar in Hymnen vorkommenden Begriff „Öhöhösterreich" (Paula v. Peradovic), der noch nicht einmal tausend Jahre alt ist? Am besten wohl, indem man den Repräsentanten dieser Republik aufs Maul schaut und zeitgemäße Definitionen sucht.

Österreich:
Land der Wiesen und der Sümpfe,
Land der Nebenerwerbseinkünfte,
Land am Heldenplatz im Reich.
Heimat bist du mancher Söhne,
die man lieber hier nicht nenne,
postmodernes Öhöhösterreich.

Diese Fassung ist zu masochistisch. Wer wird denn nur saure Wiesen und Sümpfe sehen? Außerdem war Beethoven fast Österreicher. Lassen wir das objektive Ausland sprechen:

Austria:
Small country behind the East Bloc, also called „Waldheimat". All Austrians rode on Lipizzaner-horses during the Second World War, because they were Nazis. Few horses survived their service in the SS and are now stationed in Vienna near Salzburg.

Sie sehen, kaum läßt man das Ausland sprechen, wird man als aufrechter Österreicher schon mit Hochkultur in Verbindung gebracht, auch wenn es der international anerkannte Künstler Hermann Nitsch noch nicht gewagt hat, in der Hofreitschule Orgien- und Mysterienspiele zu veranstalten.

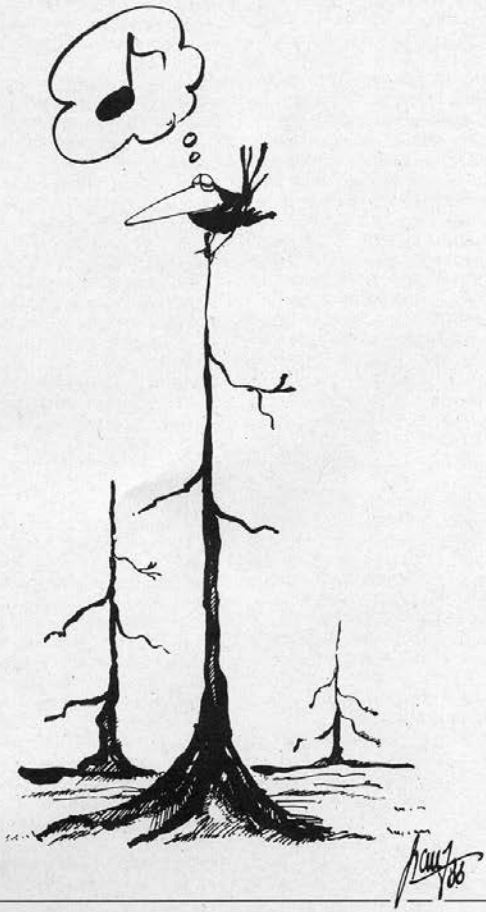
Die Kritik der Extremkultur überläßt der Einheimische aber nicht dem Ausland; über Kunst und Politik schimpft er lieber selbst.

Fäkalkultur:
Findet in Bedürfnisanstalten oder Kirchen statt. Mit Vorliebe verwendet man dazu geistliche Musik aus der Zeit des Dritten Reiches. Wird im ORF nur indirekt übertragen, auf Vermittlung von Autoritätspersonen.

Historikerkommission:
Kann nur vom Bundespräsidenten ein- oder abberufen werden. Spieldauer auf ein Jahr beschränkt. Hat die Kompetenz, Innenminister sich darüber äußern zu lassen, wie sie sich verhalten würden, wenn die Kommission zu einem positiven oder negativen Bescheid über ihn kommen würde oder auch nicht, wenn der Innenminister nicht Minister, sondern Präsident wäre, aber nicht als Person, sondern als Amtsträger, obwohl auch das ohne Auswirkungen bliebe, solange der Minister nicht als Amtsträger, sondern als Person seine persönliche Meinung äußert, die jedenfalls schon wieder vom ORF falsch interpretiert worden ist.

Musterprozeß:
Prozesse von Politikern gegen Journalisten oder andere Nazijäger. Hat keine Rechtsgültigkeit, weil Bezirksrichter politisch befangen sind und sich oft nicht an das Weisungsrecht halten. Von Provinzpolitikern zur Belustigung des Volkes inszenierte Farce, die beweisen soll, daß nicht jeder SS-Mann ein Bösewicht, fast alle Journalisten aber berufsmäßige Rufmörder sind, denen man alles ganz anders diktiert hat.

Burgtheater:
Fiktiver Ort in den späten Romanen Thomas Bernhards. Dunkle Metapher für das insgesamte Österreichertum.



Leopold Neuhold

UNFRISIERTE GEDANKEN ANLÄSSLICH EINER BEFRAGUNG ZUR „POLITISCHEN KULTUR"

1. Einleitung

Unter dem Begriff „Politische Kultur" kann Verschiedenes verstanden werden, und es wird darunter Verschiedenes verstanden. Dies zeigte sich anhand einer Umfrage, die im Jahre 1987 im Josef-Krainer-Haus durchgeführt wurde. Im Rahmen verschiedener Veranstaltungen wurden kurze Fragebögen ausgeteilt, auf denen sich 6 Fragen befanden, und zwar:

1. Wenn ich mir die Politik in Österreich insgesamt anschaue, dann fällt mir besonders positiv auf:
2. Wenn ich mir die Politik in Österreich insgesamt anschaue, dann fällt mir besonders negativ auf:
3. Wenn ich in den nächsten 3 Monaten Bundeskanzler wäre, würde ich folgendes jedenfalls versuchen zu ändern:
4. Wenn jemand das Schlagwort „Politische Kultur" sagt, dann fällt mir spontan dazu ein:
5. An der österreichischen Art des Zusammenlebens gefällt mir besonders:
6. An der österreichischen Art des Zusammenlebens mißfällt mir besonders:

Diese Umfrage hatte nicht primär wissenschaftliche Zwecke, sie sollte vielmehr den Befragten die Möglichkeit geben, ein Stimmungsbild zu zeichnen, vielleicht auch schon längere Zeit bestehendem Unbehagen Ausdruck zu verleihen und positive Erfahrungen niederzulegen. Dazu diente auch die Form der offenen Fragen, bei denen jeder unbeeinflußt durch Vorgaben seine Gedanken niederschreiben konnte. Natürlich erschwert ein solches Vorgehen die Auswertung. Da es aber nicht darum geht, exakt prozentuell die einzelnen Verteilungen festzustellen, sondern eher darum, ein Stimmungsbild zu vermitteln, ist die Aufgabe bewältigbar.

Wir wollen uns in diesem kurzen Artikel in erster Linie der Betrachtung der Ergebnisse der 4. Frage nach dem Verständnis von „Politischer Kultur" widmen. Knapp 300 wenigstens teilweise ausgefüllte Fragebögen konnten zur Auswertung herangezogen werden. Zu diesen Auswertungen einige „unfrisierte" Gedanken.

2. Politische Kultur — das unbekannte Wesen

Unter politischer Kultur können sich viele der Befragten nichts vorstellen. Spontan fällt über ein Drittel der Befragten zu dem Begriff „Politische Kultur" anscheinend überhaupt nichts ein, sodaß sie die Frage überhaupt unbeantwortet lassen (ein weitaus höherer Prozentsatz als in bezug auf die anderen Fragen), etliche schreiben ausdrücklich „Nichts" dazu. Dies mag am Verständnis des Begriffes Kultur und am Verständnis des Wertes politisch liegen, dies mag aber auch an der Kombination der beiden Wörter politisch und Kultur liegen. Wenn man das Wort Kultur auf „Hochkultur" beschränkt und darunter nur auf den Gebieten von Musik, darstellender Kunst und Literatur erbrachte Hochleistungen versteht, dann dürfte klar sein, daß man sich unter dem Begriff „Politische Kultur" wenig vorstellen kann. Denn abgesehen von einer Harmonika spielenden Staatssekretärin, einigen Blasmusikern, manchen „singenden" Politikern und vielleicht einer größeren Auswahl dichterisch Veranlagter dürfte die der „Hochkultur" zurechenbare künstlerische Tätigkeit vieler Politiker auf jenes Gebiet der darstellenden Kunst, das mit Selbstdarstellung überschrieben werden kann, beschränkt bleiben. Und auch auf diesem Gebiet agieren manche zu durchsichtig. Sollte jemand nun auf den Gedanken kommen, politisch nicht mit Politiker ident zu setzen, so dürfte er auch von der Seite der „politischen" Staatsbürger nicht immer auf jene hohe künstlerische Qualität, wie sie etwa beim Erfinden von Verschleierungen von Geldflüssen und beim „Raunzen" über die verfehlten politischen Äußerungen an den Tag gelegt wird, gestoßen werden. Das fehlende Verständnis von politischer Kultur mag aber auch an der Kombination der beiden Elemente des Begriffes liegen. Im Prozeß des von D. Bell festgestellten „Auseinanderfallens der Bereiche" dürfte auch die Verbindung von Politik und Kultur, in welchem Verständnis auch immer, zerbrochen sein. Auf der Ebene der künstlerischen Aufbereitung des Hofzerimoniells im Parlament zeigt sich dies etwa an der verweigerten Uniformierung durch einige neu im Parlament Agierende; auf der Ebene des Verständnisses von Kultur als eines kultivierten Umganges miteinander dürfte die Sendung „Hohes Haus" wesentlich zur Desillusionierung der Staatsbürger beigetragen haben (Eine Antwort auf die Frage, was dem Befragten beim Schlagwort „Politische Kultur" einfällt, lautete: „Daß in der Sendung Hohes Haus meist nichts davon zu bemerken ist"), abgesehen vielleicht von Hochachtung für die verschiedensten Formen der Inszenierung (Eine weitere Antwort: „Sie ist fast nur mehr ein Theaterspiel, Kindermärchen"); auf der Ebene der kultivierten Wortwahl wiederum haben eher die Gerichte Urteile zu fällen als der Staatsbürger. Versteigt man sich gar dazu, Kultur im weiten Sinne einer „Kultur des Herzens" als ein Festhalten an moralischen Grundsätzen in der Ausübung seines Amtes als Politiker oder als Staatsbürger zu sehen, so stehen im zweiten Fall oft ein Mangel an Verständnis bezüglich des Sinnes von Staatsbürger, im ersten Fall mitunter eingebildete oder behauptete Unvereinbarkeiten zwischen Politik und Moral einer Identifikation von politischer Kultur im Wege. Sieht man schließlich gepflegte Institutionen als Elemente „geronnener" Kultur, so hindern die vom Bürger wegtreibende Eigendynamik gewisser Institutionen und die den Bürger übersehende Bürokratie in manchen Institutionen oder die mangelnde „Milchleistung" mancher in zu extensiver Weise gemolkener Einrichtungen den Menschen daran, die Institutionen als kulturelles Element zu betrachten. Außerdem scheint die Bereitschaft, sich dem dirigierenden Einfluß sich als Maestros verstehender oder zumindest von den Orchestermitgliedern als solcher angesehener, aber nicht akzeptierter Politiker zu unterwerfen, nicht mehr in dem notwendigen Maße gegeben zu sein. Das Verständnis von „dirty tones" oder gewissen Arten von Volksmusik als Kultur aber steht noch aus.

Mehrere Antworten visieren eine solche Unvereinbarkeit von Politik und Kultur an. „Politik steht im Vordergrund — Kultur ging verloren"; in diesem Satz etwa wird dieses reziproke Verhältnis zwischen Politik und Kultur deutlich. Das Resümee zieht ein anderer, der politische Kultur als „eine Pseudoexpression", die „von Möchtegern-VIPs" verwendet wird, definiert, eine Definition, die auf einen wirklichen VIP schließen läßt.

3. Politische Kultur-Hilfe!

Wenden wir uns nun aber denen zu, für die politische Kultur ein Begriff ist, diese aber in Österreich nicht feststellen zu können glauben. Drastisch drückt es ein Teilnehmer an einem Seminar für Blasmusiker aus, der beim Schlagwort „Politische Kultur" nicht anders kann, als „Hilfe!" zu schreien. Diese Zahl derer, die angeben, daß es in Österreich keine politische Kultur gibt, ist relativ groß. Die Bewertungen reichen dabei von „kaum spürbar" über „keine Hochkultur" und „Unkultur" bis „Funkstille", „Für die Katz" und „Zum Speien". Manche schwelgen auch in Nostalgie „War einmal", wobei nicht festzustellen ist, ob die Feststellung der guten, alten Zeit in bezug auf politische Kultur nicht eine Funktion des schlechten Gedächtnisses ist. Eine Befragte setzt „viele Fragezeichen über das Wort ‚Politische Kultur'",

während ein anderer beim Wort „Politische Kultur" einen „üblen Beigeschmack" bekommt. Ein anderer schließlich urteilt „Nichts Gutes, Nigs Kultura!" Dabei weist dieser Mann eindeutig den anderen, wer diese auch immer sein mögen, die Schuld am Verfall der politischen Kultur zu: „Weit habt Ihr es gebracht", wobei die Fortsetzung der Antwort in der berechtigten Entrüstung über Mißstände bei verständlicher, wenn auch in ihrer Plastizität nicht von allen als Musterbild von „politischer Kultur" erachteter Wortwahl die Schwierigkeit der Zusammenführung von ihnhaltlicher und formaler politischer Kultur zeigt: „Jetzt müssen die Felder und Wiesen brachliegen, und täglich sterben x-tausend Menschen an Hunger. Alles Schweine, diese Satten!" Ein Befragter schließlich schränkt ein: „Einige Politiker haben keine Kultur." Und gerade in dieser Vorsicht vor Pauschalierungen dürfte auch ein wichtiger Ansatzpunkt für politische Kultur liegen, wenn man als ein Element für politische Kultur die Unterscheidungsfähigkeit zwischen gut und schlecht, richtig und falsch, annimmt. Allerdings dürfte eine Qualifikation in die Richtung, daß die Mitglieder der eigenen Partei als gut und die Mitglieder der anderen Partei als schlecht zu betrachten sind, den Anforderungen an eine richtige Unterscheidung der Geister nicht gerecht werden können, wiewohl sie in manchen Antworten durchschlägt. Politik jedenfalls würde der Kultur bedürfen, wie aus folgender Antwort klar wird: „Es sollte sie geben. Politik hat immer Kultur verändert, aber selbst hat sie keine." Vielleicht sollte man dieses Urteil im Anschluß an einen Ausspruch W. Mantls, der sagte, daß Politik mehr Moral braucht, als sie produzieren kann — Moral und Kultur dürften doch zusammenhängen — in folgende Richtung abändern: Politik braucht mehr Kultur, als sie erzeugen kann. Wer aber schafft die Voraussetzungen für politische Kultur? In diesem Zusammenhang ist interessant, daß des öfteren die fehlende Bildung und die Forderung zur Weiterbildung angesprochen werden. Dies gilt für das Volk, aber auch für Politiker. Einer meint: „Qualifizierte, intelligente Politiker, die Politische Kultur machen können, werden rar."

4. Die Bestimmung der politischen Kultur von der Negativseite her

In ca. der Hälfte der Antworten, die politische Kultur umschreiben, geschieht dies von der Negativseite her, also im Aufzeigen, was politische Kultur nicht ist. Oft ist es also leichter zu sagen, was politische Kultur nicht ist, als zu sagen, was sie ist.

Von dieser Negativseite her werden mehrere Problemkreise angesprochen; relativ am öftesten die nicht auf Zusammenarbeit, sondern auf Abgrenzung und Destruktion ausgerichtete Parteipolitik und die „Verstopfung" der politischen Kanäle zwischen Bürger und Politiker bzw. Bürokratie.

Einige Beispiele zu diesen beiden Problemkreisen: Ein(e) Befragte(r) bedauert, daß das Negativbild von politischer Kultur im „Schimpfen auf den politischen Gegner" besteht und man „neidisch auf den Erfolg des anderen" ist. Die „Diffamierung des politischen Gegners" als ein Beispiel dafür, was politische Kultur nicht ist, wird des öfteren angeführt. Dadurch wird „Politik etwas Schmutziges", das in der „Vernaderung der politischen Gegner" besteht. Die Mittel des Kampfes zwischen den Parteien sind nach der Meinung mehrerer Befragter oft „nicht angebracht".

Dabei wird aber schon getrennt zwischen gerechtfertigter und ungerechtfertigter Parteipolitik. „Parteibuch ja — Parteibuch**wirtschaft** abschaffen", fordert einer. Der zu hohe Grad der „Verparteipolitisierung" der österreichischen Gesellschaft, wobei die Parteien im richtigen Ausmaß — woran sich das richtige Ausmaß bestimmt, ist nicht klar erkennbar, vielleicht daran, inwieweit mir die Partei hilft? — durchaus akzeptiert werden, wird beklagt. Dabei wird auch der inszenierte Streit zwischen den Politikern verschiedener Parteien im Parlament nicht gerade als kulturelle Leistung erachtet. „Wenn im Parlament gestritten wird, und anschließend sitzen sie beim Bier zusammen", das stört einen Befragten. Nun kurz zum 2. Problemkreis. „Daß die österreichischen Parteien keine bürgernahen Programme mehr haben" und sie anfangen müßten, „wieder mehr auf den kleinen Bürger zu hören", zeigt, zusammen mit den öfters erhobenen Forderungen nach mehr Rechten der Bürger, die Politik zu beeinflussen, daß eine gewisse Verstopfung des politischen Systems von unten nach oben und umgekehrt konstatiert wird.

Dabei ist man sich durchaus auch bewußt, daß die Bürger daran schuld sind, weil ihre „Einstellung zur Politik schlecht" ist und weil es „nicht mehr Idealisten" gibt. „Kritik und Jammern" ist zuwenig, es herrscht eine „zu pessimistische Stimmung", die den einzelnen davon abhält, politisch mitzuarbeiten, und die Zusammenarbeit unter den Menschen ist nicht gegeben.

Ein weiterer Problemkreis, der öfters angesprochen wird, ist die mangelnde Ehrlichkeit. Diese mangelnde Ehrlichkeit äußert sich auch im „Agieren mit Schlagwörtern und Phrasen", die endlich „zugunsten von seriösen und fundierten Stellungnahmen zurücktreten" sollen. Ein Befragter bemerkt zu diesem Problem: „Es gibt zu viele Grauzonen. Mehr Ehrlichkeit wäre besser. Eine Gaunerei muß ohne Ansehen der Person als solche bezeichnet werden, solide Leistungen sollen auch publik werden."

Ob es aber mit dem „Heranzüchten neuer Politiker" getan ist, wie einer fordert, wo zudem noch die richtigen „Zuchtpläne" fehlen, bleibe dahingestellt.

Schließlich wird ein Fehlen der „menschlichen Werte in unserem Staat" als Zerrbild einer politischen Kultur betrachtet, das „Medienfressen" als Manko bezeichnet, die Vorgänge um die Tagespost bedauert, die „Niveaulosigkeit vieler Politiker" beklagt, das „Werken von einzelnen Gruppen der Bundesländer" als abträglich für eine allgemeine politische Kultur erachtet, die Auslandsreisen von Waldheim wie die Vorgänge um Waldheim überhaupt als Gegenbilder politischer Kultur bezeichnet. Abschließend zu diesem Punkt sei der Lasterkatalog eines Befragten angeführt: „‚Haxelbeißerei', Zynismus, kein Wille zur Zusammenarbeit, die Arbeit des politischen Gegners als schlecht abqualifizieren, Spucken von großen Tönen als Opposition, Drücken vor der Verantwortung, endlose sinnlose Diskussionen." Dies ist politische Kultur sicher nicht. Ebenso nicht die Trennung von „Sonntagsreden, die Schein sind" und der politischen Alltagswirklichkeit, die der Durchformung durch „gepflegte" Elemente entbehrt.

5. Politische Kultur — positive Bestimmungsstücke

Grundsätzlich wird politische Kultur von einem Befragten als ,,Wertbewußtsein, Augenmaß für die Realität'' gefaßt, ein ,,Festhalten an ethischen Kriterien'' ist für einen anderen ein Kriterium für politische Kultur, ein anderer sieht in der ,,Kunst, den Staat zu formen'' ein Kennzeichen der politischen Kultur. ,,Politik mit Zielen'', die offen ist auf Zukunft und Umweltschutz, wird öfters mit Politischer Kultur assoziiert. Ein neues Bild von Politik, beruhend auf ,,christlich-konservativem Gedankenbild'' fordert ein weiterer Befragter, und er fordert ,,staatsmännische und nicht politische Lösungen (kurzfristiges Denken)'' von den Politikern. Politische Kultur wird also relativ oft in Zusammenhang mit Wertausrichtung der Politik gesehen, wo moralische Orientierungen die Politik formen und ihr die Zielausrichtung geben. Unter diesen Werten, die Politik zu einer kulturellen Einrichtung machen, werden relativ oft die Ausrichtung auf Zusammenarbeit gerade mit Andersdenkenden, Achtung vor dem anderen auch in der Betonung der Wahrheit als eines Wertes des Ernstnehmens des anderen, das Ernstnehmen des politischen Gegners und der Trend zur Vernunft genannt.

Von einigen Befragten werden auch der Rückbezug zur Geschichte und ein tragendes Heimatgefühl als Eckpfeiler der politischen Kultur gesehen. Schließlich wird es als positiv in bezug auf Politik angesehen, daß Frauen mehr Einfluß in der Politik gewinnen.

Einige Male wird der Begriff Politische Kultur in der Einschränkung auf Kulturpolitik gesehen, wenn etwa der ,,Steirische Herbst'' als Assoziation dafür genannt oder Kulturpolitik direkt angesprochen wird. Ein paar Befragte schließlich

assoziieren Personen wie Koren, Gmoser oder Busek mit dem Begriff politische Kultur.

Interessant ist, daß beim Begriff politische Kultur kaum an politische Institutionen oder Strukturen gedacht wird. Anscheinend wird bei diesem Begriff in erster Linie an persönliche Haltungen gedacht, weniger aber an Strukturen, die diese persönlichen Haltungen in der Politik verstärken oder schwächen können. Diese Ausrichtung auf Strukturen dürfte insofern wesentlich sein, als eine Gesinnungsreform meist erst im Zusammenhang mit einer entsprechenden Strukturreform zum Tragen kommt.

6. Abschließende Gedanken zur politischen Kultur in Österreich

a. Die österreichische politische Kultur scheint zu sehr auf die Stabilität individueller Lebensverhältnisse und gesellschaftlicher Lebenszusammenhänge, also auf Integration konzentriert zu sein, wie A. Pelinka meint, sodaß die Verwirklichung der politischen Mitarbeit und die Anpassung an die ständig sich verändernden Lebensbedingungen darunter gelitten haben. So sind die Fähigkeit zum Lösen neuer politischer Probleme und die Möglichkeiten der Mitarbeit bei der Lösung dieser Probleme oft wenig ausgebaut; etwas was beim besten Willen zur Mitarbeit diese oft ineffizient macht.

b. P. Gerlich unterscheidet im politischen System zwischen Interessenstruktur (Verbände, Parteien, Interessengruppen) und Regierungsstruktur (Parlament, Regierung, Verwaltung). Nach K. Zapotoczky ist in Österreich eine Gewichtsverlagerung in Richtung Interessenstruktur festzustellen. Parteien und Verbände stehen dadurch zu sehr im Vordergrund. Eine an Ostblockverhältnisse erinnernde Dichte der Parteimitgliedschaft zeugt davon. Dadurch werden der Staat und staatliche Einrichtungen als Erfüllungsgehilfen der eigenen Interessen verstanden. Eine Folge davon dürfte eine Überforderung des Staates, wie sie sich auch in steigenden Defiziten ausdrückt, sein.

c. Dem Staat stehen als Steuerungsmittel die Zwangsgewalt, Gewährung und Entziehen von Vorteilen (Subventionen, materielle Anreize) und moralische Motivation und Vernunftargumentation zur Verfügung. Der Einsatz von Gewaltmitteln wird in westlichen Ländern zunehmend verpönt, moralische Steuerungsmittel verlieren aufgrund einer eher hedonistischen Lebenseinstellung und aufgrund eines Verlustes der Unbedingtheit von Werten zunehmend an Gewicht. Der Staat kann sich also weitgehend nur über materielle Leistungen legitimieren, ein Zustand, den W. Roepke mit dem Begriff Ökonomokratie umschreibt. In materieller Hinsicht bedient sich der Österreicher des Handaufhaltens, für den immateriellen Bereich bleibt ein Raunzen übrig, gemäß des Satzes von A. Grinschgl: „Raunzen und Handaufhalten, that's Austrian way of life."

d. Die Souveränität einer an Werten orientierten und diese Werte in Wirklichkeit umsetzenden Politik scheint im Schwinden zu sein. Vielmehr scheinen in einer Trennung von Wert- und Handlungsebene die schönen Werte für Sonntagsreden reserviert zu werden, während im rauhen Alltag von den Werten Abschied genommen wird.

e. Der befreiende Humor, der dieser Souveränität entspringt und der eine Position über den Problemen bezieht, aus der heraus diese leichter, weil weniger krampfhaft gelöst werden können, ist in vielen Fällen nicht mehr gegeben. Wenn H. Cox schreibt, „Das Gelächter ist der Hoffnung letzte Waffe", so gilt es auch, angesichts unserer politischen Kultur in Gelächter auszubrechen, um vielleicht daraufzukommen, daß sie gute Ansätze hat, die auch institutionell ausgebaut und in relativer Distanz verbessert werden können.

Friedrich Zopf

POLITISCHE KULTUR AM BEISPIEL VON INSTITUTIONEN

Bei der Betrachtung der politischen Kultur Österreichs fällt der vergleichsweise große Einfluß der Kammern und Verbände an den öffentlichen Angelegenheiten — der res publica — auf. Im Rahmen der Sozialpartnerschaft bilden sie eine Art Nebenregierung.

Jede Gruppe in der Gesellschaft scheint eine Kammer zu haben; nicht nur Arbeiter und Angestellte, Wirtschaftstreibende und Bauern, auch Ärzte und Apotheker, Rechtsanwälte und sogar die Studenten — früh übt sich auch die studierende Jugend in Zwangsmitgliedschaft — haben eine mehr oder weniger durchschlagskräftige Kammer als Körperschaft Öffentlichen Rechts. „Daneben" gibt es noch Institutionen wie Gewerkschaftsbund und Industriellenvereinigung, die zwar diesen Status nicht haben, aber sehr kräftig die Interessen ihrer Mitglieder, kritisch formuliert, das, was sie dafür halten, durchzusetzen versuchen.

Daneben gibt es Gruppen von Menschen mit gemeinsamen Merkmalen, aber ohne eigene Standesvertretung — angeführt seien die Konsumenten, Hausfrauen und Arbeitslose. Ihre Interessen werden institutionell „nur" im Rahmen des allgemein politischen Mandats der Gebietskörperschaften eingebracht.

Deren Mandatare rekrutieren sich in überdurchschnittlichem Ausmaß aus Funktionären oder Angestellten der Kammern und Interessenverbände.

Amerikanische Untersuchungen über einen Zeitraum von zehn Jahren zeigen nun, daß das Vertrauen der US-Bürger in ihre Institutionen wie Kongreß, Multis, Justiz und vor allem der Gewerkschaft rapid abgenommen hat. Zum Teil sind nur mehr ein Drittel der Bürger davon überzeugt, daß diese Institutionen ihre Aufgaben richtig wahrnehmen. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch in Österreich feststellen.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen des Jahresschwerpunktes des Josef-Krainer-Hauses, „Politische Kultur" die Veranstaltungsreihe „Institutionen im Kreuzverhör" mit Handelskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer und ÖGB durchgeführt. Ein Ziel der Veranstaltungsreihe politische Kultur am Beispiel von Institutionen war die Erhebung des Ist-Zustandes, wie in Österreich Interessen artikuliert werden, diese von den Betroffenen verstanden werden und die jeweils gültige Lösungen gefunden werden.

Dabei werden Institutionen wie Kammern und Verbände als Festschreibung einer bestimmten Interessenkonstellation verstanden. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung wurden bestimmte Spielregeln, Strukturen und Statuten festgelegt. Im Laufe der Zeit hat es hier möglicherweise Änderungen gegeben. In welcher Form diese Festlegungen heute realisiert werden, war ein erster Gegenstand dieser Untersuchung.

Neben der Diagnose stand die Absicht, bewußt zu machen, wo Möglichkeiten eines konstruktiveren, lebendigeren, der heutigen Situation angemessenem Umgang denkbar sind, im Vordergrund der Veranstaltungsreihe.

Insbesondere wurde angenommen, daß das tatsächliche Verhalten von Vertretern der Institution deren Mitgliedern gegenüber nicht einmal die vorhandenen Möglichkeiten ausschöpft. Die Möglichkeit etwa, die Mitglieder aktiv an Problemlösungsprozessen mitdenken zu lassen, allenfalls sogar mitzuwirken, werden von beiden Seiten kaum genützt. So kommt es zu einer „Arbeitsteilung", die letztlich der Interessensgruppe schadet, weil die politische Wirksamkeit einer Institution, mit der sich die Mitglieder nicht voll identifizieren, geringer ist.

Neben der Erhebung des Ist-Zustandes war es daher die Absicht, allen Beteiligten bewußt zu machen, welche ungenützten Entwicklungsmöglichkeiten es noch gibt. Folgende Vorgangsweise wurde gewählt:

Vertreter der Institution standen „Kritikern" gegenüber, die entweder Mitglieder dieser Institution sind oder sich mit der Arbeit dieser Institution beschäftigt haben. Die Sprecher der Institution antworten auf die vorgebrachte Kritik.

„Fragesteller" sorgen dafür, daß das Gespräch zwischen Kritikern und Institution zum Anlaß genommen wird, etwas über die Institution zu erfahren und gleichzeitig die Gesprächskultur weiterzuentwickeln.

Es war daran gedacht, am Beispiel der Kommunikation zwischen den Kritikern und der Institution, Strukturen der Institution aufzuzeigen und Veränderungsmöglichkeiten erlebbar zu machen. Dabei wurde nicht nur den Inhalten Beachtung geschenkt, sondern auch der Art des Umgangs, welche sehr viel vom Selbstverständnis der Institution verrät.

Im Publikum sollten möglichst viele Mitglieder dieser Institution anwesend sein sowie zusätzliche Vertreter der Institution. Das Publikum konnte sich im Verlauf eines solchen Abends am Gespräch beteiligen, wobei die Fragesteller wiederum dafür zu sorgen hatten, daß Strukturen bewußt werden und Veränderungsmöglichkeiten entstehen sollen.

Die Veranstaltungsform wurde in einer Vorrunde mit der Institution Josef-Krainer-Haus geprobt. Dabei stellte sich heraus, daß die übliche Vorgangsweise — Vorstellung der Institution, Kritische Anmerkungen und weitere Diskussion — für diese Art von Veranstaltungsreihe ungeeignet war.

So begann zur Überraschung der ersten Institution, es war dies die Handelskammer, die Veranstaltung sofort mit der Wortmeldung der Kritiker. So konnte nicht in einem rethorischen Rundumschlag von vornherein alle Probleme zugedeckt werden.

Sehr aufschlußreich war die Publikumsbeteiligung:

Die Handelskammer lockte eine engagierte und auch zahlenmäßig große Anzahl von Mitgliedern, unter ihnen vor allem Jungunternehmer, in das Josef-Krainer-Haus; bei der Arbeiterkammer kam es zu gewissen Lähmungserscheinungen der Publikumsgunst; die Landwirtschaftskammer wiederum brachte einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Kammerangestellten bzw. Angestellten nahestehender Institutionen in das Josef-Krainer-Haus mit.

Anwesende Landwirte stiegen in die Diskussion nicht ein.

Der Gewerkschaftsbund vermochte — vielleicht auch durch die Besetzung der Institutionsvertreter, es waren dies der FCG-Landesobmann Ing. Amerer und der Sozialist und GPA-Sekretär LAbg. Karl Rainer — eine interessierte Zuhörerschaft für diesen Abend gewinnen.

Betrachtet man die Darstellung der vier Institutionen in dieser Veranstaltung hinsichtlich der Versteinerungstheorie, so kann folgendes festgestellt werden:

Die Handelskammer wirkte als die weitaus lebendigste Institution. Bei der Diskussion zwischen ihren Kritikern bzw. ihren Mitgliedern und KADir. LAbg. Dorfer bzw. Vize-Präs. Lemmler als Vertreter der Institution wurden zwar die üblichen Polarisierungs- und Einbetonierungstendenzen sichtbar; die Interaktion zwischen Mitglied und Interessenvertretung scheint aber intakt zu sein. Das Gründungsdatum dieser Institution tief in der Monarchie wirkt jedoch insbesondere bei manchen statuarischen Fragen noch sehr stark mit; Veränderungskräfte Richtung Anpassung, z. B. bei der Gewerbeordnung, auf den harten unternehmerischen Kampf am freien Markt dringen hier gegen den behäbigen Apparat sehr schwer durch.

Die ,,Mir san mir''-Mentalität am ausgeprägtesten und damit Spitzenreiter unter dem Aspekt der Versteinerung ist zwei-

fellos die Arbeiterkammer. Nicht nur, daß ähnlich wie beim ÖGB die Institution bestimmt, was für das Mitglied gut ist, es fällt durch den Status Öffentlich Rechtliche Körperschaft auch die Angst des Mitgliederschwundes weg. Anscheinend interessiert die Tätigkeit der Arbeiterkammer die Arbeitnehmer nur in geringem Ausmaß, und diese Institution dürfte darüber auch froh sein.

Der ÖGB hingegen wird als wesentlich bestimmendere Institution in Arbeitnehmervertretungsfragen betrachtet. Sein Selbstverständnis wirkt aber derartig staatstragend, daß für das einzelne Mitglied nicht einmal die Mitwirkungsmöglichkeit im Rahmen einer sehr repräsentativen Demokratie gegeben ist.

Vom Vertreter der FSG-Mehrheit wurde hier kühn behauptet, daß die Gewerkschaft ein Verein mit demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder sei. Ein Nachforschen brachte außer einer Urabstimmung im Jahre 1951 und Mitwirkungsmöglichkeiten bei kleinen Gewerkschaften nur sehr eingeschränkte Teilnahmemöglichkeiten am GPA-Bezirkstag, welcher nur einen Bestätigungscharakter für die vorgeschlagenen Funktionäre hat, zutage.

(Anmerkung am Rande: Im Jahr 1985 wurde im Josef-Krainer-Haus eine Großveranstaltung über die Zukunft der Gewerkschaften abgehalten. In der damaligen Diskussion wurde der Gewerkschaft, aber auch der FCG für ihren Bereich mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder vorgeworfen. Diesen Vorwurf hat sich zumindest die FCG soweit zu Herzen genommen, daß die Bezirkskongresse für alle Mitglieder mit Stimmberechtigung offen sind.)

Die Institution Landwirtschaftskammer könnte man von ihrem Selbstverständnis her mit „Einigkeit ist das oberste Ziel" umschreiben.

Offensichtlich sieht sie sich in einem sehr schweren Kampf um Sein oder Nicht-Sein der von ihr vertretenen Bauernschaft und handelt dementsprechend. Da in einer solchen Situation die Kommunikation zwischen Institution und Mitgliedern leidet, war aufgrund des Veranstaltungsverlaufes offensichtlich. Insbesondere die Angestellten diverser mit der Landwirtschaftskammer verbundenen Verbände agierten hier überreizt.

Angst als Phänomen beim Umgang Mitglied—Institution wurde speziell durch Wortmeldungen des Publikums bei der Veranstaltung mit der Gewerkschaft sichtbar. Die Verfilzung dieser Institution mit den betrieblichen und politischen Machthabern läßt sicher keine unvoreingenommene, offene Diskussion z. B. im Bereich der Verstaatlichten der Mur- und Mürzfurche zu.

Kein Problem mit dem Angstphänomen hat hingegen die Handelskammer bzw. deren Mitglieder; bei der Arbeiterkammer fällt Angst aus Mangel an Interesse aus; die Landwirtschaftskammer wurde vom als Fragesteller teilnehmenden Kommunikationswissenschafter als eine Institution eingestuft, welche großen Druck auf ihre Mitglieder ausübt.

Das formulierte Ziel der Veranstaltungsreihe: Bereitschaft für offenere und direktere Kommunikation zu wecken, wurde nicht erreicht. Nachfolgende Diskussionen in den Institutionen und auch ein Artikel der „Kleinen Zeitung", welcher in dieselbe Richtung argumentierte, dürften gewisse kleinere Veränderungen in der einen oder anderen Ebene der Institution bewirkt haben.

Es kam im Gegensatz zum formulierten Ziel in der Veranstaltung zu sehr heftigen Polarisierungen, welche die vorhandenen Strukturen eher verfestigen.

Herauszuheben ist, daß für die zweite Serie der Veranstaltungsreihe „Institutionen im Kreuzverhör" die Ärztekammer und die Gebietskrankenkasse keine Bereitschaft zur Teilnahme zeigten. Beide Institutionen wurden ebenso wie der Gewerkschaftsbund mit dem aus der Erfahrung der ersten drei Veranstaltungen stammenden Arbeitspapier konfrontiert. Das Ziel: einerseits aufzudecken, andererseits Bereitschaft für offenere und direktere Kommunikation zu wecken, dürfte beiden Institutionen eher unangenehm sein.

Bei der Konfliktaustragung behindern noch immer jene Denkweisen, die folgendermaßen beschrieben werden können:

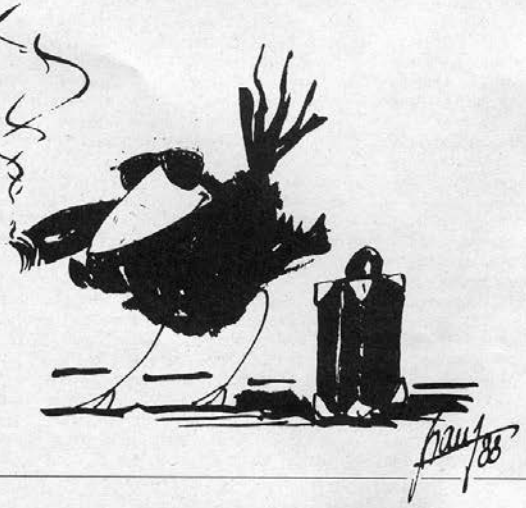
Die Gegensätze werden unendlich groß gesehen und damit Verständigungsmöglichkeiten allzu unwahrscheinlich, daß sie erst gar nicht gelingen können.

Dementsprechend ist die Beziehung gekennzeichnet vom ohnmächtigen, resignativen Verhalten, unter dem sich Haß und Zorn verbirgt.

Der Wunsch nach Veränderung ist enorm groß, die Chance wird gleichzeitig als enorm gering angesehen. Diese Grunderfahrungen mit hierarchischen und autoritären Systemen vermutlich schon im Familienleben müßte weiterentwickelt werden zugunsten einer „demokratischeren" und konfliktfähigen, in der Gegensätze als nicht so bedrohlich und unüberwindlich erlebt werden. Dementsprechend würden die Möglichkeiten, eigene Interessen durchsetzen zu können, als viel realistischer und lohnenswerter erscheinen. Die Form der Veranstaltungsreihe hat hinsichtlich des diagnostischen Wertes sehr viel gebracht. Der Anspruch, zur Therapie in Richtung besserer politischer Kultur in den Institutionen beizutragen, war vorerst zu groß.

Es erscheint vor allem vielen Betroffenen in den Institutionen noch nicht klar, daß Entwicklungen möglich sind, die für alle — auch für die Institutionen — mehr Vorteile bringen als der jetzige Zustand.

Ein nächstes lohnendes Untersuchungsobjekt wären die Interaktionen zwischen den Institutionen als wesentlicher Bestandteil der politischen Kultur Österreichs.



Maria Luise Stangl

DIE INSTITUTIONEN IM KREUZVERHÖR

Die „Politische Kultur" unseres Landes ist in letzter Zeit ins Gerede gekommen. Wir haben daher mit dieser Veranstaltungsreihe den Versuch unternommen, diesem Phänomen auf die Spur zu kommen. Gilt immer noch der Ausspruch von Johann Nestroy: „Volksvertreter — und kann nichts vertreten als seine Stiefel" — oder hat sich seit des Dichters und Satirikers Tagen etwas geändert?

Da der „Österreichische Weg" in der Zweiten Republik sehr stark durch die sogenannte „Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft" geprägt ist — und diese somit ein Teil der „politischen Kultur" ist — haben wir Institutionen ausgewählt, die dieser „Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft" angehören und an insgesamt vier Abenden anhand der Frage „Wie gehen wir miteinander um" versucht, Ergebnisse zu finden und Erfahrungen für künftiges Verhalten zu sammeln. Unsere Partner waren die Handelskammer, die Arbeiterkammer, die Landwirtschaftskammer und der Österreichische Gewerkschaftsbund, jeweils vertreten durch zwei steirische (Spitzen)Funktionäre bzw. Mitarbeiter. An jedem Abend standen auch zwei „Institutionskritiker" zur Verfügung.

Die folgenden Zeilen wollen nicht eine Gesamtdokumentation der Diskussionen sein. Vielmehr soll anhand von „Schlüsselaussagen" kaleidoskopartig aufgezeigt werden, was geschehen ist. Der Leser ist aufgerufen, selbst daraus seine Schlüsse zu ziehen.

Da es nicht Aufgabe dieses Artikels ist, mit dem Finger auf „böse Buben" zu zeigen, haben wir die verwendeten Aussagen entindividualisiert, soweit dies möglich war. Wir meinen, daß diese Aussagen, gleichgültig an welchem Abend und von welcher Person sie gebracht wurden, von ihrer Struktur und ihrem Gehalt her beliebig austauschbar sind.

Positionen

„Was wäre, wenn wir diese Sozialpartnerschaft nicht hätten — ich will ja nicht den Teufel an die Wand malen. Auch in dieser Form sind wir einzigartig auf der Welt."

„Ich glaube Ihnen, daß es furchtbar ist, aber es ist eben so. Ich glaube auch, daß wir in unserem Haus entsprechende Leute haben, die das richtig hätten zuordnen können, aber es ist eben nicht dorthin durchgedrungen. Es gibt eben neue Tendenzen, von denen manche überfordert sind."

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß in unserer Institution, bei insgesamt 15 Teilorganisationen, bei der Struktur, die existiert, durch ein einheitliches Wahlverfahren Wahlen durchgeführt werden und dabei dann Ergebnisse herauskommen, die womöglich den Mitgliedern den Eindruck vermitteln, daß hier demokratisch vorgegangen wird. Tatsache ist, daß wir ein sehr weitgehend strukturiertes Wahlprogramm haben."

„Ich möchte grundsätzlich als ehemals nicht unkritischer Mensch sagen, daß ich glaube, daß wir froh sein müssen, wenn wir diese Kammer in dieser Art haben, weil es eine Ordnung gibt, weil es eine Pyramide gibt, weil es eine genaue Zuordnung des Aufgabenbereiches gibt, und wer weiß, daß er in seinen Belangen zur Fachgruppe zu gehen hat — und das ist ja nicht so schwierig — der wird auch den richtigen Weg finden."

„Ein bisserl ein Unbehagen ist schon dabei bei den Ehrungen, aber schließlich macht es die andere Kammer auch so. Und außerdem erbringen ja die Menschen, die so lange arbeiten und Mitglieder sind, auch Leistungen für unsere Wirtschaft."

„Die Kammer darf nicht, weil sie keinen gesetzlichen Auftrag hierzu hat, in einem Verfahren vertreten und jedem Mitglied Rechtsschutz gewähren. Das ist nicht Aufgabe der Kammer. Die Kammer wäre damit überfordert, das war nie im Gesetz verankert, daß es so geschehen soll."

„Wir verstehen uns als eine nicht unpolitische Interessenvertretung, aber als eine, in der alle politischen Parteien, alle Gruppierungen vertreten sind und die auch entsprechend ihrem Gewicht einen Anteil an der Interessenwahrung haben sollten; und das würde sich meiner Meinung nach durch einen Wahlmodus ganz gravierend verändern."

Funktionäre

„Es ist halt sehr oft so, daß der Funktionär so stark ist, wie der Mitarbeiter schwach, und umgekehrt."

„Wir haben es in der Kammer mit drei Kategorien zu tun: den Funktionären, den Mitarbeitern und den Mitgliedern. Der Funktionär weiß nichts, aber er könnte etwas machen. Der Mitarbeiter weiß was, aber kann nichts machen, und das Mitglied weiß nichts und kann nichts machen."

„Es gibt viel zu viele und zu schlecht ausgebildete Funktionäre. Die Entscheidungen werden immer mehr von den Funktionären auf die Sekretäre abgewälzt. Ich halte das für sehr problematisch. Man könnte dann gleich den Funktionär und den Mitarbeiter zusammenlegen und eine Firma gründen, die das ganze managt."

„Es ist bei unserer Funktionärsauswahl so, wie es eben in der Demokratie ist. Es können nicht nur ‚intelligente Blitztypen' sein, es müssen auch einfachere, simplere Menschen sein. Denn die Menschen sind eben vielfältig.""

Unbehagen

„Unsere Initiative konnte keinen Erfolg haben, weil die Strukturen so sind, wie ich sie eben dargestellt habe."

„Es ist nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern ein Phänomen bemerkbar, nämlich das immer stärkere Auseinanderdriften von sogenannten ‚Organisationen' mit Zwangsmitgliedschaft oder mit ‚freier Mitgliedschaft' und auf der anderen Seite der einzelne, sei es als Arbeitgeber, sei es als Arbeitnehmer."

„Wie gehen Sie auf dieses immer stärker werdende Unbehagen, auf diese Strömungen ein, um künftig eine Daseinsgrundlage für Ihre Institution zu haben. Solche Entwicklungen wie ‚Hainburg' sind ja nicht nur unangenehm, sie sind ein Symptom. Sie sind ein Symptom für eine Entwicklung, die ich mit ‚Tankermentalität' umschreiben möchte."

„Das muß Dir doch wirklich einleuchten: wenn Du im Gewerbe warst — Du warst also Tapezierermeister — und Du bist Möbelhändler geworden, da bist Du nach wie vor Tapezierermeister und Möbelhändler. Entschuldige, aber ich sehe da keine Schwierigkeit."

„Es gibt auch Fachgruppen, die bestehen nur mehr aus dem Ausschuß. Das heißt, da sind schon so wenige Mitglieder, daß sie schon nur mehr sich selber Sitzungen verschaffen, und da ist nichts mehr da zum Verwalten."

„Ich selbst habe seit rund 20 Jahren Mitgliedsbeiträge an die Kammer gezahlt, in der ich Zwangsmitglied als Angestellter bin. Ich habe in diesen 20 Jahren von dort keine Einladung zu einer Sitzung, keinen Brief, keine Zeitung und keine Information erhalten. Aber in unserer Kammer kann zumindest jedes Mitglied auf demokratische Art und Weise zu Sitzungen und Tagungen kommen und sich dort artikulieren."

„Als ein Problem finde ich auch die Ehrungen der ‚Jubilare'. Ich glaube nicht, daß man langjährige Mitglieder, die sich ihre Mitgliedschaft ja nicht aussuchen können, weil sie Zwangsmitglieder sind, dafür auch noch ehren muß. Ich halte das für überflüssig, insbesondere, wenn man dafür viel Geld ausgibt."

„Wäre mir das im voraus klar gewesen, daß dies eine Veranstaltung für politische Kultur sein sollte, so hätte ich den lieben, netten ‚Sunnyboy' gespielt, der zu allen freundlich ist und den meisten recht gibt."

„Wem nützt es eigentlich, wenn von der Organisation her gesagt wird: ‚Das ist so,

da können wir nichts ändern, aber wir reden eh darüber', und auf der anderen Seite die berechtigte Kritik von einem Mitglied, das etwas Neues machen möchte, das noch nie da war. Das wird dann nach dem Motto ‚Da könnt' ja schließlich jeder kommen' behandelt. Nützt das dem Mitglied, wenn die Organisation so darauf reagiert, oder nützt das der Organisation selber?"

„Er hat mit Jugendlichen gesprochen, unser junger Freund, das ist lieb. Aber es hat mit der Realität wenig zu tun. Ich habe dreißig Jahre als Meinungsforscher ununterbrochen Arbeitnehmer befragt, die nämlich Mitglieder dieser Institution sind. Da komme ich zu ganz anderen Problemen, die die Leute betreffen."

„Da müssen Sie auch manche grüne und alternative Scherze untersuchen."

Kritik

„Kritik ist notwendig, sie ist für jede Institution ein Überlebenselement, wenn sie lebendig bleiben soll. Man müßte sich mit der Frage auseinandersetzen, daß auch Kritik ein gewisses geistiges Existenzminimum erfordert. Liegt die Kritik darunter, dann ist sie lieb, vielleicht lustig, aber nur halblustig."

„Mir als schlichtem Mitglied dieser Institution liegt etwas auf dem Herzen; nämlich, daß gewisse höchste Funktionäre dieser Institution sich nicht um die Basis kümmern. Das ist der Komplex ‚Demokratie' in dieser Institution. Die Demokratie erschöpft sich im Beitritt zu dieser Institution. Ich werde der einen oder anderen Fraktion zugezählt, unabhängige Mitglieder gibt es nicht."

„Es geht darum, zu fragen, ob etwas — wie der bisherige ‚soziale Friede' — weil es bisher gut war, auch in Zukunft so ‚fortgeschrieben' werden kann, oder ob es nicht darum geht, daß es Entwicklungen gibt, die noch andere Denkmodelle erfordern, als das Fortschreiben von bisher Gewesenem."

„Selbstverständlich gibt es Kritik, das ist gar keine Frage. Unser Herr Präsident ist bei jeder Art von Kritik, die er hört oder liest, äußerst sensibel. Er setzt sich sofort mit dem Betreffenden, der kritisiert, in Verbindung und er beauftragt dann beispielsweise mich. Und ich habe den Eindruck, und ich glaube, da nicht ganz befangen zu sein, daß wir Kritik schon sehr kanalisieren und mit den Kritikern nach Lösungen suchen."

„Direkte Kritik am System versickert. Der ‚Goodwill' ist da, es wird alles schaumgummiweich aufgefangen und wohlwollend befürwortet — und verschwindet irgendwo. In manchen Dingen müßte man übermenschliche Kräfte besitzen, um die ‚Schaumgummiwand' einmal zu durchdringen."

„Es ist natürlich ein Unterschied zwischen Kritik in einem Spezialfall oder Kritik am System, die meistens versickert, da gebe ich Dir sogar recht; aber in einem Spezialfall versickert nichts."

„Man kann ja alles in Frage stellen, da sind wir uns einig."

„Als junger Funktionär erlebe ich es immer wieder in der Kammer, daß Kritik sehr stark personalisiert wird."

„Wenn Impulse ‚von unten' kommen, etwa von einem Mitglied, ist dieser Impuls fast chancenlos. Es bedarf überdimensionierter Anstrengungen, ‚den Apparat als solchen' zu überwinden."

„Von Geburt an bin ich in Österreich Zwangsmitglied: ich komme in die Krankenkasse, die ich mir nicht aussuchen kann, in die Pensionsversicherung, in die Unfallversicherung, in die Kammern, in die Gewerkschaft. Dann ist es fast noch notwendig, bei einer Partei zu sein."

„Ich habe nicht herausgehört, daß irgendjemand hier die Zwangsmitgliedschaft in Frage stellt, sondern es geht darum, wie reagiere ich auf die damit verbundenen Probleme, wie gehe ich mit ihnen um. Es geht nicht darum, etwas abzuschaffen."

„Meine Kritik richtet sich nicht an eine konkrete Person, sondern gegen die Institution. Warum hat diese Institution buchstäblich im letzten Moment gekniffen? Wir haben nie etwas von dem Verhandlungsergebnis erfahren. Warum hat sich diese Institution in dieser Frage so passiv verhalten?"

„Die gesamte Organisation der Kammer, ihre Abläufe, ihre Abwicklungen, sind für das Durchschnittsmitglied unübersichtlich. Das Durchschnittsmitglied ist verloren, wenn es in die Kammer hineingeht. Es fehlt den Mitgliedern eine gewisse Grundinformation."

„Etwas ‚mehr Glasnost' für die Kammer täte not."

Resümee

„Für mich entsteht der Eindruck, daß diese Institution von ihren Mitgliedern nicht als so hilfreich, als so unterstützend und ihre Interessen vertretend erlebt wird, wie es hier behauptet wird. Ich denke mir, daß Sie das ja heute nicht zum erstenmal hören. Dazu bedarf es nicht dieser Veranstaltung. Mir fällt dabei auf, daß wir da nicht zusammenkommen, es wird polarisiert. Es wird angegriffen: ‚Ihr seid die Bösen, die das machen, und wir sind die Unverstandenen.' Ich glaube nicht, daß es wirklich so ist."

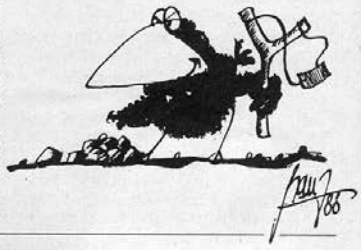
„Die vier Statements lassen sich im wesentlichen auf zwei Problemkreise reduzieren. Der eine ist die Frage der konkreten Interessenvertretung: offensichtlich ‚funktioniert' es zwischen ‚denen da oben' und ‚denen da unten' nicht ganz. Der zweite ist der der Demokratie und umfaßt die Frage, wer vertreten ist und wer nicht. Das läßt sich mit den Schlagworten: ‚Die da drinnen' und ‚die da draußen' umreißen."

„Bei der heutigen Diskussion ist noch ein weiteres Element hinzugekommen, das am Vortag nicht da war, nämlich das Element der massiven Untergriffe. Das halte ich nicht unbedingt für den Diskussionsstil, um den es uns mit dieser Veranstaltung geht. Die Veranstaltung heißt ‚Institutionen im Kreuzverhör' im Rahmen der Reihe ‚Politische Kultur'. Genau das wollten wir ja nicht."

„Die Lustlosigkeit, die ich schon seit einer halben Stunde bei dieser Diskussion verspüre, könnte Ausdruck sein einer Beziehung zwischen Institution und Mitglied. Ich als einzelner bin so unwichtig, so nebensächlich. Ich habe dort keinen Platz, keine Funktion. Alles, was dort geschieht, bestimmt die Institution."

„Für den Außenstehenden, der mit der Sache selbst nichts zu tun hat, entstand nach dieser Diskussion der Eindruck: ‚Leicht tun sich die miteinander mit dem Reden nicht.' Es scheint so, daß die Beteiligten nicht das gleiche meinen und daher ungeheure Energien auf das ‚Sich-Verteidigen' verwenden müssen. Die Diskussion der Probleme scheint am wahren Kern vorbeizugehen, es scheint so, daß die Fragen, die vordergründig als Probleme aufgeworfen werden, eine Reaktion darauf sind, daß man einander nicht zugehört hat. Wenn jemand mit seiner Kritik sich nicht ernstgenommen fühlt, reagiert er darauf gekränkt. Als Unternehmensberater müßte ich sagen, ich hätte Angst um Eure Kunden, denn die scheinen nicht zufrieden zu sein. Zwangsmitgliedschaft ist da vielleicht etwas Behinderndes im Hinblick auf Zuhören-Können und auf das Eingehen auf Probleme."

„Wir sind in der inhaltlichen Diskussion auf der Ebene der persönlichen Betroffenheit stehengeblieben. Es hat sich gezeigt, daß sich einfach Positionen zementiert haben und daß es zu persönlichen Angriffs- und Verteidigungsreden gekommen ist. Für die Zukunftsfragen war wahrscheinlich in dieser Diskussion das Feld nicht gut genug aufbereitet, es war eine gewisse Überforderung von allen Seiten festzustellen. Auf diese ‚Zukunftsfragen' gab es keine Antwort. Es hat auch das Hinterfragen von Positionen gefehlt, was wohl damit zusammenhängt, daß wir auf der Ebene der persönlichen Betroffenheit stehengeblieben sind. Die Diskussion war für mich ein Spiegelbild im kleinen der gegenwärtigen Situation in Österreich: der Blick war zu sehr in die Vergangenheit und Gegenwart gerichtet und nicht in die Zukunft."



Rembert J. Schleicher

KULTUR — DIE ANDERE ART POLITIK

In prophetischer Euphorie und mit dem Politikoptimismus der 68er-Bewegung formulierte Walter Dirks die These, daß Politik der neue Name für Kultur sei. Ist diese These heute noch haltbar? Versteht man sie dialektisch, hat Dirks sicher weiterhin recht. Aber nicht alle Menschen sind Dialektiker, auch nicht die Politiker. Der Lauf der Dinge scheint Dirks zu widersprechen. Wer verbindet heute, wenn er überhaupt daran denkt, Politik mit Kultur? Die lineare und undialektische Politisierung aller Lebensbereiche hat, auch wenn sie längst nicht gelungen ist, Kultur aufgesaugt und vergessen gemacht. Die Kultur ist ins Getto gewandert. Wir haben zwar eingesehen, daß Kultur wesentlich politisch ist, aber wer glaubt schon wirklich, daß Politik Kultur braucht. Lippenbekenntnisse gibt es natürlich allenorts. Kultur aber ist lebensnotwendig, ganz besonders für die Politik mit ihren heutigen Aporien und Agonien, die so gerne eine andere sein möchte. Deshalb möchte ich hier die dialektische Umkehr der These von Walter Dirks versuchen und behaupten: **Kultur — das ist der neue Name für Politik.**

Ich gehe davon aus, daß sich gegenwärtig im politischen Leben (nicht nur Österreichs) eine fundamentale Wandlung vollzieht. Dieser Prozeß ist zeitweise schmerzlich, aber es zeichnen sich Konturen einer neuen Politik ab. Negative Kontrasterfahrungen beschleunigen diesen Lernprozeß. Dabei geht es nicht um die Abschaffung des Politischen oder um die Denunziation von Politik und Politikern. Niemand wünscht sich eine inhumane Kulturrevolution. Aber alle wünschen sich eine Politik, die die Welt humaner werden läßt, der die Menschwerdung des Menschen und nicht die Perfektionierung von Administration ein zentrales Anliegen ist. **Kultur heißt** in diesem Zusammenhang genau das, was das Wort im eigentlichen Sinn meint: **Überwindung der Barbarei.**

Wie sieht eine derart als Kultur verstandene Politik aus? Der Theologe (!) Johann Baptist Metz hat es unternommen, diese Frage gründlich zu überdenken. Die Themen und Kategorien seines ,,Glaube in Geschichte und Gesellschaft''*) darstellenden Entwurfs sind — das will und kann ich nicht verhehlen — für meine hier vorgelegten Andeutungen Leitideen.

Ich verzichte dabei auf theologische Schlußfolgerungen, die selbstverständlich möglich sind. Der Entwurf von Metz betont ja gerade die Möglichkeiten der christlichen Botschaft für die Gestaltung von Kultur und Politik. Metz spricht von einer ,,mystisch-politische Doppelstruktur der Nachfolge''.

*) Johann Baptist Metz: Glaube in Geschichte und Gesellschaft. Studien zu einer praktischen Fundamentaltheologie, Mainz 1977.

Politik als Kultur ist **solidarisch.** Das klingt banal und selbstverständlich. Aber wo kennt man heute in der Politik den Begriff ,,Solidarität'', wo wird Solidarität praktiziert? Mit einem Zeitschriftentitel ist es noch nicht getan. Und es war burgenländischen Politikern vorbehalten, auch die politisch Bewußtlosen in Österreich darüber aufzuklären, daß selbst in der Packelei die Solidarität abhanden gekommen ist. Solidarität darf keine Worthülse sein, sie muß wieder zu einer Selbstverständlichkeit werden. Das bedeutet für die Politik, daß sie zur ,,Subjektwerdung aller'' (Metz) beitragen muß und nicht länger den Menschen als Objekt ihres Handelns nimmt.

In der Erinnerung wird Solidarität sichtbar und wirksam. Daher sind für eine als Kultur verstandene Politik Gedächtnislücken oder gar Vergessen undenkbar. Eine solche Politik ist **erinnerungsfähig.** Weil sie den Menschen als verantwortliches Subjekt kennt, kann sie auf komplizierte Inszenierungen des Vergessens und auf die Kunst der Verdrängung von Schuld und Verantwortung verzichten. Solidarität bedeutet Beistand, Stützung und Aufrichtung des Menschen angesichts seiner Fehler, Leiden und Bedrohungen. Sie ist nicht nur für den Augenblick und für eine gemeinsame Zukunft von Bedeutung. Sie lebt auch aus der Geschichte und durch die Erinnerung, Metz nennt das ,,Solidarität nach rückwärts'' und meint damit, daß die Namenlosen, die Verlierer, die Armen, die Leidenden, die Unterdrückten und die Toten nicht vergessen werden dürfen.

Politik als Kultur wendet sich nicht nur gegen eine grassierende Geschichtslosigkeit, sie muß auch den Zerfall der Sprache stoppen, ja sie muß sogar eine **neue Sprache** (nicht Neusprache!) lernen. Auch diese Notwendigkeit wird uns tagtäglich von Politikern und ihren Kritikern vorexerziert. Die Diskussion um die zweisprachige Schule in Kärnten ist symptomatisch für die Ignoranz von Politikern und anderen Menschen gegenüber dem Sprachproblem. Der Streit zeigt wenigstens, wie unabdingbar Sprache und Solidarität miteinander verbunden sind.

Politik als Kultur ist nicht nur erinnerungsfähig, sie ist auch **zukunftsfähig.** Allerdings ist für sie Zukunft nicht das Machbare, das sich logisch Ergebende, das unaufhaltsam Kommende, in das sich der Mensch ergeben muß. Sie hat die Zukunft nicht im Griff, vertraut aber darauf, daß der Mensch genug Phantasie hat, seine Zukunft so zu gestalten, daß er dem Menschen ein Mensch und eben nicht ein Wolf wird. Dabei weiß sie, daß es längst nicht bloß um private und provinzielle Probleme geht. Diese Politik weiß, daß die entscheidenden Probleme des menschlichen Zusammenlebens weltweiten Zusammenhang haben. Gerade deshalb braucht sie Phantasie, um nicht zu einem stumpfen und sinnlosen Planungsgeschäft zu degenerieren. Angesichts der Apokalyptik unserer Zeit braucht sie den Elan der Hoffnung. Damit wird sie gegenläufig zu unserer ,,evolutionär gestimmten'' (Metz), apathischen und erwartungslosen Gesellschaft.

Schließlich ist Politik als Kultur **praktisch.** Das ist keine Absage an die Theorie. Auf keinen Fall darf die Anstrengung des Denkens gemieden werden. Aber wir brauchen keine ,,Theoretiker mit Zitatenschatz'' (Ernst Bloch), genausowenig wie hohlköpfige Pragmatiker. Der Wert einer als Kultur verstandenen Politik, ihre Glaubwürdigkeit erweist sich in der Praxis. Diese Glaubwürdigkeit ist durch Marketing und Werbung nicht machbar, auch nicht durch eine wohlmeinende Presse. Hier ist das Subjektsein des Politikers eingefordert, der ja wie seine Wähler ständig in Gefahr ist, zum Objekt irgendwelcher Manipulationen zu werden. Erich Kästner formuliert die Bewährung und Bewahrheitung durch Praxis so: ,,Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.''

Andreas Zakostelsky

POLITISCHE KULTUR IN DER STUDENTENBEWEGUNG

1. Einfluß des gesellschaftlichen Wandels auf die Universitäten

Obwohl die hohen Schulen und die Studentenpolitik in einem für österreichische Verhältnisse starkem Maße autonom sind, wirken Veränderungen der Gesellschaft und der Politik auf sie ein. Dies schon daher, da gesellschaftliche Veränderungen sich zumeist auch in Universitätsreformen bemerkbar machen, vor allem aber durch die intensive Korrelation der österreichischen Parteienlandschaft und dem politischen Szenario an den Universitäten.

Steigende Hörerzahlen entsprechen dem seit den 50er Jahren in der Bevölkerung vorherrschenden Denken, daß eine Universitätsausbildung die Möglichkeit einer beruflichen Karriere schafft. Nun muß hier aber ein großer Irrtum aus der Welt geschaffen werden: Es war nicht — wie oft fälschlich behauptet — der Sozialismus, der etwa in den 70er Jahren die „Bildungsexplosion" herbeigeführt hat.

Es haben sich zwar die Hörerzahlen innerhalb der 16 Jahre von 1970 bis 1986 verdreifacht, aber bereits in den 15 Jahren von 1955 bis 1970 haben sich diese Zahlen vervierfacht (Abb. 1). Diese Zahlen zeigen einen stetigen Prozeß der Öffnung der Universitäten seit den 50er Jahren.

Hörerzahlen:

1955:	14.000
1960:	28.000
1970:	52.000
1980:	120.000
1986:	160.000
1988:	170.000

Abb. 1

Ausgeräumt werden soll hier aber auch noch der Mythus, daß die heutige Massenuniversität eine früher etwa bestehende Eliteuniversität ersetzt hätte. Eine in diesem Sinn verstandene Institution für besonders Begabte hat es in Österreich nie gegeben[1].

Mit der „Massenuniversität" ist also nur gemeint, daß heute mehr Menschen studieren können als früher. Natürlich ist dafür die Sozialgesetzgebung — vor allem in den 70er Jahren — grundlegend gewesen, wie überhaupt in dieser Zeit die große Reformphase des österreichischen Hochschulwesens durchgeführt wurde und primär mit dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975 der entscheidende Schritt zur Modernisierung und Demokratisierung gesetzt wurde.

Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß gewisse strukturelle Veränderungen nicht bewältigt wurden. So stieg das Verhältnis Professoren-Studenten zahlenmäßig von 1:57 (1970) auf 1:95 (1987). Damit ist wohl die Qualität der Ausbildungsmöglichkeiten ernsthaft in Frage gestellt.

2. Entwicklung der Studentenbewegung

Meist wird das Aufkeimen einer bewegten Studentenschaft gleichgesetzt mit den Ereignissen der späten 60er Jahre — den internationalen Studentenunruhen und dem gemäßigten Abbild derselben in Österreich.

Erste Studentenunruhen

Es wird dabei übersehen, daß bereits im ausgehenden 19. Jh. und zu Beginn des 20. Jh. starke studentische Bewegungen (allerdings in erster Linie gegeneinander) auftraten: die übermächtigen nationalliberalen Burschenschaften und die sich (zum Unwillen der Nationalen) in den Verbindungen des Cartellverbandes sammelnde katholische Akademikerschaft. In diesen Auseinandersetzungen herrschte eine andere politische „Kultur", es galt das „Faustrecht" — selbst Blutopfer waren zu beklagen!

Existenzorientierte Nachkriegsgeneration

Die Studentengeneration nach dem Zweiten Weltkrieg war tatsächlich aufgrund ihrer Erfahrung der sozialen Unsicherheit entpolitisierter und entideologisierter[2], eher auf Existenzsicherung und den notwendigen Wiederaufbau konzentriert. Auch stand meist einem eher konservativen Unterrichtsminister eine vom ÖVP-nahen Wahlblock dominierte Hochschülerschaft gegenüber[3]. So mancher Interessenausgleich konnte durch offene (nicht öffentliche) Gespräche ohne übertriebenes Taktieren erreicht werden — eine Form der Auseinandersetzung, die auf der Suche nach einer „kultivierten Politik" vermißt wird, aber eben auch ihre Nachteile hat (mangelnde Öffentlichkeit).

Die wilden 60er

Das gesamte hochschulpolitische Klima änderte sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. In Österreich ausgehend von der „Aktion" in Graz, deren Mitglieder — nachdem sie sich z.T. im „Wahlblock" nicht mehr durchsetzen konnten — liberale und kulturpolitische Inhalte, verknüpft mit aktionistischen Momenten, in die Studentenpolitik einbrachten.

Das bürgerliche Wahlbündnis „Wahlblock" wurde folgend aufgelöst. Die nachfolgende ÖSU nahm zwar die Stellung einer ÖVP-nahen, aber betont progressiven Mitte ein (starke lokale Unterschiede), und der VSSTÖ geriet zusehends in Konflikt mit der Mutterpartei.

Einhergehend tauchten nach internationalem Vorbild neue Protest- und Artikulations-, aber auch Kommunikationsformen auf (Sit-in, Teach-in, Demonstrationen — manchmal wohl schon mit dem Ziel, sich verhaften zu lassen).

Dieses war auch die Zeit der **„wilden Studentenvertreter"**, oft spontan in Hörerversammlungen gewählte „Vertreter", die ihre Legitimation auf sogenannte basisdemokratische Mechanismen stützten.

In den 60er Jahren standen mithin Überlegungen der Demokratisierung, Politisierung und der Gesellschaftsveränderung im allgemeinen im Vordergrund.

Privatisierungstendenz und Alternativbewegung

In den 70er Jahren trat unter der zusehends größer werdenden Studentenschaft eine Tendenzwende ein.

Zum einen wendeten sich die von den intensiv und emotional vorgebrachten politischen Ansprüchen übermüdeten Studenten einer Verinnerlichung zu, private „Szenen" und Subkulturen lösten die aktionistische und öffentliche Bewegung ab. Sogar nostalgische Gefühle waren bemerkbar. Ausfluß dessen war die erste „Privatisierungswelle" — das Streben nach angenehmer Freizeitgestaltung ohne politisch-partizipativen Anspruch.

Zum anderen hat der erste Bericht des Club of Rome 1972 weltweite Beachtung gefunden und natürlich auch die Sensibilität der jungen Intellektuellen für Fragen der Umwelt geweckt. Die differenziert ausgeprägte Alternativbewegung entstand; schließlich sind die Wurzeln der „Neuen Sozialen Bewegung" ebenfalls hier zu orten. Die Neue Soziale Bewegung spiegelt eine Art stille Werterevolution wider.

Gerade im studentischen Bereich ist eine spürbare Zuwendung zu postmaterialistischen Werten am ehesten festzustellen — die Lebensqualität wurde zum zentralen Wert erhoben, die Umwelt hat Vorrang gegenüber dem Wirtschaftswachstum.

Kontinuität in den 80er Jahren

Die Grundhaltungen der 70er wurden intensiviert in die 80er Jahre getragen.

Die Ereignisse um Zwentendorf und Hainburg wurden zu Symbolen, und gerade hier zeigt sich eine gewisse Kontinuität der politischen Kultur, die bis in die 60er Jahre zurückreicht. Denn letztendlich ist es wieder der Staat, die Obrigkeit — nun vielfach in Form der etablierten Parteien und der Sozialpartnerschaft — die bekämpft werden. Dies geschieht auch wieder unter Betonung partizipativer Elemente (imperatives Mandat und andere direktdemokratische Maßnahmen). Auch werden immer wieder die mittlerweile alten Vorstellungen und Argumente der „Neuen Linken" bemüht.
All die Proteste werden heute aber — dies scheint ein demokratiepolitisches Problem zu sein — nur von einer ähnlich kleinen Funktionärsschicht getragen wie in den 60er Jahren — und das bei einer enorm vergrößerten Studentenzahl.

Neue studentische Bewegung

Es scheint symptomatisch für das Interesse der österreichischen Bevölkerung an der Politik, daß am ehesten dann Aufmerksamkeit erregt und Massen mobilisiert werden können, wenn es um die finanziellen Belange der Betroffenen geht. Es sei unbestritten, daß viele Studenten von den Einsparungsmaßnahmen empfindlich getroffen werden, daß manche Maßnahme fehl am Platze scheint. Trotzdem spricht es für sich, wenn 10% der Studierenden (ohnedies gering) bereit sind, gegen soziale Kürzungen zu demonstrieren, aber kaum jemand außer einigen der „Aktivisten" im weiteren Sinne sich für gesellschaftspolitisch relevante Vorgänge interessiert, geschweige denn engagiert.
Die Studentengeneration scheint heute also keine Interessengemeinschaft im eigentlichen Sinne zu sein, die Veränderungen anstrebt, sondern eine „Zwangsgemeinschaft", die um ihre soziale Stellung bemüht ist.

3. Charakteristika der politischen Kultur der Studenten und ihrer Politiker

Nach Plasser/Ulram[4] bezeichnet sich ein — verglichen mit Jugendlichen anderen Ausbildungsgrades — sehr hoher Prozentsatz von Studenten als politisch zumindest „stark interessiert" (Abb. 2).
Dies muß hinsichtlich der politischen Kultur in Österreich nachdenklich stimmen, wo doch selbst von diesen „Interessierten" nur ein Drittel zu den Wahlurnen schreitet.

Sorgenkind Wahlbeteiligung

Es ist bemerkenswert, daß unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als 70% der Studenten zur Wahl gingen und auch im Zeitraum von 1951 bis 1971 noch immer zwischen 49% und 60% von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Erst ab den frühen 70er Jahren hat sich die Wahlbeteiligung zum Sorgenkind entwickelt, nie mehr 50% erreicht, und sich schließlich bei einem Drittel eingependelt.
Noch besorgniserregender ist aber beinahe der Prozentsatz an Studenten, die bereit sind, sich zu engagieren. Hier sind etwa 1—2% der Kollegenschaft zu finden.

Folgeprobleme

Daraus resultiert eine Reihe von Folgeproblemen, die aber allesamt entscheidend für die politische Kultur sind. Sie sollen im folgenden nur stichwortartig angeführt werden:
- geringe Auswahl an qualifizierten Mitarbeitern
- mangelnde Zeit — oft mangelnde Bereitschaft zur Mitarbeiterschulung (beiderseits möglich)
- Ämterkumulierung
- geringe Hörsaalbindung (allg.: fehlender Kontakt zu Betroffenen)
- Nachfolgeprobleme

Weitere Kriterien einer politischen Kultur

Auch diese, von stärkerer Partizipation unabhängigen Erscheinungen menschlicher Charakterschwächen sind entscheidend für die Umgangsweise in der Politik.
Es sind primär:
- die Sprache als politisches Instrument oder Waffe
- mangelnder Idealismus und Versorgungsstreben
- Intrigen zur „Unterstützung" legaler Handlungen
- schließlich das eigentliche Ziel im Hintergrund so mancher Engagements: Das Erreichen von Macht als Selbstzweck.

4. Zielrichtung einer Erneuerung der politischen Kultur

Vorweg soll der Ausspruch in Erinnerung gerufen werden, daß „jedes Volk die Politiker hat, die es verdient". Dieser Satz scheint von dauernder Gültigkeit zu sein und ist natürlich auch für die Studentenschaft zutreffend. Die Konsequenz daraus ist, daß jeder zuerst in seinem eigenen Bereich beginnen sollte, Fehler zu orten und auszumerzen.

Die Zielrichtung einer Erneuerung darf mit LH Dr. Krainer folgend formuliert werden:

Es geht um eine glaubwürdig und selbstverständlich gelebte politische Ethik der Anständigkeit, die auf breitester Front platzgreifen muß.

Es geht um eine Verantwortungsethik in der Politik, die über Pragmatismus und Technokratie hinausragt, die Politik nicht als zynische Bedienung von Schalthebeln der Machtapparatur und des Selbstzwecks, sondern als bewußten Dienst an der Gemeinschaft und am einzelnen ansieht.[5]

Anmerkungen:

1) Manfried Welan, Zur Gegenwart und Zukunft der Universitäten, Jahrbuch für Politik 1980.

2) Manfred Prisching, Die Jugend flüchtet, Politikum Nr. 24, 1985.

3) Ali Gronner, Die ÖVP-nahen Studentenparteien, Schwarz-Bunter-Vogel, Junius Verlag 1985.

4) Plasser/Ulram, Unbehagen im Parteienstaat, Böhlau Verlag 1982.

5) Josef Krainer, Der Politische Stil der 80er Jahre, Politikum Nr. 11, 1982.

Politisches Interesse und Beschäftigung mit Politik nach Schulbildung und sozialer Herkunft:

in Prozent	nach Schulbildung*)				nach sozialer Herkunft**)					
	Hauptschule	Fachschule / BHS	AHS	Universität	alle Jugendlichen	Selbständige	Landwirte	Arbeiter	Angestellte	Beamte
sehr stark / eher stark politisch engagiert	11	23	29	64	23	27	22	19	28	31
Beschäftigung mit Politik sehr wichtig / eher wichtig	37	44	49	76	42	46	38	38	50	48

*) nur Jugendliche im Ausbildungsstadium
**) alle Jugendlichen (Berufsmilieu des Vaters)

Abb. 2

Quelle: Dr. Fessel + GfK, Jugend und Politik (1980)

Franziska Schneeberger

POLITISCHE „KONFLIKTKULTUR" DER ZWISCHENKRIEGSZEIT AM BEISPIEL DER HEIMWEHR

Die vielfältigen Bedeutungsinhalte von politischer Kultur sowie deren Anwendungsbereiche als politologisches Analysekonzept waren in letzter Zeit verstärkt Gegenstand von Tagungen und Publikationen.[1] Dazu liegen mittlerweile auch in der deutschsprachigen, politikwissenschaftlichen Forschung verschiedene Arbeiten vor. Aufgrund der in der bisherigen politischen Kulturforschung festzustellenden Defizite scheint mir jedoch eine begriffliche Klärung von politischer Kultur vor ihrer jeweiligen Verwendung als Analyseraster notwendig. Andernfalls läuft sie Gefahr — so wie dies in der öffentlichen Diskussion bereits geschieht — zu einem inhaltsleeren Schlagwort zu werden.

In zahlreichen, gerade auch österreichischen Arbeiten zum Thema politischer Kultur wurden entweder deren normative Aspekte in den politischen Einstellungen, Verhaltens- und Handlungsweisen von Personen oder Gruppen betont oder die damit korrespondierenden institutionalisierten Ausprägungen des politischen Systems in den Vordergrund gestellt.[2] Diese beiden Aspekte entsprechen weitgehend auch dem klassischen Verständnis von politischer Kultur.[3] Daneben wird in der gegenwärtigen, politischen wie auch politikwissenschaftlichen Diskussion der Mangel oder das Fehlen „politischer Kultur" betont.[4] Diese Sichtweise basiert auf der impliziten Vorannahme, daß politische Kultur grundsätzlich positiv besetzt ist. Somit unterliegt diese Form der Beschäftigung mit „politischer Kultur" einer vorwissenschaftlichen, moralisierenden Betrachtungsweise. Da jedoch eine bewertende Herangehensweise an jedes Thema und somit auch an das der politischen Kultur der Mobilisierung und Vermittlung von Wissen und somit der differenzierten Betrachtung eines spezifischen Phänomens im Wege steht[5], versuche ich, eine Emotionalisierung und Moralisierung weitgehend zu vermeiden.

Im Gegensatz zum oben erwähnten Verständnis von „politischer Kultur" als eine eher einstellungs- und verhaltensbezogene bzw. als eine eher formalisierte Systemelemente thematisierende Perspektive, sollen hier unter politischer Kultur jene Interaktionsprozesse verstanden werden, wodurch einerseits bestehende Meinungen, Verhaltensweisen, Norm- und Wertmuster in institutionalisierte Formen übersetzt werden und andererseits diese wiederum auf die politischen Verhaltensweisen zurückwirken. Also nicht Personen in ihrer Funktion als Produzenten politischer Kultur und auch nicht das politische System und dessen Suborganisationen, stehen hier im Vordergrund des Interesses, sondern die zwischen den unterschiedlichen „kulturellen Milieus"[6] in Beziehung tretenden politischen Akteure, die zu Trägern von Transformationsprozessen werden.

Ich werde mich in den folgenden Ausführungen mit einem Teilbereich politischer Kultur, nämlich mit politischen Konflikten, beschäftigen. Daß ich politische Kultur gerade an ihrer Konfliktdimension zu operationalisieren versuche, hängt mit der Auffassung zusammen, wonach sich die „Spielregeln" politischer Kultur in Krisenlagen deutlicher manifestieren als in Zeiten ruhiger Entwicklung. Den zeitlichen Rahmen stellt die Erste Republik dar.

Am historisch konkreten Beispiel der Heimwehr soll wiederum nur ein Aspekt politischer „Konfliktkultur" der Zwischenkriegszeit aufgezeigt werden. Folgende Fragen sind dabei von vorrangigem Interesse: Welche parteipolitischen Konfliktlinien waren für die Erste Republik charakteristisch? Wie sah die Wechselwirkung zwischen ihnen und der Heimwehr aus? Lassen sich bestimmte Muster dieser Abhängigkeit erkennen und in Form spezifischer Heimwehrtypen voneinander abgrenzen?

Ein wesentliches Charakteristikum der politischen Kultur wie auch der politischen „Konfliktkultur" der Zwischenkriegszeit ist deren Fragmentierung. Damit meine ich, daß man für diesen Zeitraum nicht von einer einheitlichen politischen Kultur sprechen kann. Für die Heimwehr als einem Merkmal spezifischer politischer Kultur bedeutet Fragmentierung, daß mindestens drei unterschiedliche parteipolitische Konfliktebenen die Existenz und die Erscheinungsform der Heimwehr bestimmten.

Die Konfliktlinien zwischen den einzelnen Parteien der Ersten Republik waren zumindest teilweise Ergebnis von Entwicklungen in der Monarchie. Die weltanschaulichen Lager waren schon 1918 weitgehend voneinander abgegrenzt.[7] Unter dem in der Monarchie praktizierten Wahlrecht waren bestimmte gesellschaftliche Gruppen von einer politischen Beteiligung noch weitgehend ausgeschlossen. Mit der Einführung des Allgemeinen Wahlrechtes auf Gemeinde- und Landesebene nach dem Ende des Ersten Weltkrieges kam es zu einer Neuverteilung der politischen Machtpositionen, da gerade die erstmalig an Wahlen partizipierenden Gruppen den beiden Massenparteien der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten zuströmten.

Einer Expansion der Großdeutschen und des Landbundes waren deutliche Grenzen gesetzt. Die Ursache dafür lag einerseits in deren antiklerikalem Selbstverständnis und andererseits darin, daß die Vorläufer beider Parteien als Inhaber ökonomischer und politischer Ressourcen bereits zur Zeit des Kurienwahlrechts weitgehend politisch konsolidiert waren und ihre Reservoirs erschöpft hatten. Die Wählerpotentiale der Großdeutschen sowie des Landbundes wurden also vergleichsweise früher mobilisiert und politisch eingebunden. Aufgrund ihrer ehemaligen politischen Vorrangstellung wirkten diese beiden Parteien kaum mehr anziehend auf die erst nach Einführung des Allgemeinen Wahlrechtes in den politischen Entscheidungsprozeß eingebundenen Gruppen.

Das Allgemeine Wahlrecht bewirkte eine Machtverlagerung in zwei Richtungen. Die Großdeutschen bzw. deren Vorläuferorganisationen verloren 1918 in den meisten Städten ihren früher unumstrittenen Einfluß an die Sozialdemokratie und in den Kleinstädten, Bezirkshauptorten und Marktgemeinden an die Christlichsozialen. Die daraus vorrangig resultierenden Konfliktlinien verliefen somit einerseits zwischen Großdeutschen und Sozialdemokraten und andererseits zwischen Großdeutschen und Christlichsozialen. Daneben existierten aber noch andere Konfliktlinien, wie die zwischen den bürgerlichen Parteien insgesamt und der Sozialdemokratie oder die zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten.

Auf den Ebenen der Gemeinden bzw. der Bundesländer konnten durchaus unterschiedliche Konfliktkonstellationen auftreten. Auch der parteipolitisch jeweils dominante Konflikt differierte je nach Gemeinden und Regionen. Auch innerhalb einer Gemeinde konnten gleichzeitig verschiedene Konflikte wirksam sein. Dann allerdings bildete sich eine gewisse Konfliktthierarchie heraus. Je nachdem, welche politische Partei den vorrangigen politischen Gegner repräsentierte (meist aufgrund seiner Stärke), bildeten sich Koalitionen und Oppositionen. Da war es

dann durchaus möglich, daß zum Beispiel mit einem auf einer anderen Ebene primären politischen Gegner auf lokaler Ebene eine Koalition eingegangen wurde, um die lokal stärkste Partei gemeinsam zu schwächen.
Primäre Konfliktlinien waren somit in der Ersten Republik durchaus nicht auf allen Ebenen die gleichen. Sie waren nicht völlig starr und wurden mitunter tatsächlich auch durchbrochen.
Nun werde ich auf die für die Erste Republik grundlegenden parteipolitischen Konfliktmuster eingehen. Auf der lokalen Ebene und auf jener eines Bundeslandes lassen sich jeweils drei spezifische Konfliktkonstellationen unterscheiden.

1) Lokale Konfliktmuster

Die auf lokaler Ebene zentrale Konfliktlinie verlief in der Zwischenkriegszeit — wie bereits erwähnt — zwischen den alten Honoratiorenparteien und den neuen Massenparteien. Welche Bedeutung dieser Konfliktlinie für die Expansion der Heimwehr in den österreichischen Bundesländern zukam, hing grundsätzlich vom Auftreten dieser Konfliktkonstellation ab. Das großdeutsche Potential im besonderen und das „nationale" Lager im allgemeinen beschränkten sich weitgehend auf Städte und am Land auf Kleinstädte und Marktorte. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich wird, finden sich in den österreichischen Bundesländern Städte und Marktgemeinden unterschiedlich häufig.
In den meisten Städten, deren zahlenmäßige Anteile in allen Bundesländern unter der 5-Prozent-Marke lagen und sich nicht gravierend voneinander unterschieden, mußten die Großdeutschen ihre ehemaligen politischen Macht- und Einflußressourcen an die Sozialdemokraten abtreten. Diese stellten dort aufgrund ihrer Dominanz den unmittelbaren Gegner nicht nur für die Großdeutschen, sondern gleichzeitig auch für die lokalen Christlichsozialen dar. Da beide bürgerlichen Parteien jeweils ihr primäres Konfliktobjekt in den Sozialdemokraten sahen, war ein gemeinsames Vorgehen gegen diese möglich. Die Heimwehr übernahm dabei eine die bürgerlichen Parteien gegen den gemeinsamen „Feind" Sozialdemokratie einigende Funktion. Der Antimarxismus war der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die bürgerlichen Parteien einigen konnten. Dennoch existierte weiterhin zwischen der bürgerlichen Minderheitspartei der Großdeutschen und der bürgerlichen Mehrheitspartei der Christlichsozialen ein potentieller Konflikt. Er konnte gleichsam erst auf der höheren Ebene der Ideologie überwunden werden.
Ein anderes Konfliktmuster auf lokaler Ebene existierte in den kleineren Städten, Bezirkshauptorten, Gerichtsbezirkshauptorten und Marktgemeinden. Hier verlief die zentrale Konfliktlinie zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen. Das Auftreten der auf diesem Konflikt basierenden Heimwehrformationen war grundsätzlich an jene Gemeinden gebunden, in denen die Großdeutschen bis Kriegsende die einflußreichste politische Kraft repräsentierten. Hier stellten die Christlichsozialen, die nach Einführung des Allgemeinen Wahlrechtes die politische Führung von den ehemaligen Honoratioren übernahmen, den parteipolitisch primären Gegner für die Großdeutschen dar. Die Sozialdemokraten rangierten hier zumeist mit mehr oder weniger großem Abstand zu den dominierenden Christlichsozialen als zweitstärkste Partei. Erst an dritter Stelle folgten die Großdeutschen.
Die lokale Heimwehr war auch hier in den spezifisch örtlichen Konflikt eingebunden. Nicht nur wurde die Heimwehr selbst zu einem Austragungsinstrument dieser parteipolitischen Spannungen. Auch prägte dieser Konflikt die spezifische Zusammensetzung der lokalen Führung und Basis sowie das ideologisch-programmatische Selbstverständnis der Ortsgruppe.
Betrachtet man die Häufigkeit von Marktgemeinden in den einzelnen Bundesländern (siehe Tabelle 1), so fallen große Unterschiede auf. Den geringsten Anteil an Marktgemeinden besaß Tirol mit 2,58 Prozent der insgesamt 309 Gemeinden. Oberösterreich hingegen wies mit 18,1 Prozent Marktgemeinden neben Burgenland den höchsten Anteil auf. Um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen: Das in einem Bundesland weitgehende Fehlen von Marktgemeinden bedeutete nicht, daß dort keine Heimwehr existierte. Hingegen behaupte ich nur, daß, wenn eine Heimwehr in Marktorte Eingang fand, die örtlich vorgefundene Konfliktstruktur der Parteien für das Selbstverständnis und den Typus der dortigen Heimwehr primär bestimmend war.
Auf der lokalen Ebene einer Gemeinde faßte die Heimwehr jedoch auch dann Fuß — und damit komme ich zu dem dritten, historisch relevanten Konfliktmuster — wenn kein offener Konflikt zwischen den bestehenden Parteien existierte, so wie z. B. in Tirol, wo die Tiroler Christlichsozialen in den dominant bäuerlichen Landgemeinden die unangefochtene Mehrheit besaßen. Der bündische Aufbau der Tiroler Christlichsozialen verursachte jedoch innerparteiliche Konflikte.[8] Nicht nur der Gegensatz zwischen ehemaligen Konservativen und Christlichsozialen, auch ein solcher zwischen Land und Stadt ließen parteiinterne Spannungen entstehen.
Hier übernahm die Heimwehr die Funktion der Überbrückung innerparteilicher Konflikte. Der aufgrund der geringen Bedeutung der Sozialdemokratie in diesem Bundesland primär ideologisch begründete Antimarxismus der Tiroler Heimwehr erfüllte somit die zentrale Funktion, von den Konflikten innerhalb der Tiroler Christlichsozialen abzulenken.
Ich halte also fest: Die Heimwehr entsteht auf lokaler Ebene entlang ganz spezifischer Konfliktlinien:
— in Städten entlang des dominanten Konfliktes zwischen Sozialdemokraten und Großdeutschen sowie den übrigen, bürgerlichen Parteien;
— in Marktgemeinden und Gemeinden mit einer bestimmten zentralörtlichen Funktion entlang des dominanten Konfliktes zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen sowie den übrigen (inklusive sozialdemokratischen) Parteien;
— in Tirol entlang von Konflikten innerhalb der bürgerlichen Mehrheitspartei der Christlichsozialen.
In dominant bäuerlichen Gemeinden findet die Heimwehr im allgemeinen überall nur erschwert und unter bestimmten zusätzlichen Bedingungen Eingang.

2) Regionale Konfliktmuster

Auf der Ebene der Konflikte innerhalb eines ganzen Bundeslandes geht es um die Frage, welche Konfliktkonstellationen hier für die Existenz und die Funktion der Heimwehr entscheidend waren. Von Interesse ist dabei auch, ob sich auf Landesebene die Konflikte von denen auf der lokalen Ebene unterschieden oder ob sie mit ihnen übereinstimmten.
Die im jeweiligen Bundesland vorrangig wirksame Konfliktstruktur läßt sich anhand der Verteilung der politischen Macht- und Einflußressourcen auf Landtags- und Landesregierungsebene aufzeigen.
Ich folge hier der Rangordnung der schon für die lokale Ebene festgestellten Konfliktmuster und den spezifisch daraus resultierenden primären Funktionen der Heimwehr.
Tabelle 2 zeigt die quantitative Präsenz der Sozialdemokratie sowie der bürgerlichen Parteien in den Landtagen im Vergleich der Bundesländer.
Die Funktion der Heimwehr als bürgerliche Einigungsbewegung im Kampf gegen die Sozialdemokratie war in jenen Bundesländern vorherrschend, in denen die Sozialdemokraten die mandatsstärkste Partei waren.
Mandatsstärkste Partei war die Sozialdemokratie in Wien, in Kärnten und in der Steiermark. Die Bedeutung der Heimwehr als eine alle bürgerlichen Parteien einigende Organisation stieg umso höher, je notwendiger eine Koalition aller bürgerlichen Fraktionen war, um eine regierungsfähige Mehrheit gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Abgesehen von Wien, wo der Vorsprung der Sozialdemokratie auch nicht durch ein Zusammengehen aller antimarxistischen Parteien aufzuholen war, kam diese Funktion der Heimwehr in Kärnten deutlich zum tragen. Auch in der Steiermark, deren bürgerliches, parteipolitisches Spektrum höher differenziert war als das der restlichen Bundesländer, erwarteten die Bürgerlichen von der Heimwehr ein akzentuiert antimarxistisches Vorgehen.
Eine andere, parteipolitische Konfliktkonstellation lag vor, wenn eine der bürgerlichen Parteien, d. h. die christlichsoziale, die Mehrheit des bürgerlichen Spektrums abdeckte (siehe Tabelle 2). Gerade dieser Mehrheitsstatus der Christlichsozialen produzierte aber ein Spannungsverhältnis zu den bürgerlichen Minderheitsparteien (der Großdeutschen, des Landbundes). Da die Sozialdemokratie nur die zweitstärkste Partei war, kam es vorrangig nicht zur Solidarisierung aller Bürgerlichen gegen sie. Vielmehr

spielte die interparteiliche Konfliktlinie bürgerliche Minderheits- versus bürgerliche Mehrheitspartei die primäre Rolle. Wenn auch die Heimwehr in ideologisch-programmatischer Hinsicht die antimarxistische Motivation vorschob, war sie dennoch vorwiegend von dem hier beschriebenen Konfliktrahmen geprägt. Dieser bestimmte auch die primäre Funktion der Heimwehr, die in der Absicht bestand, die christlichsoziale Mehrheit im Landtag zu reduzieren.

Bei der Interpretation der Tabelle 2 soll insbesondere die Verteilung der Mandate auf die einzelnen bürgerlichen Fraktionen sowie die relativ nachgeordnete Bedeutung der Sozialdemokratie beachtet werden. Jene Heimwehr, deren Funktion primär in der Austragung parteipolitischer Konflikte zwischen den bürgerlichen Parteien bestand, fand sich insbesondere in Oberösterreich, in Salzburg und in Niederösterreich. Kennzeichnend für deren politische Parteienlandschaft war eine starke christlichsoziale Partei mit einem Mandatsanteil von zwischen 50 und 60 Prozent im jeweiligen Landtag. Der Anteil der übrigen bürgerlichen Parteien war zwar gering, jedoch nicht völlig unbedeutend. In diesen Bundesländern war die Verteilung der Mandate auf die verschiedenen Parteien insgesamt stärker ausgewogen als beispielsweise in Tirol und Vorarlberg, jedoch andererseits noch nicht so differenziert wie zum Beispiel in Kärnten, der Steiermark und im Burgenland.

Dem dritten parteipolitischen Konfliktmuster auf lokaler Ebene entsprach auf der Ebene einer Region oder eines Bundeslandes eine stark unausgewogene Parteienkonstellation. Ein typisches Beispiel dafür liefert Tirols Parteienlandschaft der Zwischenkriegszeit (siehe Tabelle 3).

Die politische Parteienlandschaft Tirols war gekennzeichnet von einer fast die Zwei-Drittel-Mehrheit besitzenden christlichsozialen Partei, von sonst quantitativ unbedeutenden, bürgerlichen Parteien sowie einer schwachen Sozialdemokratie. Wie bereits bei der Behandlung der lokalen Konfliktlinien hervorgehoben, war es hier die Rolle der Tiroler Heimwehr, innerhalb der Tiroler Christlichsozialen eine Kittfunktion zu übernehmen.

Es kann also zwischen den lokalen Konflikten und denen auf Landesebene sowie zwischen den Funktionen der Heimwehr auf denselben Ebenen eine weitgehende Äquivalenz festgestellt werden.

Abschließend sei die Frage nach der Funktion der Heimwehr in Abhängigkeit von überregionalen Konfliktmustern gestellt.

3) Überregionale Konfliktmuster

Nachdem die Sozialdemokraten 1920 auf Bundesebene aus der Koalition mit den Christlichsozialen ausgeschieden waren, bildeten diese in der Folgezeit zusammen mit kleineren, bürgerlichen Fraktionen eine meist nur knappe regierungsfähige Mehrheit. Die Sozialdemokraten gewannen im Verlauf der Ersten Republik kontinuierlich an Stimmen und stellten somit für die Christlichsozialen eine reale Bedrohung als mandatsstärkste Partei dar. Auf Bundesebene sahen die bürgerlichen Parteien und insbesondere die Christlichsozialen in der Heimwehr eine primär antimarxistische Organisation. Die Heimwehr sollte insbesondere zwischen 1926 (dem verstärkten Ausbau der Heimwehr infolge der Veröffentlichung des Linzer Parteiprogrammes der Sozialdemokratie) und 1929 (der Verfassungsänderung) der bürgerlichen Regierung den Rücken stärken bei ihrem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie.

Das zumindest zeitweise enge Verhältnis zwischen Christlichsozialen und Heimwehr auf Bundesebene kollidierte auf Landesebene mit dem dortigen, mitunter anderen Verhältnis der Christlichsozialen gegenüber der Heimwehr. Diese Kollisionen zwischen Bundes- und Landesebene waren nicht zuletzt auf die jeweils anderen Konfliktmuster und somit auf die unterschiedlichen Funktionen der Heimwehr zurückzuführen.

Während auf Länderebene die drei oben beschriebenen Konfliktkonstellationen — meist räumlich getrennt — nebeneinander bestanden und jeweils unterschiedliche Heimwehr-Typen bedingten, vollzog die Heimwehr auf Bundesebene bei kaum grundsätzlich veränderter Konfliktverfassung zeitlich nacheinander einen Wandel ihres funktionalen Selbstverständnisses. Sie entwickelte sich von einer zwischen 1926 und 1929 dominant antimarxistischen Bewegung in Richtung eines eigenständigen politischen Faktors. Den Höhepunkt versuchter Emanzipation stellte die selbständige Kandidatur der Heimwehr anläßlich der Nationalratswahl am 9. November 1930 in der Partei des Heimatblocks dar.

In meinem Beitrag ging es mir darum, auf den drei Ebenen der Gemeinden, der Bundesländer und des Bundesstaates die Interdependenzen zwischen den parteipolitischen Konfliktkonstellationen und den dadurch bedingten Heimwehrtypen aufzuzeigen. Nicht eingehen konnte ich auf die Mechanismen und Strategien, die bei der Verknüpfung dieser verschiedenen Ebenen zum Einsatz kamen. Auch muß hier offen bleiben, wie „erfolgreich" die Heimwehr die drei unterschiedlichen Bedingungsebenen zu koordinieren suchte.

Anmerkungen:

1) Zum Begriff, zur Entwicklung und zum Konzept politischer Kultur vgl. H. Herlemann, Politische Kultur, in: D. Nohlen (Hg.), Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 4, München 1984, S. 338—343; O. Kimminich, Politische Kultur — Schlagwort oder Maßstab für politisches Handeln?, in: Politische Studien, 38. Jg. (1987), H. 292, S. 137—151; W. C. Müller, Literaturbericht. Zum Konzept der politischen Kultur, in: Zeitgeschichte, 12. Jg. (1984), H. 4, S. 26—33; W. M. Iwand, Paradigma Politische Kultur. Konzepte, Methoden, Ergebnisse der Political Culture — Forschung in der Bundesrepublik. Opladen 1985.

2) Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jg. 1984, H. 1.

3) Über die Entstehung und Geschichte politischer Kultur siehe D. Berg-Schlosser, Politische Kultur, in: D. Nohlen (Hg.), Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, München 1987, S. 746—751; G. A. Almond, S. Verba. The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton 1963.

4) Vgl. Titel von Beiträgen zur politischen Kulturdiskussion am Beispiel der ÖZP: „Parteienunkultur", „Gibt es eine politische Kultur?", „Bürokratie als Kultur?".

5) B. Nedelmann, Das kulturelle Milieu politischer Konflikte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft: Kultur und Gesellschaft, 1986, S. 397—413.

6) ebenda.

7) Zur Herausbildung der österreichischen Parteienstruktur vgl. A. Wandruszka, Österreichs politische Struktur, in: H. Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, München 1977, S. 289—485; E. Brauckmüller, Sozialgeschichte Österreichs, Wien-München 1985, S. 422—448.

8) Vgl. B. Erhard, Bauernstand und Politik. Zur Geschichte des Tiroler Bauernbundes, Wien-München 1981.

Tabelle 1: Anteil der Städte und Marktgemeinden an den gesamten Gemeinden im Vergleich der Bundesländer:

Bundesland	Anzahl der Städte	in %	Anzahl der Märkte	in %	Gesamtzahl d. Gemeinden
Niederösterreich	45	2,64	247	14,47	1707
Oberösterreich	15	2,95	92	18,15	507
Salzburg	3	1,9	23	14,65	157
Tirol	10	3,23	8	2,58	309
Vorarlberg	4	4,0	5	5,05	99
Steiermark	20	1,95	64	6,27	1021
Kärnten	11	4,41	24	9,63	249
Burgenland	4	1,22	61	18,71	326

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des Ortsverzeichnisses von Österreich. Bearbeitet aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung vom 7. März 1923, hrsg. vom Bundesamt für Statistik in drei Teilheften, Wien 1926, 1927, 1930.

Tabelle 2: Anteil der Sozialdemokraten an den Landtagsmitgliedern im Kontext der anderen Parteien:

Bundesland (LTW)	Z. d. LTMG	SOZ %	CHSOZ %	GD %	LA %	AND. P. %
Wien (1927)	120	64,74	33,2	1,66	,	,
Niederösterreich (1927)	60	35,07	55,11	8,35	1,67	,
Oberösterreich (1925)	60	26,72	56,78	10,02	6,68	,
Salzburg (1927)	26	34,65	50,05	7,70	3,85	3,85
Tirol (1929)	40	22,5	65,0	5,0	,	7,5
Vorarlberg (1928)	30	19,98	69,93	3,33	6,66	,
Steiermark (1930)	48	35,36	35,36	4,16	12,48	12,48
Kärnten (1930)	36	41,7	16,68	5,56	16,68	19,46
Burgenland (1930)	32	40,69	43,82	,	15,65	,

Legende: Z. d. LTMG = Anzahl der Landtagsmitglieder
LTW = Landtagswahl
SOZ % = Prozentanteil der Sozialdemokraten
CHSOZ % = Prozentanteil der Christlichsozialen
GD % = Prozentanteil der Großdeutschen
LA % = Prozentanteil des Landbundes
AND. P. = Prozentanteil der anderen Parteien

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des Jahrbuches der Österreichischen Arbeiterbewegung 1930, Wien 1931, S. 154.

Tabelle 3: Mandatsverteilung im Tiroler Landtag nach der Wahl vom 28. April 1929:

	LTMG	SOZ	CHSOZ	GD	LA	AND. P.
Tirol LTW 1929	40	9	26	2	0	3

Legende: LTMG = Anzahl der Landtagsmitglieder

Quelle: Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung 1930, Wien 1931, S. 154.

CULTUR politicum

Heimo Widtmann

APOCALYPSE NOW „DAS BUCH MIT SIEBEN SIEGELN"

in Salzburg und anderswo

Deinen Bericht über den Salzburger Rummel nehme ich mit gemischten Gefühlen auf." (Franz Schmidt am 22. August 1935 an einen Freund).

Der große österreichische Komponist **Franz Schmidt** hat die Geheime Offenbarung des Johannes, die ,,Apokalypse", in der Zeit von 1935 und 1937 vertont:

Zwei Jahre vor dem endgültigen Ausbruch des großen Weltentsetzens haben sich die musikalischen Visionen des sensiblen, prophetischen Künstlers mit der visionären Schau des Apostels vereint.

Aus einer bisher verdrängten, für unwirklich gehaltenen biblischen Endzeitgeschichte wurde bald ,,APOCALYPSE NOW".

Franz Schmidt schrieb damals — schon vom Tode gezeichnet: ,,Meines Wissens ist mein Versuch, die Apocalypse zusammenhängend zu vertonen, der erste, der bisher unternommen wurde."[1]

Erst viele Jahre später hat ein anderer Großer, FRANK MARTIN, mit seinem Oratorium ,,Et in terra pax" diesen Text wieder musikalisch zu gestalten versucht.

Die große Bedeutung **Franz Schmidts** für Österreichs Musik wurde spät erkannt und gewürdigt, als ,,spätromantischer Epigone" stand er lange Zeit im Schatten mancher Zeitgenossen, obwohl etwa Richard Strauß oder Hans Pfitzner der Spätromantik noch in den 40er Jahren viel verbundener waren als der die Grenzen der Tonalität bereits vielfach sprengende Endzeitvisionär **Franz Schmidt.**

(Z. B. Richard Strauß: Oboen — und Hornkonzert. Vier letzte Lieder u. a. m. Oder Hans Pfitzner: Zwei Sinfonien, Orchesterphantasie usw.) 1938 wurde das ,,Buch mit sieben Siegeln" in Wien unter dem Dirigenten Oswald KABASTA uraufgeführt. 1939 starb Franz Schmidt und es wurde lange Zeit still um ihn. Und sicher war das Thema des ,,Buches" den neuen Machthabern auch nicht genehm.

Nach 1945 haben sich zunächst **nicht** die Wiener Musikgranden erfolgreich an das große Werk gewagt.

Die snobistischen Salzburger Kulissenbürger haben bis 1951 bzw. bis zum Jahr 1956 das Werk Franz Schmidts selbstgefällig übersehen.

In **Graz** aber sang der Domchor das **,,Buch mit sieben Siegeln"** unter dem genialen Domkapellmeister **Anton LIPPE** bereits im April 1949!

Getragen von dem triumphalen Erfolg in der steirischen Landeshauptstadt trugen der Dirigent und sein Chor gemeinsam mit den besten Orchestern Mitteleuropas (Wiener Philharmoniker, Wiener Symphoniker, Münchener und Berliner Philharmoniker, RAI-Symphonieorchester), die Botschaft Franz Schmidts überaus erfolgreich durch Europa: Berlin, Straßburg, Düsseldorf, Essen, München, Münster, Rom, Basel, Zürich waren nur einige der Stationen. Der als trocken — objektiv geltende Musikkritiker Richard AHNE schrieb damals im Steirerblatt, dem Vorläufer der Süd-Ost-Tagespost.

,,Ein Werk ist dies, vor dem die menschliche Ratio schweigen sollte. Die Größe des Gefühls macht — zum erstenmal seit Anton BRUCKNER — die Herzen beben. Nieder auf die Knie! — und kein sezierendes Wort mehr. Wer's nicht miterlebt hat, dem könnte ein Erzählen ohnehin nichts sagen". (Das Steirerblatt vom 27. April 1949)

Nur vier Jahre nach der Weltkriegs-Apokalypse waren nicht nur Sachverständige, sondern tausende von Zuhörern zutiefst betroffen und getröstet — quer durch alle Schichten der Bevölkerung. Man hat viele Menschen weinen gesehen, damals im Grazer Stefaniensaal. Alfred JIRASEK hielt dieses — im übrigen Kulturösterreich auch heute noch gerne übersehene — Grazer Ereignis unter Hinweis auf einen Priesterfreund, der den Komponisten während seiner letzten schweren Krankheit getröstet hat, staunend fest: ,,In der Person eines anderen Priesters erstand Franz SCHMIDT, allerdings erst nach seinem Tod, ein neuer Tröster — **Dr. Anton Lippe,** dem früheren Kapellmeister der Domkirche in Graz, welcher das Buch mit seinem Chor meisterlich einstudierte und sich mit schrankenloser Liebe eines Apostels dafür eingesetzt hat. Er hat mit seinen hervorragenden Sängern zahlreiche Reisen unternommen und mit vielen Aufführungen des Werkes den Ruf des Namens Franz Schmidt in die verschiedenen Länder Europas getragen."[2]

Zwei Gründe sind es, die diese kleine vorangestellte österreichische Musikchronik erforderlich machen:

Zum ersten um die — fast vergessenen — Großtaten der Grazer Sakralmusik wieder in Erinnerung zu rufen und zu würdigen.

Gibt es doch bis heute keine Dokumentation, kein seriöses Buch über **Anton Lippe** und seinen Grazer Domchor, obwohl damit ein kostbares Stück steirischer Kultur- und Kirchengeschichte verschwiegen wird.

Auch die in erster Linie zuständige steirische Amtskirche hat sich verschwiegen. Wieder einmal war ein Prophetenpriester vom bloßen ,,Amt" in die Kultur abgewandert, kam die Charismatik in der Kirche hoch, also nicht mehr nur der ,,Ordo",[3] zur Freude der Gläubigen. Aber vielleicht ist schon der Priestercharismatiker Josef Fink derjenige, der einmal als nächster ,,amtlich" und sorgfältig in den Bereich der Vergessenheit transportiert wird.

Zum zweiten kann wahrscheinlich nur durch die in die (Musik-)Geschichte eingebundenen Überlegungen auch nach Kriterien zur Beurteilung der szenisch angereicherten Aufführung des **,,Buches mit sieben Siegeln"** anläßlich der Salzburger Festspiele 1987 in der dortigen Kollegienkirche und nach den dadurch verursachten Ereignissen gesucht werden.

Der Komponist selbst gibt über die formalen Aspekte seines Werkes ebenso wichtige wie präzise Auskunft. Franz Schmidt betont die totale **Integration von Text und Musik** (unter Außerachtlassung anderer Gestaltelemente) wenn er sagt:

,,Da der Text die Funktion hat, das Knochengerüst der Komposition abzugeben und somit nicht nur die äußeren Konturen des Werkes bestimmt, sondern auf das Wachstum aller seiner Organe maßgebend Einfluß nimmt, so erscheint die vokale Komponente des Werkes als die primäre seiner Gesamtentwicklung. Ich war nie bestrebt, von diesem Gesichtspunkt aus die künstlerischen Aufgaben auf alle am Aufbau des Werkes mitarbeitenden Kräfte in möglichst gleichem Maße zu verteilen."[4]

Der bedeutende österreichische Musikwissenschaftler Norbert TSCHULIK kommt damit zu folgendem Ergebnis:

,,Franz Schmidts musikhistorische Bedeutung, die sich im **,,Buch mit sieben Siegeln"** dokumentiert, besteht darin,

das er das österreichische Oratorienschaffen, das nach Haydn nichts mehr von bleibenden Wert hervorbrachte, um ein entscheidendes Werk bereichert hat. Daß Schmidt den Stoff der Apokalypse wählte, erscheint dem Rückschauenden als fast zwangsläufig. Immer hat es ihn zu musikdramatischer Gestaltung gedrängt, doch hat sich das, was er in diesem Bestreben formte, nicht immer mit den Bedürfnissen des Opernschaffens also voll gedeckt. Die Apokalypse aber ist ein Stoff, der sich **opermäßiger Darstellung entzieht,** jedoch eine Szenerie von höchster Dramatik bildet, die **bildhafte musikalische Gestaltung** herausfordert und gerade auf jener Linie liegt, wo Schmidts Begabung in ihrem Element war.[5)]

Das ,,Buch'' liegt also gleich auf mit den größten Schöpfungen abendländischer Sakralmusik. Durch mißverständliche Bearbeitungen sollte daher kein Schaden angerichtet werden. Wie sehr **Franz Schmidt** selbst in der vollendeten Synthese nur von Wort und Musik — ohne jedes Beiwerk — die Erfüllung seines ,,Buches'' sah, entspricht auch der vollendeten Beherrschung des Kontrapunktes dieses letzten großen österreichischen Meisters polyphoner Musik.

Einer der wichtigsten Kenner des Werkes von **Franz Schmidt,** Andreas LIESS, verweist auf die vollendete Synthese von Chromatik und Diatonik in seinem musikalischen Schaffen und meint wörtlich, ,,daß Schmidt auch hier grundsätzlich absolute Musik vorzüglich in einer reinen Strukturs ymbolik Bindungen zum Text herstellt''.

Ganz besonders sei es, so meint er, ,,die gewaltige Erdbebenfuge, die einen überzeugenden Hinweis auf diese Art der **Textbindung an die absolute Musik mittels Formensymbolik** gibt. Die unvorstellbare Panik der Katastrophe bringt Schmidt durch Fuge und den folgenden Krebsgang der Fuge, schließlich durch Übereinanderbau des Themas und des rückläufigen Themas bei festgehaltenem Gegensatz zum Ausdruck''.[6)]

Text und **Musik** des **,,Buches mit sieben Siegeln''** ergeben also eine **vollgültige Einheit.** Wenig, oder nichts, spricht für eine künstlerisch bedingte Notwendigkeit, dieses Werk mit anderen Ausdrucksmitteln zu verbinden, ohne die vom Komponisten gewollten und geschaffenen bzw. von allen kompetenten Musikwissenschaftlern bestätigte **Wort-Musik-Einheit** zu zerstören.

Es kann — begründet auf der anläßlich bei den Grazer Aufführungen gewonnenen Kompetenz — angenommen werden, daß sich weder die nicht immer stilsicheren Salzburger Veranstalter noch die Hausverwalter der großartigen Kollegienkirche Fischer von Erlachs, noch der zuständige Dirigent (Hans Graf) der Verantwortung und der Konsequenz bewußt waren, als man den großen Regisseur **George Tabori** mit der Konzipierung eines szenischen Überbaues des ,,Buches'' beauftragte. Dabei steht außerhalb jeden Zweifels, daß George Tabori für den **bloßen Text** der Geheimen Offenbarung ein außerordentlich beachtliches künstlerisches Konzept entworfen hat.

Die beglückende Vollendung einer Aufführung des **,,Buches mit sieben Siegeln''** im kostbaren Raum der Kollegienkirche nach dem Willen und den Intentionen des Komponisten wurde übersehen, mißverstanden, vielleicht auch ein wenig ignoriert:

Veranstaltet man doch in Salzburg auch kein choreographiertes **,,Brahmsrequiem'';** sucht man bei **Haydns ,,Schöpfung''** auch nicht krampfhaft nach einer begleitenden Multimediashow; bleibt **Händels ,,Messias''** doch frei von banalen religionspädagogischen Erläuterungen; wird aus **Bachs ,,Matthäuspassion''** keine zappelnde Performance abgeleitet.

So sind also die Folgen dieses speziellen Salzburger Kulturdebakels nicht George Tabori anzulasten, sondern vielmehr seinen offenbar ahnungslosen oder gar unmusikalischen oder desinformierten ,,Beratern''.

Wer hat eigentlich, kenntnisreich, offen, sachkundig und frei **mit George Tabori** über die Geschichte und künstlerische Wirklichkeit des ,,Buches'' **geredet?** Vielleicht war gar niemand in der Lage dazu.

Vielleicht hat sich überhaupt keiner der späteren Salzburger **Kunstaufpasser** dieser Mühe unterzogen.

Man sollte bei der Bewältigung des so typisch österreichischen Problems **,,Buch — Bedürfnisanstalt''** einmal auch von solcher Seite ausgehen dürfen.

Aber so nahm das Schicksal seinen Lauf, das ,,Buch'', die Kollegienkirche erhielten neue — auf ihre Weise jeweils für sich genommen — von hoher künstlerischer Qualität gekennzeichnete Zusatzakzente.

Wenn diese Akzente falsch oder unnötig und undeutlich gesetzt wurden, so beruht dies auf einem künstlerischen Mißverständnis, nicht jedoch auf dem absichtlichen Bösmut eines der bedeutendsten Regisseure des deutschsprachigen Raumes. Kaum einer wie er ist heute dazu berufen, eine gültige Deutung von ,,Apocalypse now'' zu geben und diese zu gestalten.

Leider mußte gerade das **,,Buch mit sieben Siegeln''** die falsche Trägerrakete für die zweifellos gültige Botschaft des **George Tabori** abgeben. Alles was später dieser Aufführung dann an Bösem folgen sollte, beruhte auf diesen künstlerischen Mißverständnissen, damit aber auch auf einer speziellen Abart österreichischer Kulturunbildung.

Wer etwa in solchem Zusammenhang nach ,,Bedürfnisanstalten'' ruft, engt damit seinen eigenen geistigen Spielraum ein.

Sogenannte ,,Alte Herren'' sollten wenigstens gelegentlich in den Schriften ihrer ,,Bundesbrüder'' nachschauen.

In der Festschrift der K.Ö.H.V. Carolina liest man z. B.: ,,Es gibt einen Unterschied zwischen desinformiertem Geschimpfe und wissender Kritik!''[7)]

Beeindruckender noch als die Miß- und Unbildung war jedoch vielleicht die Angst: Nämlich jene übliche, im Abnehmen geglaubte und doch wieder erschreckend aktuelle **Angst vor moderner religiöser Kunst** und damit vor dem Eros, dem Sexus, vor dem ,,ganz anderen'', von dessen Schönheit kein gewichtiger ,,Kunstbischof'', kein ,,Berufs-Sekretär'', kein Kultusminister zu reden wagt; Angst besonders heute auch vor dem roten apokalyptischen Kriegsreiter, vor dem die martialischen Ambitionen eines ,,Bundes-Django'' zu bloß ehrgeizigem Geländespielen verblassen. Und so übten sich denn auch Universitätsherren, Domherren und sonstige Kirchen- und Staatsmänner in vorauseilenden Entschuldigungen und nacheilendem Gehorsam. Sie eröffneten damit eine gefährliche österreichische Diskussion über eine Sache, die keiner so recht kannte und gerieten einmal mehr in die gefährliche Nähe von **Antisemitismus** und **,,entarteter Kunst''.**

(Wir ,,feiern'' jetzt das 50-jährige Jubiläum dieser bösartigen Hexenjagd der Nationalsozialisten auf moderne Kunst und Künstler...)

Ein mutiger jedoch unkoordinierter künstlerischer Versuch ist ohne Information begonnen worden und wurde **,,durch das ungehemmte Vordringen der Ahnungslosen''** (Theodor HEUSS) dumm und mutwillig im Ansatz zerstört.

Gerade die Salzburger Festspiele bedürfen aber gelungener Versuche dieser Art. Es gilt, einen neuen Anfang zu setzen, ideologiefrei, ohne Angst und qualitätsvoll! Zu wichtig ist neue religiöse Kunst, als das man sie der Stümperei oder der Angst überlassen dürfte. Am Ende dieser Überlegungen können zwar keine **neuen** Konzepte entwickelt, jedoch Gedanken aus langjähriger Erfahrung deponiert werden:

Arthur Honegger etwa, dieses herausragende Mitglied aus der Künstlergruppe der ,,Six'', schrieb die **szenischen Oratorien ,,Der Totentanz'', ,,Johanna auf dem Scheiterhaufen''** und **,,König David''.**

Auch diese Werke hat der Grazer Domchor unter **Anton Lippe** in den Jahren 1952, 1954 und 1957 aufgeführt.[8)]

Die Teilnahme des Grazer Musikpublikums war intensiv und groß. Nun, Salzburg soll man mit solchen schwierigen Problemen nicht befassen, stehen doch offenbar neben Bert Brecht und Nikolaus Harnoncourt offenbar auch Arthur Honegger auf der Watchlist der Nobelbürger an der Salza. Aber Graz? Die ,,Musikprotokolle'' bieten doch seit 1971 respektvollen Raum für wichtige Personalretrospektiven: **Hans Eisler, Alexander Zemlinsky, Franz Schrecker** und andere mehr.

Der Gedanke an eine szenische Ausein-

andersetzung Taboris mit den Werken **Honeggers** — im Rahmen der Grazer Musikprotokolle — hat etwas faszinierendes. Da das Snobappeal von Festspielintendanten nicht immer auslotbar ist, wäre diese Vorstellung an den frankophilen Herbstpräsidenten bzw. an den ,,Graff-kritischen'' Grazer Kulturstadtrat heranzutragen. Der Grazer Bürgermeister hat Tabori bereits spontan eingeladen.

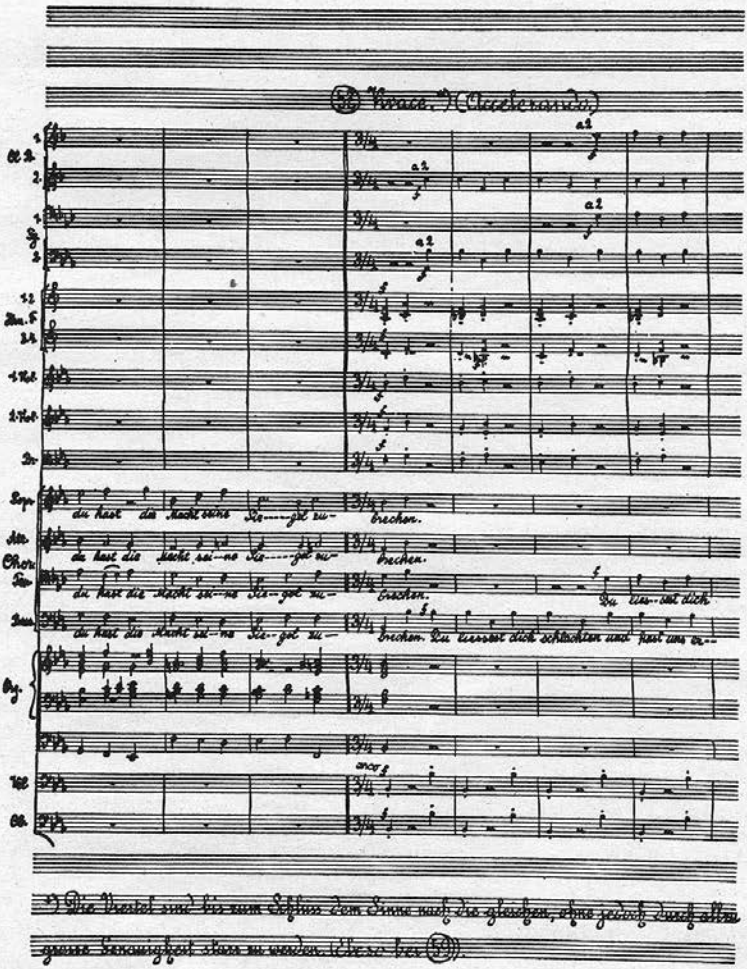
Er könnte auch die erste Initiative setzen, und George Tabori zum offenen Gespräch einladen (Ideen verkommen nicht immer: So gab etwa vor wenigen Jahren erst ein bürgerlicher Leserbrief den ersten Anstoß für das erstmalige Wirken Nikolaus Harnoncourts in Graz und damit auch für die heutige STYRIARTE NOBILE.)

Vielleicht auch dann noch gedankenlos gegen Taboris Arbeiten eingestellte Grazer Bürger sind auf Voltaire zu verweisen, der einem Gegner seiner Ideen sinngemäß antwortete: ,,Mein Herr, ich finde Ihre Gedanken falsch und gefährlich. Doch ich würde mein Leben dafür geben, damit Sie Ihre Meinung stets frei äußern können.''

Solche **Toleranz** ist die wichtigste Grundlage **politischer Kultur.**

Anmerkungen:

1) A. Jirasek: Erinnerungen an Franz SCHMIDT. Graz 1975, S. 68.
2) A. Jirasek: a.a.O., S. 68.
3) O. Mauer: Christentum muß doch etwas Kreatives sein... in ,,politicum'', Heft 36/1987, Graz 1987, S. 47.
4) N. Tschulik: Franz Schmidt. Wien 1972, S. 71.
5) N. Tschulik: a.a.O., S. 72.
6) A. Liess: Franz Schmidt, Leben und Schaffen. Graz, 1951, S. 88.
7) Der christliche Akademiker zwischen Utopie und Resignation. Denkschrift zum 90. Stiftungsfest der Katholischen österreichischen Hochschulverbindung Carolina. Graz 1979, S. 32.
8) H. Kaufmann: Neue Musik in der Steiermark. Graz 1957. S. 61.



Aus dem Buch ,,Franz Schmidt'' von Norbert Tschulik (Zitiert aus ,,Das Buch mit sieben Siegeln'')

EX LIBRIS

Alfred Klose „Machtstrukturen in Österreich"

Herausgegeben vom Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung, Signum Verlag, Wien, 1987.

„Macht bedeutet die Fähigkeit, seinen Willen gegen den anderer durchzusetzen."

Daraus ergeben sich alle jene und noch mehr Mechanismen, die der Durchsetzung von Machtbestrebungen in jedem Bereich dienen.

Machtrelevante Strukturen werden nachgezeichnet, aufgezeigt und auch versuchsweise so in Beziehungen zueinander gesetzt, daß das Verlangen erkennbar wird, die Bedeutung von (Macht-)Beziehungen — wenn auch nur in Ansätzen — erkennbar zu machen.

Kloses Buch beschreibt einen Bogen von der „Macht in der Politik" bis zur „Regionalstruktur und Bevölkerungsentwicklung", es greift die bekannten Phänomene der Politikerverdrossenheit ebenso auf wie den Ausgleich der Interessen; all das geschieht nicht zum erstenmal in einer solchen Form, allein die am Anfang stehende, so gewählte Definition des Ausdruckes „Macht" läßt schon die Absicht, einen Überblick — nicht ohne Engagement — zu geben, gut erkennen.

Ist doch der Weg der Eindämmung von Macht u. a. immer der Weg, die Macht eines anderen einzelnen, einer anderen Gruppe, einer neben-, unter-, übergeordneten Gruppe von Menschen einzuschränken. Das Ziel kann vielgestaltig sein, es kann auch in der Durchsetzung/Verdrängung anderen Willens zur Bedeutungslosigkeit, es kann die teilweise Beschneidung von Willen sein, es kann Angriff, Verteidigung, aber auch gleichzeitig beides bedeuten.

Die Organisation derer — Personen, Institutionen — in Österreich, die diese Macht im beschriebenen Sinne ausüben (können), zum Teil dürfen, ist äußerst vielschichtig und ineinandergreifend; wie überhaupt festzustellen ist, wie die Verzahnung der Repräsentanten von Institutionen (Menschengruppen) ein wesentliches Merkmal der Erhöhung der möglichen Konzentration von Willen, aber auch zur Willensdurchsetzung darstellt.

So sind bekanntermaßen der Entscheidungsfindung auf der Ebene des Bundes die Sozialpartner als gesetzlich nicht regulierte, aber vielleicht gerade deswegen außerordentlich wirksame informelle Zusammenkunft der höchsten Träger institutionellen Willens vorgelagert. Dort wird Macht ausgeübt in einer Art, in einem Ausmaß und in einer Kontinuität, die (das) den Schluß zuläßt, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung des Landes die Leistungen und Verfahren dieser Einrichtung befürwortet.

Die politischen Parteien als Entscheidungsträger, als die Mittler zwischen der Regierung und den Staatsbürgern, verbunden den Bewohnern als Individuen und dem Gemeinwesen zu dienen, haben in diesem Machtsystem eine bedeutende Stellung. Unschwer läßt sich ein Zusammenhang zwischen der Popularität der politischen Parteien und dem Ausbau des staatlichen Einflusses erkennen, ebenso unschwer zu erkennen ist aber die Verdrossenheit der Betroffenen und die nachfolgende Gegenwehr gegen übergreifende Machtausübung; allzusehr bekannt ist schon die Abweichung der demokratischen Realität vom Konzept der repräsentativen Demokratie, zu der wir uns (noch) bekennen.

Die Interessenverbände, Struktur und Politik der Medien, die Finanzierung von Parteien und Verbänden, sozialstaatliche Aktivitäten, der Aufbau der Wirtschaft mit den daraus sich ergebenden Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik: alles Themen, die in ihrer Form und Ausstattung für sich und in den Wechselbeziehungen untereinander untersucht werden.

Machtverschiebungen unter den Gruppen erfolgen nicht von heute auf morgen, sie bedürfen langer Vorgänge im Umfeld — ein Segen für Entwicklung und Stabilität.

Dabei ist es kennzeichnend, daß ein relativ hoher Anteil der Abgeordneten des Nationalrates und des Bundesrates von Funktionären der Kammern und Genossenschaften gestellt wird, Beamte der Bundes- und Landesverwaltung aber auch stark vertreten sind; der Anteil der Selbständigen ist eher gering. Daraus ist u. a. auch die hohe Abhängigkeit eines überwiegenden Anteils der Abgeordneten zu ersehen; die Mandatsausübung aber ist frei.

Immer mehr ersichtlich ist auch, daß Mehrheits- nicht unbedingt Machtverhältnissen gleichzusetzen sind — was mit hoher Wahrscheinlichkeit auch ein Ausdruck der Ablehnung der heutigen Realität der Parteiendemokratie ist.

Die Werkzeuge der Machtausübung, die gewachsenen Formen, die Elemente der Macht — sie alle bilden in diesem Buch einen beinahe überschaubaren Bereich; im Leben eines jeden Staatsbürgers wird es wohl meist anders sein.

Machtstrukturen müssen — um zu bleiben — Wandlungen mitmachen; sie tun es auch. Auch dies kann eine wesentliche Erkenntnis der Lektüre dieses Buches sein.

Rupert FINK

satiricum

Über die (Un-)Kultur

Wir kennen sie, die hinreißende Rede des Marc Anton an der Bahre Caesars in Shakespeare's Römerdrama. ,,...Denn Brutus ist ein ehrenwerter Mann / Das sind sie alle, alle ehrenwert'' — gemeint ist wohl, daß der Caesarenmörder ein gewaltiges Schlitzohr sei. Welche rhetorische Raffinesse! Was Antonius hier alles in der Folge von Stapel läßt gegen den Brutus, hat sich gewaschen. Nur macht der Ton hier die Musik in weitaus vornehmerer Art und Weise, als wir es — nicht nur in Österreich, aber hier trifft es uns besonders schmerzlich! — leider gewohnt sind. Etwa aus dem sogenannten Hohen Haus, von Parteitagen oder Pressestunden. Denn nicht besonders edel klingt, was Partei(vor- und nach-)denker von sich geben, was manchem Generalsekretär als politischer Rülpser oder was dem Hirn und dem Mund eines Zentralsekretärs entfleucht.
Nicht die feine Klinge der Ironie ist es, die da oft zu spüren ist; nein, vielmehr der Holzhammer. Nicht die rhetorische Figur mit artifizieller Kraft, sondern die Biertisch-Drastik halbgebildeter Polit-Wüterei.

*

Zugegeben, da das Volk zur Urne schreitet, dort seine Stimme abgibt (fürderhin also stumm zu sein hat...) und sich sodann regieren läßt, hat es halt, was es verdient. Die grobgeschmackige Suppe, die es sich eingebrockt hat, muß es alsdann auslöffeln. Doch ,,Mitbürger! Freunde! Römer! hört mich an!'':
Wenn schon auslöffeln, dann wenigstens mit etwas (politischer) Kultur gewürzt. Ich meine, auch geistreiche Lügen sind zwar Unwahrheiten; doch schluckt man sie immerhin leichter hinunter. Denn wer möchte andauernd unter seinem Wert geschlagen werden?!

*

Die (sogenannte) politische Kultur hängt natürlich mit denen zusammen — und ihr Niveau hängt von dem derjenigen ab — die ,,das Sagen'' haben. Wenn allerdings diejenigen, die das Sagen haben, entweder nichts zu sagen haben oder das, was sie gegebenenfalls zu sagen hätten, nicht auszudrücken wissen — dann..., dann sind wir, wo wir sind.

*

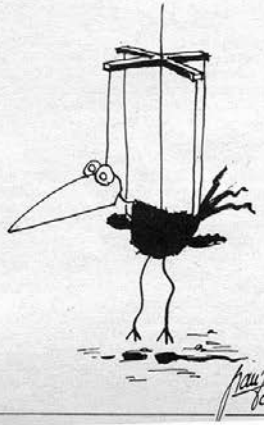
,,Nun wirk' es fort. Unheil, du bist im Zuge, / Nimm, welchen Lauf du willst!'' So resümiert Marc Anton, nachdem er den Brutus seinen römischen Landsleuten so richtig madig gemacht hat. Ähnliche Überlegungen mögen hinter verschiedenen Aktionen, politischem Ränkespiel und so mancher ,,Kampagne'' stehen. Doch welche stilistische Differenz!
Nun soll keineswegs von Shakespeare's ,,Julius Caesar'' eins zu eins auf heutige Zustände in der Politik geschlossen werden. Und nicht jeder, der — scheinbar — zum politischen Märtyrer (gemacht) wird, ist deshalb ein ehrenwerter Mann. Auch wenn es manchen gefallen würde, auf diese Weise aus dem politischen Schneider zu kommen. Wie es ja überhaupt unsere politische Kultur ,,auszuzeichnen'' scheint, daß es nicht darum geht, ehrenhaft zu sein, sondern schon genügt, als ehrenhaft zu gelten.

*

,,Der Greis rauchte seine Zigarre (...) moralisch zähle die Absicht, nicht die Ausführung (des Mordes, Anm.). Doch die Frage der Moral sei eine Frage der Rechtfertigung einer Handlung, die nicht den allgemeinen Grundsätzen einer Gesellschaft entspräche, nach denen sich diese angeblich richte.'' So schreibt Friedrich Dürrenmatt in seinem Roman ,,Justiz''. Und weiter: ,,Nun falle die Rechtfertigung'', läßt der Schweizer Autor seinen Dr. h. c. Isaak Kohler sagen, ,,in die Kategorie des Dialektischen. Dialektisch lasse sich alles rechtfertigen, somit auch moralisch.''
Soweit Dürrenmatt. Und die Moral. Und die Dialektik. Wenn man will, auch die Kultur.
Doch wem geht es wirklich um Moral, um Kultur in der Politik? Den Politikern? Dem Stimmvieh — pardon: Volk? Den Parteifunktionären? Aufwärtsstrebenden? Karrieristen?

*

Verlassen wir jedoch kurz einmal das reizvolle Gebiet der (politischen) Rhetorik, also der ,,Verschwörung von Wort und Tat zum Betrug am Verstand'' (Ambrose Bierce). Überlegen wir, was früher möglicherweise unter dem Begriff politischer Kultur verstanden worden wäre.
In Analogie zum Spion Oberst Alfred Redl, der — nachdem er als Handlanger der Russen enttarnt worden war — seinem Leben selbst ein Ende setzte, hätten in letzter Zeit einige gleich schillernde wie prominente Vertreter (oder ehemalige Exponenten) der österreichischen Politik zur Pistole greifen müssen. Ein Glück, daß solches heute nicht mehr allgemein üblich ist; wir kämen aus den Staatsbegräbnissen nicht mehr heraus. Stolperte also der wenig redliche Redl über seine postlagernden Info-Sendungen (noch dazu unter dem sinnigen Codewort ,,Opernball''!), so wären es ja auch heute der den Sturz in den politischen Abgrund bedeutenden Gründe nicht wenige.
Doch die suizidale Attitüde ist, wie gesagt und gottseidank, nicht mehr ,,in''. Sie wäre freilich auch nicht ratsam in der Anwendung, stellt sie doch ein hundertprozentiges Beispiel dar für die ,,Patendlösungen'', von denen Paul Watzlawick in seinem Buch ,,Vom Schlechten des Guten'' schreibt: ,,Es gibt gewisse Lösungen (...), die man vielleicht Patendlösungen nennen könnte. Dieses Wort ist kein Druckfehler, sondern der Versuch einer Zusammenziehung von zwei Begriffen: Jedermann weiß, was man als Patentlösung bezeichnet. Der Ausdruck Endlösung dagegen ist in seiner Bedeutung nur uns älteren Europäern noch unmittelbar bekannt. Eine Patendlösung wäre demnach eine Kombination der beiden Begriffe, also eine Lösung, die so patent ist, daß sie nicht nur das Problem, sondern auch alles damit Zusammenhängende aus der Welt schafft (...)''
Bleibt zusammenzufassen: Es gibt sie und wird sie weiterhin geben — in der Politik und im öffentlichen Leben —, die selbsternannten oder von (Partei-)Freunden dazu hochstilisierten ,,Ehrenmänner''. Und mit ihnen den Stil und die Moral, wie sie zur Zeit praktiziert und gelebt werden.
In diesem Zusammenhang von politischer Kultur zu sprechen ist wohl weniger Auffassungssache, ist vielmehr eine Frage des Geschmacks.
Und über den läßt sich allemal streiten.



CHRONIK

2. Oktober 1987
Nationalrat Gerhart Bruckmann zum Mißtrauensantrag der steirischen VP-Abgeordneten im Parlament gegen Minister Lichal: ,,Der Mißtrauensantrag bedeutet einen Durchbruch nicht zum Untergang, sondern zu einem erhöhten Reifegrad unseres parlamentarischen Systems''.

5. Oktober 1987
Landtagswahlen im Burgenland: SPÖ verliert absolute Mehrheit mit 17 Mandaten (vorher 20), ÖVP bleibt mit 16 Mandaten gleich, FPÖ gewinnt 3 Mandate. Kery tritt zurück.
Gemeinderatswahlen in Salzburg-Stadt: SPÖ gewinnt 6 Mandate und absolute Mehrheit, ÖVP, FPÖ und Bürgerliste verlieren.
Rudolf Sommer wird zum neuen Vorsitzenden der FCG im zweiten Wahlgang mit 67,2% gewählt.

7. Oktober 1987
Attentat auf Kärntens Landeshauptmann Leopold Wagner bei einer Maturafeier in Klagenfurt: Der Schütze ist ein Schulkollege.

9. Oktober 1987
Am Tag nach seinem 75. Geburtstag legt ÖGB-Präsident Anton Benya sein Amt nieder. Nachfolger ist Fritz Verzetnitsch.

10. Oktober 1987
Fritz Hoess, Bundesrat und Leiter der steirischen Delegation in Wien wird neuer österreichischer Botschafter in den USA.

13. Oktober 1987
Urteil im Prozeß Sinowatz gegen Worm: Der Journalist Worm wird von der Anklage der üblen Nachrede freigesprochen. Der Richter: ,,Der Wahrheitsbeweis für die Sinowatz-Aussage über Waldheims braune Vergangenheit sei durch Worm erbracht. Sinowatz habe zumindest zweimal im Zeugenstand die Unwahrheit gesagt.
Der Lauda-Air wird eine eingeschränkte Linienflugkonzession für Australien, Neuseeland, Fernost, Karibik sowie Mittel- und Südamerika erteilt. Lauda will am 3. Mai 1988 mit einem Linienflug Wien-Bangkok-Sydney beginnen.

16. Oktober 1987
Minister Riegler legt den Waldschadensbericht vor und verlangt dringende Verminderung der Emissionen: Seit 1986 starben 3000 Hektar Wald.
Österreich — CSSR: Ab 1989 gibt es Visas direkt an der Grenze.

20. Oktober 1987
Nationalbankpräsident Stephan Koren mahnt zur Vorsicht bei der Diskussion um die Quellensteuer: ,,Bei uns geht es immer noch um die Urangst ums Geld''. Diese Angst plage nicht die wirklich großen Kapitalbesitzer, sondern die breite Masse der kleinen Sparer.
Prof. Heindler von der TU Graz: ,,Bereits 85 Prozent der amerikanischen Energieversorgungsunternehmen bieten ihren Kunden Energiesparpakete an''. Die Einsparung betrug 1000 Megawatt, die Kosten für das Unternehmen nur 20 Prozent dessen, was ein Kraftwerksbau verschlungen hätte''.
Dramatische Kurseinbrüche an den Aktienbörsen in aller Welt nach Dollarverfall und Sturz des Dow-Jones-Index auf unter 2000 Punkte.

21. Oktober 1987
Der Verfassungsgerichtshof hat in drei Fällen den Gummiknüppeleinsatz gegen zwei Journalisten und eine Demonstrantin in der Hainburger Au als Verletzung des Artikels 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verurteilt. Nach diesem Artikel darf niemand einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung unterworfen werden.
Studentenstreik in ganz Österreich: 12.000 bei Protestkundgebungen gegen die Streichung der Kinderbeihilfe ab dem 25. Lebensjahr usw.
Herbe Kritik für Österreich wegen seines ,,Eiertanzes'' um die EG-Annäherung. Das Bonner Hauptstadtblatt ätzt: ,,Es wird gefaselt und geredet, doch die Sache geht nicht weiter. In Brüssel weiß man nicht, was Wien nun letztlich will, und liegt mit diesem Achselzucken richtig''.

28. Oktober 1987
,,Wir würden es begrüßen, wenn Länder wie Österreich, Norwegen oder die Schweiz der EG beitreten'', erklärte Luxemburgs Ministerpräsident Jacques Santer auf der ,,Europa-Tagung'' der steirischen ÖVP in Graz.

31. Oktober 1987
Völlig überraschend wird der sozialistische Landesrat Hans Sipötz im Burgenland zum Landeshauptmann gewählt. Auf ihn entfielen 18 Stimmen. Im Landtag hat die SPÖ 17, die ÖVP 16 und die FPÖ 3 Stimmen. ÖVP und FPÖ hatten vereinbart, ÖVP-Landesobmann Sauerzopf zu wählen. Wirtschaftsminister Graf ,,pflegt'' die politische Kultur und bezeichnet die FPÖ als Brechmittel.

6. November 1987
Die ,,WAZ''-Gruppe (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) kauft sich mit 45% bei der Kronen-Zeitung ein. Dichand wird nach dem Ausscheiden Falks die alleinige Führung übernehmen und bleibt Herausgeber und Chefredakteur. Der stolze Kaufpreis, der an Falk geht: 2,2 Milliarden Schilling.
Kardinal König würdigt die Erklärung des 2. Vatikanums, die die Verwurzelung der katholischen Kirche im Judentum betont.

9. November 1987
Wiener Wahl: SPÖ gewinnt ein Mandat (jetzt 62), ÖVP verliert 7 Mandate (30), FPÖ gewinnt 6 Mandate (8), Grüne nicht im Landtag. Wahlbeteiligung nur 62,9%. ÖVP verliert Vizebürgermeister (Busek).
,,Sobald wir aufmucken, kriag ma ane in die Goschn. Das ist kein Koalitionspakt, sondern ein Unterwerfungsvertrag'', kritisiert der burgenländische VP-Chef Sauerzopf den Stil der großen Koalition auf Bundesebene.
Hugo Portisch zitiert in seiner TV-Serie ,,Österreich 1'' Politiker der Ersten Republik, die auch schon von Deportationen gesprochen haben. Er verweist darauf, daß es 1919 keine Partei gegeben habe, die nicht mit dem Antisemitismus Wahlpropaganda betrieben habe. 1920 sei die Parole ausgegeben worden: ,,Die Juden sind unser Unglück''.

13. November 1987
Keine weitere Draken-Ausbildung für Oberstleutnant Haas. Laut Verteidigungsministerium sei Haas für seine Kollegen ein ,,Störfaktor''. Eine sechsköpfige Senioren-Crew wird nun als Pilotennachwuchs auf dem Draken eingeschult.

16. November 1987
Umfrage zur Wiener Landtagswahl: Zwei Drittel der Jungwähler verweigerten die Stimmabgabe. 59% der Jugendlichen bis 30 fühlten sich von keiner Partei angesprochen.
Die grüne Wahlplattform zerbricht in der Steiermark. Der gemeinsame Landtagsklub wird aufgelöst.

17. November 1987
ÖVP-Generalsekretär Michael Graff schießt weit übers Ziel, indem er in einem Interview mit der französischen Zeitung ,,L'Express'' sagt: ,,Solange nicht bewiesen ist, daß Waldheim eigenhändig sechs Juden erwürgt hat, gibt es kein Problem''. — Zwei Tage später tritt Graff zurück.

20. November 1987
Der oberösterreichische Landesrat Helmut Kukacka wird neuer geschäftsführender Generalsekretär der ÖVP.

24. November 1987
Vinzenz Liechtenstein wird von der Landesregierung zum Hoess-Nachfolger als Leiter der steirischen Delegation in Wien nominiert. Landeshauptmann Krainer hebt hervor, daß sich Liechtenstein ehrenamtlich zur Verfügung gestellt habe.
Die Aussage Minister Streichers bei der Jubiläumsgala ,,150 Jahre Eisenbahn in Österreich'', wonach es ,,jetzt mit dem Feiern vorbei sei und endlich gearbeitet werden muß'', ruft bei den Eisenbahnern einen Sturm der Entrüstung hervor.

30. November 1987
Minister Lichal in einem Interview: ,,Wenn ich erst einmal das wohltuende Röhren der Draken hören werde, dann ist der Zeitpunkt gekommen, mich bohrenden Mädchenfragen zu stellen''. Lichal will das Heer auch Frauen öffnen. Der Verteidigungsminister solle die Frauen nicht mit seinen Kriegsfantasien belästigen, empörte sich Andrea Kunzl von der Jungen SPÖ.

1. Dezember 1987
UdSSR-Experte Schenajew: Österreichs Neutralität sei kein Hindernis für einen EG-Beitritt, wenn dabei die militärische Neutralität gewahrt bleibe.

2. Dezember 1987
VGÖ-Obmann Josef Buchner wird aus dem Grünen Parlamentsclub ausgeschlossen. Buchner wird als sogenannter ,,wilder'' Abgeordneter im Parlament bleiben.

4. Dezember 1987
Personalvertretungswahlen der Beamten: ÖAAB / FCG verliert 4,8%, SPÖ-Gewerkschafter gewinnen 0,6%, FPÖ gewinnt 1,2%, Namenslisten gewinnen 3,1%, KPÖ verliert 0,1%.
ÖMV-Aktien bereits am ersten Tag an der Wiener Börse über dem Ausgabepreis.

7. Dezember 1987
Die Österreicher sollten sich über die negativen Auswirkungen einer ,,Einkaufsfahrtenhysterie'' ins benachbarte Ausland auf die heimische Wirtschaft und die Arbeitsplätze bewußt sein, meint Landwirtschaftsminister Riegler.
Kammersängerin Gundula Janowitz wird zur Direktorin der Grazer Oper berufen (ab 1990).
Reinhold Lopatka ist im Steirischen Landtag einer der fleißigsten Abgeordneten.
Insgesamt 23,6 Milliarden Schilling schulden die Österreicher den Finanzbehörden.

9. Dezember 1987
Oberösterreichs Beamte müssen 1988 bei Dienstreisen die zweite statt der ersten Klasse benützen. Einsparung: 1 Million Schilling.

15. Dezember 1987
Nach einer Wifo-Studie müsse bis 1995 in Österreich jeder fünfte Bauer seinen Hof aufgeben, wenn der Anteil der Agrarbevölkerung von jetzt 7,6% auf das ,,Europaniveau'' von 6% zurückgeht. Seit 1951 gibt es um 730.000 Bauern weniger.
VOEST Judenburg: Arbeiter stimmen Lohnkürzungen um bis zu 30% zu, um ihre Arbeitsplätze zu retten.
Nationalrat beschließt Kompetenz-Verschiebung für die Wohnbauförderung auf die Länder.

18. Dezember 1987
Auch wenn der Rechnungshof nichts erzwingen könne, so würden doch rund 80% aller kritisierten Mängel abgestellt, erklärt der Rechnungshofpräsident.
Umfrage unter 40.000 Mandataren auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene der österreichischen Bürgermeisterzeitung: Vranitzky erhält die beste Gesamtnote und liegt sogar bei ÖVP-Mandataren auf Platz zwei hinter Riegler, der in der Gesamtwertung den zweiten Platz einnimmt. Pröll dritter, Schüssel vierter. Sinowatz und Lichal am Ende der Skala.
Schwerer Unfall auf der Schoberpaßstraße bei Mautern mit zwei Toten und 89 Verletzten. Seit 1986 zwischen Mautern und Kalwang bereits 122 Todesopfer.

23. Dezember 1987
Der amerikanische Senat bestätigt Henry Grunwald als Neuen Botschafter der USA in Österreich. Grunwald war Chefredakteur des Zeitschriftenverlages ,,Times Inc.'' und löst in Wien Ronald Lauder ab, der sein Glück in der amerikanischen Innenpolitik suchen will.

31. Dezember 1987
Altbundespräsident Rudolf Kirchschläger möchte 1988 Computer lernen, ,,um den Kalkansatz im Gehirn zu vermeiden, ist so ein Training das beste. Der Kerl ist sehr streng. Er schreibt mir immer: Rudolf, Sie müssen mehr üben. Und das nehme ich mir in den nächsten Jahren zu Herzen''.

AUTOREN DIESER NUMMER

Redaktion und Gestaltung dieser Nummer:
Ludwig KAPFER
Dr. Michael PACHER
Illustrationen:
Dipl.-Ing. Franz QUINZ
culturpoliticum: Dr. Heimo WIDTMANN
satiricum: Bernd SCHMIDT
chronik: Reinhard Hrastnik

Prof. Max AUFISCHER
Kunsterzieher

Mag. Peter BERMANN
Pressereferent der steirischen Volkspartei

Emil BREISACH
Intendant des ORF Steiermark
Initiator der Grazer Sommerakademie

Mag. Eva Maria FLUCH
Mittelschullehrerin

Dr. Kurt FRÖHLICH
Journalist

DDr. Rupert GMOSER
Nationalratsabgeordneter der SPÖ Steiermark,
Leiter der Otto-Möbes-Volkswirtschaftsschule in Graz

Dr. Willfried GREDLER
Botschafter a. D.

Dkfm. Joseph HAMBERGER
Unternehmer und Betriebsberater

Dr. Gerhard HIRSCHMANN
Landtagsabgeordneter, Landesparteisekretär der steirischen Volkspartei

Kurt HÖRMANN
Leiter des Büros für Bürgerinitiativen, Graz

Reinhard HRASTNIK
Journalist

Andreas KIRSCHHOFER-BOZENHARDT
Meinungsforscher, IMAS, Linz

Dr. Mert KÖNIG
Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Joanneum, Graz

Mag. Martin KUGLER
Student

Dr. Karl MAITZ
Landtagsabgeordneter der steirischen Volkspartei

Dr. Peter MARBOE
Bundesgeschäftsführer der ÖVP

Dr. Joseph MARKO
Universitätsassistent am Institut für öffentliches Recht, Universität Graz

Mag. Norbert MAYER
Journalist

Dr. Trude MIKSCH
Pädagogin

Dr. Helmut MOSER
Psychologe

Mag. Leopold NEUHOLD
Universitätsassistent am Institut für Ethik und Sozialwissenschaft an der Universität Graz

Dr. Michael PACHER
Rechtspraktikant

Ruth PAULI
Innenpolitische Redakteurin der Tageszeitung „Kurier"

Gert PEINHOPF
Kunsterzieher

Mag. Rembert J. SCHLEICHER
Theologe und Erwachsenenbildner

Bernd SCHMIDT
Schriftsteller

Dr. Franziska SCHNEEBERGER
Assistentin am Institut für Geschichte an der Universität Salzburg

Dr. Grete SCHURZ
Frauenbeauftragte der Stadt Graz

Ernst SITTINGER
Student und Werbetexter

Dr. Gerfried SPERL
Chefredakteurstellvertreter des „Kurier"

Dr. Maria Luise STANGL
Leiterin der Projektgruppe ,,Frauen und Politik''

H. W. TÜRK
Grafik-Designer

Univ.-Doz. Dr. Peter ULRAM
Meinungsforscher

Dr. Elisabeth WELZIG
Redakteurin der „Kleinen Zeitung", Graz

Univ.-Doz. Dr. Barbara WICHA
Dozentin am Senatsinstitut für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg

Univ.-Doz. Dr. Heimo WIDTMANN
Lehrbeauftragter an der Universität Graz

Dr. Kurt WIMMER
Chefredakteurstellvertreter der „Kleinen Zeitung", Graz

Andreas ZAKOSTELSKY
Student

Dr. Werner ZIRNGAST
Pädagoge

Dipl.-Ing. Friedrich ZOPF
Leiter der Reihe ,,Institutionen im Kreuzverhör''